Protokoll

der 35. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 12. November 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Jérôme Thiriet (Grüne/jgb), Stefan Wittlin (SP), Ismail Mahmoud (SP), Fina Girard (SP), Lukas Faesch (LDP), Edibe Gölgeli (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

01. Mitteilungen 2
3. Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Nachfolge Catherine Alioth, LDP) 3
4. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2026–2029; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der GSK 4
5. Fortgang der Koordinations-, Planungs- sowie Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in der Periode 2022 bis 2024, Bericht des RR 10
6. Beschaffung eines ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK 13
7. Beschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK 18
9. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Aktienmehrheit und Strategie der MCH Group 19
10. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt 26
11. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt 26

Beginn der 35. Sitzung

Mittwoch, 12. November 2025, 09:00 Uhr

01. Mitteilungen

[12.11.25 09:00:09]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Rücktritt aus dem Grossen Rat: Andrea Elisabeth Knellwolf hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 31. Januar 2026 ihren Rücktritt erklärt. Wir werden sie an ihrer letzten Sitzung im Januar gebührend verabschieden. Ich danke der Zurücktretenden für ihre dem Staat geleisteten Dienste.

Rauchverbot im Rathausinnenhof: Das Ratsbüro und der Nutzerausschuss des Rathauses haben entschieden, dass ab sofort das Rauchen im Rathausinnenhof beim Käffeli nicht mehr erlaubt ist. Der Grund ist, dass es zu unangenehmen Geruchsbelästigungen in den Büros des Grossratssaals und im Vorzimmer kommt, da die Belüftung des Grossratssaals, des Medienraums und der Büros den Rauch direkt ansaugen und so den Rauch in den Räumen verteilen. Das Rauchen ist weiterhin vor den Eingängen des Rathauses, auf der Treppe oder im vorderen Innenhof erlaubt.

Neue Interpellationen: Es sind zehn neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen 113, 114, 118, 119 und 121 werden mündlich beantwortet.

Jassturnier: Im Auftrag von Daniel Albietz möchte ich darauf hinweisen, dass heute Abend um 18.15 Uhr hier im Vorzimmer das bikantonale Parlamentarier:innenjassturnier stattfindet. Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bitte bei Daniel Albietz. Ebenfalls möchte ich darauf hinweisen, dass das Vorzimmer um 18 Uhr verlassen werden muss, damit das Jassturnier vorbereitet werden kann.

Ein Hinweis bezüglich der Fishing-E-Mails, die herumgehen. Reagieren Sie nicht darauf, wenn Ihr Kommissionspräsident oder Ihre Kommissionspräsidentin Sie kontaktiert und Einkaufsgutscheine wünscht. Das ist Fake.

Das waren meine Mitteilungen, wir kommen damit zur Tagesordnung. Resolutionsentwurf: Die Fraktion SP beantragt die Traktandierung einer Resolution. Der Entwurf wurde Ihnen aufgelegt. Wir diskutieren jetzt nur, ob der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung zu setzen ist. Die Redezeit beträgt dabei fünf Minuten, am Schluss stimmen wir über die Traktandierung ab. Wird der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung gesetzt, kommt diese am nächsten Mittwoch, 19.11. um 9 Uhr zur Diskussion. Wir starten die Debatte. Tim Cuénod hat sich gemeldet.

Tim Cuénod, SP: Es gibt einen Grund für die Dringlichkeit dieser Resolution, und das ist, dass die eidgenössischen Räte im Dezember entscheiden werden, ob diese Nachtzugverbindung realisiert wird oder nicht. Die Finanzlage des Bundes hat sich verbessert. Dennoch wird es ein harter Kampf, weil gerade viele Vertreter finden, wir brauchen keine internationalen Bahn- und Nachtzugverbindungen. Wenn wir von Basel Einfluss nehmen wollen, dann jetzt, denn im Dezember ist es möglicherweise zu spät. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, dass diese Linien angegegriffen und bestritten werden, ist erst seit wenigen Tagen öffentlich. Deswegen haben wir bisher auch nicht früher eine Resolution einbringen können. Das passiert jetzt sehr kurzfristig. Es geht insgesamt um die Interessen von Basel und ich wäre sehr dankbar, wenn Sie der Traktandierung zustimmen könnten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab, ob die Resolution auf die Tagesordnung zu setzen ist. Dafür ist ein einfaches Mehr erforderlich. Falls Sie die Resolution auf die Tagesordnung setzen, werden wir sie am nächsten Mittwoch behandeln. Zur Verabschiedung dieser ist dann ein Zweidrittelsmehr nötig.

Wir kommen zur Abstimmung. JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung.

Sie haben der Traktandierung zugestimmt mit 62 Stimmen gegen 25 Stimmen bei einer Enthaltung. Sie haben die Tagesordnung somit genehmigt. Geschäft 1 ist erledigt.

3. Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Nachfolge Catherine Alioth, LDP)

[12.11.25 09:07:05]

Abstimmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 43 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007557, 12.11.25 09:07:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl geheim durchzuführen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für geheime Wahlen entschieden. Ich bitte das Wahlbüro zusammenzutreten, damit die Zettel verteilt werden können. Ich bitte Sie alle, Ihre offiziellen Sitzplätze einzunehmen. Als Wahlbüro für diese und weitere geheimen Wahlen an der heutigen Sitzung schlage ich Ihnen vor Georg Mattmüller, SP, Leiter des Wahlbüros, Brigitte Kühne, GLP, Sektor 1 und 5, Harald Friedl, Sektor 2, Michael Graber, Sektor 3, Lorenz Amiet, Sektor 4. Wenn Sie alle an Ihren Plätzen sitzen, bitte ich das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wahlzettel können wieder eingesammelt werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt.

Total ausgeteilte Wahlzettel 90, total eingegangene Wahlzettel 90, ungültig 2, gültige Wahlzettel 88, absolutes Mehr 45. Gewählt ist mit 73 Stimmen Michael Hug. Ich gratuliere herzlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu Traktandum 4 Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitätskinderspitals beider Basel für die Jahre 2026 bis 2029. Partnerschaftliches Geschäft. Bericht der GSK. Diese beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen, Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen nachfolgend zum Ratschlag des Regierungsrates zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und den ungedeckten Kosten des Universitätskinderspitals beider Basel UKBB für die Jahre 2026 bis 2029.

Der Regierungsrat beantragt dafür eine Rahmenausgabenbewilligung von insgesamt rund 43 Millionen Franken. Dieser Betrag umfasst jährlich knapp 11 Millionen Franken, welche bisher jeweils hälftig und partnerschaftlich durch Basel-Stadt und Basel-Landschaft getragen werden soll. Die Vorlage ist notwendig, weil gemeinwirtschaftliche Leistungen gesetzlich nicht über die obligatorische Krankenversicherung finanziert werden dürfen und deshalb von den Kantonen getragen werden müssen.

Das UKBB erbringt seit vielen Jahren Leistungen, die für die Gesundheitsversorgung zentral sind, sich aber nicht kostendeckend abrechnen lassen. Dazu gehören nebst der Finanzierung der Unterdeckung im ambulanten Bereich unter anderem auch der Sozialdienst, die Spitalbeschulung, die Vorhalteleistungen im Perinatalzentrum sowie die ärztliche Weiterbildung. Die finanzielle Lage des UKBB hat sich in den vergangenen Jahren spürbar verschlechert. Während früher insbesondere der ambulante Bereich grosse Defizite verursachte, lag 2024 erstmals auch der stationäre Bereich unter der

Kostendeckung. Der ambulante Kostendeckungsgrad von rund 65% und die gleichzeitig steigenden Fallzahlen verschärfen die Situation zusätzlich. Das vergangene Jahr schloss das UKBB mit einem Verlust von fast 10 Millionen Franken, was bei den beiden Trägerkantonen zu Wertberichtigungen führte. Die Hauptgründe liegen in den seit vielen Jahren unzulänglichen Tarifen, im Fachkräftemangel, bei steigenden Personalkosten und in einer strukturellen Unterfinanzierung, die besonders Kinderspitäler betrifft. Das UKBB ist damit aber nicht alleine, diese Situation zeigt sich an allen Kinderspitälern in der gesamten Schweiz.

Eine externe Analyse zeigte auf, dass für das UKBB für eine stabile finanzielle Perspektive jährlich eine Ergebnisverbesserung von rund 6,7 Mio. Franken notwendig ist. Die beiden Trägerkantone haben deshalb beschlossen, den Transformationsprozess des UKBB mit einer Erhöhung der GWL-Beiträge zu unterstützen. Diese zusätzlichen Mittel sollen es dem Spital ermöglichen, verschiedene Optimierungen umzusetzen, etwa im Kapazitätsmanagement, bei der Automatisierung, in der Telemedizin oder im Bereich der Kooperation. Die Wirkung dieser Massnahmen wird allerdings erst mittelfristig erwartet, weshalb die Übergangsfinanzierung notwendig ist. Insbesondere über die Erhöhung der Ausgleichsleistungen an die finanzielle Unterdeckung im spitalambulanten Bereich von 5,67 Millionen auf 9,02 Millionen pro Kanton soll ein massgeblicher Beitrag zur geplanten Transformation geleistet werden.

Zur Kommissionsberatung: Die Kommission hat die Vorlage in zwei Sitzungen beraten in Anwesenheit des Departementsvorstehers, des Gesundheitsdepartements sowie der Leiterin der Gesundheitsversorgung. Die GSK unterstützt die im Ausgabenbewilligung klar, verbindet diese jedoch mit mehreren wichtigen Feststellungen. Im Mittelpunkt der Kommissionsberatung stand die Einschätzung, dass die finanzielle Unterdeckung schon seit vielen Jahren besteht und nun ein Ausmass erreicht hat, welches dringenden Handlungsbedarf auslöst. Die zusätzlichen 6,7 Millionen Franken sind zwar ein wesentlicher Schritt, decken aber nicht die gesamte Lücke. Rund ein Drittel des Defizits muss weiterhin durch interne Massnahmen des UKBB aufgefangen werden. Dies stellt für das Spital eine erhebliche Herausforderung dar, zumal viele Optimierungen in den letzten Jahren bereits umgesetzt worden sind und der Einfluss der Spitalleitung auf die Tarife begrenzt ist. Die Kommission betont, dass die künftige Finanzierung nach 2029 kaum wieder auf das heutige Niveau gesenkt werden könne, da die Unterfinanzierung strukturell bedingt ist und nicht allein durch Effizienzgewinne kompensiert werden kann. Die Tarife bilden leider nach wie vor nicht die Realität eines Kinderspitals ab und auch der anstehende Wechsel von Tarmed zu Tardoc wird dieses Grundproblem nicht beseitigen. Die GSK weist zudem darauf hin, dass das UKBB als eines der ersten Kinderspitäler den Tarifvertrag mit den Versichern gekündigt hat, weil die Tarife schlicht nicht kostendeckend waren. Sollte keine Einigung erzielt werden, drohen komplizierte Festsetzungsverfahren durch den Staat oder sogar ein Entscheid im Rechtsweg. Die Situation ist auch deshalb anspruchsvoll, weil die Tarifumstellung und die Vertragskündigung zeitlich zusammenfallen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beratung betrifft die übrigen Kantone der Nordwestschweiz. Die Zuweisung aus den Kantonen Aargau, Solothurn und Jura beanspruchen gemeinsam nicht weniger als 20% der stationären und 15% der ambulanten Leistungen des UKBB. Sie beteiligen sich aber nicht an den entstehenden Unterdeckungen. Allein 2024 entstand dadurch ein ungedeckter Aufwand von über 5 Millionen Franken, welche durch Basel-Stadt und Baselland zu tragen sind. Die Kommission hält fest, dass die Trägerkantone rechtlich keine differenzierten Tarife verlangen dürfen, dass sie aber aus diesem Grund und durch das vorher erwähnte Defizit politisch gegenüber den anderen Kantonen deutlicher auftreten sollten. Die bisherigen Gespräche mit Aargau, Solothurn und Jura beurteilt die GSK als zu zurückhaltend. Sie erwartet, dass die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Interesse einer Fairlastenverteilung künftige Verhandlungen offensiver führen. Es sollte im Eignerinteresse der beiden Trägerkantone sein, dass diese Kosten letztendlich nicht auch im indirekten Weg zu Lasten der Steuerzahler gehen.

Zusammenfassend kommt die GSK aber zum Schluss, dass die beantragte Rahmenausgabenbewilligung notwendig und sachlich begründet ist. Sie ermöglicht die Stabilisierung des UKBB und schafft die Voraussetzung, damit das Spital in den kommenden Jahren die geforderten strukturellen Massnahmen umsetzen kann. Die GSK empfiehlt dem Grossen Rat daher mit klar neun Stimmen bei einer Enthaltung die Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage. Ich erlaube mir an dieser Stelle auch noch eine ergänzende Information. Es handelt sich hier, wie gesagt, um ein partnerschaftliches Geschäft mit dem Kanton Basel-Landschaft. Der Landrat hat diesem Geschäft bereits Ende Oktober zugestimmt.

4. Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2026–2029; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der GSK

[12.11.25 09:32:15, 25.1193.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir beantragen dem Grossen Rat für die Jahre 2026 bis und mit 2029 eine Rahmenausgabenbewilligung in der Höhe von insgesamt rund 43 Millionen Franken zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitätskinderspitals beider Basel. Die beantragte Bewilligung umfasst 10,905 Millionen Franken für das Jahr 2026 und dann je geringfügig mehr 10,925 Millionen Franken für die Jahre 2027 bis und mit 2029. Wir beantragen gemeinsam mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft eine paritätische Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und Sie haben vom Kommissionspräsidenten bereits gehört, dass der Landrat im Partnerkanton mit Beschluss vom 30. Oktober die Bewilligung für diese Ausgabenpositionen ebenfalls bereits erteilt hat.

Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen des UKBB umfassen unter anderem die ärztliche Weiterbildung der Assistenzärztinnen und Assistenzärzte zu einem eidgenössischen Facharzttitel, die Leistungen des sogenannten Perinatalzentrums zur Versorgung von Kindern kurz vor, während und nach der Geburt, den Spitalsozialdienst sowie die Spitalbeschulung. Diese Leistungen sind klarerweise im öffentlichen Interesse, sie werden aber nicht durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung oder durch andere tarifarische Systeme gedeckt. Ein Sonderfall, der auch besondere Aufmerksamkeit verdient, ist die finanzielle Unterdeckung der Leistungen des UKBB, die eigentlich tarifarisch abgegolten werden. Wir reden hier über die klinischen Leistungen, die Spitalbehandlungen. Hier liegen eben die Kostendeckungsgrade unter 100% auch im stationären Bereich, aber vor allem im spitalambulanten Bereich. Hier reden wir von einer Kostendeckung von lediglich noch 65%, im stationären waren es über viele Jahre gut 100%, jetzt sind es 92%. Aus diesen unterfinanzierten Leistungsblöcken resultierte im Jahr 2024 ein Defizit von insgesamt 9,8 Millionen Franken und das hat dann auch durchgeschlagen auf die Beteiligungswerte in unserer Rechnung, so dass je eine Wertberichtigung in den Kantonen von 1,5 Millionen Franken vorgenommen werden musste.

Das UKBB ist also nach vielen Jahren mit ausgeglichenen Rechnungen finanziell in eine Unterdeckung geraten und hier sind wir als Co-Finanzierer und auch Miteignerkanton natürlich herausgefordert, Hand zu bieten für Lösungen, damit dieses wichtige Spital wieder in die finanzielle Balance finden kann. Zur Stabilisierung der finanziellen Lage des UKBB sollen aus diesen Überlegungen die Beiträge der Trägerkantone deutlich erhöht werden, insbesondere die Beiträge für die spitalambulante Unterdeckung. Hierfür sind zusätzliche Gelder von 3,35 Millionen Franken pro Kanton und Jahr vorgesehen. Und wenn man das jetzt addiert zum bisherigen Betrag, den die Trägerkantone leisten, dann können wir die Unterdeckung im ambulanten Bereich. ausfinanzieren, soweit sie zurückgeht auf die Behandlung der Basler Patientinnen und Patienten. Es bleibt, wie der Kommissionspräsident richtig angesprochen hat, ein Problem, dass Patientinnen und Patienten aus den übrigen Kantonen, die ebenfalls die Leistungen des UKBB in Anspruch nehmen, diese durch den aktuellen Tarif nicht vollständig finanzieren.

Wir reden hier über eine Hilfsmassnahme, die selbstverständlich nicht der einzige Handlungspfad ist. Unsere GWL-Erhöhung ist eingebettet in ein extern begleitetes Strategie- und Massnahmepaket, in dessen Rahmen das UKBB verpflichtet ist, auch Massnahmen umzusetzen und zu monitorisieren. Es geht hier darum auch mit betrieblichen Massnahmen und einem Ausbau der Partnerschaften, die zum Teil sehr erfolgreich, sehr intensiv schon verlaufen, wieder in bessere finanzielle Verhältnisse zu finden. Die Tarifverhandlungen, die Umstellungen der Tarifsysteme, die ohnehin jetzt anstehen, werden ebenfalls eine Gelegenheit bieten für das Spital, sich finanziell wieder neu zu positionieren.

Wir nehmen die Situation als Eigner sehr ernst und ich kann Ihnen versichern, auch im Gespräch mit den Partnerinnen und Partnern in Baselland ist es sehr wohl angekommen, dass wir hier Handlungsbedarf haben. Sie haben vielleicht auch wahrgenommen, im Landrat ist sehr deutlich gemacht worden, dass diese Erhöhung einen einmaligen Charakter haben soll, sie ist als Transformationsbeitrag bezeichnet worden, um also für das Spital Zeit zu gewinnen, mit eigenen Massnahmen wieder das finanzielle Gleichgewicht finden zu können. Der Kommissionspräsident hat angedeutet, dass es nicht sicher ist, dass das funktioniert und man in vier Jahren wieder auf einen tieferen Abgeltungsbeitrag zurückwechseln kann. Ich würde Ihnen nahelegen, dem Spital jetzt Zeit zu geben, diese Schritte anzugehen, auch die Chancen zu nutzen, die sich im wandelnden Tarifumfeld bieten und dann eine Neubeurteilung vorzunehmen, wenn klarer wird, ob Fortschritte erzielt werden können oder nicht.

Es ist uns ein sehr wichtiges Anliegen, für die nächsten vier Jahre die elementaren Leistungen des Universitäts-Kinderspitals beider Basel zu sichern. Ich glaube, das muss ich Ihnen nicht erläutern, ich nehme an, das Spital ist ausreichend bekannt und auch geschätzt für seine Leistungen. Es soll aber doch wieder gesagt werden, das UKBB sichert die Gesundheitsversorgung unserer Kinder und Jugendlichen, es bringt damit eine Leistung von unschätzbarem Wert und von existenzieller Bedeutung für unsere Bevölkerung. Es hat auch eine enorme Ausstrahlungskraft, insbesondere im Bereich der hochspezialisierten Medizin und der medizinischen Lehre und Forschung. Diese Ausstrahlungskraft geht weit über unsere Region im engeren Sinn hinaus und macht diese Institution zu einer Perle im Life Science Cluster, in dem wir uns hier bewegen. Und eine Besonderheit, die wir auch würdigen sollten, ist die bikantonale Trägerschaft dieses Spitals, die wir heute auch wieder bestätigen können mit einem kräftigen Beschluss zugunsten der Finanzierung für die kommenden vier Jahre. Daher wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das bestätigen würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zu den Fraktionssprechenden. Hier hat sich Oliver Bolliger eingetragen.

Oliver Bolliger (BastA): Da es ein sehr wichtiges Geschäft ist, erlaube ich mir, einige bereits gesagt Punkte zu pointieren. Die BastA spricht sich natürlich auch für die Finanzierung der GWL des UKBB für die kommenden vier Jahre in der Höhe von etwas mehr als 43 Millionen Franken aus. Um eine Erhöhung der GWL von jährlich 3,35 Millionen Franken in den beiden Trägerkantonen kommen wir nicht herum. Eigentlich ist dieser Betrag zu tief, um das strukturelle Defizit zu beheben. Wir tun dies, um dem UKBB die dringend notwendigen finanziellen Mittel zu sprechen und die universitäre Kindermedizin zu sichern.

Wir wissen alle, dass wir in der Region Basel auf ein stabiles und gut funktionierendes Kinderspital angewiesen sind, sei es in der Grundversorgung oder in der spezialisierten Medizin. Wer diese medizinische Versorgung in Frage stellt, spielt mit dem Feuer und greift den Service Public an, aber das ist ja in diesem Fall nicht der Fall gemäss Kreuztabelle.

Das UKBB ist unabdingbar und es wird auch in Zukunft so sein, dass die beiden Basler Kantone, da sehe ich es vielleicht ein bisschen anders, hohe finanzielle Mittel zur Verfügung stellen müssen. Im Ratschlag der Regierung wird klar ersichtlich, dass das UKBB seit Jahren unterfinanziert ist und nur mit deutlich mehr staatlichen und finanziellen Mitteln zu betreiben ist. Selbstkritisch muss ich festhalten, dass wir in der Beratung vor vier Jahren bereits hätten handeln müssen. Wir haben damals die GWL-Finanzierung um im Rückblick gesehen lächerliche 412’000 Franken im Jahr erhöht. Eigentlich war schon damals klar, dass diese Erhöhung das strukturelle Defizit nicht angehend abfedern kann. Seit Jahren steigt der finanzielle Verlust des UKBB im spitalambulanten Bereich und dies, obwohl die erbrachten Leistungen zunehmen. Von einem Verlust von 16,6 Millionen Franken, also ohne GWL-Leistungen, im Jahr 2022, bis zu einem Verlust von knapp 21 Millionen Franken im letzten Jahr. Die Erhöhung der GWL auf neu knapp 11 Millionen Franken pro Jahr basiert grundlegend auf dem Transformationsbetrag für die finanzielle Unterdeckung im spitalambulanten Bereich. Es wurde also nichts Zusätzliches bestellt, nichts Zusätzliches ausgebaut, keine spezielle Innovation ermöglicht, nein, wir sichern nur die seit Jahrzehnten zu tiefen Tarife ab. Wir tun dies mittels GWL, weil dies die einfachste Möglichkeit ist, politisch notwendige Gelder zu sprechen und so unser Kinderspital vor einer weiteren Schieflage zu bewahren.

Diese Massnahme ist politisch richtig und trotzdem würde ich behaupten, dass wir die GWL inhaltlich schon ein wenig überstrapazieren. Seit Jahren wissen wir, dass die Tarife den Aufwand für das Betreiben einer qualifizierten Kindermedizin bei weitem nicht abdecken, egal was sie tun, es benötigt einfach mehr Zeit und Aufwand als in der Erwachsenenmedizin. Die Tarife bilden das nicht ab und es ist nicht das Problem des UKBB und noch viel weniger der Menschen, welche dort für unsere Gesundheit arbeiten, es ist ein rein strukturelles Finanzierungsproblem, welches von der Politik seit Jahren hinausgeschoben und somit auf dem Buckel der Kinderspitäler ausgetragen wird. Seit Jahren werden wir auf die Aussicht nach besseren ambulanten, aber auch stationären Tarifen vertröstet, damit dann die Kindermedizin besser ausfinanziert wäre. Die Frage stellt sich aber nun existenziell, inwiefern die Kinderspitäler in der Schweiz das Warten überhaupt noch überleben.

Und nun droht gar eine weitere Verschlechterung mit der Einführung von TarDoc-Tarif bzw. dem Druck von Seiten der Invaliden- und der Unfallversicherung, ihren ambulanten Tarif auf 92 Rappen zu senken. Dabei müsste dieser Tarif bei 147 Franken liegen. Da ein Viertel der Erhandlungen in den Kinderspitälern von der Invalidenversicherung finanziert werden, bringt diese Senkung die Kinderspitäler in zusätzliche existente Not, vielleicht kann man das ja noch abwenden.

Wir können also festhalten, auf nationaler Ebene muss von einem kompletten politischen Systemversagen gesprochen werden, dies auf Kosten der Allgemeinheit, der Kindermedizin, der Menschen, welche in den Kinderspitälern arbeiten, aber schlussendlich mit der Zeit auch auf Kosten der betroffenen Kinder und deren Angehörigen. Eine weitere Optimierung der Prozesse und das weitere, ich nenne das jetzt mal so, Ausdrücken der bereits ausgedrückten Zitrone werden dieser Problematik nicht gerecht. Solche Massnahmen stehen, wie erwähnt, zwar im Bericht und im Ratschlag, aber aus meiner Sicht sind dies keine nachhaltigen Lösungen, und dass ab 2026 mit dem neuen Tardoc-Tarif die Probleme in der Kindermedizin behoben werden können, dass das ausreichen wird, um Kinderspitäler ausreichend zu finanzieren, daran glaube ich nicht wirklich. Die GSK war in der Diskussion klar der Meinung, dass eine höhere staatliche Finanzierung des UKBB unausweichlich ist, ansonsten droht, wie schon erwähnt, ein massiver Leistungsabbau. Es wäre also völlig illusorisch zu meinen, wir kämen nach 2029 mit dem alten Betrag über die Runden.

Dann noch kurz zur Diskussion über eine stärkere Beteiligung der umliegenden Kantone. Diesen Punkt besprechen wir nun auch schon seit längerem, bereits vor vier Jahren stand dies im Bericht der GSK. Leider ist da nicht viel gelaufen, aber man muss auch sagen, in der bestehenden Finanzierungslogik wahrscheinlich auch kaum zielführend umzusetzen. Aber selbst wenn sich die umliegenden Kantone an den GWL-Kosten beteiligen würden, das grundlegende strukturelle Problem kann dadurch nicht gelöst werden. Es liegt nun am Regierungsrat, in den kommenden Jahren gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft, der Spitalleitung, der Sozialpartner die Finanzierung des UKBB auf sichere Füsse zu stellen und gemeinsam auch neue Finanzierungsmodelle für die Region zu entwickeln sowie das UKBB fokussiert auf den medizinischen und und gesellschaftlichen Bedarf auszurichten. Ohne das geht es nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Wir haben schon ganz viel gehört, was ich auch nicht alles wiederholen möchte. Es ist klar, das UKBB ist wichtig für unsere Stadt, sie leistet ganz eine tolle Arbeit für unsere jüngsten Mitbewohner. Das UKBB hat auch eine Zentrumsfunktion, das haben wir gehört, mit öffentlich-rechtlichem Auftrag und was auch wichtig ist, sie betreiben keine Misswirtschaft, sie arbeiten gut. Es ist strukturell bedingt, das haben wir gehört, wegen dem Tarifproblem, dass der Tarif für die Kindermedizin nicht richtig abgebildet ist, weil ein Kind einfach sehr viel mehr Zeit benötigt. Wir sind auch der Meinung, dass Tardoc nächstes Jahr das Problem schätzungsweise nicht lösen wird.

Natürlich ist es für uns ein Wunsch, dass man schaut, wo kann man optimieren, aber da macht das UKBB wirklich schon sehr viel. Was uns als LDP aber ein sehr grosses Anliegen ist, dass wenn es jetzt um neue Vertragsverhandlungen geht mit Krankenkassen, der Geschäftsleiter und der Verwaltungsrat hart, aber wirklich hart verhandeln mit diesen Krankenkassen. Weil es kann nicht sein, dass man nachher einen Tarif hat, bei man von Anfang an weiss, dass er schlicht ungenügend ist. Wir haben gehört, im ambulanten Bereich ist er im Moment 65%. Und in letzter Zeit sind die Taxpunkte auch noch gesunken. Das Ziel wäre, dass man wirklich so verhandeln kann, dass man einen Tarif hat, der schlussendlich auch funktioniert. Das ist der Wunsch der LDP und selbstverständlich unterstützen wir die Finanzierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Amina Trevisan für die SP.

Amina Trevisan (SP): Spätestens wenn unsere Kinder, Enkelkinder, Nichten und Neffen plötzlich schwer erkranken oder verunfallen, sind wir unendlich dankbar, dass wir uns auf das UKBB verlassen können und dass das ganze jeweilige Behandlungsteam diesen Kindern tagtäglich das Leben rettet. Ich werde mich jetzt auch kurz halten, weil wir schon vieles gehört haben. Im Namen der SP-Fraktion danken wir allen Mitarbeitenden des UKBB, ihr wichtiger Einsatz im Dienst der Kinder und Jugendlichen ist enorm, sie halten das System am Laufen, oft unter schwierigen Bedingungen und mit viel Engagement und Herzblut. Dafür gebührt ihnen unser grosser Dank.

Die SP-Fraktion, dies vorab, wird der Vorlage einstimmig zustimmen, weil die Beitragsgewährung für das UKBB essenziell ist, um nicht zu sagen existenziell. Die SP-Fraktion bittet Sie deshalb, die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten des Universitätskinderspitals beider Basel für das Jahr 2026 mit Ausgaben von rund 11 Millionen Franken und für die Jahre 2027 bis 2029 mit Ausgaben von jährlich ebenfalls fast rund 11 Millionen gutzuheissen.

Eigentlich sollten wir heute in erster Linie nur über strukturelle Probleme sprechen, weshalb es überhaupt zu dieser Unterfinanzierung kommt. Das haben wir getan. Der Bund ist mit seinen Tarifen ein Mitverursacher dieser Lage. Die Behandlung von Kindern und damit einhergehend auch die Begleitung der Eltern und Erziehungsberechtigten nimmt einfach mehr Zeit in Anspruch als bei Erwachsenen. Diese Tarife decken den Aufwand schlicht und ergreifend nicht. Das strukturelle Problem ist schon lange bekannt, das haben wir gehört, die vorgeschlagene Lösung ist immer die gleiche, dass mit den anderen Kantonen gesprochen wird und sie finanziell stärker einzubinden sind. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, runde Tische sind immer gut, aber wir dürfen uns nichts vormachen. Damit kommen wir nicht unbedingt sehr schnell auf einen grünen Zweig. Wir brauchen Lösungen auf Bundesebene. Wir haben es auch gehört, das Problem wird auch mit Tardoc nicht gelöst werden. Somit bleiben die Leistungen des Kinderspitals nach wie vor ungenügend gedeckt. Das Unternehmen damit in eine finanziell stabilere Zukunft zu führen, ist eine Herkulesaufgabe. Einfache Lösungen gibt es nicht.

Wir bitten Sie, die beantragten Gelder zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte-EVP hat sich Andrea Strahm gemeldet.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Mit den GWL, wir haben es gehört, deckt der Kanton Auslagen der Spitäler, die diese aufbringen, diese von den Krankenkassen aber nicht vergütet erhalten. Der Kanton leistet einen Beitrag an diese Auslagen. Dass Tarifverhandlungen geführt werden müssen, die diese Auslagen besser decken, steht ausser Frage. Vorliegend geht es aber nicht um andere Auslagen, sondern um diese GWL. Dazu stellen die Spitäler Anträge, die von der Regierung geprüft und entweder gutgeheissen, gekürzt oder auch erweitert werden, dies insbesondere dann, wenn Spitäler gleichbehandelt werden sollen.

Der vorliegende Beschlussantrag befasst sich mit den GWL des UKBB, mithin eines bikantonalen Spitals. Die Beschlussfassung erfolgt also unter dem Vorbehalt, dass auch der Landrat zustimmt, und das hat er inzwischen getan. Der

Kommission lagen der Ratschlag der Regierung und die Anträge des UKBB vor. was ihr nicht vorlag, waren die einzelnen Posten der Anträge der Spitäler. Sie konnte also nicht im Detail überprüfen, was die Regierung denn nun im Detail gekürzt hatte. Das führte zu Diskussionen. Die Kommission hätte hier gerne mehr Transparenz und möchte wissen, was denn nun genau gekürzt wurde. Die Kommission weiss deshalb nicht präzise, ob nun konkret lediglich Nice to have-Posten gestrichen wurden oder ob es um wesentliche Ausgaben ging. Vollständige Transparenz könnte es nur geben, wenn die ganzen Anträge der Spitäler Posten für Posten. übergeben würden und das GD genau aufzeigen würde, was nun gestrichen oder hinzugefügt wurde. Das würde nicht nur diesen Ratschlag für das UKBB, sondern alle Spitäler betreffen, denn für alle liegen GWL-Anträge vor.

Der nächste Schritt wäre dann der, dass die Kommission die einzelnen Kürzungen und Ergänzungen qualifizieren würde, dazu müsste sie mit den einzelnen Spitälern Hearings machen und nachfragen, ob die Kürzungen im Ratschlag erträglich sind. Man kann sich unschwer vorstellen, welchen Rattenschwanz an Aufwand dieses Hin und Her verursachen würde, was auch der Kommission unverhältnismässig erschien, weshalb sie heute die Zustimmung zum Ratschlag empfiehlt.

Die Mitte-EVP-Fraktion schliesst sich dem an und möchte zusätzlich darauf hinweisen, dass die Regierung mit dem UKBB und den anderen Spitälern einen Dialog führt und nicht ex cathedra einfach Kürzungen der Anträge verfügt. Das UKBB kann der Regierung gegenüber begründen und mit ihr verhandeln. Anträge folgen zudem in aller Regel, ich will hier dem UKBB konkret nichts unterstellen, dem Prinzip «il faut demander un boeuf pour avoir un oeuf». Anträge werden also so gestellt, dass es auch Posten gibt, auf die man verzichten und über die man verhandeln kann. Würden erhebliche GWL-Ausgaben des UKBB nicht berücksichtigt, die von Relevanz wären, hätte das UKBB also Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen, dies nicht nur im Dialog, sondern auch politisch und über die Medien.

Nichtsdestotrotz ist die Finanzierung natürlich zu verbessern und dazu sind Verhandlungen mit den Sozialpartnern und den Krankenkassen unerlässlich. Die Mitte EVP-Fraktion bittet Sie deshalb, dem vorliegenden Ratschlag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Lea Wirz für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich musste mich jetzt nochmals kurz vergewissern, dass wir wirklich bei diesem Geschäft hier sind und nicht bei anderen GWL von anderen Spitälern. Aber ja, wir sind tatsächlich noch beim UKBB.

Auch die Fraktion GRÜNE/jgb stimmt diesem Geschäft zu, das UKBB, das haben wir bereits mehrfach gehört, spielt eine zentrale Rolle in der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der ganzen Nordwestschweiz. Die beantragten Mittel sichern Leistungen, die für das Gemeinwohl unerlässlich sind, aber im bestehenden Tarifsystem nicht kostendeckend abgegolten werden. Die GWL, die Aufgaben also, die im öffentlichen Interesse wie Ausbildung, Forschung, Sozialdienst oder Spitalbeschulung stehen, sind ein wichtiger Grundpfeiler unseres Gesundheitswesens. Hier braucht es die öffentliche Hand, um diese Leistungen zu sichern, weil eben das System diese nicht korrekt abgelten kann.

Aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb ist klar, diese Rahmenausgabenbewilligung ist notwendig, um den Betrieb des UKBB sicherzustellen und zu gewährleisten. Gleichzeitig braucht es aber dringend strukturelle Reformen, damit Kinderspitäler nicht ständig unterfinanziert sind. Bund und Kantone müssen gemeinsam Lösungen finden, um die pädiatrische Versorgung dauerhaft zu sichern. Hier erwarten wir vom Regierungsrat, dass er sich als Standortkanton eines Kinderspitals mit all seinen Möglichkeiten für bessere Lösungen einsetzt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Amina Trevisan hat sehr schön gesagt, dass dort den Kindern das Leben gerettet wird. Ich wollte auch dem Kinderspital danken, denn dort hat man mir auch das Leben gerettet 1970, durch das Team von Nationalrat Dr. Hugo Wick, CVP, die Mitte. In meinem Buch Jüngster Abgeordneter Europas habe ich über die dramatischen Tage geschrieben. Ich hatte eine Hirnhautentzündung, und ich will einfach aufzeigen, wie wichtig die Gelder sind. Meine Eltern wollten nach Kamerun, alles war gebucht und eine Woche vor Abflug bin ich eingeliefert worden und in Kamerun wäre ich damals gestorben, weil es dort keine Rettung gibt. Ich wollte einfach sagen Danke und darum stimme ich diesen Geldern zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Rednerliste ist erschöpft, somit hat Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte mich bedanken für die grosse Unterstützung, die Sie geäussert haben für unseren Antrag, aber natürlich vor allem für das Spital, und ich schliesse mich sehr gerne der Wertschätzung an, die geäussert wurde für die Arbeit der Mitarbeitenden am UKBB.

Inhaltlich glaube ich, sind wir uns einig, es braucht diese Erhöhung jetzt, um die Leistungen des Spitals für die nächsten vier Jahre abzusichern, aber es braucht für die langfristige Konsolidierung der Spitalfinanzen dann mehr, dessen sind wir uns auch bewusst. Und das sind auch strukturelle Themen, die nur teilweise in unserer Hand liegen, das ist ebenso zutreffend. Die wichtige Veränderung wird jetzt auf Tarifebene auf das Jahr 2026 hin kommen, indem eben der neue TARDOC eingeführt wird. Ich glaube, man muss das als Chance sehen für die Kindermedizin, es ist normal, dass es eine gewisse Nervosität gibt vor einer so grossen Tarifsystemumstellung. Aber die ausdrückliche Zielsetzung von TARDOC ist es, die sprechende Medizin, die Grundversorgung und die Kindermedizin zu stärken und wir sollten dem einen gewissen Kredit geben. Zudem ist es so, dass Tarifverhandlungen auch laufen und auch diese verdienen eine faire Chance, so dass wir hier nicht jetzt zum vornherein schon sagen sollten, dass diese Tarifumstellung ohnehin nicht ein gewichtiger Teil der Lösung sein könnte. Ich würde das ausdrücklich nicht so sehen, sondern sagen, diese Tarifumstellung ist eine Chance und alle Beteiligten sind aufgerufen, sie zu nutzen.

Damit ist auch die Invalidenversicherung angesprochen. Es wäre nicht verständlich, wenn die Invalidenversicherung, die direkt Teil ist des Bundes, eine Bundesinstitution, nun die Tarifumstellung für eine Senkung ihres Taxpunktwerts zum Anlass nähme. Das fänden wir nicht korrekt und das werden wir auch den Bundesbehörden gegenüber entsprechend so vertreten.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, dass es möglicherweise ein kleines Missverständnis gab im Votum von Andrea Strahm. Sie hat ein bisschen weiter ausgegriffen, glaube ich, schon auf das zukünftige Geschäft der allgemeinen GWL, wo auch andere Spitäler zur Diskussion stehen. Hier am UKBB haben wir einen sehr partnerschaftlich erarbeiteten Vorschlag auf dem Tisch und da hat also nicht die Regierung gekürzt gegenüber den Anträgen des Spitals, sondern das ist sehr einvernehmlich erarbeitet worden und hier ziehen wir absolut am gleichen Strick und es ist nicht unsere Absicht, da irgendwelche Abstriche zu machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Kommissionspräsident verzichtet auf ein Votum, Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 7 des Berichts.

Titel und Ingress

1. Ausgaben

2. Vorbehalt Zustimmung Partnerkanton

Publikations und Referendumsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007560, 12.11.25 10:04:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) werden für das Jahr 2026 Ausgaben von Fr. 10'905'000 und für die Jahre 2027–2029 Ausgaben von jährlich Fr. 10’925’000 (insgesamt Fr. 43’680'000 für die Jahre 2026–2029) bewilligt.

2. Die Rahmenausgabenbewilligung steht unter dem Vorbehalt einer analogen Beschlussfassung durch den Landrat des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 93 Stimmen bei einer Enthaltung.

5. Fortgang der Koordinations-, Planungs- sowie Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau in der Periode 2022 bis 2024, Bericht des RR

[12.11.25 10:04:35, 25.0513.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Für die Kommission das Wort hat die Präsidentin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Dieser Bericht wurde der UVEK im Mai dieses Jahres überwiesen. Die Kommission setzte sich an ihren Sitzungen vom 27. August und 22. Oktober mit dem Bericht auseinander. Sie beantragt Ihnen heute mit 11 zu 0 Stimmen Kenntnisnahme des Berichts.

Dieser Bericht ist der erste Zwischenbericht zum Fernwärmeausbau. Mit dem vor wenigen Jahren beschlossenen Fernwärmeausbau sollen 60 Kilometer Fernwärmeleitungen hinzugebaut werden, pro Jahr im Schnitt 4 Kilometer. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass bereits ein Sechstel, also 10,6 Kilometer, bis Ende 2024 erstellt wurden. Auch die Dekarbonisierung der Fernwärme wird im Bericht aufgezeigt. Bis Ende 2035, spätestens aber 2037 sollen die restlichen 20% der Wärmeversorgung dekarbonisiert werden, die noch verbleiben. Über die dazu notwendigen Investitionen werden wir hier auch noch beraten.

Die UVEK hat in ihren zwei Sitzungen einige Abklärungen zu diesem Bericht getroffen, zuerst zu den neuen Hausanschlussoptionen. Der UVEK wurden die im Bericht erwähnten neu geschaffenen Hausanschlussoptionen näher erläutert. Die Vertretung von WSU und IWB haben aufgezeigt, wie durch die neuen Hausanschlussoptionen auch Häuser mit beengten Platzverhältnissen im Keller dank Zusammenschlüssen mit Nachbar:innen angeschlossen werden können an das Fernwärmenetz. Über zusammengelegte Hausanschlüsse können auch Häuser ausserhalb des Fernwärmegebiets theoretisch angeschlossen werden, solange sie Nachbarinnen und Nachbarn haben, die am Netz sind und sich mit ihnen zusammenschliessen wollen und können. Auch können so Anschlusskosten gespart werden, wenn man sich zusammenschliesst. In den Abrechnungen an sich ändert sich für die Kund:innen nichts, jedes Haus bekommt trotzdem einen separaten Zähler. Die Kund:innen sparen so Anschlusskosten, die IWB gewinnt mehr Kund:innen.

Interessiert hat sich die UVEK auch für die Frage, wie mit der Konkurrenz zwischen Erdsonden und Wärmepumpen und einem Fernwärmeanschluss umgegangen wird. Der Regierungsrat hat die Förderbeiträge für Wärmepumpen innerhalb des Fernwärmegebiets anfangs 2025 bereits halbiert. Damit wurde diese Konkurrenz weitestgehend entschärft. In Erkundung gebracht hat die UVEK in diesem Zusammenhang jedoch auch, wie die Auswirkungen der Solaroffensive auf diese Konkurrenz sein könnten. Der geförderte Solarstrom könnte eine Wärmepumpe mit günstigem Strom versorgen und damit die Wärmepumpe wiederum attraktiver werden lassen als der Fernwärmeanschluss. Der UVEK wurde erläutert, dass diese Kombination vor allem in kleineren Liegenschaften mit einer Heizungsleistung von 10 Kilowatt, also in Einfamilienhäusern, tatsächlich attraktiv sei, da sich dort im Jahresschnitt die Hälfte des Strombedarfs einer Wärmepumpe aus der eigenen Stromproduktion decken lässt, dies wohlgemerkt ohne Batteriespeicher und im Jahresschnitt. Mitberücksichtigt werden muss, dass im Sommer mehr Strom produziert und im Winter jedoch mehr geheizt, also auch mehr Strom genutzt wird für die Wärmepumpen, was diesen Effekt logischerweise dann auch verkleinert.

Bei grösseren Liegenschaften dürfte Solarstrom in Bezug auf die Wahl der Heizungslösung nicht von zu grosser Relevanz sein, da das Verhältnis von Strombedarf einer Wärmepumpe und Stromeigenproduktion nicht gleich gut sei. Bemerkt werden müsse auch, dass bei den Einfamilienhäusern die Solardachpflicht meist nicht greifen würde, da sie sich auf 100 m2 bezieht, so zumindest möchte es der Vorschlag des Regierungsrates, es ist so angedacht. Das gute Verhältnis von Eigenstromproduktion und Konsumation macht es bei einem Einfamilienhaus jedoch tatsächlich wahrscheinlicher, auch auf eine Wärmepumpe zu setzen und könnte daher tatsächlich Einfluss auf die Anschlussquote der Fernwärme in beispielsweise Quartierstrassen voll mit Einfamilienhäusern haben.

Ein grosser Effekt auf die Wirtschaftlichkeit des Fernwärmenetzes, und das war es eigentlich, was in der UVEK von Interesse war, sei jedoch nicht erwartbar, da alle Häuser zusammengerechnet, die in diese Kategorie fallen, nur etwa 3% des Fernwärmeabsatzes ausmachen würden. Die UVEK hat sich demnach weiter erkundigt, wie es denn mit kleineren Quartierstrassen aussehe, in denen viele bereits eigene Lösungen haben, die sich aber dennoch im Erschliessungsgebiet befinden. Die UVEK liess sich versichern, dass das für den Fernwärmeausbau vom Regierungsrat definierte Gebiet nach wie

vor seine Geltung hat, unabhängig davon, wie viele potenzielle Kund:innen in einer solchen Strasse bestünden. Der UVEK wurde zudem erläutert, dass einerseits sich eine tiefe Anschlussquote auch über die Jahrzehnte hinweg gegen oben bewegen könne, je mehr Heizungen dort ersetzt werden müssen über die Zeit hinweg. Andererseits sei die Anschlussquote in den kleinen Quartierstrassen mit vielen Einfamilienhäusern auch sekundär, es habe sich gezeigt, dass nicht die Anschlussquote der wichtigste Indikator sei für die Wirtschaftlichkeit des Netzes, sondern der Wärmeabsatz.

Die UVEK hat sich auch mit dem Thema der Kundeninformation befasst. Im Bericht ist auch aufgezeigt, dass die IWB die Kommunikation rund um die Gasstilllegung und den Fernwärmeausbau erweitert hat, unter anderem auch mittels der öffentlichen, interaktiven Onlinekarte. Die IWB informiert die Hauseigentümer:innen unterschiedlich, je nach Gebiet und Betroffenheit von der Gasnetzstilllegung und dem Fernwärmeausbau. Aktuell geht die IWB drei Jahre, bevor die Fernwärme in einem Strassenzug ankommt, auf Hauseigentümer:innen zu und informiert sie über die Fernwärme sowie die nachfolgende Gasstilllegung. Sie geht drei bis vier Jahre vor Gasnetzstilllegung auf Hauseigentümer:innen zu, in jedem Fall, auch wenn es keine Fernwärme gibt. Auf der interaktiven Webseite werden verbindliche und unverbindlichere Angaben gemacht. Die Angaben bezüglich Erschliessungsjahr hat sich die UVEK erläutern lassen. Diese sind dann als verbindlich deklariert, wenn eine Baubewilligung vorliegt. Die IWB informiert zudem auch mittels Infoveranstaltungen im Quartier und Infodesks.

Die Kommission diskutierte darüber, ob diese Informationen und die zeitlichen Abläufe ausreichend seien, beispielsweise für Investitionsplanungen von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern. Sie stellte fest, dass es bisher von Seiten IWB an alle heutigen Kund:innen des Gasnetzes sowie heutigen und auch potenziellen Kund:innen des Fernwärmenetzes keine allgemeine Information über die Gasnetzstilllegung und den Fernwärmeausbau gegeben hat,und dass die potenziellen Kund:innen oder Kund:innen, die von der Stilllegung des Gasnetzes betroffen sind, auch nicht auf die interaktive Karte oder auf die Vorinformation von drei bis vier Jahren vor einem möglichen Fernwärmeanschluss hingewiesen wurden. Die UVEK würde eine solche einmalige allgemeine Information über die Stilllegung des Gasnetzes und den Ausbau der Fernwärme und auch eine Information über die Informationsmöglichkeiten der Hauseigentümer:innen sehr begrüssen.

Die UVEK hat auch zur Kenntnis genommen, dass die Koordination mit Begrünungs-, Entsiegelungs- und Umgestaltungsmassnahmen gut angelaufen ist und sich IWB und BVD untereinander abstimmen. Bereits ein Drittel der 10,6 bisher erstellten Kilometer wurden mit Umgestaltungen koordiniert, ein Zehntel mit Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen. Auch zur Umsetzung dieser Koordination ist der Regierungsrat alle drei Jahre zu einem Bericht verpflichtet, was dort jedoch das BVD betrifft und nicht das WSU. Die UVEK erhielt die Auskunft, dass nach dem ersten Zwischenbericht seitens BVD die beiden Berichte synchronisiert werden sollen und in drei Jahren die UVEK den ersten Gesamtbericht erwarten kann.

Wie gesagt, beantragen wir Ihnen die Kenntnisnahme. Im Namen der UVEK bedanke ich mich beim WSU und den IWB für diesen Bericht und die Begleitung der Kommissionsberatung. Zusätzlich möchte ich an dieser Stelle auch einen Dank an alle weiteren Involvierten aussprechen, sei es auf der Baustelle oder in einem Büro der IWB, des BVD oder des WSU. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir mit Infrastrukturausbauten und Systemwechseln dermassen schnell, effizient und gemeinsam koordiniert vorankommen. Vielen Dank für Ihre Arbeit und Ihnen besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regiserungsrat Kaspar Sutter verzichtete in einer ersten Runde. Somit hat Nicole Strahm Lavanchy für die LDP das Wort.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Der nicht mehr ganz aktuelle Bericht der IWB zum Fernwärmeausbau zeigt deutlich, die IWB ist auf Kurs. Der Ausbau und die Umsetzung schreiten planmässig voran, dies und den sehr umfangreichen Bericht nehmen die Fraktionen der LDP und der SVP anerkennend zur Kenntnis und bedanken sich herzlich dafür.

Der Bericht ist über den Zeitraum 2022 bis 2024 gestaltet. Es ist seither viel passiert, aber eines ist geblieben und dies ist für mich nicht ganz überraschend, Raffaela Hanauer hat es kurz erwähnt, aber es ist nicht ganz so, das sind nämlich die Herausforderungen. Und die liegen heute nicht mehr in der Technik, sondern in der Koordination der verschiedensten Player in der ganzen Strassennetzumgestaltung. Für eine ökologische Stadtentwicklung hat das Parlament in den letzten Jahren zahlreiche zusätzliche Projekte im öffentlichen Raum beschlossen, wir haben alle darüber abgestimmt, Strassenrückbauten, Entsiegelungen, begrünte Umgestaltung, mehr Sicherheit für Velofahrende, usw. All diese Vorhaben müssen nun gleichzeitig mit dem Fernwärmeausbau umgesetzt werden und das führt leider immer noch zu massiven planerischen Engpässen.

Wir hoffen nun wirklich auf ein zügiges gemeinsames Vorgehen, es sind noch etliche Jahre bis 2037, die vor uns liegen. Für die Bevölkerung, das Gewerbe und die Anschlusswilligen bedeutet das nämlich zeitlich längere Baustellen, Staus, Umleitungen und Anschlüsse, die je nachdem deutlich länger auf sich warten lassen als erhofft. Wir danken den Planenden sehr, wenn die begleitenden Baustellenbelastungen in Zukunft minimiert werden können. Eine zügigere Vorgehensweise ist sicher auch ein gutes Mittel zur Vorbeugung von Installationen alternativer CO_2-neutraler Heiztechniken in privaten Gebäuden und sicher auch ein wirtschaftlicher Wunsch der IWB. Wir sagen weiterhin klar Ja zum Fernwärmenetzausbau, Ja

zur Energiewende, aber bitte mit realistischer Koordination und mit Rücksicht auf jene, die tagtäglich von den Begleitumständen negativ betroffen sind. Nur so schaffen wir Akzeptanz und nur so wird der Ausbau der Fernwärme am Ende auch wirklich ein Erfolg für alle.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wenn wir über Fernwärme sprechen, dann sprechen wir über die Umsetzung des Klimaschutzes im Kanton Basel-Stadt. Das Volk hat uns mit Netto 2037 ein klares und ambitioniertes Ziel vorgegeben, dass wir bis ins Jahre 2037 Netto Null erreichen sollen. Im Bereich der Wärme wissen wir ziemlich genau, wie dieser Weg aussieht. Wir wissen, wie man ein Haus heizen kann, ohne dass man dazu fossile Brennstoffe benötigt. Es geht also nur noch darum, diesen Weg zu gehen, konsequent zu gehen mit einer klaren Strategie. Das machen wir im Kanton Basel-Stadt mit dem Energiegesetz, die klare Vorgabe, dass der Ersatz einer fossilen Heizung erneuerbar sein muss und mit Ihrem Beschluss zum Fernwärmeausbau und der Freigabe der Investitionssummen das klare Ziel, dass wir unser Fernwärmenetz um 60 Kilometer erweitern wollen, so dass wir viele der Haushalte in unserer Stadt damit erreichen. Das soll in den Fernwärmegebieten den Nutzen der Fernwärme möglichst vielen Kundinnen und Kunden ermöglichen, diesen Übergang von fossilen Heizmitteln zu erneuerbaren Heizmitteln.

Das bedingt natürlich auch gleichzeitig, dass wir es schaffen in dieser gleichen Zeit, den fossilen Anteil der Fernwärme, der liegt noch etwa bei 20%, ein bisschen abhängig von der Kälte der Winter, auch diesen noch erneuerbar zu gestalten. Auch hier hat die IWB die klare Vorgabe, das bis 2035 umzusetzen, zurzeit gerade werden zwei Pellet-Heizkessel eingebaut beim Heizwerk am Bahnhof, die noch im Laufe dieses Winters in Betrieb gehen sollen, eben mit dem Ziel, dass die Produktion bis 2035 auch zu 100% CO_2-neutral ist.

Ich bin sehr froh, dass wir mit den IWB ein eigenes kantonseigenes Unternehmen haben mit den unternehmerischen Freiheiten und der Professionalität, diese Ziele, diese Klimaziele, die Sie hier gesetzt haben und die Bevölkerung uns gegeben hat, auch konsequent umzusetzen. Weil diese Wärmetransformation ist ein unglaublich grosses Projekt, das fordert die IWB als Umsetzer, das fordert uns auch als Stadt mit den Baustellen und der Transformation, das fordert auch die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer bei der Umstellung ihrer Heizungsquelle. Das ist uns sehr bewusst, aber die IWB trägt hier die Hauptverantwortung, in 15 Jahren eben diese 60 Kilometer zu bauen und die Hausanschlüsse zu realisieren mit den Hauseigentümerinnenn und Hauseigentümern.

Und da dies ein sehr grosses Projekt ist, haben Sie auch diesen Bericht bestellt und wir sind natürlich als Regierungsrat und als zuständiges Departement in regelmässigem Austausch mit der IWB, um zu sehen, dass dieses Projekt auch gemäss den Zielen voranschreitet. Und diesen Bericht hat Ihnen der Regierungsrat im April dieses Jahres vorgelegt, über diese ersten drei Jahre, auch sehr entscheidenden Jahre, in denen das Projekt auch aufgestellt werden musste, in denen sehr viele Leitungen schon gebaut wurden, aber vor allem auch Transportleitungen und weniger Erschliessungsleitungen, die dann im späteren Teil des Projektes folgen. Sie können also in diesem Bericht lesen, wie der Stand war Ende 2024 und wir sind ja jetzt schon wieder fast 11 Monate weiter und das Projekt wurde selbstverständlich weitergetrieben und wir werden Ihnen dann nach den ersten sechs Jahren wiederum einen Bericht vorlegen, und die Präsidentin der UVEK hat es bereits erwähnt, wir werden dann auch den Teil der Oberflächengestaltung, also der Begrünung und der Entsiegelung, die Sie ja im Januar diesen Jahres in Auftrag gegeben haben oder beschlossen haben, dort integrieren, damit Sie auch ein Gesamtbild haben, sowohl über den Fortschritt des Ausbaus wie auch über die Begleitmassnahmen im Bereich der Entsiegelung und der Begrünung.

Zuerst müssen die Transportleitungen gebaut werden, das bedeutet, dass die Kundinnen und Kunden auch ein bisschen später kommen, das führt dazu, dass der Cashflow zu Beginn des Projektes schlechter ist, als er dann am Ende des Projektes ist und das wiederum ist auch der Grund, dass am Anfang der Projektphase grössere Tranchen des Kantonsdarlehens an die IWB bezahlt werden, eben im Abbild dieser Cashflow-Lücke, die insbesondere am Anfang entsteht durch dieses ganze Projekt. Bei den Anschlüssen sehen Sie auch 1’050 neue Anschlüsse wurden bis Ende letzten Jahres bereits verkauft, und was wichtig ist, das ist die Absatzmenge, denn das ist entscheidender für die Wirtschaftlichkeit, weil man ja pro bezogene Kilowattstunde die Fernwärme bezahlt. Und dort sieht man, dass man bereits 25% des Zieles erreicht hat, also bei der Absatzmenge sieht man sogar, dass ein überproportionaler Abschluss bereits möglich war. Das ist sicher eine sehr erfreuliche Zahl in diesem Bericht.

Sie sehen auch die Kosten. Wie auch schon der Forecast, der jetzt von 500 Millionen ausgeht. Es ist klar, da schaut man 12 Jahre in die Zukunft, das ist weiterhin mit Unsicherheiten verbunden, aber es ist natürlich stark getrackt. Und dieses Risiko ist zum Teil teuerungsbedingt, zum Teil aufgrund anderer Faktoren, aber dieses Risiko, und das ist mir wichtig, liegt auch nicht beim Kanton, sondern bei der IWB und die IWB hat ein sehr grosses Interesse und sie macht das auch sehr gut, auch diese Kosten im Griff zu halten, um dieses grosse Generationenprojekt der Wärmetransformation unter den Boden zu bekommen,

so dass die Menschen in Zukunft weiterhin warme Häuser haben, diese aber nicht mehr mit fossilen Brennstoffen geheizt sind.

An diesem Punkt möchte ich danken allen Leuten, die intensiv an diesem Projekt arbeiten, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IWB, aber auch des BVD und in meinem Departement, die involviert sind und ich möchte auch den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Basel und des Kantons Basel danken und auch weiterhin um Verständnis bitten, dass in dieser Transformationsphase das auch zu sehen ist in Form von Baustellen, aber wir alle wissen, weshalb wir das tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Kommissionspräsidentin verzichtet auf ein Votum, Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis genommen, das Geschäft ist erledigt.

6. Beschaffung eines ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK

[12.11.25 10:25:52, 24.1916.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich im Namen der JSSK zu diesem Geschäft. Die Kommission beantragt mit 7 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung die Annahme des vorliegenden Beschlussentwurfs. Konkret geht es um die Ausgabenbewilligung für insgesamt 1’310’000 Franken für die Beschaffung eines elektrobetriebenen ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr. Es geht zulasten der Investitionsrechnung des JSD.

Im Gegensatz zum folgenden Traktandum 7 der heutigen Tagesordnung der Beschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen, welches vollständig unbestritten war in der Kommission, hat diese Beschaffung doch zur Diskussion in der Kommission geführt. Wir haben das Geschäft an zwei Sitzungen behandelt. Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken bei allen Beteiligten, den Mitgliedern der Kommission, der Verwaltung und auch der zuständigen Regierungsrätin für die immer gute Zusammenarbeit.

Interventionen bei ABC-Ereignissen gehören zu den Kernaufgaben der Feuerwehr. Als ABC-Ereignis wird die unerlaubte Freisetzung von gefährlichen atomaren, biologischen oder chemischen Substanzen bezeichnet, wie sie zum Beispiel im Rahmen eines Unfalls eines Fahrzeugs mit Gefahrengut passieren kann. Wir haben jetzt einen bestehenden Wechselladeabrollbehälter, der der Bekämpfung von solchen Ereignissen dient und der auch mit verschiedenen Materialien ausgerüstet ist, Schutzausrüstungen für die Rettung und für Schutz und Dekontamination von Einsatzkräften. Jetzt soll ein ABC-Lastkraftwagen beschaffen werden, da der bestehende Wechselladeabrollbehälter seit 1998 im Einsatz ist und seine Lebensdauer deutlich überschritten hat.

Dass diese Ersatzbeschaffung notwendig ist, war für die JSSK komplett unbestritten und auch, dass jetzt ein Wechsel vom Wechselladeabrollsystem zu einem ABC-Lastkraftwagen technisch angebracht ist hat der Kommission sehr eingeleuchtet. Wichtig zu wissen noch zur Ausgangslage ist, dass diese Beschaffung im Kontext der kantonalen Elektromobilitätsstrategie steht. Darin haben wir uns als Kanton verpflichtet, die eigene Fahrzeugflotte schrittweise auf elektrische Antriebe umzustellen, wo kein wesentlicher leistungsmässiger Nachteil besteht, nicht zuletzt, weil der Verwaltung auch eine wesentliche Vorbildfunktion bei der Umstellung von fossilen auf elektrisch angetriebene Fahrzeuge zukommt. Basel-Stadt nimmt hier seit Jahren eine Vorreiterrolle ein, so sind beispielsweise bereits Elektrokehrichtfahrzeuge in Gebrauch, die Teslas, für die die Basler Polizei schweizweit noch bekannter ist als für den Schefer-Bericht, oder auch die Kleinalarmfahrzeuge bei der Feuerwehr. Auch betreffend Sanität liegt ein solches Beschaffungsgeschäft auf der Pendenzenliste der JSSK.

Der Grosse Rat hat damals bei der Verabschiedung des Gesamtkonzeptes Elektromobilität entschieden, dass die Beschaffung von Elektrofahrzeugen, die in punkto Gesamtkosten des Betriebs mehr als 10% über den Gesamtkosten von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren liegen, immer dem Grossen Rat vorgelegt werden muss. Das ist bei diesem Geschäft jetzt so, der Anpassungspreis der elektrobetriebenen Variante ist um ein Drittel höher als jener des Dieselfahrzeugs, und auch die Gesamtkosten über die gesamte Nutzungsdauer von 15 Jahren liegen 28% über den Gesamtkosten für ein

vergleichbares Fahrzeug mit Verbrennungsmotor. Pro Betriebsjahr entspricht dies dann einem Mehraufwand von durchschnittlich 25’000 Franken. Wichtig zu wissen ist jetzt aber, dass die Ersatzbeschaffung grundsätzlich nicht eines Grossratsbeschlusses bedarf, sprich, wenn der Grosse Rat das jetzt ablehnen würde oder Sie Nein sagen, dann würde die Regierung die Beschaffung eines Dieselfahrzeugs vornehmen. Das heisst also, wenn Sie einen Dieselbetrieb möchten und nicht einen Elektroantrieb, dann können Sie Nein sagen. Damit sagen Sie nicht Nein zu der Beschaffung sondern Nein zum Elektroantrieb. Es bedarf somit auch keines Änderungsantrags bei der Ausgabenbewilligung.

Wie gesagt war die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung in der Kommission unbestritten, bestritten war aber durchaus die Wahl des Antriebs. Die Gegner:innen der elektrischen Variante stellten insbesondere die ökologische und wirtschaftliche Sinnhaftigkeit in Frage und betonen, dass bei einem Spezialfahrzeug mit einer Laufreichweite von nur 1’000 Kilometern pro Jahr die ökologische Bilanz zu schlecht sei und dass bei den Mehrkosten das Kosten-Nutzen-Verhältnis ungenügend sei und man mit den Mitteln anderswo mehr für den Klimaschutz erreichen könne. Dann kommt auch die Belastung durch die Batterieherstellung und Unsicherheiten bezüglich Rezyklierbarkeit hinzu. Wegen dieser doch umfangreichen Kritik haben wir die Verwaltung gebeten, nochmals die Vor- und Nachteile für uns aufzuschlüsseln und das finden Sie auch im Anhang unseres Berichts. Wichtig für uns war, von der Verwaltung nochmals deutlich zu hören, dass wir hier im Bereich der Spezialfahrzeuge und eben der Lastkraftwagen auch immer noch in einem Pionierbereich sind, wo auch wenig gesicherte Langzeiterfahrungen vorhanden sind. Die Verwaltung hat aufgezeigt, dass Studien heute zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen und die Elektromobilität noch nicht ganz abschliessend bei diesen Geräten bewertet werden kann.

Gerade aber, weil diese technische Entwicklung noch vorangetrieben werden muss, ist dann die JSSK zum Schluss gekommen, dass ein Entscheid für Diesel hier im deutlichen Widerspruch zu den langfristigen Klimazielen und dem Anspruch, Vorbildfunktion einzunehmen, stehen würde. Ein negativer Entscheid heute hätte durchaus Signalwirkung auch für andere Feuerwehren in der Schweiz oder auch für private Unternehmen, die sich für oder gegen Elektroantrieb bei Lastkraftwagen entscheiden müssen. Wenn Basel-Stadt hier vorangehen will, dann bedeutet das, dass sich auch zukünftige Entwicklungen in diesem Bereich beschleunigen. Die Verwaltung hat dann auf unsere Nachfrage hin wirklich nochmal erläutert, dass diese Basler Signalwirkung nicht einfach quasi schönes Gerede sei, sondern dass das, was die Feuerwehr Basel-Stadt respektive der Grosse Rat heute hier entscheidet, durchaus national und international beobachtet werde.

Besonders überzeugt hat uns bei der vertieften Auseinandersetzung mit der Materie die Tatsache, dass der Elektroantrieb auch ganz handfeste praktische Vorteile für die Bevölkerung hat. Er ermöglicht nämlich einen leiseren und auch einen emissionsfreieren Betrieb. Bei ABC-Einsätzen haben diese Geräte oft lange Standzeiten an einem Ort mit laufendem Motor, und da hat der Elektroantrieb deutliche Vorteile in Bezug auf CO_2-Ausstoss und Lärm. Zudem können unnötige Regenerationsfahrten vermieden werden, wie sie bei Dieselfahrzeugen nötig sind, um die Partikelfilter zu reduzieren. Das sind Fahrten, die keinen Einsatzzweck erfüllen, sondern lediglich Emissionen verursachen.

Aufgrund dieser Überlegungen hat sich dann die Haltung in der Kommission doch deutlich durchgesetzt, dass auch hier auf Elektromobilität zu setzen sei, eben mit 7 zu 4 Stimmen mit einer Enthaltung. In dem Sinne beantragen wir Ihnen jetzt die Beschaffung dieses ABC-Lastkraftwagens mit Elektrobetrieb.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank an die Kommissionspräsidentin für das umfassende Votum zur Berichterstattung der JSSK, vielen Dank auch von meiner Seite für die immer gute Zusammenarbeit und die konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema. Ich bin vor allem auch sehr dankbar, dass der Ersatz dieses Fahrzeuges nicht in Zweifel gestellt wird. Ich denke, wir sind uns wohl einig, dass es wichtig ist, dass wir intervenieren können bei diesen sogenannten ABC-Ereignissen und deshalb geht es hier tatsächlich nur um die Frage, welchen Antrieb dieses Fahrzeug haben soll. Bei dieser Ersatzbeschaffung wird diese 10%-Marge überschritten ist, das heisst, die Kosten sind um gut ein Drittel höher als bei einem Diesel betriebenen Fahrzeug, weshalb jetzt hier die Diskussion geführt werden muss.

Es ist schon so, dass wir gerade im Justiz- und Sicherheitsdepartement, gerade bei den Blaulichtorganisationen, es häufig mit Spezialfahrzeugen zu tun haben, die es eben nicht von der Stange zu kaufen gibt und insofern sich auch immer ein Teil der Innovation und der Entwicklung in solche Fahrzeuge natürlich auch auf den Preis niederschlägt. Wir schauen uns bei einer Ersatzbeschaffung immer natürlich das Gesamtkonzept der Elektromobilität an, daran halten wir uns und daran richten wir uns auch aus, aber für mich ist schon auch wichtig zu sagen, für eine Blaulichtorganisation ist das erste Kriterium die Einsatzbereitschaft. Meine Frage an die verschiedenen Bereiche, sei es die Rettung oder die Polizei, ist immer zuerst, ob wir die Sicherheit unserer Bevölkerung mit einem alternativen Antrieb genauso sicherstellen können wie mit einem konventionellen. Das muss mir als Vorsteherin auch zugestanden werden, dass das das Hauptkriterium sein muss. Wenn aber die Fachmeinung zum Schluss kommt, dass das möglich ist mit Elektroantrieb, auch bei solchen Spezialfahrzeugen, dann ist wie der Auftrag auch aus dem Gesamtkonzept klar, dass ich diesen auch politisch vertreten werde, diesen in die Regierung bringe und im Endeffekt auch dann im Grossen Rat beantragen werde, was hier ja auch so geschehen ist.

Ich verstehe, dass die Diskussion dieses Mal etwas intensiver war, weil die Kilometerleistung oder die Laufdauer dieses Fahrzeugs doch relativ gering sind im Unterschied zu unseren beispielsweise elektrisch betriebenen Hilfslöschfahrzeugen, die ja täglich höher und sichtbar sind, und hier reden wir von 1'000 Kilometern, das ist natürlich im Verhältnis nicht so extrem viel und deshalb war die Diskussion auch sehr konstruktiv über die Sinnhaftigkeit des ökologischen Mehrwerts versus der Wirtschaftlichkeit. Das zur Diskussion.

Ich denke, was die Kommissionspräsidentin auch schon gesagt hat, wir sind mit der Feuerwehr insbesondere, mit der Sanität kommen wir dann später noch, mit der Polizei ist es schon etwas länger her, fortschrittlich unterwegs. Es gibt schon auch viele Feuerwehren, nicht nur in der Schweiz, sondern auch aus dem Ausland, die schauen, was hier vor sich geht, weil man schauen möchte, welche Erfahrungen man macht, und ich denke, es gibt sicher noch diesen Aspekt des Vorbildcharakters unserer Einsatzorganisationen. Deshalb ist der Regierungsrat in der Gesamtsumme zum Ergebnis gekommen, trotz des höheren Preises die elektrisch betriebene Variante dem Grossen Rat zur Annahme zu empfehlen, analog zur Empfehlung der JSSK.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Erster Fraktionssprecher ist David Jenny für die FDP.

David Jenny (FDP): Wir beantragen Ihnen, den Ausgabenbericht abzulehnen. Es wurde schon gesagt, die Folge davon ist einfach, dass ein Diesel Fahrzeug angeschafft werden wird. Ein Änderungsantrag erübrigt sich daher auch. Beim nächsten Geschäft werden wir der Beschaffung der beantragten E-Fahrzeuge zustimmen.

Warum sagen wir hier Nein nach gründlicher Beratung in der Kommission? Mit den Kosten sind wir nicht bei 10% plus oder bei 5% plus, sondern bei einem Drittel plus an Kosten. Wir beschaffen hier fast ein sprichwörtliches Stehzeug, eben prognostiziert 1'000 Kilometer pro Jahr. Wir haben mal gerechnet, wir wissen nicht, was der Diesel-Verbrauch ist, wie billig da Zertifikate beschaffen werden könnten. Es gibt überdies keine schüsselfertige Lösung und ich glaube, die Beschaffung ist ein Risiko, ob wirklich das beschaffbar ist, in welcher Qualität und zu welchen Kosten, da konnte uns keine Zusicherung gemacht werden. Dann wird immer von der Vorbildfunktion gesprochen. Aber wir müssen nicht immer Vorbild und First Mover sein, wenn wirklich der Ertrag in allen Dimensionen so gering ist. Das können ja auch mal andere tun.

Es wird auch übersehen, wir reden über ein ABC-Fahrzeug, es gibt auch das ABC der Nachhaltigkeit, und da gehört auch der schonende Umgang mit unseren finanziellen Ressourcen dazu. Nur weil jemand Vorbild meint, heisst das nicht, dass wir das Geld aus dem Fenster werfen sollen. Deshalb empfehle ich Ihnen, heute Nein zu stimmen. Sie können das mit gutem Gewissen tun, unsere Sicherheit ist gewährleistet, es besteht keine Gefährdung des Klimas. Wir haben auch gesprochen über die grossen Batterien, die ganze Herstellung. Das ist auch nirgends einkalkuliert in diesen Abwägungen und daher bitte ich Sie, unserem Antrag zu folgen und Nein zu stimmen und eine rasche und gute Beschaffung dieses wichtigen Fahrzeuges zu ermöglichen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächster Fraktionssprecher ist Patrick Fischer für die SVP.

Patrick Fischer (SVP): Die Berufsfeuerwehr benötigt einen neuen ABC-Lastkraftwagen, das ist unbestritten. Die einzige Frage, die sich stellt, ist, ob wir uns für eine Elektro- oder eine Diesel-Variante entscheiden. Der Feuerwehr ist es grundsätzlich egal, aber möglicherweise interessiert es den Steuerzahler, dass die eine Variante 380'000 Franken mehr kostet. Das erwähnte Fahrzeug weist, wie wir schon gehört haben, eine jährliche Laufleistung von ca. 1'000 Kilometern auf und benötigt daher ca. 250 Liter Diesel im Jahr. Ein klein wenig kommt noch für regelmässige Regenerationsfahrten und allenfalls für Fallschulzwecke dazu.

Es ist vernünftig, dass der Kanton sich bei Neubeschaffungen von Fahrzeugen grundsätzlich Gedanken um die ökologische Gesamtbeurteilung macht. Wir alle dürfen uns aber hier nicht einfach blind von Ideologien leiten lassen. Bei einer Laufleistung von lediglich 1'000 Kilometern sehe ich den ökologischen Vorteil eines Elektrofahrzeuges im Vergleich zum Diesel nicht. Der CO_2-Ausstoss während des Betriebes fällt insgesamt minimal aus. Wir sprechen ja hier nicht von einem alten Dieselfahrzeug, sondern von einem hochmodernen, das erst noch zu beschaffen ist.

Die Produktion und spätere Entsorgung der Batterien wird einen erheblich grösseren ökologischen Fussabdruck verursachen. Das beginnt ja bereits beim Abbau – Lithium, Kobalt, Nickel, Graphit und Kupfer werden nicht nach europäischen Standards abgebaut, sondern nicht selten zu bedenklichen Bedingungen in Zweit- oder Drittweltländern. Wenn man umweltbewusster unterwegs sein möchte, könnte man auch E-Fuels in Betracht ziehen. Da gibt man zwar auch ein bisschen mehr Geld aus, aber aufgrund der geringen Laufleistung fällt das nicht derart ins Gewicht.

Ich möchte hier nochmal klar betonen, dass die SVP keineswegs sich der Elektromobilität verschliesst. Das wird sich auch beim nächsten Traktandum, wo es um Kleinfahrzeuge geht, zeigen. Hier herrscht Einigkeit, dass bei einem Fahrzeug, welches jeden Tag in unserer Stadt unterwegs ist, Elektromobilität sinnvoll ist. Ich sehe wirklich nicht ein, warum wir 380'000 Franken Steuergeld für etwas ausgeben möchten, das am Ende diesem Planeten mehr schadet, als es ihm nützt. Und deswegen, wir haben es gehört, viele Wege führen nach Rom, unser Änderungsantrag ist somit eigentlich mehr oder weniger überflüssig. Sie können dieses Geschäft auch einfach ablehnen und wir haben das gleiche Resultat, dass wir ein Dieselfahrzeug beschaffen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen hat eine Zwischenfrage. Sie wird entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Können Sie mir sagen, wie Öl, Gas und alle Materialien, die Sie zum Bau eines fossil betriebenen Motors brauchen, abgebaut werden und nach welchen Standards?

Patrick Fischer (SVP): Nein, das kann ich nicht, ich bin kein Ingenieur.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Sie haben Sorgen bezüglich der Batterien angetönt. Morgen und übermorgen ist eine grosse Konferenz in Bern, bei der es um die Resultate von sieben Forschungsinstituten und 24 Unternehmen im Bereich Batterierecycling geht. Darf ich Ihnen empfehlen, sich dort auf den neusten Stand zu bringen?

Patrick Fischer (SVP): Sehr gerne, jetzt, wo ich es weiss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich danke für die bereits intensiv geführte Debatte, die ganzen Details zum Beschluss, die heute vorliegen, wurden von der Kommissionspräsidentin und auch von der Regierungsrätin sehr im Detail ausgeführt und ich bin froh, dass durch die Zwischenfragen meiner Vorrednerinnen auch die Bedenken bezüglich der Batterien ein bisschen eingeordnet werden konnten. Ich spreche im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb und auch im Namen der BastA und der SP und gebe gerne nochmals unsere Empfehlung für die Beschaffung eines elektrobetriebenen ABC-Lastwagens vor.

Wir haben es gehört, bei den Kleinfahrzeugen war die Beschaffung von elektrobetriebenen Fahrzeugen unbestritten in der JSSK. Demgegenüber haben wir bei diesem ABC-Lastwagen, insbesondere aufgrund der begrenzten Laufzeit, eine Debatte geführt über die Vor- und Nachteile von Elektro versus Diesel und haben uns diese Frage auch nicht leicht gemacht. Es gab Abwägungen bezüglich der Ökobilanz, bezüglich des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, weil tatsächlich der Preis für die Beschaffung des elektrobetriebenen Lastwagens relativ hoch ist. Dazu ist aber auch natürlich zu sagen, dass die Investition in neuartige Technologien auch einen bestimmten Preis hat, der im Moment hoch ist, der aber auch kleiner wird, wenn diese Technologien zusätzlich gefördert werden. Da schon eine kleine Relativierung auch bezüglich der Höhe des Preises. Wenn man das dann auch noch herunterbricht auf die Einsatzdauer der 15 Jahre, dann ist das pro Jahr auch nicht mehr so viel, was der Kanton zusätzlich für diese innovative Technologie ausgibt.

Was ich wirklich vehement zurückweisen möchte, ist, dass wir hier blind einer Ideologie folgen würden. Das ist genau gerade nicht der Fall. Wir haben in der JSSK die Zweifel, die vorgebracht wurden, sehr ernst genommen, wir haben noch einmal die Regierung gebeten, uns eine Zusammenstellung der Vor- und Nachteile der beiden Varianten zu machen. Wir haben das im Detail nochmal diskutiert mit der Feuerwehr, die ganz klar gesagt haben, es kommt absolut beides in Frage und es ist eine Abschätzung von Vor- und Nachteilen und deshalb jetzt hier zu kommen und zu sagen, dass das eine blinde Ideologie ist, ist komplett an der Diskussion der Kommission vorbei. Es wurde vielmehr sehr sachlich diskutiert und abgewogen und über den Sommer noch einmal diese Einschätzung eingeholt.

Ich komme jetzt zu den Vorteilen, weswegen sich dann auch eine Mehrheit der Kommission für die Beschaffung eines elektrobetriebenen Lastwagens entschieden hat. Wir haben das bereits gehört, es ist zunächst die Vorreiterrolle. Da geht es nicht unbedingt darum, jetzt eine Vorreiterrolle einzunehmen, sondern der Punkt ist, dass die Feuerwehr Basel-Stadt bereits eine Vorreiterrolle hat, die beachtet wird, sowohl schweizweit wie auch international, und es geht jetzt darum, diese

Vorreiterrolle weiter auszuführen, weil wir diese Signalwirkung haben. Ein Nein jetzt zu dieser Beschaffung hätte im Gegenteil eine negative Signalwirkung, die unter Umständen auch nicht verstanden würde. Insbesondere nicht verstanden würde es auch deshalb, weil es in einem Widerspruch zur Klimastrategie 2037 steht. Dieser ABC-Lastwagen wird bis 2042 im Einsatz sein. Es ist einfach nicht wirklich zu rechtfertigen, wieso wir dann weiter mit einem Verbrennungsmotor über die Klimastrategie 2037 hinaus unterwegs sind. Und auch bis dahin wird sich die Technologie noch einmal enorm entwickelt haben und dann wäre es wie so ein aus der Zeit gefallenes Fahrzeug, das wir benutzen würden bei der Feuerwehr, die ja eigentlich für eine Vorreiterrolle steht. Das ist irgendwo nicht konsistent.

Dann ein wirklich ganz unsinniger Punkt, auf den ich schon noch einmal eingehen möchte, ist, dass gerade wegen der begrenzten Laufleistung ein Diesel betriebenes Fahrzeug immer wieder komplett zweck- und nutzlose Fahrten, sogenannte Regenerationsfahrten, machen muss, also es ist immer wieder unterwegs, ohne dass es eigentlich unterwegs sein müsste, damit dieser Diesel-Partikelfilter gereinigt wird. Das heisst, es müssen zusätzlich zu den Kilometern, die gemacht werden müssen, zusätzliche Kilometer geleistet werden, die einzig und alleine dem Verbrennungsmotor geschuldet sind. Und das ergibt keinen Sinn. Es widerspricht auch unserer Haltung, dass wir einen ressourcenschonenden Einsatz unserer Fahrzeuge möchten und es wäre eine unnötige Emissionsbelastung, die einfach dagegen spricht.

Und dann der letzte Punkt, den ich schon auch noch einmal sehr wichtig finde, das hat auch die Kommissionspräsidentin gesagt, ist dieser sehr praktische Vorteil. David Jenny hat das eigentlich auch richtig gesagt, das Ding, das steht vor allem, das fährt eigentlich gar nicht so viel, aber deshalb ist es eben auch zentral, in Betracht zu ziehen, was passiert, wenn dieser ABC-Lastwagen steht. Der ist ja dann nicht abgeschaltet, sondern der pumpt irgendwelche gefährlichen Substanzen. Und dafür ist er ständig in Betrieb, und deshalb spielt eben auch die Emission vor Ort eine zentrale Rolle. Und wenn wir diesen elektrobetriebenen Lastwagen nehmen, dann reduzieren wir vor Ort, wo dieser Lastwagen zum Teil Stunden, Tage steht, den Ausstoss von CO_2 und von Lärm. Das ist doch ein erheblicher Vorteil, der auch noch ganz praktisch für die Beschaffung dieses elektrobetriebenen Lastwagens steht.

Und wenn ich es richtig verstanden habe, hat die SVP, glaube ich, ihren Änderungsantrag zurückgezogen. Daher gehe ich jetzt einfach noch darauf ein, was die GRÜNEN/jgb, die BastA und die SP Ihnen empfehlen, nämlich die Annahme dieser Vorlage und damit die Beschaffung eines elektrobetriebenen Lastwagens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum, ebenso die Kommissionspräsidentin. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 8 des Berichts.

Titel und Ingress

Einziger Absatz.

Der Änderungsantrag der SVP wurde durch Patrick Fischer zurückgezogen. Wir kommen damit zum weiteren Teil der Detailberatung, zur Publikationsklausel und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007563, 12.11.25 10:54:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es werden Ausgaben über gesamthaft Fr. 1'310'000 für die Beschaffung eines elektrobetriebenen ABC-Lastkraftwagens der Feuerwehr Basel-Stadt zu Lasten der Investitionsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Dienststelle Rettung, genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 73 gegen 20 Stimmen bei einer Enthaltung.

7. Beschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK

[12.11.25 10:54:14, 25.0488.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich im Namen der JSSK auch zu diesem Geschäft. Wie bereits gesagt wurde, beantragen wir die Annahme der Beschlussvorlage, in diesem Fall ist das einstimmig der Fall. Wir möchten also, dass der Grosse Rat heute eine Ausgabenbewilligung bewilligt über gesamthaft 1’150’000 Franken für die Beschaffung von drei elektrobetriebenen Kleinalarmfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt, auch das zulasten der Investitionsrechnung des JSD. Wir haben das Geschäft an einer Sitzung behandelt und waren uns rasch auch einig. Ich berichte Ihnen deshalb auch nur relativ kurz.

Diese Kleinalarmfahrzeuge sind aufgrund ihrer vielseitigen Einsatzmöglichkeiten die meistgenutzten Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr, sie haben ungefähr 600 bis 900 Einsätze pro Jahr. Da die bisherigen Kleinalarmfahrzeuge nach 12 Jahren ihre technische Lebensdauer erreicht haben, ist jetzt eine Ersatzbeschaffung notwendig. Und ebenfalls wie im vorhergehenden Geschäft, wenn Sie hier Nein sagen würden, würden Sie Nein sagen zu der Form des Antriebs, aber nicht zu der Ersatzbeschaffung, denn die Ersatzbeschaffung grundsätzlich ist in der Kompetenz der Regierung, diese würde dann halt auch mit einem Dieselantrieb stattfinden. Ich gehe jetzt aber nicht davon aus, dass das hier umstritten ist.

Die zur Beschaffung stehenden analog aufgebauten Kleinalarmfahrzeuge entsprechen fahrzeug-, arbeits- und sicherheitstechnisch dem neusten Stand und verfügen auch über eine austauschbare Wechselbeladung. Im Vergleich zu Dieselfahrzeugen weist die elektrobetriebene Variante einen um. 48% höheren Anschaffungspreis auf, währenddem aber die Betriebskosten tiefer ausfallen. Über die gesamte Nutzungsdauer von 12 Jahren liegen dann die Gesamtkosten der drei Fahrzeuge 31% über jenen von vergleichbaren Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor. Das entspricht pro Betriebsjahr und Fahrzeug einem Mehraufwand von durchschnittlich rund 9’000 Franken.

Die JSSK unterstützt, dass der Regierungsrat hier im Rahmen des Gesamtkonzepts Elektromobilität respektive der kantonalen Ausrichtung zur CO_2-Reduktion die bestehenden Kleinalarmfahrzeuge durch elektrisch betriebene Modelle ersetzen möchte. Wir begrüssen auch die Modernisierung der Fahrzeugflotte, damit die Feuerwehr den hohen Anforderungen an die anspruchsvolle Aufgabenerfüllung auf den neusten Stand der Technik bringen kann. Auch die schnellere Zugänglichkeit und einfachere Begehbarkeit der neuen Fahrzeuge, wie die Verwaltung sie uns erleutert hat, verbessert nicht nur die Arbeitssituation für die Rettungskräfte, sondern verbessert auch den Schutz der Bevölkerung.

Ein wichtiges Argument für die JSSK ist auch, dass der Fahrzeugtyp, der jetzt beschaffen werden soll, sich im Einsatz bereits bewährt hat. Die Feuerwehr verfügt seit 2024 über zwei derartige Fahrzeuge für die Wasserrettung und Höhenrettung bei der Berufsfeuerwehr sowie über sieben Mehrzweck- und Personentransporter bei der Milizfeuerwehr. Die Fahrzeuge verfügen über eine jährliche Laufleistung von 2’650 Kilometern, somit eine höhere Auslastung als der ABC-Lastwagen, den wir gerade vorhin bewilligt haben zu beschaffen mit Elektroantrieb.

Aufgrund von dieser Ausgangslage sind wir zum Schluss gekommen, dass der höhere Anschaffungspreis auch über die gesamte Nutzungsdauer hinweg die höheren Gesamtkosten von diesen neu zu beschaffenden elektrobetriebenen Kleinalarmfahrzeugen in Kauf zu nehmen ist und wir empfehlen Ihnen deshalb einstimmig, diese Ausgabenbewilligung anzunehmen. Ich bedanke mich auch hier wieder bei der zuständigen Regierungsrätin und Verwaltung und den Kommissionsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich gebe den Dank auch hier gerne zurück für die gute Diskussion auch in diesem Geschäft. Die Präsidentin der JSSK hat die wesentlichen Argumente für diese Ersatzbeschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen bereits umfassend geschildert, ich werde mich hier nicht wiederholen, sondern möchte einfach betonen, dass das das meistgebrauchte Fahrzeug der Feuerwehr ist, das jetzt auch nach zwölf Jahren ersetzt werden muss, was sehr gut möglich ist im E-Antrieb. Ich denke, hier spielt auch nicht das Argument der Kilometerleistung eine Rolle, wir haben uns auch hier als Regierungsrat am Ratschlag Gesamtkonzept Elektromobilität ausgerichtet und kommen zum Schluss, dass der Einsatzzweck respektive die Einsatzbereitschaft mit diesen Fahrzeugen vollumfänglich gewährleistet ist. Deshalb beantragen wir seitens Regierung, dem Bericht der JSSK zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen, Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007565, 12.11.25 11:00:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

Es werden Ausgaben über gesamthaft Fr. 1'150'000 für die Beschaffung von drei elektrobetriebenen Kleinalarmfahrzeugen der Feuerwehr Basel-Stadt zu Lasten der Investitionsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements, Dienststelle Rettung, genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 91 gegen eine Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

9. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Aktienmehrheit und Strategie der MCH Group

[12.11.25 11:00:51, 25.5381.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Ich spreche heute gegen die Motion Seggiani und Konsorten, weil sie aus meiner Sicht den falschen Ansatz wählt. Die Forderung, der Kanton Basel-Stadt solle eine Mehrheitsbeteiligung an der MCH Group erwerben, mag gut gemeint sein, sie ist aber weder realistisch noch sinnvoll. Ein solcher Schritt würde bedeuten, dass der Kanton Basel-Stadt zum Unternehmer eines internationalen Konzerns wird mit allen finanziellen und ordnungspolitischen Risiken, die das nach sich zieht. Die MCH Group ist ein börsenkotiertes, international tätiges Unternehmen. Wer hier eine Aktienmehrheit anstrebt, müsste wohl mit einem Aufwand im hohen dreistelligen Millionenbereich rechnen und aufgrund des Börsengesetzes ein öffentliches Kaufangebot für alle Aktien abgeben. Das wäre nicht nur teuer, sondern auch wirtschaftspolitisch verfehlt.

Dennoch, die LDP hätte einem solchen Vorhaben, wenn es als Anzug formuliert gewesen wäre, wahrscheinlich zugestimmt, um ein klares Zeichen insbesondere an den amerikanischen Investor zu senden, wie wichtig die MCH Group für Basel ist. Das hätte dem Regierungsrat in den laufenden Gesprächen eine stärkere Verhandlungsposition verschafft, ohne den Kanton in die Eigentümerrolle zu drängen. Wir erinnern uns, vor Kurzem wurde eine Motion behandelt, die genau das Gegenteil forderte, nämlich den Verkauf der MCH-Anteile. Jetzt wollen wir die Messe faktisch verstaatlichen.

Beides sind Extreme und keines davon stärkt den Standort Basel. Was wir brauchen, ist keine Eigentumspolitik, sondern eine Standortstrategie, insbesondere für die Art Basel. Genau das verfolgt mein Anzug zur Zukunft der Art Basel, den Sie sehr gerne bei mir noch unterschreiben dürfen. Ziel des Anzugs ist es, die strategische Bedeutung der Art Basel für unseren Standort langfristig zu sichern. Der Regierungsrat soll aktiv darauf hinwirken, dass Basel im globalen Markenverbund der Art Basel gestärkt bleibt, dass zentrale Aktivitäten hier verankert werden und dass die Messeinfrastruktur gezielt weiterentwickelt wird. So sichern wir die Zukunft der Art Basel, nicht durch staatliche Kontrolle, sondern durch kluge Standortpolitik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Wir vernehmen heute Morgen mit grosser Sorge ganz unterschiedliche Kreise zu dieser Messe, heute Morgen sind noch ganz interessante Informationen kursiert. Ja, wir alle trauern um die Basel World, wobei ich damals schon, als ich den Namen das erste Mal gehört habe, Fragezeichen hatte. Oder wir schauen neidisch auf die Olma und vermissen unsere MUBA. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir können den Uhrzeiger nicht zurückdrehen, wir können aber in den Geschichtsbüchern ein bisschen nachschauen. Ich habe das gemacht, im Jahr 2017, vor etwa ziemlich genau acht Jahren hat die FDP eine Medienmitteilung gemacht. Wir zeigten uns besorgt um die Entwicklung der MCH Group. Die Messe hatte gerade eine Akquise gemacht in den USA für eine 160 Millionen Umsatz Eventagentur. Die Ausstellerzahlen der Basel World hatten sich halbiert. Wir forderten die Professionalisierung im Verwaltungsrat, weil eben das Geschäft komplexer und internationaler geworden ist. Leider wollte man uns da nicht hören, auch früher schon nicht, als wir unsere Bedenken ausgesprochen hatten.

Damals bestand der Verwaltungsrat aus elf Personen, sechs davon von öffentlichen Körperschaften. Es liegt mir fern, den Personen im Verwaltungsrat von damals die alleinige Schuld oder die Schuld für die Probleme der Messe zu geben. Nur ist es wichtig, heute noch viel wichtiger wahrscheinlich, dass eben diese Organisation professionell aufgestellt ist. Wir können nicht hier fordern, dass die Art Basel erhalten bleibt, das funktioniert einfach nicht. Oder meint wirklich jemand hier im Saal, dass die Regierung oder die Verwaltung oder wir im Grossen Rat diese Art Basel besser und erfolgreicher führen können? Das bezweifle ich und finde ich fast schon ein bisschen naiv.

Aber was wir machen können, ist unsere Stadt weiterhin als Kulturstadt mit all den Museen zu präsentieren und eben den internationalen Kunstausstellern den roten Teppich auszurollen. Das ist das, was wir machen können, die Rahmenbedingungen gut behalten und noch verbessern, und dann sollte man vielleicht auch die Bauabsperrung vor dem Claraturm endlich entfernen. Diese steht jetzt schon bald ein Jahr da, auch während dem ESC. Auf die börsenrechtliche Thematik gehe ich nicht mehr ein, das hat der Kollege schon gemacht. Die FDP weist die Motion zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Es ist mir wichtig festzuhalten, dass wir uns in der Fraktion mit der vorliegenden Motion lange und intensiv auseinandergesetzt haben. Schlussendlich sind wir aber in aller Deutlichkeit zum Entschluss gekommen, dass wir diese Motion nicht unterstützen können, und dies aus einer klaren linken Positionierung. Auch wenn wir die Privatisierungsvorwürfe gegen die BastA von einzelnen SP-Vertretenden noch gut in den Ohren haben bei unserem Vorstoss, kann ich Sie beruhigen, es geht uns in keiner Weise um eine billige Retourkutsche. Nein, wir lehnen diese Motion ganz grundsätzlich ab, und dies aus mehreren Gründen, gerne lege ich Ihnen diese da.

Wir erachten die Rechtsform der Messe Basel beziehungsweise nun neu der MCH Group als ein börsenkotiertes Unternehmen als völlig die falsche Form und sehen dies eben auch als Hauptgrund für die bestehenden Probleme, die wir jetzt gerade haben. Die MCH Group als börsenkotiertes Unternehmen muss wachsen, wachsen und nochmals wachsen und richtet ihre Strategie auf die Märkte aus, wo finanziell noch was zu holen ist, damit die Profitrate für das Unternehmen sowie für die Aktionäre stimmen. Ich sehe das völlig unmoralisch, es ist einfach die Logik des Kapitals. Und liebe SP-Genoss:innen, entschuldigt den kleinen Seitenhieb, dies müsste auch aus sozialdemokratischer Sicht eigentlich klar und selbstverständlich sein. Es ist nicht gottgegeben, dass unsere Messe ein börsenkotiertes Unternehmen ist, nein, wir haben sie dazu gemacht und einzig und allein, und das wurde jetzt auch von den Vorrednern so bestätigt, um die heilige Kuh Art Basel zu erhalten und weiter in der Champions League des internationalen Kunsthandelns zu spielen. Es bleibt aber offen, ob es für Basel in

Zukunft eher nur noch für die Europa League oder gar die Conference League reichen wird, weil Paris, Miami, Hongkong, Doha und in Zukunft gleich noch andere Weltstädte die Art Basel austragen.

Die Motionärinnen schreiben, dass mit mehr Einfluss des Kantons in Form einer Aktienmehrheit andere Werte zum Zuge kämen und andere Entscheide gefällt werden könnten, ja vielleicht, aber nicht in der Rechtsform eines börsenkotierten Unternehmen. Wenn wir die Messe Basel, das ist jetzt vielleicht auch sehr antiquarisch, wieder in eine Genossenschaft oder von mir aus eine GmbH zurück transformieren, dann gebe ich Ihnen recht und wir als BastA würden einen solchen Vorstoss unterstützen. Es ist aber auch nicht einzig und allein der fehlende Handlungsspielraum der Regierung, dass nun die MCH Group nach Katar explodiert, denn in der Antwort der Regierung auf meine Interpellation kam in keiner Weise zum Ausdruck, dass dieser Entscheid im Regierungsrat irgendwie schwierig gewesen wäre. Die Motion fordert, dass der Regierungsrat die notwendigen Massnahmen ergreift, um die Aktionärsmehrheit zu erhalten. Dies geht aber nur, wenn wir mit Steuergeldern Aktien übernehmen, wobei festzuhalten ist, dass Lupa Systems ausdrücklich als Hauptaktionär ausgewiesen werden sein sollte, deshalb haben wir im Juni 2020 in der Messe auf das Ausüben der Bezugsrechte bei der Kapitalerhöhung verzichtet. Verkürzt heisst das, wir pumpen mehr Finanzen in die MCH Group, um vielleicht dann doch Entscheide zu treffen, die aufgrund der Logik eines börsenkotierten Unternehmens unausweichlich sind.

Zudem fordert die Motion, dass der Regierungsrat eine Strategie ausarbeitet, mit welcher die Interessen des Kantons innerhalb der MCH Group besser wahrgenommen und durchgesetzt werden sollen. Nun, wir von BastA hoffen doch schwer, dass die beiden Vertreter des Kantons Basel-Stadt im Verwaltungsrat der MCH Group vom Regierungsrat über ihre vorhandene Strategie beziehungsweise den mit dem Amt verbundenen Interessen für den Kanton informiert wurden und in einem Austausch stehen, alles andere wäre dann doch etwas schwierig. Falls dem nicht so wäre, und davon ist leider vielleicht ein wenig auszugehen, muss eine Strategie vom Regierungsrat erarbeitet werden, dafür braucht es aber keine Motion, dies müsste aus Sicht der BastA eine Selbstverständlichkeit sein.

Sie sehen, aus linker und kapitalismuskritischer Sicht können wir diese Motion nicht unterstützen und werden sie deshalb ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Wir als Fraktion haben nach der Bekanntgabe der Pläne der Art Basel in Katar klare Worte gegen diesen Entscheid gefunden. Dass unsere Brand Basel neu von einem Land ausstrahlen soll, welches Menschenrechte mit den Füssen tritt, finden wir falsch. Wir pflegen und erweitern hier in Basel-Stadt mit grosser Vor- und Weitsicht unsere Menschenrechte und engagieren uns dafür, Stellung zu beziehen, wenn sie irgendwo missachtet werden. das machen wir mal mehr oder mal weniger geschlossen. Wir haben aber auch klar gesagt, warum ein Verkauf der Aktien aus unseren Augen nicht zielführend ist. Dieser Entscheid und insbesondere die Antworten der Regierung dazu, das haben wir schon gehört, haben klar sichtbar gemacht, dass unser Einfluss unter den aktuellen Mehrheitsverhältnissen gering ist.

Das mit 37,5% der Anteile innerhalb der MCH Group ist also im Grundsatz auch nachvollziehbar. Wenn es aber um die öffentliche Haltung dazu geht, welche die Regierung nach einem solchen Entscheid vertritt, wird klar, ohne klares politisches Handeln unserer Seite werden solche Entscheide sogar grosszügig mitgetragen. Aus unserer Sicht ist das nicht richtig und die Regierung müsste zumindest kritisch auf solche Entscheide reagieren, wenn sie sie schon nicht verhindern kann. Die vorliegende Motion stellt also zwei Forderungen und der Ankauf einer Aktienmehrheit hat, obwohl wir in der Stossrichtung absolut der gleichen Meinung sind, zu sehr vielen Diskussionen innerhalb der Fraktion geführt. Es ist nämlich so nicht klar, ob es überhaupt möglich ist, eine Aktienmehrheit zu erlangen, was uns das kosten würde, ob danach andere Aktionäre abspringen oder noch mehr investiert werden muss, ob der Kanton mit dieser Verantwortung gut umgehen kann und ob und wie die richtigen Strategien für das Bestehen der für uns so wichtigen MCH Group getroffen werden – das haben wir auch schon gehört, können wir das überhaupt? – und schliesslich auch, ob wir uns überhaupt darauf einigen könnten, was eine solche gute Strategie wäre.

Sie merken also, wir haben uns auch sehr differenziert und inhaltlich nicht nur sicher mit dieser Thematik auseinandersetzt, aber wir sind zum Schluss gekommen, dass wir eigentlich umso stärker für eine Überweisung dieser Motion plädieren, um diese Thematik mit einer Grundlage zu versehen, die Entscheidungsmöglichkeiten erschliesst, vor allem insbesondere, weil wir bis jetzt eigentlich keine Einsichten haben in die Strategie der Regierung in diesen Belangen. Wir wissen alle hier drin um die Bedeutung und den Wert der Messe für Basel und wir wissen auch, dass die Entwicklungen in der Zukunft nicht rosiger werden. Wir haben es gehört, aus unserer Sicht reicht es nicht, wenn wir einfach unsere Rahmenbedingungen verändern, dann bleibt die Art Basel schon hier. Wir können zum Beispiel nicht mehr Luxushotels bauen in Basel, die ganz nahe erreichbar sind, also es gibt viele Rahmenbedingungen, die können wir gar nicht mehr unbedingt verschärfen in Basel-Stadt. Ich glaube, das muss uns auch bewusst sein.

Und es lohnt sich, dass der Grosse Rat als Vertretung der Bevölkerung auch die Strategie des Regierungsrats für diese Zeit kennt und sich überlegen kann, wie wir als Parlament und Kanton damit fortfahren, weil dieses Thema Messe, das begleitet

uns schon lange, es wird uns auch noch lange begleiten und da ist eine gute Diskussionsgrundlage vermutlich sogar besser, als einfach auf andere Arten versuchen, das weiterzumachen. Vielleicht wäre dafür auch ein Anzug der richtige Weg gewesen, das werden wohl vermutlich die bürgerlichen Kollegen hier sagen, aber wir anerkennen auch, dass das Thema eine hohe Dringlichkeit hat und wir somit einen klaren Auftrag fassen können.

Aus dieser Sicht sind wir überzeugt, dass eine Grundlage für uns wichtig ist im Schritt in dieser Diskussion, in der Entscheidungsfindung als Kantonsparlament und bitten Sie deshalb aus diesem Blickwinkel, die Motion ein erstes Mal zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Heute geht es um die Messe, es geht um die MCH Group, wir denken, es geht hier heute auch vor allem um ein Versagen dieses Konzerns bezogen auf unsere Wertvorstellungen. Und ja, heute geht es um den konstruktiven und zukunftsgerichteten politischen Umgang damit. Und, Oliver Bolliger, das habe ich gelernt von deinem Votum, es geht vielleicht auch um den Beginn dieser eigentumspolitischen Dimension. Also ich meine, wenn Sie das mit dieser Genossenschaft ansprichst, wir haben jetzt eine AG und deshalb geht es darum, hier die Aktienmehrheit zu erreichen. Die Eigentumspolitik ist auch bei Adrian Iselin gefallen. Das ist auch ein Teil von heute.

Aber alle hier drin wissen auch den Ursprung von dieser heutigen Debatte und ja, das war diese Expansion der Art Basel nach Katar, eine Standortwahl, die für uns und vermutlich für die meisten hier drin, vielleicht sogar für alle hier drin, völlig unverständlich ist. Weil Katar ist jetzt wirklich in Bezug auf das, was wir in unseren Kantonsverfassungen als Wertebasierung festschreiben, sicherlich nicht der Standort, wo wir uns als Basel mit dieser Messe präsentieren wollen. Es ist bedenklich, dass das nicht mehr Gewicht hat in diesem Verwaltungsrat bei diesen Standortentscheidungen.

Das, meine Damen und Herren, ist Systemversagen der Messe, gerade weil der Kanton zu einem substanziellen Teil jetzt schon an dieser Organisation beteiligt ist, gerade weil die in Basel stattfindenden Messen und Kongresse eine grosse Bedeutung für uns als Standort haben und auch der lokalen Wirtschaft dienen. Gerade weil die Messe auf ökonomisch gesunden Beinen stehen sollte, aber eben vor allem auch weil anscheinend wirtschaftlich begründete Entscheidungen nicht um jeden Preis erfolgen können, wenn Wertvorstellungen von uns als Kanton damit nicht erfüllt werden können. Dann haben wir ein grundlegendes Problem.

Wir als SP-Fraktion begreifen die Messe in den oben geschilderten Punkten durchaus auch als Teil einer, man könnte sagen, öffentlichen Infrastruktur, eben weil sie diese wirtschaftliche Bedeutung geniesst für das lokale Gewerbe. Es ist auch klar, dass es diesen börsenkotierte Konzern in dieser heutigen Form gar nicht gäbe, wenn wir nicht in der Vergangenheit mehrfach durch öffentliche finanzielle Unterstützungen hier eingegriffen hätten, sei dies mit Kapitalerhöhungen zu Krisenzeiten, sei es mit dem Bau dieser Hallen oder auch schon nur durch die Festlegung des Baurechtszinses. Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, da steuern wir viel zu diesem Unternehmen bei und das ist auch richtig so, aber genau deshalb ist es so wichtig, dass diese strategischen Standortentscheidungen eingehalten werden.

Und das hat eben nichts mit dem sogenannten Markt zu tun, sondern das sind alles öffentliche Beiträge, die wir alle gemeinsam dieser Messe als Dienstleistung zur Verfügung gestellt haben und auch zukünftig zur Verfügung stellen wollen. Deshalb gibt es diese zwei Forderungen der Motion, die jetzt ein erstes Mal überwiesen werden sollen: Es braucht dafür die Aktienmehrheit und es braucht dafür eine klare Strategie, die auch wirklich durchgesetzt wird, die im Interesse unseres Kantons steht.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion als Motion ein erstes Mal zu überweisen und bedanke mich herzlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Adrian Iselin und Daniel Seiler. Sie werden entgegengenommen.

Adrian Iselin (LDP): Mich würde etwas interessieren: Alle grossen Unternehmen teilen die Welt irgendwie auf, die USA wird jetzt von der Art via Miami gesteuert und den Middle East hat man auf Kata geschoben. Ich finde es auch absolut fraglich. Wäre es besser gewesen, wenn die MCH Group anstelle von Katar zum Beispiel Saudi-Arabien oder Dubai genommen hätte?

Ivo Balmer (SP): Nein. Die Frage ist, ob es die Art Basel als Etikette genau in diesen Ländern überhaupt braucht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Sie haben sehr viel von Versagen gesprochen. Ist es nicht auch so, dass ein bisschen von diesem Versagen eben in der Vergangenheit liegt, dass man eben fast gezwungen ist, solche Expansionen zu machen, wenn man die eigenen Messen strategisch nicht so weiterentwickelt hat, wie man hätte sollen?

Ivo Balmer (SP): Natürlich liegt Versagen immer in der Vergangenheit. Heute sprechen wir über die Zukunft, und deshalb brauchen wir die Aktienmehrheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Es ist ja eigentlich lustig, eine linke Partei möchte die MCH-Aktien verkaufen, die andere möchte aufstocken, und diese lustige Ausgangslage führt dann dazu, dass ich möglicherweise zum ersten Mal überhaupt in einem wirtschaftspolitischen Anliegen gleicher Meinung bin wie Oliver Bolliger, zugegebenermassen aus anderen Gründen.

Nun, staatlich verordnete Privatwirtschaft ist immer ein Murks, das hat nie funktioniert und wird wahrscheinlich auch nie funktionieren. Ohne Kapitalerhöhung zu dieser Aktienmehrheit zu kommen, ist finanziell, wirtschaftlich nicht machbar. Es wurde erklärt von Adrian Iselin, das Pflichtangebot an die Minderheitsaktionäre, das heisst, man muss Geld ohne Ende in die Hand nehmen, wenn man das erreichen will und bekommt den Gegenwert in keinem Fall. Der Kanton würde durch diese Massnahme zudem Messeveranstalter in Hongkong, in Paris, in Miami und so weiter. Man kann ja noch argumentieren, dass man dann als Kanton die Messen in Katar streichen könnte, aus ethischen Überlegungen und so weiter, es wurde gesagt. Aber was macht man dann mit der Gentech-Messe zum Beispiel in Miami, oder was macht man mit dem Nuklearforum in Hongkong? Nach Kantonsverfassung müssten wir dann das wahrscheinlich über unsere Aktienmehrheit auch verunmöglichen, auch verbieten. Also der Kanton wird dann zum Sittenwächter von Amerika bis Fernost. Das kann wirtschaftlich unmöglich funktionieren, das heisst, der Kanton wird dann einfach die Verluste tragen müssen, welche dieses Messekonglomerat so mit sich herumschleppen wird.

Kurz, man kann allenfalls ja noch dafür sein, dass der Kanton Messebetreiber auf dem Kantonsgebiet wird. Aber die Vorstellung, dass der Kanton weltweit in einem solchen Bereich – in einem Bereich, der übrigens auch nur weltweit funktioniert, Messen sind Veranstaltungen in aller Regel und Kongresse auch, wo man international Leute anziehen muss –, also dass der Kanton in einem solchen Metier dann global mitspielen soll, das ist zum Scheitern verurteilt. Oder wollen Sie als nächstes vorschlagen, dass die BVB Transport Miami oder Hongkong Public Transport kaufen soll? Auch das, das sehen Sie, kann ja nicht funktionieren. Deshalb bitte ich Sie sehr, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die GLP anerkennt die Anliegen der Motionärinnen. Es ist richtig, bei der Entwicklung der MCH genauer hinzuschauen, insbesondere im Hinblick auf gute Unternehmensführung, Transparenz und nachhaltiges Handeln, also Umwelt, Sozial- und Governance-Aspekte. Die MCH Group ist für den Standort Basel von grosser wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung. Wir haben uns als GLP in der Vergangenheit immer wieder mit der Messe beschäftigt, eigene Vorstösse eingebracht und die Bedeutung einer zukunftsfähigen Ausrichtung betont.

Gleichzeitig bleibt die MCH ein komplexes marktorientiertes Unternehmen. Eine kantonale Aktienmehrheit würde weder eine bessere Steuerung noch bessere Resultate garantieren, sondern vor allem das finanzielle Risiko des Kantons erhöhen. Entscheidend ist nicht die Zahl der Aktien, sondern eine klare Governance, transparente Entscheidungswege und ein verlässlicher strategischer Dialog zwischen dem Kanton und der Unternehmensleitung. In anderen Städten ist der Staat in der Regel Eigentümer der Infrastruktur, nicht aber Betreiber der Messen. Wäre dieser Weg prüfenswert?

Wir wollen eine Standortpolitik, die Rahmenbedingungen stärkt, die Werte und Nachhaltigkeit einfordert und nicht eine Betreiberpolitik, die den Kanton in operative Geschäftsrisiken hineinzieht. Die Anliegen der Motion sind also teilweise berechtigt, die Forderung aber nicht wirklich umsetzbar und das gewählte Instrument nicht das richtige. Eine sorgfältige Abklärung möglicher Szenarien und eine vertiefte Prüfung der Einflussmöglichkeiten wäre womöglich die bessere Option. Die GLP lehnt die Motion daher ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ich finde es nicht so lustig, über was wir reden, denn für mich persönlich als Hotelier ist die Messe ein ganz wichtiger Teil unseres Geschäfts. Wir hatten die Herbstmesse, das ist die älteste Messe in der Schweiz, über ein halbes Jahrtausend alt. Wir haben eine lange Tradition, Gastgeber zu sein mit dem Konzil. Als Ergebnis vom Konzil von Basel bekamen wir dann die Universitätserlaubnis von dem gewählten Papst. Ich könnte hier noch lange erklären.

Die Motion, die wir hier diskutieren, hat zwei Forderungen, von der Regierung die Mehrheit und eine Strategie zu verlangen. Die Regierung möchte dieses Geschäft entgegennehmen. Wir von der Mitte/EVP-Fraktion sind gespannt auf die Antwort der Regierung und bitten Sie, diese zuzulassen, weil es eben ein wichtiges Geschäft ist. Wir können dann bei der Antwort, bei der Zweitbehandlung politisch entscheiden, wo wir hingehen möchten. Aber ich bitte Sie jetzt, diese Möglichkeit zu nutzen, dass die Regierung antwortet, weil es ist dringlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für diese intensive Diskussion. Basel ist ein Messe- und Kongressstandort und der Regierungsrat möchte, dass es auch in Zukunft so bleibt. Das ist auch der Grund, weshalb der Kanton an der MCH Group beteiligt ist, zwar als Minderheit, aber wir sind beteiligt. Der Kanton kann zwei Verwaltungsrät:innen delegieren, auch in den Statuten haben wir gewisse Rechte, dass auch hier der Hauptsitz dieser Gesellschaft ist. Aber ja, wir sind Minderheitsaktionärin und nicht Mehrheitsaktionärin an diesem Unternehmen.

Ich gehe nicht ganz so weit zurück in der Geschichte wie mein Vorredner, das ist sehr wichtig und zeigt die Verbundenheit unserer Stadt mit dem Messewesen. Ich gehe ein bisschen weniger weit zurück. Als die Messe Basel fusioniert hat mit der Messe Zürich, das war der Moment, wo entschieden wurde, auch hier, dass es eine Aktiengesellschaft werden sollte. Davor war die Messe Basel eine Genossenschaft. Da hat man aufgrund des Messe Schweiz-Gedankens, des Zusammengehens mit dem Messestandort Zürich entschieden, dass man die Aktiengesellschaft aus Zürich mit der Genossenschaft aus Basel zu einer Aktiengesellschaft fusioniert. Das ist die Grundlage der MCH. Dort wurde dieser Entscheid demokratisch gefällt, das so zu machen.

Der nächste Punkt, den ich herausnehmen möchte, ist der Entscheid des Grossen Rates, auf die Mehrheit zu verzichten auf Seiten der öffentlichen Hand. Den hat der Grosse Rat ganz bewusst gefällt im Jahr 2020. Wo stand das Unternehmen in dieser Zeit? Das war mitten in Covid, nach schon Jahren des Defizits, in einer Zeit, als schon klar war oder schon entschieden war, dass die Basel World nicht mehr stattfinden wird, die wichtigste Messe damals für die MCH, also dass ein sehr wichtiger Ertragsteil dieses Messegeschäftes wegfällt. In dieser Situation hat der Grosse Rat das entschieden im Wissen dieser Situation. Der Grosse Rat hätte auch damals viel Geld in die Hand nehmen können und damit auch sehr viel Risiko mit in die Hand nehmen können. Also es war eine sehr riskante Zeit damals und daher war man auch froh, dass es einen Investor gab, der bereit war, dieses Geld in die Hand zu nehmen und dieses Risiko mitzutragen.

Es ist natürlich jetzt einfacher, ein paar Jahre später anders darüber zu urteilen, weil die Messe ist an einem anderen Ort, als sie es war im 2020. Sie hat sich finanziell stabilisiert, sie war im letzten Jahr das erste Mal knapp positiv, aber wenn Sie jetzt die Halbjahreszahlen der MCH-Gruppe vom ersten Halbjahr anschauen, dann konnte sie das EBITDAR auf 18,9 Mio. Franken steigern, der Reingewinn auf 5,3 Mio. Franken. Heute sehen wir, diese MCH ist an einem anderen Ort. Es ist ein privat geführtes Unternehmen, das auch die Interessen aller Aktionäre berücksichtigen muss und nicht nur die von uns, von unserem Kanton. Mir ist es wichtig, das auch wirklich zu betonen und es gibt Entscheide, die gewisse Aktionarsanteile vielleicht nicht gefällt hätten oder nicht verstehen können, aber andere sehr wohl. Deshalb ist es dieses Unternehmen, das heute diesen Entscheid fällt, aber das an einem ganz anderen Ort ist als im 2020 als der Grosse Rat hat den Entscheid gefällt, dass die öffentliche Hand auf die Mehrheit und damit auch auf einen Teil der Bestimmungsmacht zu verzichten bereit ist.

Dieses Unternehmen ist ein internationales Unternehmen. Wir sind beteiligt für den lokalen Teil und auch da gab es positive Elemente, ich glaube, es ist wichtig, diese auch immer wieder zu sehen. Die Art Basel in Basel läuft gut, sie ist wichtig für unseren Standort. Die Helftec, eine tolle Konferenzmesse, kommt im nächsten Jahr, eine sehr tolle Akquise für unseren Standort. Ich hoffe, dass sie erfolgreich sein wird. Die Fantasy, wird jedes Jahr grösser und bringt viele Leute nach Basel. Und dann gibt es den internationalen Teil, der global unterwegs ist, ein globales internationales Unternehmen, das auch Teil ist dieses Unternehmens. Das ist die MCH, wie sie ist.

Der Regierungsrat ist bereit, diese Motion entgegenzunehmen und zu berichten, weil ich glaube, es ist wirklich wichtig, dass wir uns immer wieder auch diese Frage stellen, wieso wir beteiligt sind, was die richtige Form ist, was überhaupt die

Handlungsmöglichkeiten sind, die wir haben in dieser Situation – börsenkotiert, finanziell, unter Berücksichtigung der anderen Aktionäre, um da die richtigen Entscheide angesichts all dieser Rahmenbedingungen fällen zu können.

Deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates, uns diese Motion ein erstes Mal zur Prüfung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Motionärin Michela Seggiani hat das Wort.

Michela Seggiani (SP): Zuerst einmal vielen Dank für diese interessante Diskussion. Ich schätze es sehr, dass Sie sich offenbar auch in den Fraktionen viel Zeit genommen haben und das diskutiert haben, vielen Dank dafür. Spannend finde ich auch, dass wir hier definitiv keine Links-Rechts-Diskussion haben. Und es ist mir auch wichtig zu sagen: Diejenigen, die jetzt Angst haben vor Verstaatlichung oder Eigentumspolitik, denen kann ich sagen, darum geht es jetzt nicht in erster Linie. Wir haben es gehört, die Regierung möchte die Motion entgegennehmen. Das heisst, es ist ja noch nichts verloren, denn es ist eine Erstüberweisung. Allerdings wäre jetzt aber bereits etwas gewonnen, nämlich die Möglichkeit der Erarbeitung einer Strategie und vor allem einmal zu hören, wie die Regierung jetzt Stellung nehmen würde.

So haben wir das Thema weiterhin auf dem Tisch und können und müssen uns damit auseinandersetzen, denn eines scheint mir heute leider wirklich fast sicher: Wenn wir als Parlament und als Kanton – und offensichtlich sind ja zwei Vertreter im Verwaltungsrat zu wenig – wenn wir also nichts tun und einfach zuschauen, werden wir bald schon von der Art in Basel gleich sprechen wie von der Basel World, nämlich in der Vergangenheit. Und deshalb bitte ich Sie, diese Motion erstzuüberweisen.

Und noch kurz etwas zum Technischen: Natürlich war mir bewusst, wie der Vorgang ist technisch, als ich die Motion geschrieben habe. Ein Kauf der Aktien, eine Mehrheit der Aktien wäre theoretisch wirklich möglich, es müsste aber ein öffentliches Angebot gemacht werden. Sehr wahrscheinlich würde das dann, auch wenn nur temporär, den Wert der einzelnen Aktien massiv erhöhen, und ob das Angebot der Kanton dann noch leisten könnte oder sich selbst noch überbieten müsste oder könnte, das wäre, das ist mir auch bewusst, eine Riesensumme, die aufgeboten werden müsste. Aber es wäre zur Diskussion, und für mich ist es wichtig, dass diese Option, auch wenn es heute theoretisch ist, machbar wäre, weil das Geld, das der Kanton hat, gehört der Bevölkerung. Und deshalb finde ich diese Möglichkeit einer Aktienmehrheit sehr spannend und die Diskussion vehement wichtig. Vielen Dank und ich nehme die Zwischenfragen an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Dann starten wir mit Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Was meint eigentlich die MCH Group zu dieser Motion?

Michela Seggiani (SP): Ich hatte bis jetzt leider nicht das Vergnügen, mit Herrn Murdoch zu sprechen, würde dies aber gerne.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny hat das Wort.

David Jenny (FDP): Aus Ihren Worten schiesse ich, dass der Kauf aus dem Verwaltungsvermögen erfolgen wird, das heisst, es braucht zuerst noch einen referendumspflichtigen Grossratsbeschluss. Sehen Sie das gleich wie ich?

Michela Seggiani (SP): Das werde ich Ihnen gerne nach der Stellungnahme der Regierung beantworten. Erstmal möchte ich schauen, was sie dazu sagt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007567, 12.11.25 11:38:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Nichtüberweisung entschieden mit 47 gegen 46 Stimmen.

10. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt

[12.11.25 11:38:25, 25.5394.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Sprechenden eingetragen, wir kommen daher zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007569, 12.11.25 11:39:11]*

Der Grosse Rat beschliesst,

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 92 Stimmen gegen eine Stimme.

11. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt

[12.11.25 11:39:25, 25.5410.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Die LDP-Fraktion kam zum Schluss, dass sie diese Motion nicht überweisen möchte, und zwar aus verschiedenen Gründen. Vorweg ist uns ganz wichtig, auch wir sind absolut gegen Hass und Hetze und Diskriminierung der LGBTI-Community, jedoch sehen wir ein entsprechendes Label für den Arbeitgeber Kanton Basel-Stadt

als nicht zwingend zielführende Massnahme, dies zu verbessern. Denn es ist im Kanton Basel-Stadt schon sehr viel Know-how vorhanden und wir möchten keine Doppelspurigkeiten schaffen. Entsprechend möchten wir auch keine zusätzlichen Kosten, auch wenn diese relativ gering wären, weil es ja eine Non-Profit-Organisation ist, die dieses Label vermitteln möchte und dazu beitragen möchte, Missstände zu verbessern.

Dennoch haben wir im Kanton Basel-Stadt bereits durch das Gleichstellungsbüro, aber auch den neuen Fachbereich LGBTI grosses Know-how vorhanden. Es sind zudem 80 Massnahmen rund um die stärkere Inkludierung und die Reduktion von Diskriminierungspotenzial geplant, die zwischen 2024 und 2027 umgesetzt werden sollen. Uns ist es grundsätzlich ganz wichtig, dass wir beim Kanton stark unterscheiden, wo wir bereits Know-how vorhanden haben, wo wir auch Geld gesprochen haben, dieses zu stärken, weil es uns wichtig ist und wo wir dieses Know-how nicht haben und entsprechend extern einkaufen. Und in diesem Bereich kommen wir als LDP zum Schluss, dass ein solches Label eben doppelt gemoppelt wäre, weil schon sehr viel Know-how vorhanden ist und dieses in den letzten Jahren auch gezielt gestärkt wurde. Gerade auch mit den laufenden Arbeitgeberattraktivitätsmassnahmen ist ein gutes Arbeitsklima natürlich ganz wichtig und vielleicht kann eben auch dieser Bereich dort verstärkt mitgedacht werden und so direkt bei den Massnahmen, die überdepartemental laufen, gestärkt werden.

Durch die Ablehnung dieser Motion sagen wir nicht Nein zu diesem wichtigen Thema, sondern Nein zu einem Doppelgemoppel und einem eher für uns ein bisschen symbolischen Akt, den wir nicht als notwendig sehen, weil ganz viel anderes, was mutmasslich auch wirkungsvoller sein kann, durch die vorhandenen Ressourcen erreicht werden kann und wir dort zuerst ansetzen wollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Ich halte dieses Votum im Namen meiner Fraktion und auch der Fraktion GRÜNE/jgb. Jedes Mal, wenn wir hier drin einen Vorstoss verhandeln, der mehr Schutz oder eine bessere Sichtbarkeit von queeren Menschen fordert, sind es die gleichen Parteien, die dagegen sind. Ich hatte ein bisschen gehofft, dass sich wenigstens bei diesem Vorstoss, bei dem es lediglich um ein Label für Arbeitgebende geht, kein Widerstand regt, aber gut, jetzt stehen wir halt hier.

Laut einer repräsentativen Umfrage von GSF Zürich befürworten 83% der Bevölkerung in der Schweiz den rechtlichen Schutz und die Gleichstellung von queeren Personen. Das zeigt, die Gesellschaft ist weit offener und solidarischer, als manche politische Stimme es uns glauben machen will. Es ist nur eine kleine, laute Minderheit, die weiterhin versucht, gesellschaftlichen Fortschritt zu blockieren.

Bei diesem Label geht es darum, dass der Kanton eine klare Haltung einnehmen kann für Gleichstellung, gegen Diskriminierung und für eine offene, inklusive Gesellschaft. Denn queerfeindliche Diskriminierungen und Gewalt existieren weiterhin und das hat Folgen. Die Suizidraten bei queeren Jugendlichen ist viermal so hoch wie in der Vergleichsaltersgruppe. Es reicht nicht, sich mit schönen Worten zur Gleichstellung zu bekennen oder eine Fahne ans Rathaus zu hängen, wir müssen sie im Alltag leben und in den kantonalen Strukturen verankern. Mit der Revision des Gleichstellungsgesetzes hat Basel-Stadt ein starkes Zeichen gesetzt, jetzt gilt es konsequent weiterzugehen. Das LGBTQI-Label ist keine Symbolpolitik, es ist kein Projekt, das man einfach so schnell machen kann, es ist ein konkretes Instrument, um Strukturen zu schaffen, die Vielfalt fördern und Diskriminierung abbauen. Es verpflichtet den Arbeitgeber, hinzuschauen, zu handeln und ein sicheres Arbeitsumfeld für alle zu gewährleisten.

Ich kann nicht ganz verstehen, wie man sich dagegen stellen kann. Wenn wir als Kanton dieses Label tragen, übernehmen wir Verantwortung und wir werden zum Vorbild. Städte wie Bern, Kloten und Luzern haben es vorgemacht, Basel-Stadt soll sich hier einreihen, nicht als Nachzüglerin, sondern als führende, progressive Arbeitgeberin. Und wenn die Regierung argumentiert, dass die vorhandenen Ressourcen nicht ausreichen, dann frage ich mich schon, wie gut die departementsübergreifende Arbeit funktioniert. Annina von Falkenstein hat es gesagt, im PD gibt es eine Abteilung, in der Expertinnen für dieses Thema arbeiten, das FD muss den Regenbogen nicht neu erfinden. Also entweder nutzen Sie die Synergien oder Sie erkennen, dass es zu wenige Stellenprozente in diesem Bereich gibt und dann beantragen Sie diese im Budget. Ich gehe mit Regierungsrätin Tanja Soland einig, dass 0,5 Stellenprozent extrem wenig sind - Sie haben es noch nicht gesagt, aber ich kann es mir ausmalen, was Sie sagen. Aber Sie haben ja mit dem jährlichen Budget ein Instrument in der Hand. Es ist halt auch eine Frage der Priorisierung und wenn die Regierung findet, dass die Unterstützung von queeren Arbeitnehmenden keine Priorität hat, ist das auch ein Zeichen, aber keines, auf das ich jetzt besonders stolz wäre.

Darum bitte ich Sie, diesen Vorstoss zu unterstützen, nicht nur, weil 83% der Bevölkerung hinter der Gleichstellung stehen, sondern weil es unsere Aufgabe ist, für die Rechte aller Menschen einzustehen, unabhängig von Geschlecht, Identität oder sexueller Orientierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Bevor ich auf die Forderung der Motion eingehe, zuerst einmal zum Begriff LGBTI-Label. Der Begriff ist in der Motion selbst sehr unklar formuliert. Der Titel der Motion redet von LGBTI-Label, im Text stehen Ausdrücke wie LGBTIQ-Menschen, LGBTQ-Community, LGBTIQ-plus. Also ein Sammelsurium von Ausdrücken, was deutlich zeigt, dass die Motionäre selbst keine exakte Vorstellung haben von dem, was sie hier fordern. Entre Parenthese sei bemerkt, dass das geforderte Label nur den Begriff LGBTI enthält, das Q fehlt, also selbst die Promotoren des Labels schliessen die queeren Menschen aus, Menschen, welche von Ihnen ja immer wieder in den Vordergrund geschoben werden, bei diesem Label aber explizit ausgeschlossen sind. Absicht oder eine freudige Fehlleistung? Beides ist aufschlussreich.

Das LGBTI-Label wird von einem Verein vergeben, der aus den Schweizer Businessnetzwerken Webernet und Network hervorgegangen ist. Eine recht obskure Organisation masst sich an, Unternehmen, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen einer Gemeinschaft, wie im Fall von Basel-Stadt 200’000 Menschen, zu beurteilen und zu etikettieren. Grundlagen für die Erteilung des Labels sind interne Richtlinien, Führungskultur, HR und Rekrutierungsprozesse inklusive Kommunikation und Mitarbeiternetzwerke, auch hier ein Sammelsurium von Kriterien, welche sich beliebig interpretieren und erweitern lassen. Also wir kaufen hier die sprichwörtliche Katze im Sack.

Die Motion zitiert Pink Cross, welche selbst sagt, man höre genau, der Rückhalt in der Gesellschaft für Gleichstellung und den Schutz von LGBTQ-Menschen ist breit verankert und parteiübergreifend. In Wahrheit sei es eine kleine, laute Minderheit, die Hass und Hetze schüre und sich gegen den gesellschaftlichen Fortschritt stelle. Dieser Satz zeigt deutlich, welche Geisteshaltung hinter dieser Forderung steht, kritische Gedanken über den Themenkreis werden als Hass und Hetze dargestellt. Hier werden Emotionen politisiert und Politik emotionalisiert. Ja, meine Damen und Herren der LGBTQ-Bewegung, wer als politische Organisation auftritt, muss ertragen, dass ihm politischer Wind entgegenweht. Und wer dies nicht verträgt, der soll sich von der Politik fernhalten und sicher nicht Andersdenkende als Hass- und Hetzeredner verunglimpfen.

Und von welchem gesellschaftlichen Fortschritt reden Sie, wenn sogar die sogenannten intellektuellen Eliten nicht mehr sagen können, was ist Mann und Frau oder es gäbe keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern. Ja bitte, wenn das der Fortschritt ist, mir graut davor, was Sie Rückschritt nennen. Es gibt nämlich tatsächlich faktenbasierte Argumente gegen dieses Label. Es ist ein weiterer organisatorischer Aufwand für unsere Unternehmen, für die Verwaltungen und für die Schulen, ein weiterer Aufwand, der sie von ihrer Kernkompetenz abhält, eine Symbolpolitik, deren Wirksamkeit unbekannt ist und im schlimmsten Fall zu neuen Spannungen führen kann, nämlich die Fokussierung auf einzelne Gruppen, hier die LGBTIQ, können andere Kriterien wie Alter, Behinderung, soziale Herkunft in den Hintergrund drängen, und angesichts der Dynamik der interessierten Kreise können wir nicht ausschliessen, dass sich das Ganze dann auch auf KMU erstrecken wird.

Wenn Sie der LGBTIQ-Community etwas Gutes tun wollen, dann hängen Sie ihr nicht irgendein obskures Etikett an. Sorgen Sie dafür, dass die Gesetze durchgesetzt werden zum Schutz dieser Menschen und diese Gesetze haben wir bereits. Was wir hier sehen, ist unnötig, ist eine Symbolpolitik. Namens der SVP bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jessica Brandenburger hat eine Zwischenfrage. Sie wird entgegengenommen.

Jessica Brandenburger (SP): Sie haben sich in der ersten Hälfte Ihres Votums über die verschiedene Verwendung des Akronyms aufgeregt. Haben Sie gesehen, dass die Motion eine Fusszeile hat, wo erklärt wird, wann das Akronym wie erklärt wird? Sie hätten es einfach lesen müssen.

Beat K. Schaller (SVP): Ich habe ganz genau gesehen, dass Sie sich nicht einig sind, wovon Sie reden. Es gibt so viele verschiedene Abkürzungen. Wenn man etwas erwarten kann, wäre es doch wirklich, dass Sie sich einig sind, worüber Sie reden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird nicht entgegengenommen Franziska Stier hat das Wort.

Franziska Stier (BastA): Wie schön wäre es, wir würden in einer Welt leben, in der Geschlecht, sexuelle Orientierung und Herkunft keinen Einfluss auf die Berufschancen hätten. Leider sind wir davon noch immer ziemlich weit weg. Und ja, mit Donald Trump und seinen Fantasien heteronormativer und zumeist männlicher Vormachtstellung wird es in der Welt nicht

einfacher. Und so setzt auch er Schweizer Unternehmen unter Druck, Diversitäts- und Gleichstellungsprogramme einzustellen.

Umso wichtiger ist es daher aus unserer Sicht, in solchen Zeiten als Kanton Farbe zu bekennen und das heisst, mehr zu tun, als ein- oder zweimal im Jahr die Regenbogenflagge zu hissen. Man muss gar kein grosser Fan von Labeling-Prozessen zur Selbstvermarktung sein, um dieser Motion zuzustimmen. Denn sie würde uns gut tun, auch ganz im Sinne der eigenen Compliance mit dem Gleichstellungsgesetz. Darum bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist eine spannende Debatte, ich muss mich einschalten, jetzt geht es richtig ab. Beat Schaller, schade, dass Sie meine Zwischenfrage nicht angenommen haben, ich wollte etwas sagen. Sie haben zu diesem Thema schon früher geredet, deswegen sind Sie nicht Präsident geworden. Ich wollte Sie fragen, ob Sie das überwunden haben.

Eines muss man Ihnen, meiner Vorrednerin lassen Franziska Stier, Sie bringen Farbe und Bewegung in dieses Ruhehauser. Seit Sie hier sind, ist wieder Stimmung in der Bude, daher sage ich Ihnen Danke. Liebe Frau Stier, ich liebe die offene...

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit dem Thema nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich liebe den Schlagabtausch im Parlament. Aber ich darf sagen, Herr Präsident, ich finde, Franziska Stier und ich sind ein politisches Traumpaar.

Balz Herter, Grossratspräsident: Reden Sie zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt haben Sie mich aus dem Konzept gebracht. Aber ich muss einfach trotzdem sagen, ich möchte so reden, wie mir der Schnabel gewachsen ist. Dann breche ich das hier ab und ich komme zum Schlusssatz. Gegen alle Regeln des Parlamentarismus, das erste halbe Jahr zu schweigen…

Balz Herter, Grossratspräsident: Es reicht, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Thomas Widmer-Huber hat das Wort.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Die Revision des kantonalen Gleichstellungsgesetzes wurde von LGBTIQ-Menschen unterstützt, die Annahme des angepassten Gesetzes hier im Grossen Rat wurde von vielen begrüsst. Der Kanton Basel-Stadt hat in den letzten Jahren zu diesem Thema viel gearbeitet, auch mit Leitlinien und Massnahmen, so wie wir schon gehört haben von Vorrednerinnen. Der Kanton Basel-Stadt hat in den letzten Jahren viel investiert, aber es geht um die Frage, ob diese Bestrebungen durch das LGBTI-Label noch ausgeweitet werden sollen.

Ja, einige Städte wie Bern haben dieses Label, aber andere Körperschaften haben sich dagegen entschieden, etwa die Stadt St.Gallen oder der Kanton Solothurn. Ich bin ebenfalls zurückhaltend, vor allem weil die Kriterien nicht öffentlich sind. Auf der Webseite des Labels habe ich zwar einen Schnelltest gefunden, zehn Fragen, die man mit Ja oder Nein beantworten kann, aber welche Kriterien sind schliesslich ausschlaggebend? Der Berner Stadtpräsident liess sich vor drei Jahren im Hauptstadtmagazin zitieren: Für die Zertifizierung muss ein grosser Kriterienkatalog erfüllt werden. Dazu wird die Zertifizierung alle drei Jahre neu geprüft und dabei ist laut von Graffenried eine ständige Verbesserung nötig, um das Label behalten zu können.

In der Medienmitteilung zum Label im August dieses Jahres wurde die inklusive Kommunikation erwähnt. Wie weit geht es? Natürlich unterstütze ich Formulierungen, welche auch LGBTIQ-Menschen einschliessen, zum Beispiel macht es Sinn, dass unsere kantonale Verwaltung statt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Mitarbeitenden spricht. Aber geht es beim Label um die Einführung von Gendersprache? Der Basler Regierungsrat bezog sich in den letzten Jahren in zwei Interpellationen auf den Bundesleitfaden mit seinen geschlechtergerechten Formulierungen. Im Kanton Basel-Stadt gelte dieser Leitfaden, sagt der Regierungsrat, er sieht keine Sonderzeichen wie Doppelpunkt oder Stern vor. Dass sich unser Kanton in sprachlicher Hinsicht am Bund orientiert, begrüsse ich.

Ein heikler Punkt sind auch genderneutrale Toiletten. Auch da interessieren mich die Labelkriterien. Im Netz habe ich nichts gefunden. Wenn es in unserem Kanton mehr genderneutrale Toilettenanlagen geben soll, dann aber keinesfalls auf Kosten

von separaten Toiletten für Mädchen und Frauen. Ich habe zu diesem Thema von diversen Frauen Rückmeldungen erhalten. Es geht ihnen primär um den Vorraum vor Toilettenräumen. Viele Frauen wollen hier einen Schutzraum, zum Beispiel für den Lippenstift oder generell, um sich frisch zu machen. Dabei wollen sie aber nicht von Männern beobachtet oder begafft werden. Genderneutrale Toiletten dürfen keinesfalls auf Kosten von Mädchen und Frauen gehen.

Zu den Kriterien des Labels sind für mich, wie erwähnt, manche Fragen offen. Der Kanton Basel-Stadt hat in den letzten Jahren viel zum Thema Gleichstellung erarbeitet, aber eine Ausweitung durch ein Label ist meines Erachtens nicht nötig.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat das Wort.

Johannes Sieber (GLP): Eigentlich fanden wir oder fand ich vor allem, dass eine Motion für ein Label vielleicht ein bisschen mit Kanonen auf Spatzen geschossen wäre und ein Anzug vielleicht das bessere Instrument wäre. Auch finde ich, dass wir mit der gesetzlichen Grundlage und der Abteilung Gleichstellung mit zusätzlicher Kapazität in diesem Bereich selber auf die Idee kommen könnten, ein solches Label zu erwerben und ich sehe auch, Bemühungen der Abteilung in diese Richtung sind vorhanden und die machen ihre Arbeit gut.

In diesem Sinne hatte ich ein bisschen Zweifel, ob wir das unterstützen sollen, ob es überhaupt nötig ist, aber wenn ich jetzt diese Voten hier im Grossen Rat höre, dann muss ich sagen, haben wir hier eine Gleichstellungsgesetzdebatte 2.0 wegen diesem Vorstoss und das kann ich ja dann auch nicht wirklich ernst nehmen. Ich weiss gar nicht, was ich sagen soll. Diese Debatte zeigt ja gerade, dass dieses Label nötig ist, dass wir diese Motion überweisen sollen, weil offensichtlich sind da irgendwelche Leute irgendwo hängen geblieben, ich weiss auch nicht wo.

Label her damit, überweisen wir diese Motion zum ersten Mal und hören vielleicht ausführlich die Begründungen, warum das Finanzdepartement die Gleichstellungsaufgabe, die ja neu eine Querschnittsfunktion sein soll, nicht erfüllen möchte. Das würde mich schon interessieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat die Motionärin Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Zuerst einmal vielen Dank, dass Sie sich jetzt auch mit diesem Thema sehr intensiv auseinandergesetzt haben. Ich kann Ihnen sagen, die Akronyme, also die Abkürzungen, die sind zum Teil, ja, da haben Sie recht, verwirrend. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns genauer damit auseinandersetzen und dass wir die Information dazu und die Sensibilisierung dazu vorantreiben, und zwar auf allen Ebenen.

Ich kann Ihnen auch garantieren, dass Sie hier nicht die Katze im Sack kaufen, sondern ein ganzes Paket voller LGBTIQ-Sensibilisierung, in einem vielleicht transparenten Paket. Für mich ist zentral hier, dass sich laut der Befragung, die bereits genannt wurde, 83% der Bevölkerung dafür ausspricht, dass queere Personen gleichgestellt sein sollen wie alle anderen Personen, und das kann nur geschehen, wenn die Information, was das eigentlich alles beinhaltet, als Basis gegeben ist. Ich finde, dem sollte ein fortschrittlicher Kanton wie Basel auch gerecht werden wollen. Immerhin haben wir erst vor kurzem das Gleichstellungsgesetz angepasst. Und ja, das wird administrativen und auch organisatorischen Aufwand geben, aber unter dem Strich, und davon bin ich überzeugt, wird es sich auf menschlicher, sozialer und tatsächlich auch auf monetärer Seite lohnen, denn Information und Prävention führen immer zu Sensibilisierung. Integration und Verständnis führen zu Toleranz und einem besseren Lebens- oder Arbeitsklima. Das wiederum motiviert, und motivierte Angestellte bringen bessere Leistung.

Sich als Kanton für das LGBTI-Label zu bewerben, glauben Sie mir, wird Basel gut anstehen, denn spätestens seit dem ESC diesen Sommer wissen wir, dass pro bunt nicht weh tut. Der Verein, der das LGBTI-Label vergibt, bietet ja auch Workshops und weitere Angebote an. Das ist ein weiterer Pluspunkt, sich zu bewerben, denn dann müssen die ganzen internen Schulungen nicht erst erfunden werden, sondern sie können direkt gebucht werden. Und deshalb ist es eben nicht wie befürchtet eine Verdoppelung, sondern eigentlich fast schon eine Effizienzsteigerung.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007571, 12.11.25 12:04:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 gegen 39 Stimmen bei einer Enthaltung.

Schluss der 35. Sitzung

12:04 Uhr

Protokoll

der 36. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 12. November 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Jérôme Thiriet (Grüne/jgb), Pascal Pfister (SP), Stefan Wittlin (SP), Raffaela Hannauer (Grüne/jgb), Lukas Faesch (LDP), Brigitta Gerber (BastA!), Edibe Gölgeli (SP), Anouk Feuer (Grüne/jgb), Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP).*

Verhandlungsgegenstände:

8. Neue Interpellationen ... 3
8.1. Interpellation Nr. 113 Johannes Sieber betreffend die Verzögerung bei der Ausschreibung des Musical Theaters Basel ... 3
8.2. Interpellation Nr. 114 Anina Ineichen betreffend Einsatz von Sicherheitsrobotern (RaaS) an der Herbstmesse ... 4
8.3. Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Angriffe auf das Gemeinwohl - Attacken auf Lokalpolitiker haben fatale Folgen für die Kommunen ... 5
8.5. Interpellation Nr. 117 Harald Friedl betreffend Magazin «klybeck plus», Oktober 2025 ... 7
8.6. Interpellation Nr. 118 Gabriel Nigon betreffend schädliche Sparmassnahmen bei der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz ... 7
8.7. Interpellation Nr. 119 Brigitte Kühne betreffend Adressierung von Fragebögen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt ... 8
8.8. Interpellation Nr. 120 Franziska Stier betreffend aktuelle Entwicklungen zu Microsoft 365 ... 9
8.9. Interpellation Nr. 121 Nicola Goepfert betreffend Praxis des Non Punishment Prinzips bei Opfern von Menschenhandel ... 9
8.10. Interpellation Nr. 122 Luca Urgese betreffend Dachterrasse auf der alten Hauptpost: eine verpasste Chance! ... 10
12. Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mindestlohn für alle Lernende ... 10
13. Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend bundesgerichtskonforme, arbeitsrechtliche Einbettung des UberEats-Anbieters; Änderung der kantonalen Handhabung ... 20
14. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Förderung der zweiten Quantenrevolution ... 23
15. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Einführung eines Gerichtsanzuges ... 24
16. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend wirkungsvollen Jugendschutz: Massnahmen bei Verstoss gegen Tabak- und Alkoholverkaufsverbot an Jugendliche im gesetzlichen Schutzalter ... 24
17. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Unterstützung und Informationstransfer bei Grossbaustellen ... 24
18. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Ausbau der Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten ... 25
19. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Bewilligung von solargebundenen Klimaanlagen auf öffentlichen Gebäuden ... 25
20. Anzug Eric Weber betreffend wenn die Transparenz schwindet ... 26
21. Anzug Eric Weber betreffend sportliche Grossanlässe nach Basel holen ... 27
22. Anzug Eric Weber betreffend Basler Fahne muss im Basler Parlament stehen ... 27
23. Anzug Eric Weber betreffend Gratis-Telefon für Grossräte während Parlaments-Sitzungen ... 28
24. Anzug Eric Weber betreffend dass Bauen in Basel nicht mehr so lange dauert ... 29

25. Anzug Eric Weber betreffend Notfall-Broschüre nach schwedischem Vorbild ist überfällig 30
26. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung, Schreiben des RR 30
27. Motion Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung, Stellungnahme des RR .. 32
28. Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte, Stellungnahme des RR 33
29. Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität, Bericht des RR 36
30. Anzug Nicole Kuster und Konsorten betreffend Aufwertung der Uferböschung des Grossbasler Rheinufers durch den Bau von Baumterrassen, Schreiben des RR 38
31. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächiger Entsiegelung von Parkplätzen, Schreiben des RR 39

Beginn der 36. Sitzung

Mittwoch, 12. November 2025, 15:00 Uhr

8. Neue Interpellationen

[12.11.25 15:00:10]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen nur eine Mitteilung zu machen:

Besuch auf der Zuschauenden-Tribüne

Wir haben heute Besuch auf der Zuschauenden-Tribüne, dies von einer Klasse aus dem Wirtschaftsgymnasium. Sie sind im Rahmen des Pflichtwahlfachs Politische Bildung hier mit ihrer Lehrperson Herr Lopez. Wir freuen uns sehr, dass ihr hier seid, und wünschen einen spannenden Einblick in die Politik. Vorhin konnten wir noch gemeinsam reden, viel Spass.

8.1. Interpellation Nr. 113 Johannes Sieber betreffend die Verzögerung bei der Ausschreibung des Musical Theaters Basel

[12.11.25 15:00:59, 25.5480.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2. Das Geschäft wird prioritär behandelt. Die Ausschreibung wird schnellstmöglich und planmässig durchgeführt. Es braucht Zeit, damit die Ausschreibung korrekt und sauber vorbereitet werden kann. Zu berücksichtigen ist, dass das Musical Theater im Baurecht an eine Betreiberschaft abgegeben wird, die für diesen Zeitraum auch Eigentümer des Gebäudes ist. Die Ausschreibungsunterlagen müssen diesen neuen Verantwortlichkeiten Rechnung tragen. Die künftigen Baurechtsnehmer müssen wissen, worauf sie sich einlassen, wenn sie sich bewerben, denn sie erwerben Eigentum. Die baulichen Grundlagen mussten aufbereitet und im Detail dokumentiert werden. Beispielsweise ist das Musical Theater durch eine Passerelle mit der heutigen Messehalle 3 verbunden, welche im Zuge der Neubebauung der Messehalle 3 abgebrochen werden muss. Zudem sind einige Gebäudeinfrastrukturen mit der Messe verbunden, was im Zuge der anstehenden Sanierung ebenfalls gelöst werden muss.

Zu Frage 3. Die Vorbereitungsarbeiten für die Ausschreibung sind kurz vor Fertigstellung, die Publikation erfolgt noch dieses Jahr.

Zu Frage 4. Mit dem Zuschlag zum Baurecht wird die zukünftige Eigentümer- und Betreiberschaft den Betrieb gemäss ihren Bedürfnissen neu ausrichten wollen. Es geht bei der Abgabe im Baurecht entsprechend nicht einfach um eine Weiterführung des Status quo. Zu beachten ist, dass Teile des Musical Theaters in absehbarer Zeit saniert werden müssen. Wann und in welcher Form dies geschieht, liegt in der Verantwortung des zukünftigen Eigentümers. Der Grosse Rat hat dafür Ausgaben in Höhe von maximal 15 Mio. Franken bewilligt. Den eingeschränkten Planungsmöglichkeiten in der Startphase wird bei der Abgabe des Baurechts mit einer Staffelung des Baurechtszinses Rechnung getragen. Das bedeutet, dass der Baurechtszins am Anfang reduziert ist, was einer Anschubfinanzierung gleichkommt.

Zu Frage 5. Der Parlamentsentscheid wird immer so schnell wie möglich und mit der notwendigen Sorgfalt umgesetzt.

Zu Frage 6. Die offizielle Ausschreibung erfolgt, wie bereits in den Medien berichtet wurde, noch in diesem Jahr. Im Laufe des Jahres 2026 folgt der Vergabeentscheid. Die Baurechtsabgabe ist per Anfang des Jahres 2027 vorgesehen. Der Nutzungsvertrag mit der aktuellen Betreiberschaft läuft noch bis Ende 2026.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Johannes Sieber (GLP): Ich kann sagen, ich bin mit der Antwort zufrieden. Besonders freut mich, dass das Geschäft prioritär behandelt wird und auch, dass Kenntnis genommen wurde, dass es schwierig ist, einen Betrieb, der bereits jetzt nächstens in die Programmierung der Phase gehen sollte, in der dann der Baurechtsvertrag gültig wird, dass das zur Kenntnis genommen wurde und dass hier auch in Betracht gezogen wird, dass der Baurechtszins am Anfang etwas reduziert wird. Es war leider in der Geschichte dieser Auseinandersetzung mit dem Musical Theater nicht immer der Fall, dass man das Gefühl hatte, der Regierungsrat habe hier die richtigen Prioritäten gesetzt. Jetzt scheint das der Fall zu sein, in diesem Fall bin ich darum sehr zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

8.2. Interpellation Nr. 114 Anina Ineichen betreffend Einsatz von Sicherheitsrobotern (RaaS) an der Herbstmesse

[12.11.25 15:05:37, 25.5481.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich die Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Zunächst einleitend. Der Regierungsrat nimmt den Datenschutz ernst und hat den Einsatz der Roboter gestoppt, nachdem die Datenschutzbeauftragte des Kantons ihre Bedenken geäussert hatte. Der Regierungsrat steht im Austausch mit der Datenschutzbeauftragten. Es stellen sich hier zahlreiche und auch komplexe Fragen.

Zu den einzelnen Fragen der Interpellation, zu Frage 1. Die nächtliche Überwachung diente dem Objektschutz. Die Marktstände sollten dank der Überwachung zwischen 23 Uhr abends und 8 Uhr morgens vor Einbrüchen und Sachbeschädigungen geschützt werden.

Zu Frage 2. Ja, der Kanton Basel-Stadt hat gemäss dem Gesetz über die Basler Herbstmesse den Auftrag, die Herbstmesse jährlich durchzuführen. Dazu gehört auch die Gewährleistung der Sicherheit für die Marktstände, zumal es jedes Jahr an der Herbstmesse zu zahlreichen Einbrüchen bei Marktständen kommt. Um die Sicherheit für die Marktstände zu garantieren, arbeitet die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing im Präsidialdepartement in diesem Jahr mit der externen Bewachungsfirma Securitas zusammen, an die der Bewachungsauftrag erteilt wurde.

Zu Frage 3. Der Einsatz der Roboter wurde gestoppt, unmittelbar nachdem die Datenschutzbeauftragte ihre Bedenken geäussert hatte. Nach Abklärungen mit der Datenschutzbeauftragten wurde auf den Einsatz der Roboter an der Herbstmesse 2025 verzichtet, weitere Einsätze sind derzeit nicht geplant.

Zu Frage 4. Die erhobenen Daten wurden ausschliesslich in der Schweiz zwischengespeichert. Die Speicherung erfolgte in einem Rechenzentrum, das nach ISO 27001 zertifiziert ist. Sämtliche Videodaten wurden automatisch nach 24 Stunden gelöscht.

Zu Frage 5. Die Daten dienten ausschliesslich der Ereignisdetektion. Wird ein Ereignis erkannt, zum Beispiel eine Person in einem nicht zugelassenen Bereich, wird ein Rapport erstellt.

Zu Frage 6. Der Roboter machte durch blinkende Lichter und seine Bewegung auf sich aufmerksam. Zusätzlich befanden sich entsprechende Hinweisschilder an den Eingängen zum Messebereich. Für Umstehende war somit ersichtlich, dass sich ein Gerät mit Kamerafunktion im Einsatz befindet. Ob gerade eine Wärmebildaufnahme erfolgt, ist nicht direkt erkennbar.

Zu Frage 7. Auf den Bildaufnahmen waren keine Personen erkennbar, die Aufnahmen wurden jeweils nach 24 Stunden gelöscht.

Zu Frage 8. Der Einsatz ist mit Zustimmung des Kantons erfolgt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich muss die Antwort noch etwas setzen lassen, aber es stellen sich mir insbesondere zwei grosse Fragen. Das eine, der Datenschutz. Ernst nehmen ist auch aktiv sein und reagieren auf eine Datenschützerin, die aktiv wurde, nachdem eine Interpellation eingereicht wurde, ist nicht ernst nehmen, sondern ist Reaktion auf ein Ereignis. Das ist nicht so, wie man es sich wünscht. Wünschenswert wäre gewesen, vor dem Einsatz die Datenschützerin zu konsultieren. So ist es im Übrigen auch im Gesetz vorgesehen.

Aktiv werden ist für mich auch die Kommunikation und das ist dann das zweite grosse Fragezeichen. Sonst ist der Kanton nie verlegen. Bei innovativen Ideen sofort das gross zu verkünden, lächelnd das vorzustellen und vielleicht auch noch den Roboter zu streicheln. Hier passierte das alles nicht, obwohl es ein absolut innovatives Projekt gewesen wäre. Ich glaube, wir können uns der Moderne nicht verschliessen, wir müssen mit Überwachungsrobotern leben lernen. Hätten wir doch das genutzt und gesagt, wir sind innovativ, wir versuchen neue Sachen aus, wir probieren diese Roboter aus und machen das auch datenschutzsicher. Ich bin überzeugt, wenn wir diese innovative Idee ernsthaft angegangen wären, wenn wir kommuniziert hätten; irgendwann wäre ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin ausgefallen, irgendwie könnte der Datenschutz doch noch relevant werden bei diesem ganzen Projekt. Wenn es aber irgendwie durchgeht und niemand sich darum kümmert, dann ist das schade. Einerseits schade für den Datenschutz, anderseits schade auch, dass wir diese Innovation uns nicht einfach auf die Fahne geschrieben haben.

Nun habe ich auch noch Inhaltliches zu den Fragen. Sie haben gesagt, dass diese Ereignisse erkannt werden. Der Roboter erkennt diese Ereignisse durch KI. Dass gibt natürlich ein ganz besonderes Element von Profiling. Wann sagt der Roboter, das ist eine Anomalie, da stimmt etwas nicht, jetzt muss ich die Videokamera einschalten. Dieser Moment muss gut überwacht werden und im Zuge, falls es je wieder so weit kommt, dass er eingesetzt wird, wäre das sehr gut anzuschauen. Erkennt der Roboter Geschlechter auf der Wärmebildkamera, wird er dann aktiv, das sind Fragen, die beantwortet sein müssen, bevor es zum Einsatz kommt.

Dann haben Sie gesagt, die Kamerafunktion war angeschrieben. Ich glaube, ja, man kann davon ausgehen, dass so ein Roboter filmt. Jeder Tesla filmt uns die ganze Zeit, wir müssen, wie gesagt, damit leben lernen und wir müssen damit rechnen. Wenn der Roboter in Auftrag des Staates oder des Kantons unterwegs ist, ist mir doch sehr wichtig, dass nicht nur erkennbar ist, dass er eine Kamera hat, weil jedes Gerät hat eine Kamera, sondern es muss erkennbar sein, werde ich im Moment gefilmt.

Und dann komme ich schon zu meiner letzten Frage, da haben Sie gesagt, es seien keine Personen erkennbar gewesen. Dieser Roboter hat eine Wärmebildkamera, die Wärmebildkamera erkennt Anomalien, wenn eine Anomalie besteht laut KI, dann wird die Videokamera eingeschaltet. Ich kann mir nicht vorstellen, also ich habe ein Video bekommen von einem Freund, dann erst habe ich erfahren, dass es das gibt. Ich würde eine Wette eingehen, dass mein Freund erkennbar ist auf einem Video, das ist jetzt einfach schon gelöscht, weil es nicht länger als 24 Stunden her ist. Also ich hoffe, es ist gelöscht.

Sehr unbefriedigend und eine verpasste Chance, ich bin nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

8.3. Interpellation Nr. 115 Eric Weber betreffend Angriffe auf das Gemeinwohl - Attacken auf Lokalpolitiker haben fatale Folgen für die Kommunen

[12.11.25 15:12:37, 25.5482.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Das Thema dieser Interpellation betrifft Sie alle, leider muss man das so sagen. Die Toleranzschwelle vieler Menschen fällt, es wird nur noch die eigene Meinung akzeptiert, wer anders denkt, ist schon ein Feind. Ich stelle einfach fest als Grossrat seit 42 Jahren, dass die Rechthaberei von gewissen Politikern einfach immer mehr zunimmt und dann haben wir diese Probleme, wie ich es in der Interpellation beschreibe. Ich will hier nicht in eine ideologische Debatte ausufern, ich habe viele Bücher zum Thema gelesen, Fazit all dieser Bücher; die Rechthaberei einzelner Menschen ist nicht gut.

Im Frühling schrieb mir ein junger Mann, er komme in den Grossen Rat und mache einen Amoklauf. Der Täter wurde in Zusammenarbeit von mehreren Kantonspolizeien in der Berufsschule in Langenthal gefasst. Das ist nur ein Beispiel von vielen, mehr Details braucht es nicht, es steht in der Interpellation und ich bin gespannt, was die Regierung antwortet. Es ist eine Tatsache, immer mehr Grossräte sind mit den pampigen und oftmals ungenauen Antworten der Regierung unzufrieden, das wurde schon öfters hier vorne am Mikrofon gesagt. Ein Beispiel, obwohl ich schon drei Mal angefragt habe mit Interpellation und schriftlichen Anfragen, man sagt mir nicht als Grossrat, was die Saalmiete in der Mustermesse gekostet hat im zweiten Wahlgang Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat mit dem Thema nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich warte auf die genauen Antworten der Regierung. Und eine letzte Anmerkung zu dieser Interpellation, dann nehme ich gerne wieder Platz, es ist sowas von unfair von der Regierung, seit über acht Jahren werden meine Interpellationen nur noch schriftlich beantwortet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Nein, aber ich möchte das sagen, ich begründe hier meine Interpellation und seit acht Jahren heisst es immer, meine Interpellation wird nur schriftlich beantwortet. Hat man denn Angst vor einer direkten Konfrontation mit mir? Ich möchte Sie aufmerksam machen, mein Lieblingsregierungsrat Baschi Dürr, der auch mit einem Foto auf meiner Homepage ist, hat alle meine Interpellationen mündlich beantwortet. Wie vermisse ich Regierungsrat Baschi Dürr. Ich bin auch nur ein kleines unbedeutendes Lichtlein, aber ich habe mich vorhin gefreut, als mich alle Schüler gekannt haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin noch nicht fertig mit der Begründung. Es geht um Hass gegen Politiker. Sie wissen, dass der Grosse Rat gesperrt worden ist wegen Amokdrohungen und meiner Demonstration und der Hass gegen Politiker muss aufhören. Sie finden sonst keine Leute mehr, die kandidieren. In Deutschland und in der Schweiz machen die meisten keine Politik mehr, weil sie sagen, wir wollen keinen Hass, auch die Grünen bekommen Hass. Bei Joël Thüring wird jedes Jahr das Schaufenster eingeworfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es reicht. Ordnungsruf zwei.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte in Ruhe sagen, die Leute gehen nicht mehr in die Politik, weil sie diesen Hass nicht wollen, der ausgeteilt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe noch Redezeit. Ich möchte Sie bitten, dass ich reden darf. Ich habe, und dann komme ich zum Schluss, eine Strafanzeige gestellt und ich möchte ja, dass wir Ruhe haben. Wenn man mir dann sagt, und ich habe eine Strafanzeige gestellt bei der Staatsanwaltschaft, wenn man dann sagt bei der Fasnacht, was ich für ein böser Mensch bin, das sagt man einfach nicht, das macht man nicht und darum verlieren Sie Wähler, Sie verlieren Leute, die kandidieren wollen. Es steht in meiner Interpellation, dass die Leute angegriffen werden, dass die Leute die Meinung nicht mehr sagen

dürfen, dass diesen Leuten das Wort unterbrochen wird und darum muss ich einfach ganz klar festhalten, ich bin gewählt und ich rede, solange das geht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Interpellation Nr. 116 Andrea Strahm betreffend Sozialhilfe für Personen aus Afrika und arabischen Ländern. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin ist nicht im Saal und kann daher nicht begründen.

8.5. Interpellation Nr. 117 Harald Friedl betreffend Magazin «klybeck plus», Oktober 2025

[12.11.25 15:18:08, 25.5485.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Ich weiss nicht, wer von Ihnen allen das im Briefkasten vorgefunden hat in der letzten Oktoberwoche. Bei mir kam es zu Hause an und ich habe mich dann gefragt, wer das alles bekommen hat und es war nicht klar aus der Publikation, wie auch vieles weitere dann für mich nicht klar war, als ich das angeschaut habe. Als Bewohner von unserem Kleinbasel und weil ich auch direkt auf verschiedenen Ebenen wirklich sehr involviert bin bei der Transformation dieses wichtigen Areals im Klybeck, habe ich das Heft natürlich mit sehr grossem Interesse gelesen. Ich darf wohl auch sagen, dass ich relativ gut informiert bin und darum wollte ich natürlich wissen, was die Investorinnen der Bevölkerung mit diesem Heft mitteilen wollen. Als ich dann das Heft durchgeblättert habe, ist mir aufgefallen, kein einziger Artikel war gezeichnet, also nirgends war klar, wer das geschrieben hat. Insbesondere habe ich auch das Heft angeschaut, weil es ja eine Forderung der Altlastenkonferenz Klybeck war, da habe ich mitgearbeitet, und das war eine konkrete Forderung, dass die Bevölkerung besser informiert wird über den Fortgang des grossen Projekts. Ich lese selber solche Publikationen immer sehr kritisch, weil es mich persönlich sehr stört, wenn zum Beispiel Publireportagen nicht klar als solche gekennzeichnet sind, und darum habe ich dann auch mal geschaut, wer ist denn da jetzt eigentlich im Impressum aufgeführt und da habe ich gesehen, der Kanton nebst den beiden Investorinnen im Klybeckareal.

Für mich war jetzt da die Frage, weil ich sonst nirgendwo eine Auskunfts- oder Ansprechperson gesehen habe und auch kein Logo des Kantons, welche Massstäbe der Kanton an die Transparenz bei seinen Publikationen setzt. Da kamen dann bei mir Fragen auf und ich kann auch sagen, diverse Personen, die auch sehr engagiert sind in diesem Thema im Quartier, sind dann auch an mich herangekommen und haben gefragt, wie ist das möglich und können Sie da bitte eine Interpellation dazu stellen. Ich möchte jetzt nicht die einzelnen Fragen dieser Interpellation hier wiedergeben, das wird ja dann hoffentlich beantwortet in den nächsten Wochen, aber ich möchte hier schon mal festhalten, dass ich es sehr problematisch finde, dass der Kanton in einem solch wichtigen und in meinen Augen auch sehr umstrittenen Projekt da eine Mitpublikation macht, die auf den ersten Blick überhaupt nicht klar ersichtlich ist.

Ich finde es auch schade, dass die Interpellation nicht heute schon mündlich beantwortet wird, vielleicht war es auch nicht möglich, es sind ja da wahrscheinlich mehrere Departemente mit involviert, aber um dann auch gewissen Spekulationen schon mal Vorschub zu leisten, wäre eine schnelle Antwort sicherlich sinnvoll. Ich bin sehr gespannt auf diese Antworten und freue mich jetzt schon auf eine ausführliche und transparente Antwort des Regierungsrats zu dieser Interpellation.

8.6. Interpellation Nr. 118 Gabriel Nigon betreffend schädliche Sparmassnahmen bei der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz

[12.11.25 15:21:36, 25.5486.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation Nummer 118 von Gabriel Nigon wurde zurückgezogen.

8.7. Interpellation Nr. 119 Brigitte Kühne betreffend Adressierung von Fragebögen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt

[12.11.25 15:21:43, 25.5487.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie ist nicht anwesend. Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich namens des Regierungsrats die Interpellation wie folgt:

Zunächst einleitend. Ab dem Jahr 2026 wird im Bachlettenquartier ein Pilotversuch mit sogenannten Unterflurcontainern durchgeführt. Der Versuch soll unter anderem zeigen, ob sich diese Art der Abfallentsorgung bewährt und wie die Quartierbewohnerinnen und -bewohner dieses Angebot einschätzen. Dazu werden die Quartierbewohnerinnen und -bewohner mehrfach befragt. Im Oktober 2025 hat das Statistische Amt deshalb im Auftrag des Tiefbauamtes bei der Quartierbevölkerung des Bachlettenquartiers eine erste Befragung durchgeführt.

Zu den einzelnen Fragen, Fragen 1 und 2. Da das Thema die gesamte Quartierbevölkerung potenziell betrifft, wurde entschieden, eine Vollerhebung durchzuführen. Das heisst, dass innerhalb eines definierten Perimeters sämtliche Haushalte angeschrieben wurden, das sind für das Bachlettenquartier rund 2'000 Haushalte. Diese Haushalte sind sehr heterogen zusammengesetzt, so gibt es neben klassischen Familien- und Paarkonstellationen auch Wohngemeinschaften, Familien mit erwachsenen Kindern, die noch bei ihren Eltern leben, oder zum Beispiel Haushalte, in denen Haushalts- oder Pflegehilfen leben. Gezogen wurden die Adressen aus dem Einwohnerregister. Die Befragung zu den Unterflurcontainern war so konzipiert, dass alle Haushalte angeschrieben werden. Für die Adressierung wurde aus jedem Haushalt die jeweils älteste Person gewählt, so sollte verhindert werden, dass im Haushalt wohnende volljährige Kinder oder Pflegepersonen angeschrieben werden.

Zu Frage 3. Mit dem gewählten Vorgehen konnte die Befragung verhältnismässig, effizient und ressourcenschonend umgesetzt werden. Bei einer Einzeladressierung an alle Einwohnerinnen und Einwohner des Quartiers hätten rund 6’000 Fragebögen versendet werden müssen. Dies schien angesichts der Tatsache, dass nur eine Person den Fragebogen ausfüllen muss, nämlich diejenige, die hauptsächlich den Abfall herausbringt und sich um die Abfalltrennung kümmert, ein unnötiger Streuverlust. Mit dem gewählten Verfahren hat jeder Haushalt einen Fragebogen erhalten und konnte selbst definieren, wer sich am häufigsten um die Abfallentsorgung kümmert und entsprechend antwortberechtigt ist. Die so adressierten Personen sind zu 47% Frauen und zu 53% Männer, es wurden insgesamt also leicht mehr Männer angeschrieben.

Zu Frage 4. Im Sommer 2026 steht eine erneute Befragung zu den Unterflurcontainern an. Um die Ergebnisse vergleichen zu können, wird das Adressierungsvorgehen nicht geändert. Grundsätzlich werden Art und Methode der Adressierung und Stichprobenziehung je nach Befragung konzipiert und umgesetzt. Eine Festlegung ist angesichts der unterschiedlichen Befragungsthemen des Statistischen Amtes nicht sinnvoll. Der Regierungsrat prüft indes, ob bei künftigen Befragungen im Anschreiben erläutert werden kann, wie die Stichprobe generiert bzw. warum eine spezifische Person angeschrieben wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitte Kühne (GLP): Ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden. Ich denke, es ist wichtig, dass zukünftig immer beide oder eben alle erwachsenen Teilnehmer angeschrieben werden, und dann kann man immer noch sagen, nur eine Person soll das ausfüllen oder irgendwie das so machen, dass der Link nur einmal aktiviert werden kann. Ich glaube, in der heutigen Zeit ist es wichtig, dass diese Art und Weise der Adressierung nicht mehr passiert. Dass es nur die älteste Person des Haushalts ist, finde ich etwas komisch, und Sie sehen an der Reaktion, die ich aus dem Quartier auch wirklich erhalten habe, dass dies ein falsches Signal senden kann. Ich möchte daher den Regierungsrat bitten, zukünftig alle Post von den verschiedenen Departementen an beide oder an alle erwachsenen Personen zu schicken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

8.8. Interpellation Nr. 120 Franziska Stier betreffend aktuelle Entwicklungen zu Microsoft 365

[12.11.25 15:27:05, 25.5488.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

8.9. Interpellation Nr. 121 Nicola Goepfert betreffend Praxis des Non Punishment Prinzips bei Opfern von Menschenhandel

[12.11.25 15:27:18, 25.5489.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 3. Das Non-Punishment-Prinzip kommt im Kanton Basel-Stadt bereits seit Jahren zur Anwendung. Dieses Prinzip besagt, dass Opfer von Menschenhandel für Straftaten, die sie im Zusammenhang mit ihrer Ausbeutung begehen, so weit möglich von einer Strafe befreit werden. Ziel ist es sicherzustellen, dass betroffene Personen nicht durch ungerechtfertigte Strafverfahren erneut Opfer werden. Bereits bei der Formulierung der Anzeigerapporte wird dem Non-Punishment-Prinzip Rechnung getragen. So gelangen Verdachtsfälle von Menschenhandel fast ausschliesslich über die kantonale Taskforce Menschenhandel an die Strafverfolgungsbehörden. In diesem Rahmen werden die Fälle mit allen involvierten Instanzen, namentlich der Kantonspolizei, dem Migrationsamt sowie der Staatsanwaltschaft, vorbesprochen, sodass dem Non-Punishment-Prinzip von Beginn an Rechnung getragen werden kann. In der Praxis bedeutet das, dass die Strafverfolgungsbehörden in jedem Einzelfall sorgfältig prüfen, ob ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der begangenen Tat und der Opferrolle besteht und wie schwer die betreffende Handlung wiegt. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen von potenziellen Opfern eine zentrale Bedeutung zu.

Zu Frage 4. Bis Ende 2023 wurde das Prinzip in Form einer Einstellungsverfügung gemäss Strafprozessordnung und unter Berücksichtigung der Europäischen Menschenrechtskonvention umgesetzt. Seither erfolgt die Strafbefreiung von Opfern gestützt auf die von der Schweizerischen Staatsanwaltschaftskonferenz vorgeschlagene Musterweisung, welche eine einheitliche Praxis in der ganzen Schweiz fördern soll. Die Identifikation von Betroffenen bleibt jedoch herausfordernd, da Opfer nicht immer unmittelbar als solche erkennbar sind oder ihre Situation aus Angst oder Abhängigkeit regelmässig nicht offenlegen können. Vor diesem Hintergrund wird viel in die Sensibilisierung der Behörden und die Zusammenarbeitsprozesse investiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Nicola Goepfert (BastA): Vielen Dank für die Antwort. Ich bin sehr froh, dass das Non-Punishment-Prinzip in Basel angewendet wird. Wie auch jüngste Medienberichte gezeigt haben, ist Menschenhandel auch in Basel-Stadt ein Problem und es ist sehr schwierig nachzuweisen und dem nachzugehen. Das wird auch bei der Antwort zur letzten Frage deutlich, wo geschrieben wird, dass die Identifikation von Betroffenen immer noch eine Herausforderung bleibt. Ich hätte mir aber gewünscht, dass genau aufgezeigt wird, wie in Basel trotzdem verhindert wird, dass es zu unrechtmässigen Strafen gegen Opfer von Menschenhandel kommt. Zudem habe ich trotz Frage 3 keine Auskunft erhalten, ob es konkrete Fälle in Basel gibt, in denen das Non-Punishment-Prinzip auch angewendet wird. Deshalb bin ich teilweise zufrieden mit der Antwort, nicht aus Widerspruch gegen die Antwort, sondern schlicht weil ich mir mehr Informationen gewünscht hätte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

8.10. Interpellation Nr. 122 Luca Urgese betreffend Dachterrasse auf der alten Hauptpost: eine verpasste Chance!

[12.11.25 15:31:02, 25.5490.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung.

12. Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mindestlohn für alle Lernende

[12.11.25 15:31:15, 25.5411.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gemeldet hat sich Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wenn ich den Motionstext so durchlese, stelle ich fest, dass die Motionärin das System nicht ganz begriffen hat und mit der Motion mehr Schaden als Nutzen bewirkt. Das staatliche Eingreifen ist hier völlig am falschen Ort und braucht es sicher nicht. Die Berufsverbände haben das mit den vielen KMU-Betrieben gelöst, das System funktioniert und ist, wie sie selber feststellt, ein Erfolgsmodell. Wie der Name sagt, es ist eine Ausbildung und die Kosten dafür tragen die KMB-Betriebe. Die sind nicht zu unterschätzen, die Kosten. Die Betriebe machen es aus Eigeninteresse, um auch in Zukunft genügend Fachpersonen zu haben. Die Löhne sind in den Verbänden gelöst und pro Lehrjahr festgelegt. Es geht im Grundsatz nicht darum, vom Lehrlingslohn zu leben, es ist ein Ausbildungsverhältnis und nicht ein normales Arbeitsverhältnis. Eine Gesetzesänderung und das Schaffen eines Fonds führen zu einer unnötigen staatlichen Abhängigkeit und auch zu Ungleichheit unter den Betrieben. Auch ausserkantonal natürlich, wir sind ja hier in einer Region, wo auch von aussen die Betriebe ihre Arbeit in der Stadt suchen. Wer die Berufsbildung stärken will, muss den Betrieben die Ausbildung erleichtern und so nicht verteuern. Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher auf der Liste ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Dieser Vorstoss ist ein gutes Beispiel. Der Staat verursacht ein Problem und muss dieses Problem dann aufwendig verwalten, hier in diesem Fall mittels eines Fonds, statt dass die Politik einfach darauf verzichtet, das Problem überhaupt erst zu verursachen. Wir sehen auch nicht ein, weshalb es eine gute Sache sein soll, wenn Betriebe immer stärker von staatlicher Unterstützung abhängig sein sollen. Wir hatten das letzten Monat beim Vorstoss Pascal Pfister mit der finanziellen Unterstützung für Schnuppertagen und das hier ist jetzt der nächste Baustein. Aber zumindest kann man aus der Tatsache, dass jetzt bereits ein Fonds vorgeschlagen wird in diesem Vorstoss, daraus schliessen, dass die Motionärin selber verstanden hat, dass sie bei einem Teil der Betriebe mit diesem Mindestlohn, der hier gefordert wird, einige Probleme auslöst, die ohne solche Lösung dazu führen würden, dass es gewisse Lehrstellen einfach nicht mehr geben würde. Die Lehre, das wurde bereits gesagt, ist kein normales Arbeitsverhältnis, die Lehre ist ein Ausbildungsverhältnis. Sie ist mit grossem Aufwand für die Arbeitgebenden verbunden, vor allem natürlich am Anfang, was einen tieferen Lohn als den normalen Lohn rechtfertigt. Die Ausbildung ist sozusagen Teil des Lohns.

Und wenn die Motionärin behauptet, die Betriebe hätten durch den höheren Lohn grosse Vorteile, ist es einfach wieder ein Beispiel dafür, wie manche Grossräte meinen, sie wissen besser, wie Unternehmen zu führen seien als die Unternehmen selbst. Wenn es tatsächlich ein grosser Vorteil ist, zum Beispiel für die Gewinnung von Lernenden, dann können Betriebe ja das heute schon machen, ganz ohne, dass die Politik ihnen reinredet. Und das machen zahlreiche Betriebe auch, es gibt verschiedenste Betriebe, die Schwierigkeiten haben und hatten, Lernende zu finden und damit das eben besser wird, haben sie die Arbeitsbedingungen in den letzten Monaten und Jahren laufend verbessert. Das muss nicht zwingend nur die Anpassung des Lohnes sein, das sind längere Ferien, etc., also da gibt es verschiedenste Beispiele, wie das erfolgreich gemacht wird, da braucht es keinen staatlichen Eingriff.

Und dann wird ein Zusammenhang behauptet zwischen der Höhe des Lohnes und Lehrabbrüchen. Dafür gibt es soweit ersichtlich keine Evidenz, Löhne gehören nicht zu den häufigen Gründen für Lehrabbrüche. Dazu gehören eher ein Betriebsklima, das nicht gut ist, die falsche Berufswahl, die man erkennt, wenn man dann anfängt, in einem Betrieb zu

arbeiten, oder auch gesundheitliche Probleme, das sind Gründe für Lehrabbrüche, nicht die Löhne oder die Verschuldung, wie in diesem Vorstoss behauptet wird.

Wir sehen keine Notwendigkeit für einen Mindestlohn für Lernende, wir halten ihn sogar für schädlich, hier noch mehr als bei den anderen Mindestlöhnen, und deshalb bitten wir Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Sie alle kennen diesen Satz wahrscheinlich noch aus Ihrer Jugend, Lehrjahre sind keine Herrenjahre, und er hat schon damals genervt, weil er unweigerlich mit strikten Hierarchien, wenig Mitbestimmung und einer starren Vorstellung von Berufsbildung verbunden war. Zum Glück hat sich das in den letzten Jahrzehnten geändert. Wir als Gesellschaft achten viel stärker auf Didaktik, auf Begleitung von Lernenden, auf Mitwirkung und auch auf eine Lernumgebung, die nicht nur Durchhalten verlangt, sondern Entwicklung ermöglichen soll. Das heisst natürlich nicht, dass überall alles bestens ist. Nicht zuletzt ist diese Entwicklung auch zurückzuführen auf die Selbstorganisierung von Lernenden. Sie bringen ihre Forderungen auf den Tisch, sei es in der Frage der Ferien, in der Frage der psychischen und gesundheitlichen Belastung oder eben beim Lohn.

Mit Blick auf die vorliegende Motion, die übrigens kein neues Problem schafft, sondern ein reales Problem benennt und Lösungen vorschlägt, möchte ich versuchen, die Lebensrealität junger Menschen in den Blick zu nehmen. Wenn ein junger Mensch eine Ausbildung beginnt, dann fällt neben Schule und Berufsalltag einiges an Kosten an. Da ist zunächst der tägliche Weg zur Arbeit, je nach Wohn- und Arbeitsort ist das schon eine finanzielle Herausforderung. Gehen wir weiter, ein Döner oder eine schnelle Mahlzeit in der Mittagspause, im Idealfall zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, kostet schnell 15 Franken. Wenn man fünf Tage die Woche auswärts und mit den Kolleginnen isst, summieren sich die Kosten. Und wer schon kaum finanzielle Spielräume hat, spürt diese Ausgaben überproportional. Und dann sind da die notwendigen Lehrmittel und Schulbücher. Viele Berufsschulen verlangen Fachliteratur, Übungshefte, Prüfungsunterlagen und auch diese Kosten sind real und fallen zusätzlich an. Zudem, viele Lehrbetriebe verlangen natürlich Arbeitskleidung, Arbeitsmaterialien, sei es Schutzkleidung, Werkzeuge, Notebook oder andere spezifische Ausstattung, auch diese müssen oft zu Beginn der Lehre gekauft werden. Und wenn dann auch noch die Unterstützung zu Hause wegfällt, ich möchte sagen, das Hotel Mama eben auch nicht ewig gratis ist, dann kommt man schnell in eine prekäre Lage. Mietkosten, Haushaltskosten, Transportkosten, Freizeit oder halt auch die Beteiligung an den realen Kosten der eigenen Familie, wo man immer noch lebt.

Eine Ausbildung darf noch nicht zu finanziellen Überforderungen führen und genau hier setzt diese Motion an, indem sie einen Mindestlohn von 1’000 Franken pro Monat fordert. Das schafft bessere Chancengleichheit auch unter den Lernenden und stärkt die Berufslehre auch für Kleinstbetriebe. Schliesslich, das tut die Motion auch, sie unterstützt Kleinstbetriebe, die sich einen Ausbildungslohn von 1’000 Franken nicht leisten können. Liebe Grossrät*innen, mit dieser Motion sagen wir, eine Lehre ist mehr als nur Arbeiten und Lernen, sie bedeutet Verantwortung, Aufgaben, Pflichten und gleichzeitig Menschen die Chance auf Entwicklung und Teilhabe zu geben. Damit diese Chance für alle jungen Menschen gleichermassen nutzbar wird, unabhängig von der finanziellen Situation der Herkunftsfamilie, muss das Entgelt stimmen.

Wir von BastA unterstützen diese Motion im Wissen, dass unsere Lernenden es verdienen, mit Respekt, mit Begleitung und mit einer angemessenen Vergütung in die berufliche Zukunft zu starten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Strahm. Diese wird entgegengenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Vielen Dank für die Annahme. Sind Sie dann der Ansicht, dass auch Gymnasiasten und andere Besuchenden von weiterführenden Schulen einen Mindestlohn erhalten sollten? Denn sie haben ja die gleichen Auslagen.

Franziska Stier (BastA): Ich denke gerne darüber nach.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Block. Diese wird auch entgegengenommen.

Laetitia Block (SVP): Frau Stier, Sie haben gesagt, Arbeitskleidung sind zusätzliche Kosten, die anfallen. Ist Ihnen bewusst, dass Material, das für die Arbeit benötigt wird, auch vom Arbeitgeber übernommen wird kostenmässig?

Franziska Stier (BastA): Ich wünschte, das wäre immer der Fall.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Unser duales Bildungssystem ist ein echtes Erfolgsmodell, auch weil viele Betriebe freiwillig mitmachen. Im Kanton Basel-Stadt sind über 90% unserer Firmen kleine und mittlere Betriebe, das heisst KMU. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und sorgen dafür, dass hunderte Jugendliche jedes Jahr eine Lehrstelle hier im Kanton finden. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein riesiger Einsatz aus Überzeugung. Was dabei oft vergessen wird, die Lehre ist eine Ausbildung, kein normaler Job. Das Bundesgesetz über die Berufsbildung wie auch das kantonale Recht definieren die Lehre klar als Ausbildungsweg. Das Ziel ist nicht allein die fachliche Tätigkeit, sondern die systematische Entwicklung beruflicher Kompetenzen unter Anleitung und Begleitung. Lehrbetriebe investieren dabei viel Zeit, Geduld und Herzblut, sie übernehmen eine elementare gesellschaftliche Aufgabe. Viele Jugendliche und ihre Eltern achten bei der Wahl einer Lehrstelle in erster Linie auf die Ausbildungsqualität und die Entwicklungsmöglichkeiten, nicht nur auf die Höhe der Entlöhnung.

Die Motion für einen gesetzlichen Mindestlohn für Lernende meint es gut, aber sie schiesst am Ziel vorbei. Was funktioniert? Zusammenarbeit und Augenmass. Die Branchenverbände publizieren bereits heute ihre Lohnempfehlungen. Die kantonale Verwaltung geht allenfalls mit Vorbildcharakter voran. Die Löhne für Lernende in der kantonalen Verwaltung wurden erhöht. Die Bedingungen für Lehrbetriebe und Lernende versuchen wir immer noch zu verbessern. Das machen wir aber gemeinsam mit der Wirtschaft, den Sozialpartnern und den Branchen, nicht im Alleingang und schon gar nicht von oben herab. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt Lehrbetriebe und Lernende bereits heute gezielt und pragmatisch. Lehrbetriebe erhalten finanzielle Entlastung, wenn ihre Lernenden für den Berufsschulbesuch in andere Kantone ausserhalb des Tarifverbundes müssen. Dies gilt auch für Übernachtungen mit Verpflegung, wie sie beispielsweise bei Pilotkursen üblich ist. Der Kanton leistet einen doppelt so hohen Beitrag an die überbetrieblichen Kurse wie viele andere Kantone, um die Ausbildungsqualität weiter zu sichern und die Betriebe zu entlasten. Die Kosten für die Lehrabschlussprüfungen werden vollständig vom Kanton übernommen, für Lernende und Lehrbetriebe entstehen keine zusätzlichen Ausgaben. Basel-Stadt übernimmt damit im schweizerischen Vergleich deutlich mehr Kosten für die Lehrbetriebe und deren Lernende als die meisten anderen Kantone.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vorhin hat auch Kollege Luca Urgese erwähnt, in der Oktobersitzung haben Sie mit dem Anzug Pascal Pfister betreffend Schnuppertage in kleinen Unternehmen, den Sie überwiesen haben, den Regierungsrat beauftragt, kleine Betriebe noch mehr finanziell zu unterstützen, um noch mehr Schnupperlehren ermöglichen zu können. Jetzt mit dieser vorliegenden Motion würden Sie genau das, was wir mit den kleinen Betrieben vorhaben, verunmöglichen. Wir können diesen Betrieben finanzielle Unterstützung anbieten, damit sie eine Lehrstelle ermöglichen, aber mit einem Mindestlohn in der Lehre würden wir sie zwingen, keine Lehrstellen anzubieten. Die vorliegende Motion schlägt vor, dass der Mindestlohn im Verlauf der Ausbildung ansteigt und das wird auch für uns als Kanton schwierig, weil wir den Betrieben nicht vorschreiben können, aus welchen Kantonen sie Lehrlinge anstellen. Zum Teil stellen sie auch Lehrlinge aus dem Ausland an. Es besteht die reale Gefahr, dass die Betriebe mit Lernenden von ausserhalb unseres Kantons, von Basel-Stadt, in unserem Kanton Lehrverträge abschliessen und dass wir diese Lehrverträge mit Steuergeldern finanzieren.

Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher auf meiner Liste ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Mir persönlich und unserer Fraktion ist die Berufslehre wirklich ein sehr wichtiges Anliegen. Wir sind überzeugt und sind uns auch einig in der Fraktion, dass die mehrschichtige Berufsausbildung in der Schweiz und insbesondere die Berufslehre eine grosse Errungenschaft des schweizerischen Bildungswesens ist. Und dieser duale Weg, der geniesst einen hohen Stellenwert und ist für uns auch ein Standortvorteil für die Schweizer Wirtschaft. Jährlich werden in der Schweiz tausende junge Leute sehr gut und praxisnah für einen künftigen Beruf ausgebildet. Dabei kann die Berufslehre der Beginn einer beruflichen Karriere bedeuten, aber er kann auch zu einem späteren Zeitpunkt das Sprungbrett für eine Neuausrichtung sein. Was will ich damit sagen? Die Berufskarrieren sind in der Schweiz entsprechend vielfältig und sehr individuell und das ist in unseren Augen auch genau die Stärke dieser Berufsausbildung. Ich kann das auch aus persönlicher Sicht sagen, ich habe eine Berufslehre mal abgeschlossen und konnte dann mit der weiterbildenden Schulung auch noch andere Bereiche kennenlernen.

Für uns ist zentral, dass die Berufslehren so ausgestaltet sind, dass sie attraktiv sind für die Bedürfnisse der Lernenden, aber auch für die ausbildenden Betriebe. Sie sollten eben so ausgestaltet sein, dass die Lernenden ohne Frust und mit Freude die Ausbildung bestreiten und motiviert an ihre Aufgaben herangehen, damit die Betriebe später dann gut ausgebildete

Personen auf dem Arbeitsmarkt vorfinden. Wenn man sich nun aber umhört, dann gibt es doch ein gewisses Unbehagen und es entsteht der Eindruck, dass es ein wenig harzt in der ganzen Berufsausbildung in der Schweiz. Firmen erklären uns und sagen, dass sie Schwierigkeiten haben, geeignete und motivierte Kandidat*innen zu finden, aber auch unter den Jugendlichen gibt es Stimmen, die sagen, wir werden nicht immer ganz ernst genommen oder wir fühlen uns ausgenutzt. Hier ist es für uns wichtig, dass da der Finger auch draufgelegt wird, und wir fragen uns, ist die Kontrolle über die Lehrbetriebe genügend oder reicht das, was wir heute als Kontrolle haben.

Die Entwicklung des Berufsbildungssystems ist eine laufende Aufgabe und sie muss umfassend betrachtet und diskutiert werden. Unsere Fraktion ist eben auch der Meinung, dass wir die Attraktivität der Berufslehren laufend überprüfen sollen und auch auf Änderungen reagieren sollten, um eben die Qualität insgesamt zu verbessern. Dabei sollte der Fokus aber immer darauf liegen, wie wir es schaffen können, dass die Bedingungen sich verbessern, so dass es halt eben die Jugendlichen auch begeistert, eine Berufslehre zu beginnen.

Die hier vorliegende Motion nimmt einen, und ich betone hier, einen Aspekt der Qualität oder des Ansehens der Berufslehre ins Blickfeld, die Entlöhnung. Das wird auch von vielen Jugendlichen, die in der Berufslehre sind, als Manko betrachtet, dass die Höhe der Entlöhnung nicht immer genügend ist. Wir sind auch der Meinung, dass die Entlöhnung substanziell und gut sein soll, schliesslich investiert man ja auch in die Arbeitsleistung und Sie wissen dasselbe wahrscheinlich auch, in gewissen Betrieben arbeiten die Lernenden mehr mit und haben da auch einen Anteil an der Wertschöpfung, in anderen Betrieben ist das wieder sehr anders.

Wir finden den Ansatz, nur bei den Ausbildungslöhnen anzusetzen, ein wenig zu eindimensional, aber wir sind bereit, diese Motion mitzutragen, weil es eben einen Aspekt beinhaltet, den wir als essenziell ansehen bei der Verbesserung der Situation. Weitere Punkte in dieser Motion stellen wir auch in Frage und die Begeisterung war da nicht allzu gross, zum Beispiel die Frage, warum sollen nur kleinere Betriebe von Fondsausgaben profitieren können, da gibt es andere Kriterien, die für uns wichtiger wären als die Grösse des Betriebs, oder warum sollen GAV-Betriebe ausgenommen sein von diesem Mindestlohn für Lernende.

Wie schon gesagt, werden wir trotzdem diese Motion ein erstes Mal überweisen und dann mal schauen, was der Regierungsrat uns zur Antwort gibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Seiler. Diese wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Die Frage geht auch an die anderen Sprecher nachher. Haben Sie bei Ihrer Analyse von irgendeinem Unternehmen gehört, dass sie das Gefühl haben, dass wenn die Löhne erhöht würden, dass dann sie die besseren oder andere Kandidaten hätten, die eher geeignet sind für diese Lehre?

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): So direkt nicht, aber das ist ein möglicher Ansatz und das muss jetzt erst bewiesen werden, dass das halt nicht funktioniert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Daniel Seiler, danke vielmals für die Aufforderung, diese Zwischenfrage auch zu beantworten, das sage ich Ihnen sehr gerne, das können Sie nachfragen beim recht gross bekannten Unternehmen Bell, das den Mindestlohn für Lernende auf 1’000 Franken erhöht hat, weil es sagt, es braucht dringend mehr Attraktivität auch im Bereich des Lohnes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier bei diesem Thema zu einem Mindestlohn für Lernende sind wir wie immer in der Thematik Mindestlohn in einer sehr grundsätzlichen Diskussion. Wir sind in der grundsätzlichen Diskussion, was wir als Gesellschaft richtig finden, dass wir Leuten bezahlen, die arbeiten. Was es spezieller macht, ist, dass wir über eine bestimmte Berufsgruppe innerhalb der Arbeitnehmenden reden, die häufig, und das ist auch die Realität, von gewissen Regelungen zum Mindestlohn ausgenommen sind, die Lernenden. Wie es Harald Friedl gesagt hat, würde ich auf keinen Fall sagen, dass der Lohnaspekt bei der Frage der Lehrverhältnisse der alleinige Aspekt ist, der alles löst oder verändert, aber es ist ein Aspekt, der sehr zentral ist, bildungspolitisch und sozialpolitisch. Und wie wir alle wissen in diesem Saal, können wir einen Mindestlohn gesetzlich nur aus sozialpolitischen Gründen einführen. Es wurde auch das Ausland angesprochen und überhaupt die Bedürfnisse der Unternehmen. Machen Sie sich mal die Mühe und schauen Sie sich die Mindestvergütungsansätze in Deutschland für Lernende an und dann setzen Sie diese in ein Kaufkraftverhältnis und dann werden Sie sehen, dass sie sehr nahe an diesen 1’000 Franken sind, die diese Motion als Forderung vorsieht.

Luca Urgese hat gesagt, wir würden ein Problem verursachen und danach müssen wir das Problem wieder lösen. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Problem ist bereits da. Wir bezahlen Lernenden Stipendien, damit sie es schaffen mit dem Geld, das sie bekommen. Es ist eben nicht so, dass wir ein Problem neu kreieren, wir beantworten das Problem einfach anders, wir geben eine andere Antwort auf ein vorhandenes Problem. Es wird gesagt, die Betriebe könnten das ja bereits machen, ja, aber das ist eben das Grundsätzliche von der Diskussion eines Mindestlohnes, es ist mir schon klar, dass die bürgerliche Seite und die Arbeitgeberseite nicht will, dass es einen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Der Grund für die Diskussion um einen gesetzlichen Mindestlohn ist ja eben, dass man gesellschaftlich sagt, nein, bei gewissen Punkten warten wir nicht einfach darauf, dass die Unternehmen es von sich aus machen. Es machen es ja viele Unternehmen, es machen es ja zum Beispiel auch grössere Unternehmen, die ein Problem haben bei der Rekrutierung von Lernenden, aber die Idee eines Mindestlohnes ist eben, dass man politisch, gesellschaftlich sagt, nein, eine gewisse Untergrenze gibt es und nicht darauf wartet, dass die Unternehmen es vielleicht machen würden oder teilweise.

Und dann noch zum Fonds. Also ich finde es ja schon interessant, es war noch nicht so lange her, da habe ich mich in einer Kommission relativ intensiv mit einem Paket auseinandersetzen dürfen, wo wir Gelder 1:1 an Unternehmen geben für Personalkosten, die gleichzeitig Milliardengewinne machen. Niemand hat inhaltlich bestritten, dass wir das faktisch tun beim Standortpaket. Aber wenn wir jetzt in dem viel kleineren Bereich für die Unternehmen, die es sich nicht leisten können, den Mindestlohn von 1’000 Franken für Lernende zu bezahlen, wenn wir da einen Fonds machen würden und da Geld zur Verfügung stellen würden und da die Privatwirtschaft direkt mit diesen Mitteln ausstatten würden, dann ist es ein Problem. Also das müssen Sie mir dann noch genau erklären, warum es im einen Fall überhaupt kein Problem ist und im anderen Fall sehr wohl.

Es ist ein kleiner Schritt, dieser Mindestlohn für Lernende, aber es ist ein wichtiger Schritt, der die Berufslehre stärken würde, der vielen Lernenden in unserem Kanton helfen würde und der uns als Basel-Stadt als fortschrittlicher Kanton sehr gut anstehen würde. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion für die Überweisung der Motion.

Daniel Seiler (FDP): Haben Sie jetzt ernsthaft Deutschland mit der Schweiz verglichen, was die Attraktivität von Ausbildung und Lehren betrifft und auch da die Lohnniveaus und die Arbeitsmarktsituation?

Beda Baumgartner (SP): Wenn das Ausland erwähnt wird, dann beantworte ich auch die Fragen mit Bezug zum Ausland.

Jenny Schweizer (SVP): Vielen Dank für die Annahme. Ich beziehe mich auch auf Deutschland, dort ist der Mindestlohn bei 680 Euro. Finden Sie das jetzt sehr nahe bei 1’000 Schweizer Franken, wenn Sie das umrechnen?

Beda Baumgartner (SP): Wenn wir konkret über Zahlen reden wollen, können wir das gerne, ich musste auf fünf Minuten beschränken. Danke für die Frage. Also die Mindestausbildungsvergütung fängt in Baden-Württemberg, glaube ich, bei 722 Euro an, da sind wir, wenn Sie noch die Kaufkraft bereinigen, nicht mehr so weit weg von den 1’000 Franken in Basel-Stadt.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Jetzt bin ich gerade dankbar, komme ich nach Ihnen mit meinem Referat, Beda Baumgartner, weil ich sehe das absolut gleich, es geht um sehr Grundsätzliches hier. Es ist noch nicht so lange her und wir haben genau vor dem, was wir hier heute haben, gewarnt. Genau davor. Wir haben einen Mindestlohn vor etwas mehr als drei Jahren eingeführt und es ist jetzt knapp drei Jahre her und schon sind wir hier und an diesem Gesetz soll rumgeschraubt werden. Es gab Ausnahmen, wer davon ausgenommen ist, und jetzt ist das eben genau nicht mehr okay. Das, was wir gesagt haben, wenn das Gesetz mal eingeführt ist, dann wird nachher an dem Geltungsbereich, an der Höhe, etc. herumgeschraubt und das sehen wir hier genau mit diesem Vorstoss. Wie vorhergesagt.

Ja, wir sind die SVP, wir, die Bürgerlichen sind gegen einen staatlichen Eingriff in die Lohngestaltung. Wir lehnen den Mindestlohn ab, folglich auch hier für die Lernenden. Es wurde schon x-fach gesagt, es ist hier nicht ein normales Arbeitsverhältnis Arbeit gegen Lohn, es ist ein Ausbildungsverhältnis. Unternehmen investieren in die Fachkräfte, in die Ausbildung von jungen Menschen, oder vielleicht auch nicht mehr so jungen Menschen, das ist ja eigentlich egal, eine Lehre kann man auch später machen, investieren hier in die Ausbildung, dass Leute diese Ausbildung haben und später wir die Fachkräfte, die wir benötigen, haben. Es ist also nicht so, dass die Lernenden hier viel zu wenig erhalten, sondern die Unternehmen investieren hier und was sie hier tun, wenn sie einfach Löhne festlegen auf politischer Ebene, kann man tun,

wird aber zur Folge haben, dass gewisse Ausbildungen in gewissen Branchen, die diese Produktivität nicht haben, die das nicht leisten können, schlicht keine Ausbildungsplätze mehr anbieten.

Ja, Sie benutzen hier, um das Problem, weil Sie schon selber gemerkt haben, dieses Problem gibt es, um das zu lösen, Ihr neu entdecktes Lieblingstool, ein Fonds. Ich bin noch nicht so lange im Grossen Rat, aber ich habe das Gefühl, bei jedem zweiten Geschäft hier geht es um die Neuschaffung von irgendeinem Fonds, damit wir Gelder verteilen können, scheint das das neue Lieblingstool zu sein. Lassen Sie doch diejenigen die Löhne machen, die auch wissen, was sie als Branche leisten können und scheren Sie nicht alle über den gleichen Kamm. Die Branchen sind unterschiedlich stark, wir haben von verschiedenen Branchen schon gehört, sie können unterschiedlich leisten und entsprechend werden die Löhne auch festgelegt. Und es ist ja auch so, die Produktivität, also das, was die Lernenden, die lernen etwas, die werden produktiver, brauchbarer und entsprechend steigen im Verlaufe der Ausbildung auch die Lehrlingslöhne, das ist ja alles berücksichtigt.

Man kann eigentlich nur sagen, Beda Baumgartner, es geht um sehr Grundsätzliches, es geht hier darum, dass man wieder am Mindestlohn herumschraubt, es geht darum, dass man hier wieder staatlich den Lohn bestimmt, ein staatlicher Eingriff, die Lohngestaltung nicht denjenigen überlässt, die es tatsächlich auch betrifft, die auch damit zu tun haben, und man soll es wieder mit staatlicher Abhängigkeit schaffen und wieder mit staatlichen Geldern lösen, da sind wir ganz klar dagegen. Deshalb, wir bitten Sie und die SVP, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Für uns Grünliberale ist klar, jeder Betrieb soll selbst entscheiden, wie hoch der Lehrlingslohn sein soll und ob der Lehrbetrieb sich an kantonale Empfehlungen sowie Empfehlungen der eigenen Branche halten möchte oder nicht. Klar ist für uns Grünliberale aber auch, wenn es konkrete Verbesserungen braucht für Lernende, wenn es Ungerechtigkeiten gibt, dann muss hingeschaut werden. Zu viele Arbeits- und Überstunden, Diskriminierung oder im Generellen Verstösse gegen das Arbeitsgesetz gehen gar nicht. Die Betriebe müssen den jungen motivierten Menschen Hand bieten und deren Einsatz, deren Leistungsbereitschaft auch honorieren und belohnen. Jeder, jede Lernende hat Anrecht auf Wertschätzung für das, was er oder sie leistet. Und wie so oft im Leben, es ist ein Geben und ein Nehmen oder wie es im OR steht, der Arbeitgeber verpflichtet sich durch den Lehrvertrag, die lernende Person für eine bestimmte Berufstätigkeit fachgemäss zu bilden und andererseits die lernende Person zu diesem Zweck Arbeit im Dienste des Arbeitgebers zu leisten.

Es ist aber auch ein Fakt, und es wurde ein paar Mal bereits gesagt, die Lehre ist eine Investition in die Zukunft. Betriebe investieren in Lernende, indem sie sie ausbilden und betreuen, was Zeit und Ressourcen kostet. Lernende verursachen zu Beginn oft mehr Aufwand als Nutzen, insbesondere im ersten Lehrjahr. Denn Lernende befinden sich in einer Ausbildungssituation, nicht in einem regulären Arbeitsverhältnis. Ein grosser Teil ihrer Zeit wird für das Erlernen von Fähigkeiten, Schulunterricht und überbetrieblichen Kursen aufgewendet. Sie tragen also nicht denselben wirtschaftlichen Wert bei wie ausgebildete Mitarbeitende.

Meine Damen und Herren, bei der Lehre geht es darum, ins Arbeitsleben zu starten und dann mit den angeeigneten Fähigkeiten und dem erlernten Wissen praxistauglich zu arbeiten. Höhere Kosten könnten insbesondere in Branchen mit bereits knappen Margen dazu führen, dass Betriebe weniger Lehrstellen schaffen oder stattdessen Praktika ohne Lehrvertrag anbieten. Langfristig könnte das die berufliche Ausbildung schwächen. Es ist ein Kernstück des Schweizer Bildungssystems, das wollen wir wohl alle nicht. Kommt hinzu, dass alle, die als erstes eine Lehre machen, also eine Erstausbildung, per Gesetz von den Eltern unterstützt werden müssen. Eltern sind bis zum Abschluss der ersten Ausbildung für den Unterhalt ihrer Kinder verantwortlich, auch über die Volljährigkeit hinaus. Und die Jugendlichen wohnen häufig noch zu Hause, ein Mindestlohn für Lernende ist daher nicht nötig.

Und zu guter Letzt noch etwas aus meiner eigenen Perspektive und als Einzelsprecherin. Persönlich finde ich die Tatsache interessant, dass viele Unterstützende dieser Motion selber keine Lehre absolviert haben und selten oder gar nie in einem KMU gearbeitet, geschweige denn eines geführt haben. Ich bin überzeugt, man sieht die Arbeitswelt mit anderen Augen, wenn man eine Lehre absolviert hat. Ich spreche da aus eigener Erfahrung, als Tochter in einem KMU-Lehrlingsbetrieb aufgewachsen, als ehemaliger Lehrling, als Mitarbeiterin eines Lehrlings und bald auch als Mutter eines Lehrlings. Ich kann Ihnen sagen, ich bin froh über diese Erfahrungen, eine Lehre ist etwas wirklich Gutes. Ermutigen wir unsere Kinder und Jugendlichen dazu, eine Lehre zu absolvieren. Einen Mindestlohn braucht es dazu nicht.

Wir Grünliberalen empfehlen Ihnen, diese Motion abzulehnen. Unser duales Bildungssystem soll flexibel und erfolgreich bleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Gerne ergänze ich noch kurz ein paar Punkte zum Votum meines Fraktionskollegen von vorher, denn dieses Thema beschäftigt mich sehr, und zwar aus verschiedenster Hinsicht. Einerseits möchte ich wirklich nochmal betonen, wir reden hier über das duale Bildungssystem. Die Lehre ist Teil des Bildungswegs und es ist nicht einfach ein drei- bis vierjähriger Arbeitseinsatz, wo auf die Personen zurückgegriffen wird und Dumpinglöhne bezahlt werden. Und dort, wo das die Situation ist, ja, dort müssen wir hinschauen und nicht einfach den Lohn erhöhen, sondern schauen, wo dieser Lehrerfahrung, dieser Lehrzeit nicht Rechnung getragen wird und wie diese Missstände behoben werden können. Und da kann ich aus eigener Erfahrung sagen, auch aus dem Branchenvergleich, wir bilden seit anderthalb Jahren Selbstlernende aus, da leistet das Berufsbildungsamt von Mustafa Atici schon jetzt sehr grosse Arbeit und das ist gar nicht immer so einfach, weil sie sind nicht jeden Tag im Betrieb. Sie sehen nicht, wo die Missstände passieren und es gibt auch oft Hemmschwellen, sich zu melden, wenn man als lernende Person bemerkt, dass etwas wo nicht so gut läuft, weil man ja doch auch in einem Abhängigkeitsverhältnis ist. Überall dort hilft ein Mindestlohn genau gar nichts.

Der zweite Punkt ist die Unterhaltspflicht, die meine Vorrednerin schon angetönt hat, da habe ich noch recherchiert, wie das denn aussieht, wenn Eltern nicht imstande sind, finanziell den Unterhalt für ihre Kinder, die sich im Lehrverhältnis befinden, zu bezahlen. Da gibt es verschiedene Richtlinien von der SKOS, wie unterstützt wird, dass zum Beispiel auch nach der Volljährigkeit einer lernenden Person verschiedene Budgets erstellt werden zwischen den Eltern und der Person, die sich in der Lehre befindet, wo je nachdem auch Stipendien angerechnet werden. Also auch dort gibt es Lösungen und es ist nicht so, dass die Person dann von diesen vielleicht 1’000 Franken abhängig ist und das ganze Leben so finanzieren muss. Das ist mir zu wenig thematisiert worden und finde ich ein sehr gewichtiges Argument.

Zudem, was mich auch beschäftigt, wenn wir das in Basel-Stadt einführen, wir wissen, wir haben nicht die schulisch stärksten Resultate im interkantonalen Vergleich, befürchte ich auch, dass wir ein attraktives Lehrverhältnis schaffen, das dann aber schlussendlich von Personen genutzt wird, die gar nicht in unserem Kanton wohnhaft sind und wir so einen Nachteil für unsere eigenen jungen Menschen schaffen. Das fände ich sehr problematisch, weil das würde schlussendlich zu einer höheren Jugendarbeitslosigkeit führen, was ja wohl nicht das Ziel sein kann.

Ein Mindestlohn würde auch diese bestrafen, die jetzt schon tolle Arbeitsverhältnisse für die Lehrzeit bieten, die jetzt schon über den Durchschnitt gehen der Branche und die sich überaus motiviert einsetzen, dass eben das duale Bildungssystem nicht an Attraktivität verliert, weil wir sehen ja, wir brauchen gute Fachkräfte. Ich fände es sehr schade, mit einem Mindestlohn wirklich dort zu bestrafen, wo es schon Vorreiter gibt, die es wirklich gut machen, und so dann eigentlich ein Terrain zu ebnen, das für viele Betriebe dann tatsächlich schwierig zu bestreiten wird. Schlussendlich ist es so, dass Konkurrenz gerade in diesem Bereich auch ein bisschen den Markt belebt. Ich denke, gerade die weitere Zeit und der Bedarf nach jungen motivierten Kräften wird auch Firmen, die jetzt wenig zahlen, etwas unter Druck setzen, in ihrem möglichen Rahmen allenfalls ein bisschen grosszügigere Konditionen anzubieten und ich glaube auch daran, dass das passieren wird. Ich fände es äusserst schade, wenn wir jetzt mit einem Mindestlohn einfach darüber rollen und das ganze Terrain planieren und schlussendlich keine wirklichen Unterschiede mehr haben. Dass da dann der Steuerzahler noch tüchtig zur Kasse gebeten wird, ist das Tüpfchen auf dem i.

Was ich mich auch gefragt habe, das kann uns vielleicht nachher die Motionärin noch beantworten, wie es denn wäre bei Firmen, die an verschiedenen Orten Lernende ausbilden. Haben dann nur die Lernenden in Basel-Stadt den Mindestlohn und die Lernenden in Zürich des gleichen Konzerns nicht? Wie würde das aussehen, stelle ich mir auch noch schwierig vor und könnte dann doch noch interessante Konsequenzen für gesamte Unternehmungen mit sich bringen.

Kurz zusammengefasst, das duale Bildungssystem ist wichtig, wir brauchen es und wir müssen es pflegen, wir müssen dort hinschauen, wo es Missstände gibt, aber eben nicht nur an einem Hebel arbeiten, sondern wirklich schauen, dass es attraktiv bleibt, im Kanton Basel-Stadt eine Lehrstelle anzunehmen und einen Beruf zu erlernen, auf den man dann auch stolz sein kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Regierungsrat Mustafa Atici hat gesagt, am Ziel vorbei und ich teile seine Meinung. Weil das, was wir jetzt hier diskutieren, Mindestlohn für Lehrlinge, das betrifft mich richtig selber als Unternehmer, dass man uns nicht zutraut, dass wir hier das gut machen, wie wir mit den Auszubildenden umgehen. Und warum müssen wir jetzt auch noch in diesem Bereich Vorschriften machen, das verstehe ich wirklich nicht und ich habe keine Argumente gehört, warum das so ist. Und ich sage Ihnen, es ist auch kontraproduktiv, weil wenn wir jetzt hier die Mindestlöhne fordern, dann sind Forderungen der Lernenden nicht mehr möglich.

Ich kann Ihnen ein kleines Beispiel sagen, ich habe diesen Frühling oder diesen Sommer mit einer Mutter gesprochen und die hat erzählt von ihrer Tochter, die nicht in die Lehre geht, sondern eine weiterführende Schule macht, warum, weil sie in

der Weiterführungsschule 13 Wochen Ferien hat und in der Ausbildung nur fünf Wochen Ferien. Das hat unser Verband zum Anlass genommen, darüber zu studieren, was wir da machen, weil da haben wir wirklich ein Problem, nämlich nicht unterhalb der Lernenden, sondern als Konkurrenz mit der weiterführenden Schule. Was haben wir gemacht, wir haben das in der letzten Vorstandssitzung der Hotellerie besprochen und wir haben eine Idee, wir möchten jetzt ganz freiwillig, das können wir als Unternehmen, der Vorstoss mit den Wirten, da sind wir noch im Gespräch, die Ferien von fünf auf sechs Wochen zu erhöhen. Es gibt ja eine nationale Petition für acht Wochen, das ist wieder, ja, aber wir machen ganz freiwillig, sagen ja, weil das ist ein Riesenproblem, weil das ist eine Konkurrenz und es ist nicht das Geld.

Und ich muss Ihnen einfach sagen, wir bilden 30 Lehrlinge aus in unserer Gruppe, alle hier in Basel-Stadt und nicht in Zürich, und wir haben deutlich mehr Bewerberinnen und Bewerber für unsere Stellen. Wir machen wirklich sehr viel, weil das unsere Verantwortung als Unternehmen ist, dass wir hier ausbilden. Und jetzt kommen Sie und fordern Mindestlöhne. Ich fühle mich richtig persönlich betroffen, dass man uns nicht zutraut, dass wir diesen Teil richtig machen. Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell mit der dualen Bildung und Deutschland, auch wenn sie vielleicht Löhne haben, die schauen sehr neidisch auf unser System. Und wir Unternehmer, wir sind dort, wo Innovation stattfindet und einen Mindestlohn zu fordern, ist jetzt wirklich nicht innovativ, sondern überlassen Sie das bitte doch uns Unternehmen, die Löhne zu machen.

Ich bin hier sehr betroffen, man merkte es vielleicht beim Votum, und meine Meinung teilt unsere ganze Fraktion und bittet Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurz fassen. Amina Trevisan, ich stimme für Ihre Motion, weil die Motion ist wirklich echt gut. Lernende haben zu wenig Geld, das stimmt, das ist Fakt. Ein Aspekt wurde aber vergessen nach meiner Meinung, aber das macht nichts, aber dieser Aspekt würde mit einer Verknüpfung noch mehr Erfolg bringen, eine Verknüpfung mit mehr Ferien für Lehrlinge. Das Thema Lehrlinge brennt. Ich selber war überrascht, das Thema Lehrlinge, 600’000 Zuschauer, mein Film zum Thema mehr Ferien für Lehrlinge. Frau Trevisan macht es jetzt gut, sie sagt mehr Lohn, aber das sind Themen, die brennen. Wenn die Motion noch das mit mehr Ferien für Lehrlinge hätte, Amina Trevisan, Sie wären die populärste Basler Politikerin, das ist wirklich wichtig mit den Lehrlingen. Den KV-Lohn hatte ich auch, ich habe auch eine Lehre abgeschlossen. Der KV-Lohn hat nicht gereicht, ich habe dann noch als Grossrat verdient, das war schon besser. Ich bekomme wirklich tagtäglich mit, dass sich viele Lehrlinge bei mir beklagen, sie haben zu wenig Geld. Ich sehe das, ich höre das, das schreibt man mir, ich kann dann nichts dazu sagen, weil ich das nicht ändern kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir behandeln hier heute einen Berufsbildungsvernichtungsvorstoss, man kann es nicht anders sagen. Frau Trevisan, das ist ein Sargnagel für die Berufsbildung, wenn Sie hier einen Mindestlohn für Lernende fordern. Und ich bin hier sehr bei Frau Kühne, die zu Beginn ihres Votums sich auch persönlich betroffen gezeigt hat, weil wahrscheinlich die allermeisten, die diesen Vorstoss unterschrieben haben, weder eine Lehrstelle je absolviert haben noch Lernende ausbilden. Sinn und Zweck einer Lehrstelle ist es, nicht reich zu werden. Sinn und Zweck einer Lehrstelle ist es auch nicht, damit sich den Lebensunterhalt vollständig finanzieren zu lassen. Sinn und Zweck einer Lehrstelle ist es, etwas zu lernen und später im Berufsleben, auf welchem Wege auch immer, etwas für die Gesellschaft zu tun und dann auch selber für sich und den Lebensunterhalt aufkommen zu können.

Ich selber habe eine Lehre gemacht im Jahre 2000. Ich habe sie damals begonnen, ich war 16 Jahre alt und mir ging es bei der Suche nach der Lehrstelle weder darum, wie viel ich in meiner Branche verdiene, ich habe eine Speditionslehre gemacht, das ist einer der schlecht bezahltesten Berufslehren im kaufmännischen Bereich, noch war es mir überhaupt wichtig, dass ich einen Lohn habe. Mir war es wichtig, dass ich eine Ausbildung habe, ein Diplom in der Tasche habe und danach in der Berufswelt existieren kann. Das ist der Sinn und Zweck einer Lehre.

Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich verstehe nicht, weshalb Sie nun hier die Thematik des Mindestlohnes bei «normal» Angestellten mit dieser Frage vermischen, das ist eine komplett andere Ausgangslage. Als Lernender ist es mir persönlich wichtig gewesen, dass ich diese Lehre absolviere. Dass ich dafür Ende des Monats einen tiefen Lohn bekomme, war mir völlig Wurst, ich musste damit auch nicht über die Runden kommen, dafür gab es und gibt es aus meiner Sicht auch heute in erster Linie vor allem noch ein Elternhaus oder, das wissen wir, andere entsprechende Möglichkeiten der sozialen Abfederung. Dafür ist dann der Kanton selbstverständlich da, aber der Kanton ist selbstverständlich nicht dafür da, und da bin ich auch bei meiner Parteikollegin Frau Block, dann über einen anderen Topf allenfalls noch sicherzustellen, dass Lehrbetriebe dann keine Lernenden mehr ausbilden und über diesen Topf dann trotzdem noch zu Geld kommen.

Ich finde das auch wirklich völlig unsinnig, dass wir nun darüber diskutieren, einen solchen Topf dafür noch zu schaffen, weil Sie damit, Amina Trevisan, bereits auch schon sagen, dass das eben für ganz viele Lehrbetriebe ein Problem werden würde, wenn man sie gesetzlich dazu verpflichten würde. Denn wenn man Ihren Vorstoss genau liest, fordern Sie ja einen Mindestlohn von 1’000 Franken im ersten Lehrjahr und Sie verlangen dann, dass dieser Mindestlohn im Verlauf der Lehre so ansteigen soll, damit zum Ende der Ausbildung der branchenübliche Lohn ausgezahlt wird. Also bei mir damals in der Spedition war der branchenübliche Einstiegslohn 4’000 Franken. Das heisst, der Speditionsbetrieb müsste im zweiten Lehrjahr wahrscheinlich etwa 2'000 Franken Lohn bezahlen und dann im dritten Jahr müsste er vielleicht so bei ca. 3’000 Franken, wenn nicht sogar mehr sein. Also Sie fordern eigentlich eine Verdreifachung quasi oder zumindest eine Verdoppelung dieser 1’000 Franken im Laufe der Lehrzeit. Das ist für einen Betrieb total unattraktiv, dann überhaupt noch einen Lernenden auszubilden.

Denn, und das ist auch bereits gesagt worden, ein Lehrbetrieb, ich glaube, Franz-Xaver Leonhardt wird das am besten bestätigen können, ein Lehrbetrieb hat noch viel mehr Kosten wie nur diesen Lehrlingslohn. Ein Lehrbetrieb investiert Zeit für diesen Lehrling, er investiert damit auch Geld, weil diese Menschen, die sich um die Lernenden kümmern im Betrieb, sind Angestellte, die auch Herr Leonhardt oder wer auch immer selbstverständlich weiter auch bezahlen muss. Also es ist nicht so, dass man sagen kann, ein Lehrbetrieb gibt quasi nur einen Lehrlingslohn und damit hat er eine «günstige» Arbeitskraft, sondern er investiert Zeit, Aufwand und Geld und macht damit etwas für unsere Gesellschaft, was wir unbedingt erhalten müssen.

Deshalb bin ich wirklich der Meinung, ist ein solcher Lehrlingsmindestlohn, auch wenn er vielleicht, Herr Weber, auf den ersten Blick sympathisch klingt, der völlig falsche Ansatz. Wenn Sie sich für die Berufsbildung stark machen wollen, dann müssen Sie gegen einen solchen Mindestlohn stimmen, weil Sie erreichen damit genau das Gegenteil, weniger Lehrbetriebe im Kanton Basel-Stadt und damit noch prekäre Situationen für ganz viele junge Menschen, die es eben nicht so einfach haben, ans Gymnasium zu kommen und für die die Lehre ein wesentlicher Bestandteil des Berufseinstiegs darstellt, um später auch aus prekären sozialen Verhältnissen herauszukommen.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Weber. Sie wird entgegengenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Danke für die Annahme. Joël Thüring, Sie wissen, ich schätze Sie sehr. Sie haben gesagt, Sie haben zu wenig Lohn erhalten als Lehrling. Jetzt nicht falsch verstehen, aber war das dann, wir müssen das aufklären, der Grund für Ihren Griff damals in die Parteikasse?

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber.

Joël Thüring (SVP): Herr Weber, ich habe gesagt, ich habe eine Berufslehre gemacht, weil ich eine Ausbildung haben wollte. Mir ging es nie darum, in der Lehre Geld zu verdienen, das ist irrelevant in einer Lehre, etwa so irrelevant wie Ihre Zwischenfrage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mustafa Atici für ein zweites Votum.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Nochmals etwas wichtiger aus der heutigen Realität. Gerade kleinere Betriebe würden bei der Einführung eines Mindestlohns mangels finanzieller Spielräume ihre Lehrstellenangebote reduzieren. Weniger Lehrstellen bedeuten aber weniger Chancen auf den Berufseinstieg. Die jetzt vorliegende Motion würde genau dieses Ziel behindern. Viele Betriebe, die heute eine EBA-Lehre oder eine einfache KV- oder Handwerksausbildung anbieten, können das künftig schlicht nicht mehr. Wir können und wollen diese Betriebe gezielt unterstützen, aber wir dürfen sie nicht durch zusätzliche gesetzliche Auflagen davon abhalten, auszubilden.

Ich kenne viele Beispiele, wo eine Lehre, gerade auch eine niederschwellige Ausbildung, einen Wendepunkt im Leben junger Menschen bedeutete. Und ich kenne ebenso viele Fälle, in denen der fehlende Anschluss dramatische Folgen haben könnte für die Jugendlichen, für ihre Familien und letztlich auch für unsere Gesellschaft. Nochmals, unser Ziel ist ganz klar, gute Bedingungen für Lernende, ja, aber mit durchdachter Politik, nicht durch gut gemeinte, aber, vorhin wurde es richtig erwähnt, durch kontraproduktive Regelungen. Die Berufsbildung lebt von Freiwilligkeit, Engagement und Verantwortung und wir wollen, dass es auch so bleibt. Deswegen, bitte lehnen Sie diese Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich habe Ihnen jetzt wirklich sehr gut zugehört. Ich spreche jetzt zu Ihnen aus einem anderen Blickpunkt. Ich habe als Allein-Sekretärin in einem Metallverarbeitungsbetrieb gearbeitet und mich dort um Lehrlinge, alles männliche Lehrlinge, damals gekümmert. Ich bin auch Mutter zweier Kinder, die mal in diesem Alter waren, wir reden von einer vulnerablen Altersspanne von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Wir haben hier Lehrpersonen, die diese Altersgruppe in der Schule betreuen, und die Lehrmeister oder die zuständigen Personen eines Betriebes, wie ich das war, haben genau die gleichen Probleme mit diesen jungen Leuten, diese Probleme hatten auch wir in diesem Alter. Den ersten Liebeskummer, Ärger mit den Eltern, man verschläft, man feiert, man ist an einem Match den Abend davor, kommt zu spät. Es braucht Zuwendung, es braucht Empathie, wir müssen mit diesen Jugendlichen, mit diesen jungen Erwachsenen reden, wir müssen mal nach draussen gehen und uns kümmern. Also es ist Erziehung auch, eine Lehre ist nicht einfach nur arbeiten, das geht gar nicht in dieser Altersgruppe. Ich habe einfach den Verdacht, hier drin besteht ein bisschen ein Generalverdacht gegenüber den Unternehmern, die diese armen Lehrlinge ausnützen. Das ist nicht richtig.

Wir haben auch die Gruppe der Schüler, die verdienen ja nichts und die Studierenden in diesem Alter, und die brauchen ebenso diese Betreuung. Die Lehrpersonen liefern diese Betreuung und in der Universität sind es die Assistenten und die Professoren. Also versuchen Sie hier nicht, einen Keil zwischen die verschiedenen Arten der Ausbildung im dualen Bildungssystem zu treiben, denn das machen Sie mit diesem Lohn. Diese Altersgruppe braucht Zuwendung und nicht unterschiedliche Bezahlungen. Es geht nicht an, dass Schüler dann sagen, ich muss schauen, wie ich jeden Rappen umkehre, ich muss abends noch auf der Post arbeiten, Studierende machen das sehr häufig, und Lehrlinge, die kriegen dann das Geld. Die Lehrlinge regen sich dafür dann über die mangelnden Ferien auf, wie es ja Franz-Xaver Leonhardt gesagt hat.

Deshalb, diese Motion taugt nicht, lehnen Sie sie ab. Wir müssen uns um diese Altersgruppe empathisch kümmern, wir müssen schauen, dass sie zu einer guten Ausbildung kommen und dann einmal ihren Lebensunterhalt verdienen können. Das ist wichtig, alles andere nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Motionärin hat das Schlusswort.

Amina Trevisan (SP): Heute richte ich meine Worte als Zeichen der Wertschätzung zuerst an alle Lernenden. Im Namen der SP-Fraktion danken wir allen Lernenden für ihre tagtägliche wichtige Arbeit, die zum wirtschaftlichen Erfolg der vielen Betriebe im Kanton beitragen. Ihr seid die Fachkräfte von morgen, auf die unsere Wirtschaft dringend angewiesen ist. Wir haben euch gehört, die Basler Lernendenbewegung Scorpio, parteipolitisch unabhängig, hat gerade erst im März dieses Jahres eine Demo organisiert. Erstmals seit 1968 seid ihr und eure Unterstützenden wieder auf die Strasse gegangen, um für einen Mindestlohn im Umfang von 1’000 Franken und für bessere Arbeitsbedingungen in der Lehre zu demonstrieren. Ihr habt keine Lobby, aber wir linke Parteien in Basel werden euch in euren Forderungen unterstützen.

Ein Mindestlohn für alle Lernenden ist kein Luxus, sondern eine Investition in die Zukunft der Berufsbildung. Er bedeutet Würde, Gerechtigkeit und Zukunftssicherheit und trägt zur langfristigen Attraktivität der dualen Berufsbildung bei. Wie viel ist uns die Arbeit der Lernenden wert? Wir sprechen hier von jungen Menschen, die sich für den Weg der Berufslehren entscheiden, die im Betrieb nicht nur schnell voll mitarbeiten müssen, sondern auch in die Schule gehen, lernen und Prüfungen machen, sich engagieren und Verantwortung übernehmen. Dennoch haben sie deutlich weniger Ferien als ihre Kolleg*innen im Gymnasium. Diese jungen Menschen verdienen Anerkennung und faire Arbeitsbedingungen. Ein Mindestlohn für Lernende ist ein Zeichen des Respekts und er ist ein Beitrag zur Chancengleichheit.

Gleichzeitig, ich spreche sehr schnell, weil ich viel zu sagen habe, möchten wir unseren Dank auch allen Betrieben zum Ausdruck bringen, die sich engagiert um den erfolgreichen Abschluss der Lehre aller Lernenden kümmern. Der duale Bildungsweg ist auch für uns sehr wichtig. Diese Motion darf deshalb nicht als Angriff auf Betriebe oder auf die bisherige sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit verstanden werden. Wir haben es gehört, für Kleinbetriebe gibt es deshalb einen Fonds, falls sie sich den Mindestlohn nicht leisten können und vom Mindestlohn für alle Mitarbeitenden sind explizit Betriebe mit einem Gesamtarbeitsvertrag ausgeschlossen. Das ist unser Kompromiss, um keine Betriebe vor den Kopf zu stossen.

Beim Argument, dass Lernende in der Ausbildung sind und sie deshalb keinen Mindestlohn fordern dürfen, verweise ich darauf, dass die Arbeitsbedingungen nicht einer Ausbildung entsprechen. Sie haben nur fünf Wochen Ferien, machen Überstunden, arbeiten teilweise bis zu 50 Stunden pro Woche und werden am Wochenende eingesetzt, dabei handelt es sich um 16-Jährige. Wohlgemerkt, während die EU die Obergrenze bei 40 Stunden pro Woche für Lernende festgelegt hat, befindet sich die Schweiz in gewissen Branchen ausserhalb des GAV bei 45 bis sogar 50 Stunden pro Woche. So viel zum Thema Ausbildung.

Und wenn wir von Ausbildung trotzdem weiterreden wollen, mache ich gerne darauf aufmerksam, dass die Schutzverhältnisse nicht dem Ausbildungsverhältnis entsprechen, sondern klar normalen Arbeitsbedingungen. Jährlich verunfallt jeder achte Lernende bzw. jede achte Lernende verunfallen doppelt so häufig wie die übrigen Arbeitnehmenden. Der Medianlohn der Lernenden liegt bei 750 Franken, die Hälfte der Betriebe zahlt schon 1’000 Franken, somit ist pro Lernenden mit rund 3’000 Franken pro Jahr mehr zu rechnen, sollten sie nicht bereits 1’000 Franken pro Monat zahlen. Das ist doch recht vertretbar. Und um auf die anfangs gestellte Frage nochmals zurückzukommen, nicht nur Bell und Coop, sondern auch Migros bezahlt 1’000 Franken pro Monat. Das Gewerbe hat es während den letzten 40 Jahren verpasst, die Löhne adäquat an die Lebenskosten anzupassen.

Für mich stellt sich auch noch die Frage, ist es in Ordnung, dass wir als Gesellschaft mit Steuergeldern Unternehmen finanziell via Stipendien subventionieren müssen, da die Löhne der Lernenden kaum noch für die Mittagsverpflegung ausreichen, besser gefragt, ist es liberal, wenn der Staat grosse und mittelgrosse Betriebe finanziell unterstützt und sie entlastet, aber diese Betriebe wollen die Löhne der Lernenden nicht anheben? Das Argument, dass keine Lehrstellen mehr angeboten werden, wenn ein Mindestlohn von 1’000 Franken eingeführt wird, ist vielmehr eine Drohung.

Und zum Schluss möchte ich nur noch eine Kritik sagen, die auch aus der Wissenschaft eingeht. Die Berufsbildungspolitik, so wird festgehalten, fungiert aktuell als Gewerbepolitik und nicht als Jugendpolitik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Trevisan, die Zeit ist abgelaufen.

Amina Trevisan (SP): Ich bleibe am Thema dran, ich werde mich auf kantonaler Ebene für mehr Ferien einsetzen. Danke für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007584, 12.11.25 16:35:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Nichtüberweisen entschieden mit 49 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen.

13. Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend bundesgerichtskonforme, arbeitsrechtliche Einbettung des UberEats-Anbieters; Änderung der kantonalen Handhabung

[12.11.25 16:35:23, 25.5412.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Luca Urgese hat sich gemeldet.

Luca Urgese (FDP): In einem Rechtsstaat wird unterschieden zwischen Rechtsetzung und Rechtsanwendung. Aufgabe des Gesetzgebers ist die Rechtsetzung, Aufgabe von Regierung und Verwaltung ist die Rechtsanwendung. Diese Motion will in die Rechtsanwendung eingreifen. Sie will, dass der Regierungsrat gegen ein konkret genanntes Unternehmen vorgeht. Sie kennen unsere Geschäftsordnung. Unzulässig ist eine Motion, die auf einen Einzelfallentscheid, auf einen gesetzlich geordneten Verfahren zu treffenden Entscheid oder einen Beschwerdeentscheid einwirken will. Das ist hier der Fall. Deshalb verwundert es, dass zwei Anwälte die Motion unterschrieben haben und dass der Regierungsrat die Motion entgegennehmen will.

Nun können Sie argumentieren, dass die Motion auch noch fordert, dass allfällig notwendige Gesetzesanpassungen vorgelegt werden sollen. Nur, der Kanton ist weder für Sozialversicherungsrecht noch für Arbeitsrecht noch für Personalverleih zuständig. Das sind Gesetzgebungsbereiche, die in der Bundeskompetenz liegen, es gibt Bundesgesetze hierzu und die Kantone sind ausschliesslich für den Vollzug verantwortlich. Die Motion behauptet, die Kantone Genf und Waadt würden im Gegensatz zu Basel-Stadt Vorgaben machen. Dem ist nicht so, sie setzen Bundesrecht um, was zu entsprechenden Gerichtsentscheiden geführt hat, die im Motionstext auch entsprechend genannt sind. Sie haben keine eigenen Vorgaben, sie setzen Bundesrecht um. Und selbstverständlich hat der Regierungsrat bzw. das Amt für Wirtschaft und Arbeit die Aufgabe, geltendes Recht um- und auch durchzusetzen. Es geht gar nicht darum, das in Frage zu stellen, das ist selbstverständlich auch meine Erwartung, dass der Regierungsrat und die Verwaltung das machen. Was aber gar nicht geht, ist, dass, wie es hier gefordert wird, der Regierungsrat beauftragt werden soll, gegen ein konkretes Unternehmen härter vorzugehen und das ist es letztlich, was diese Motion will.

Es ist voraussehbar, wenn wir in drei Monaten die Stellungnahme des Regierungsrates bekommen werden, wird darin stehen, diese Motion ist rechtlich unzulässig. Ersparen wir uns diesen Weg, achten wir die Gewaltenteilung, lehnen Sie diese Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Zwischenfrage. Sie sollten sich registrieren normalerweise. Frau Gerber bitte.

Brigitta Gerber (BastA): Nur damit wir jetzt nicht immer wieder weiter darüber reden, Sie haben schon gelesen; «die bundesgerichtlichen Vorgaben im Kanton Basel-Stadt gegen UberEats und anderen Dienstleistenden durchzusetzen». Da verstehe ich jetzt Ihren Vorwurf nicht.

Luca Urgese (FDP): Das ändert ja nichts daran, dass in diesem Vorstoss explizit ein Unternehmen namentlich genannt wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Es ist zwölf Jahre her, dass Uber in den Markt in die Schweiz eingetreten ist. Es gibt seit dem Markteintritt von Uber sechs Bundesgerichtsurteile. Fünf davon sind gegen Uber ausgefallen, eines davon wurde aus formalen Gründen zugunsten von Uber ausgelegt. Wir haben die Situation, dass wir einen Konzern haben, der offensiv und öffentlich kommuniziert, dass er sich um gewisse gesetzliche Vorgaben foutiert. Das haben Uber-Leute ab Markteintritt gesagt. Wie machen sie das? Es ist eben gar nicht so ein riesig grosser intellektueller Silicon Valley-Trick, sondern sie sagen einfach, wir bieten eine gleiche Dienstleistung an, die es schon gibt, aber bei uns zählen die bestehenden Gesetze nicht, weil wir haben eine App und eine unglaublich innovative Technologie, das ist etwas Neues, darum können sie nicht auf uns angewandt werden. Okay, das ist die Ausgangslage. Wir haben eine Ausgangslage, in der ganz viele Behörden gesagt haben, wir müssen warten, bis die letzte Instanz entschieden hat. Auf verschiedenen Ebenen in Bezug auf Uber und auf UberEats hat die letzte Instanz entschieden.

Jetzt zu den Fragen, ob man UberEats in diesem Vorstoss namentlich erwähnen darf oder nicht. Ja, das Problem ist, Luca Urgese, erstens mal geht es auch um andere Dienstleistungen, aber momentan ist im Kanton Basel-Stadt in dieser Dimension mir keine andere Plattformdienstleistung bekannt. Wenn das aber so wäre, dann müsste man das natürlich gleichvollziehen. Und zu einem zweiten Punkt, ja, es geht genau um das, es geht um den Vollzug, der Vollzug wird Stand jetzt momentan nicht gemacht. Und wir haben die Haltung mehrfach gehört, dass es eine Klärung braucht. Und vielleicht noch konkret, ich finde es schon ein bisschen faszinierend, ein bisschen lustig, also im Kanton Genf ist die Situation so, die Firma, die den Personalverleih macht für UberEats, die müsste eine Bewilligung für Personalverleih beantragen und sie macht es einfach nicht. So verhält sich dieser Konzern. Und natürlich versuchen die Behörden das dann nachzuvollziehen,

aber die Realität ist einfach, der Konzern weigert sich selbst nach letztinstanzlichen Urteilen, sich an diese zu halten. Und alles, was man in Bezug auf die Behörden machen kann, um vorwärtszumachen beim Vollzug von geltenden Gesetzen, muss man machen. Weil ich finde es unglaublich, dass wir jetzt immer noch in einer Situation sind, 12 Jahre nach Markteintritt, nachdem wir diese Klärungen haben, wo das geltende Gesetz nicht angewandt wird.

Und dann vielleicht noch etwas, weil es ist ja jetzt sehr einfach grundsätzlich argumentiert worden, formal, dass weil UberEats mit einem einzelnen Unternehmen erwähnt wurde, darf man diesen Vorstoss so nicht unterstützen. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht eben schon noch ein bisschen um mehr. Es geht grundsätzlich darum, ob wir einfach mit der normativen Kraft jetzt faktisch irgendwann akzeptieren, dass sich diese Konzerne dann halt durchgesetzt haben, wir haben jetzt gerade einen Fall, wo ein grosser Teil der Essensverteilung in Basel nicht mehr von eigenen Kurieren angeboten wird, sondern an UberEats ausgelagert wird, und irgendwann, und das ist die Strategie des Konzerns und das ist auch nicht versteckt, das sagt der Konzern relativ offen, es geht um Marktmacht und solange man diese Marktmacht nicht versucht, gleichzeitig mit geltenden Gesetzen zu begegnen, solange wächst die Marktmacht natürlich und irgendwann haben Sie ein Problem. Es gibt Regionen auf dieser Welt, wo es nur noch die Uber-App gibt oder es vielleicht noch eine oder andere Plattform anbieten und die regulären Kurierinnen und Kurier einfach nicht mehr. Und dann können wir uns lange formal, politisch und juristisch darüber unterhalten, ob wir UberEats jetzt hier einzeln auch noch genannt haben im Titel und im Text, dann ist das einfach fait accompli und dann ist es gelaufen, um es mal deutschdeutlich zu sagen. Darum müssen wir spätestens jetzt unbedingt dafür sorgen, dass für diesen Konzern die Gesetze angewandt werden und der Vollzug auch für die Rechte der Angestellten in diesem Bereich endlich gemacht wird.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Ja, ich habe diese Motion mitunterzeichnet und mitredigiert, ja, unsere Fraktion ist für die Überweisung dieser Motion. Wir sind in guter Gesellschaft mit zwei Branchenverbänden, die diese Überweisung ebenfalls befürworten, weil eben der Wettbewerbsnachteil, den lokale Unternehmen haben durch solches Gebaren, offensichtlich ist, und das ist nicht in Ordnung. Auch die Untätigkeit des Kantons ist nicht in Ordnung in dieser Sache und darum stellt sich dann immer die Frage, wie kann man den Kanton zum Handeln zwingen, zwingen ist ein starkes Wort, zum Handeln motivieren, wenn zu wenig getan wird. Denn Genf und Waadt zeigen, dass man diese Dinge in den Griff bekommen kann.

Hier zusammengefasst nochmals die Problematik. UberEats hat in Basel eine grosse Zahl an Fahrern und Auslieferern unter Vertrag. Interpelliert aus den Zahlen von Zürich dürften es in Basel derzeit rund 700 Personen sein. Das ist nicht ein paar Dutzend, sondern etwa 700, ca. 250 FTE, zu einem guten Teil aus dem Elsass und dem süddeutschen Raum. Nur UberEats kennt die genaue Zahl. Von den mutmasslich 700 sind ca. 80 Fahrer den Basler Behörden bekannt und bezahlen Sozialabgaben. Es gab nämlich diese Bundesgerichtsurteile, zwei Grundsatzurteile, in denen entschieden wurde, dass Uber-Kuriere als Angestellte und nicht als Selbständige zu qualifizieren sind und sie müssen sich über die Sozialversicherungsanstalt in Zürich versichern lassen. In einzelnen welschen Kantonen, ich habe es erwähnt, Genf und Waadt, haben die Behörden schon vor oder aufgrund des Bundesgerichtsurteils durchgegriffen und von UberEats die Anmeldung der Kuriere bei der SVA oder gleichwertige Massnahmen verlangt und durchgesetzt. Die Umsetzung wäre für Uber kein Problem, weil sie es schon in verschiedenen Ländern und auch in einzelnen Kantonen in der Schweiz machen müssen, aber solange man sie machen lässt, profitieren sie von diesem Wettbewerbsvorteil.

Basel-Stadt hat, wie gesagt, bisher keine ersichtlichen Massnahmen ergriffen, um die Anstellung der Uber-Fahrer und -Kuriere oder anderer Unternehmen systematisch durchzusetzen, was möglich wäre. Wir haben folgende Probleme. Wir haben, und das ist der Hauptgrund, warum ich unterschrieben habe, die Wettbewerbsverzerrung. Andere Marktteilnehmer, die ihre Fahrer korrekt anstellen und Sozialversicherungsbeiträge leisten, stehen im Nachteil gegenüber solchen Anbietern, die diese Verpflichtungen nicht erfüllen. Das ist ein Wettbewerbseingriff durch Untätigkeit. Dann haben wir das Problem der Schwarzarbeit. Schätzungen zufolge melden sich nur etwa 10% der Kuriere bei den Sozialversicherungen an, während die restlichen 90% schwarz arbeiten. Und dann haben wir damit auch die fehlende soziale Absicherung dieser Kuriere. Wir reden von sozialer Marktwirtschaft, dafür steht meine Partei, wir sind nicht für Planwirtschaft, wir sind für Marktwirtschaft, aber sie muss sozial sein. Viele dieser Kuriere haben keinerlei soziale Absicherung, was bei Krankheit oder Unfall zu erheblichen Problemen führt und sie sind auch AHV-mässig unter- oder nicht versichert. Wie gesagt, was macht der Anbieter, er wartet ab, was die Kantone tun, und wo sie aufgefordert werden, werden die Kuriere korrekt angestellt, aber solange der Kanton UberEats gewähren lässt, profitieren sie eben so lange wie möglich von diesen Vorteilen.

Und ich kann Ihnen einfach etwas sagen, wenn das Schule macht, dass man in Holland eine Betreibergesellschaft gründen kann und dann dort Leute als Scheinselbständige beschäftigen kann und das hat in der Schweiz keine Auswirkungen, dann wird das schwerwiegende Folgen für diese und weitere Branchen haben. Wegen der Wettbewerbsverzerrung könnten Kurierdienste oder zum Beispiel auch Reinigungsfirmen in Basel und anderswo auf die Idee kommen, eine

Betreibergesellschaft zu gründen im Ausland, was dem Vernehmen nach nicht so schwierig ist, und ihrem Personal dann mitteilen, dass alle neu selbstständig seien und über eine Firma in Holland abrechnen müssen, was aus unserer Sicht eine sehr ungünstige Entwicklung wäre.

Und darum sind wir für die Erstüberweisung und wollen vom Regierungsrat hören, wie er dieses Problem in den Griff bekommen will.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Motionärin Brigitta Gerber hat das Schlusswort.

Brigitta Gerber (BastA): Danke vielmals für die sehr profunden und engagierten Voten, die ich jetzt gerade zu dieser Motion hören durfte. Die letzten bundesrechtlichen Entscheide betreffend UberEats und eben auch anderen diesbezüglich, zeigen klar, dass hier rechtlicher Nachvollzug vonnöten ist. Entsprechend ist wohl und hoffentlich die Entgegennahme des Geschäftes durch die Regierung auch einzuordnen. Viele Argumente finden Sie in unserem Vorstoss, haben Sie jetzt gehört, wie neu auch eine Umfrage von watson vom 3. November zeigt für Zürich und hier für die Uber-Fahrer und die Bolt, ist die Situation für die Fahrenden eben wirklich prekär. Sie arbeiten viel zu viel, im Schnitt elf Stunden, sieben Tage die Woche, zu wenig Geld kommt rein, dass sie überhaupt damit über einen minimalsten Lohn rüberkommen, sie haben keine Sozialversicherungen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand und sogar ein Arbeitsrechtler, die SP Zürich, aber auch die SVP Zürich sprechen von unzumutbaren Zuständen und wollen sich dagegen engagieren.

Wie prekär die Situation ist, zeigt sich wohl auch an der Tatsache jetzt speziell in Basel, dass zwischenzeitlich ganz viele UberEats-Fahrer aus Frankreich kommen. Für sie scheint es einigermassen noch zu rentieren, wie sie dann den Erwerb bei den Steuern verrechnen, sei mal dahingestellt, wir wissen es nicht, es bleibt im Dunkeln. Aber Sozialversicherungen wie AHV und IV müssen auch bei einem solchen Businessmodell bezahlt werden. Hier geht es auch um gleich lange Spiesse, wir haben es gehört, und das ist wichtig, es ist essentiell.

Deshalb bitte, unterstützen Sie die Motion, die Daniel Albietz und ich hier vorliegen haben, die die Anpassung an die bundesrechtlichen Grundlagen fordert. Ich würde mich sehr darüber freuen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wurde bestritten durch Luca Urgese. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 16 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007587, 12.11.25 16:51:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 68 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

14. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Förderung der zweiten Quantenrevolution

[12.11.25 16:51:49, 25.5380.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

15. Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Einführung eines Gerichtsanzuges

[12.11.25 16:52:13, 25.5387.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Ratsbüro zu überweisen

16. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend wirkungsvollen Jugendschutz: Massnahmen bei Verstoss gegen Tabak- und Alkoholverkaufsverbot an Jugendliche im gesetzlichen Schutzalter

[12.11.25 16:52:34, 25.5388.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

17. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Unterstützung und Informationstransfer bei Grossbaustellen

[12.11.25 16:53:09, 25.5395.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion anerkennt, dass Grossbaustellen für Anwohnende und Gewerbetreibende mit grossen Belastungen verbunden sind. Dass gebaut wird, ist aber Ausdruck einer lebendigen Stadt, die sich weiterentwickelt, modernisiert und in ihre Zukunft investiert. Der Anzug verlangt eine zusätzliche temporäre Koordinationsstelle vor Ort, um den Informationstransfer zwischen Verwaltung, Bauleitung und Betroffenen zu verbessern. Die Absicht ist verständlich, doch aus Sicht der FDP ist der Weg der falsche. Unser Fokus muss auf einer effizienten Baustellenabwicklung liegen, nicht auf dem Aufbau neuer Strukturen. Bereits heute bestehen zahlreiche Informations- und Koordinationskanäle. Das Tiefbauamt koordiniert sämtliche Bauvorhaben, auf der kantonalen Webseite finden sich aktuelle Informationen zu laufenden Projekten und das Datenportal bietet Transparenz über Zeitpläne und Verantwortlichkeiten.

Diese bestehenden Strukturen funktionieren, sie können bei Bedarf optimiert werden, aber sie müssen nicht durch neue Ebenen ergänzt werden. Eine zusätzliche Koordinationsstelle vor Ort würde vor allem Mehrkosten, administrativen Aufwand

und Doppelspurigkeiten schaffen, ohne die Bauabwicklung tatsächlich zu beschleunigen oder die Belastung substantiell zu verringern. Gerade in einem städtischen Umfeld wie Basel ist es entscheidend, dass Ressourcen in den effizienten Ablauf der Bauarbeiten selbst investiert werden, in gute Planung, klare Verantwortlichkeiten und in eine abgestimmte Terminführung. Entscheidend ist nicht mehr Verwaltung, sondern ein schlanker, gut geführter Prozess, der die Beeinträchtigungen für Anwohnende und Gewerbe so gering wie möglich hält.

Die FDP steht für schlanke zielorientierte Verwaltung. Wir wollen, dass Bauprojekte zügig, professionell und mit möglichst geringer Belastung umgesetzt werden. Dazu braucht es keine neuen Strukturen, sondern konsequente Projektführung, klare Kommunikation und Verantwortungsbewusstsein in den bestehenden Abläufen. Aus diesem Grund lehnt die FDP-Fraktion die Überweisung des Anzugs ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Die Anzugstellerin verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007592, 12.11.25 16:57:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

18. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Ausbau der Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten

[12.11.25 16:57:08, 25.5408.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

19. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Bewilligung von solargebundenen Klimaanlagen auf öffentlichen Gebäuden

[12.11.25 16:57:33, 25.5409.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

20. Anzug Eric Weber betreffend wenn die Transparenz schwindet

[12.11.25 16:57:57, 25.5430.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat der Anzugsteller Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Keine Sorge, das ist das letzte Mal, dass ich so viel abgegeben habe, es kommen keine neuen Anzüge mehr von mir, das habe ich schriftlich abgegeben. Dieser Anzug ist einfach so, ich bin sehr traurig, dass es nichts mehr auf Papier gibt. Ich bin nicht der einzige Grossrat, der sich beschwert hat, dass es nichts mehr auf Papier gibt, und das finde ich schade, dass man die älteren Leute einfach abhängt, die kein Handy haben, keinen Drucker, usw. Wenn man es vergleicht mit anderen Parlamenten, haben viele Parlamente einfach alles auch noch auf Papier. Dieser Anzug befasst sich mit uns. Ich stelle einfach fest, dass sich die Arbeitsbedingungen von Jahr zu Jahr verschlechtern und ich bringe auch die Beispiele in diesem Anzug. Es steht alles drin, ich soll es ja nicht vorlesen, darum bin ich schon fertig. Früher durften wir auch kostenlose Briefe schreiben als Grossrat, Pauschalfrankatur wie die Nationalräte in Bern gibt es auch nicht mehr, also ich finde es schade, dass alles abgeschafft wird zu unserem Nachteil. Und ich muss einfach sagen, ich habe jeden Samstag das Grossratscouvert bekommen, seit 1968. Ich war es gewohnt, am Samstag das Grossratscouvert zu lesen. Aber ich muss im ehrlichen und freundlichen Wort sagen, ich finde es nicht fair, dass man hier einfach aus der Bahn geschossen wird, dass man keine Unterlagen mehr bekommt auf Papier und ich finde es schade, dass bei uns gespart wird. Weil ich aktiver Grossrat bin, habe ich mich mit Juristen zu diesem Thema unterhalten und die Juristen sagen mir, jetzt gibt es ja nichts mehr auf Papier, dann müsst ihr die Kapazitäten freigeben in der Staatskanzlei, die Leute müssen jetzt nichts mehr ausdrucken, einpacken und verschicken. Was wird denn jetzt mit diesen Kapazitäten, die frei sind, was wird da gemacht?

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

4 Ja, 70 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007596, 12.11.25 17:01:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 70 Nein-Stimmen gegen 4 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

21. Anzug Eric Weber betreffend sportliche Grossanlässe nach Basel holen

[12.11.25 17:02:00, 25.5431.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat der Anzugsteller Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Erstmal vielen Dank für die vier Stimmen, die ich bekommen habe, weil was ich hier vorne sage, ist wirklich fundiert. Weil ich von der falschen Partei bin, wird dieser Anzug natürlich abgelehnt, aber wenn Sie den Anzug lesen, hat er es in sich und ich sage ja in diesem Anzug, sind wir ehrlich, Olympische Spiele wird es nie in Basel geben, auch keine Fussballweltmeisterschaft, aber in der zweiten Liga hat Basel jetzt intakte Chancen. Und ich erkläre in diesem Anzug ja auch, wo man die Chancen hat. Mustafa Atici, Sie sind ja Minister für Sport und Erziehung und darum wäre es an Ihnen, wenn Sie den Anzug auch einmal unterstützen könnten, dass man solche Sportanlässe hierherholt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung , NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 63 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007599, 12.11.25 17:03:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 63 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

22. Anzug Eric Weber betreffend Basler Fahne muss im Basler Parlament stehen

[12.11.25 17:03:43, 25.5432.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat der Anzugsteller Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Viele Freunde und Wähler von mir sagen, Eric, ich schaue Bundestag live. Also da wird immer der Bundestag live übertragen wie unser Grossrat Livestream auch. Und ich muss wirklich sagen, wir verkaufen uns tiefer, was wir wert sind. An diesem Pult hier vorne müsste «Der Grosse Rat Basel-Stadt» stehen. Der Livestream, das ist verschenkt. Es müsste hier ein Schild sein, wo steht «Der Grosse Rat Kanton Basel-Stadt». Lesen Sie meinen Anzug, dort steht ja auch, man könnte hier eine schöne Fahne hinstellen mit dem Basler Stab, aber auch das fehlt. Ich stelle einfach fest, wir geben so viel Geld an so viele Vereine, Clubs, usw., aber selber verkaufen wir uns unter dem Wert und das finde ich schade. Und die Dienstleistungen werden abgebaut, ich habe jetzt vorher auch dem Ratsbüro mitteilt, wo sind die Bänke dort hinten am Fenster, plötzlich nach 50 Jahren sind die Sitzplätze am Fenster…

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit Fahnen nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Es geht einfach darum, wie unser Parlament sich präsentiert. Ich finde es auch schade, dass man da vorne nicht mehr sitzen darf wie früher, und dass da keine Fahne ist und wenn jetzt da eine schöne Fahne hängen würde, dann sieht es einfach schon besser aus. Beim Livestream können Sie überall lesen, Kantonsrat Bern, Nationalrat Bern, Deutscher Bundestag, Landtag Sachsen, aber bei uns steht nichts. Und dann muss man mir nicht sagen, ja, wir finden keine Wähler und wir finden keine Leute, wenn wir uns unter der Würde verkaufen. Und darum gehört hier ein Schild hin, damit jeder weiss, wer wir sind. Für das, nicht falsch verstehen, aber finde ich, es heisst immer hohes Haus, sind wir zu billig verkauft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 65 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007601, 12.11.25 17:06:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Nichtüberweisen entschieden mit 65 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

23. Anzug Eric Weber betreffend Gratis-Telefon für Grossräte während Parlaments-Sitzungen

[12.11.25 17:06:55, 25.5433.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ganz kurz, Sie sehen links und rechts die schwarzen Kästchen, wo ein V steht. Dort steht ein V und da ist der rote Punkt. Nur die Älteren wissen das, dort wurde ihre Nummer aufgerufen als Grossrat, wenn sie ein Telefon bekommen haben. Dann ist dort die Nummer gekommen und dort, die Maschine gibt es ja noch. Ich kann mich noch erinnern, dann ist dort meine Nummer gekommen, Grossrat Weber ans Telefon, und diese Geräte wurden abgeschafft, aber sie wurden ja nicht abgebaut. Ich stelle in diesem Anzug fest, ich möchte einfach, dass die Telefone wieder in Betrieb genommen werden, und ich darf das ganz klar sagen, ich bin einfach traurig, wenn ich zu den Schliessfächern dort hinten gehe und dann sehe ich, in diesen zwei Telefonkabinen ist einfach eine Rumpelkammer. Die Telefonkabinen sind zweckentfremdet, dort konnte man in Ruhe ein Telefongespräch machen und keiner hat das mitgehört. Wo ist jetzt die Diskretion? Und dann muss man nicht meinen, bei der Staatskanzlei, jeder hat ein Handy, man möchte ja vielleicht auch einmal ein Auslandsgespräch führen und die Auslandsgespräche hat man dort hinten in der Telefonzelle vermittelt bekommen. Da musste man irgendwie so eine zentrale Nummer wählen, Kanton Basel-Stadt, und dann hat man dort hinten telefonieren können weltweit, wenn man ein Anliegen hatte. Und ich finde es schade, dass man die Telefone nicht mehr hat, dann hat man die Telefonkabinen abgeschafft. Dann hatte man noch Telefone da vorne im Vorzimmer und die Telefone im Vorzimmer hat man auch abgeschafft. Und das finde ich einfach schade und darum habe ich den Anzug gemacht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007603, 12.11.25 17:10:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug nicht überweisen mit 68 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

24. Anzug Eric Weber betreffend dass Bauen in Basel nicht mehr so lange dauert

[12.11.25 17:10:12, 25.5434.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft, aber er steht immer mehr unter Druck. Im Wettbewerb von inländischen und ausländischen sowie von kleinen und grossen Bauunternehmen ziehen die ersteren oft den Kürzeren, also die kleinen Firmen gehen kaputt. Das wollte ich sagen, mehr auch nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007610, 12.11.25 17:12:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 57 Nein-Stimmen gegen 2 Ja-Stimmen.

25. Anzug Eric Weber betreffend Notfall-Broschüre nach schwedischem Vorbild ist überfällig

[12.11.25 17:12:19, 25.5435.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Der Anzugsteller verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 76 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007612, 12.11.25 17:13:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 76 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

26. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung, Schreiben des RR

[12.11.25 17:13:14, 23.5030.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Weiterbildung ist längst keine Freiwilligkeit mehr, sondern eine zentrale Voraussetzung, um den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel zu bewältigen. Digitalisierung, Automatisierung und strukturelle Veränderungen, all das verlangt von uns, dass wir uns regelmässig neue Fähigkeiten aneignen, um beschäftigt und gesellschaftlich aktiv zu bleiben. Dieser Grundgedanke ist unbestritten. Er wurde vom Bund mit dem Weiterbildungs- und Berufsbildungsgesetz verankert und auch unsere Kantonsverfassung sieht die Förderung von Aus- und Weiterbildung ausdrücklich vor. Der Staat übernimmt dabei bewusst eine subsidiäre Rolle. Er unterstützt dort, wo der Markt oder die individuellen Möglichkeiten an Grenzen stossen. In Basel-Stadt tun wir dies bereits mit gezielten Förderinstrumenten, etwa im Bereich der Grundkompetenzen oder im Integrationsgesetz, das Menschen mit Migrationshintergrund ein vorbildliches Sprachkursangebot ermöglicht, schweizweit einzigartig in dieser Form.

Trotz dieser starken Ausgangslage nimmt der Regierungsrat die aktuellen Herausforderungen sehr ernst. Deshalb haben wir im Frühjahr 2025 die interdepartementale Strategiegruppe Arbeitsmarktfähigkeit, kurz ISAF, eingesetzt. Diese Gruppe bündelt das Wissen und die Verantwortung vom Erziehungsdepartement, Wirtschafts- und Sozialdepartement sowie der IV-Stelle. Ihr Auftrag, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, wie wir die Arbeitsmarktfähigkeit und Weiterbildungsmöglichkeiten der Bevölkerung langfristig sichern.

Die ISAF konzentriert sich dabei auf fünf Handlungsfelder. Erstens, die Rollen aller Akteure im Bildungs- und Arbeitsmarktbereich zu klären und zu koordinieren. Zweitens, die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Weiterbildung zu verbessern. Drittens, die finanzielle Tragbarkeit für alle sicherzustellen, auch durch eine mögliche Erweiterung der Ausbildungsbeiträge für Erwachsene. Viertens, niederschwellige Beratungsangebote für die Laufbahngestaltung zu schaffen. Und fünftens, innovative Bildungsformate gezielt zu fördern.

Bis Ende 2026 wird die Strategiegruppe konkrete Massnahmen und Finanzierungsmodelle vorschlagen. Über die Ergebnisse wird dem Regierungsrat spätestens im Juni 2027 Bericht erstattet. Ebenfalls auch im Zusammenhang mit dem Anzug Mathys und Konsorten zu existenzsichernden Weiterbildungsbeiträgen wird hier im Grossen Rat berichtet. Meine Damen und Herren, Sie sehen, der Regierungsrat ist bereits mit voller Überzeugung an der Bearbeitung der Thematik. Daher beantragt der Regierungsrat, den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Nächste Sprecherin für die Fraktion GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Mustafa Atici, vielen Dank für das Entgegennehmen des Anliegens und das Bearbeiten. Ich habe auch verstanden, dass die rechtliche Grundlage besteht. Das ist eine sehr gute Ausgangslage, aber im Moment auf dem Papier, also ohne Konkretisierung und klare Vorgaben, wie nachfrageorientierte Weiterbildung für Menschen, die im Arbeitsleben stehen, gefördert werden soll, bleibt sie eigentlich noch wirkungslos. Ein Gesetz allein bildet niemanden weiter. Erst wenn klar ist, wie der Kanton die gesetzlichen Möglichkeiten nutzt, wer davon profitiert und wie sich das messen lässt, können wir sagen, das Anliegen ist tatsächlich erfüllt. Solange das nicht der Fall ist, ist eine Abschreibung zu früh. Die GLP empfiehlt denn auch, den Vorstoss stehen zu lassen, damit das Thema nicht in einer Strategiegruppe versandet.

Ausserdem kommt die Einsetzung der Arbeitsgruppe ISAF sehr spät, erst Mitte dieses Jahres, also rund zwei Jahre nach der Überweisung des Vorstosses, von konkreten Ergebnissen kann leider noch keine Rede sein. Wir müssen zuerst sehen, wie diese Gruppe die aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit lebenslangem Lernen und dem Wandel durch neue Technologien wirklich angeht. Es geht doch darum, die Arbeitsmarktfähigkeit der Menschen in Basel langfristig zu sichern mit Weiterbildungen, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarkts und der Bevölkerung orientieren und die niederschwellig zugänglich sind. Das betrifft junge Berufseinsteigende, Menschen mit Familienverpflichtungen, Wiedereinsteigende und ältere Erwerbstätige. Auch berufliche Umorientierung soll durch Fortbildung einfach möglich sein.

Ausserdem habe ich den Eindruck, dass der Fokus der Regierung noch stark auf dem Erwerb von Grundkompetenzen und kurzfristigen Massnahmen für Menschen liegt, die gerade eine Stelle suchen. Weniger im Blick ist die vorausschauende Förderung von Weiterbildung und die kontinuierliche Entwicklung von Fähigkeiten während der Erwerbstätigkeit. Aber genau darum geht es in diesem Vorstoss, um eine ganzheitliche Sicht auf die Förderung der Weiterbildung und berufliche Zukunftsfähigkeit der Bevölkerung. Entscheidend ist, dass diese Haltung umgesetzt wird. Weiterbildung darf kein Privileg sein, sie ist Voraussetzung, um in einer sich wandelnden Arbeitswelt bestehen zu können. Darum braucht es im Gremium nicht nur Verwaltung, sondern auch Stimmen aus der Wirtschaft, den KMU und der Wissenschaft.

Die Arbeitswelt verändert sich rasant, wir müssen uns fragen, ist unsere Bevölkerung wirklich gerüstet für den Arbeitsmarkt der Zukunft und die technologischen Wellen, die wir in Gang setzen. Die Prognosen zeigen deutlich, die Anforderungen steigen, viele Berufe verändern sich, neue entstehen, wer heute keine Chance zur Weiterbildung hat, läuft Gefahr, morgen den Anschluss zu verlieren. So können Menschen den beruflichen Wandel nicht nur aushalten, sondern ihn aktiv mitgestalten. Das stärkt unsere Gesellschaft, sichert Fachkräfte und schafft Perspektiven.

Der Bericht zeigt, dass die Arbeiten der ISAF-Gruppe erst am Anfang stehen. Eine Abschreibung jetzt ist zu früh, weil noch nichts Konkretes vorliegt. Es sollte aber in unser allen Interesse sein, dass die Förderung der Weiterbildung durch gute Rahmenbedingungen im Kanton Basel-Stadt auch tatsächlich Wirkung zeigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sandra Bothe-Wenk beantragt Stehenlassen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007614, 12.11.25 17:21:32]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 46 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

27. Motion Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung, Stellungnahme des RR

[12.11.25 17:21:40, 25.5196.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Ich habe Pascal Messerli als ersten Fraktionssprecher eingetragen.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, dieses Geschäft als erledigt abzuschreiben. Zugegebenermassen, auch ich war anfänglich für dieses Anliegen, ich habe auch diese Motion mitunterzeichnet. Die SVP-Fraktion fand dann eine andere Meinung zu dem, schon bei der Erstüberweisung und jetzt muss man aber schon auch sagen, wenn man sich die Antwort der Regierung anschaut und durchliest, dann ist es nochmal zu einer grösseren Skepsis bei der SVP gekommen, gerade wenn man das Kosten-Nutzen-Verhältnis sieht. Wir sehen, dass ständig irgendwelche neue Schirme, Blumentöpfe gekauft werden, jetzt sollen auch noch zusätzliche Begrünungen stattfinden, wo wir einfach der Meinung sind, dass hier diese Frage von Nutzen, Ertrag und Aufwand in keinem Verhältnis steht. Diese Dächer müssen dann auch irgendwie gewartet werden, sie können auch schmutzig werden, wenn irgendwelche Vögel und Tauben hier reinfliegen, also entsprechend ist das, wenn wir diesen Aufwand mitberücksichtigen, den ein solches Dach mit sich bringt, dann auch nicht wirklich im Verhältnis.

Und wenn wir auf der letzten Seite der Beantwortung des Regierungsrats weiterblättern, dann schreibt der Regierungsrat, dass solche Schattendächer dann immer eine Möglichkeit sind, dort, wo keine Bäume gepflanzt werden können, und hier werden wir halt einfach auch das Gefühl nicht los, dass man dann in einer Abwägung vielleicht eher darauf verzichtet, einen Baum zu pflanzen, lieber noch den 60. Veloparkplatz dorthin baut oder wieder eine Velospur mehr installiert, wie dass man dann tatsächlich auch einen Baum dorthin pflanzt und dann sagt, ja, wir haben ja dann eine Alternative mit diesem Schattendach, und das ist für die SVP-Fraktion die falsche Planung. Hier sind wir schon auch der Meinung, sollte man prioritär auch Bäume pflanzen und nicht dann diese Schattendächer als Scheinlösung dann hinstellen oder auch diese Blumentöpfe oder diese überteuerten Schirme.

Da sind wir mit dieser Planung nicht zufrieden und dementsprechend sind wir auch der Meinung, dass wir hier auch diese Motion als erledigt abschreiben sollten, gar nicht unbedingt wegen dem Motionär, sondern eher, was wir in der Antwort des Regierungsrates gesehen haben, die auf grosse Skepsis innerhalb der SVP-Fraktion gestossen ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass er meine Motion für ein Schattendach heute als Anzug überwiesen haben möchte, um dann die Installation eines Schattendachs mit Begrünung im Rahmen von Umgestaltungsprojekten von Plätzen vertieft zu prüfen. Mit diesem Vorgehen bin ich einverstanden. Ich denke, ein begrüntes Schattendach wäre eine attraktive Möglichkeit für Plätze, wo Baumpflanzungen nicht möglich sind. Die Beschattung durch Pflanzen und deren Blätter bewirken eine Kühlung des darunter liegenden Platzes. Zudem fördern die Pflanzen die Biodiversität. In der Motion habe ich zahlreiche Plätze aufgelistet, bei dieser Motion geht es aber lediglich um den Bau von einem begrünten Schattendach auf einem Teil eines Platzes. Die Finanzierung ist gar kein Problem, sie könnte gemäss Regierungsrat durch den Mehrwertabgabefonds erfolgen, welcher bekanntlich sehr gut gefüllt ist.

Ich bitte Sie, meine Motion dem Regierungsrat als Anzug zu überweisen. So erhält er den verbindlichen Auftrag, bei allen Umgestaltungsprojekten von Plätzen die Realisierung eines begrünten Schattendachs zu prüfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Nur ganz kurz, ich glaube, es ist mir wirklich wichtig, hier nochmals festzuhalten, wann immer möglich ist natürlich bodengebundenes Grün, also sprich Bäume, Grosssträucher oder auch, ich sage mal, Fassadenkletterer vom Boden aus unsere Wunschvariante. Es ist häufig auch pflegeleichter und es spendet natürlich sehr viel mehr Kühle. Wir merken auch, dass diese Konstruktionen, ich erinnere da beispielsweise an den Vogesenplatz, das war, glaube ich, das Geschenk auch einer Stiftung, diese Pergola, die dort steht, die hatte ziemlich Mühe, um zu wachsen. Also es ist auch nicht ganz einfach, diese Pergolas gut zu gestalten, dass sie dann auch wirklich dicht und grün sind, das heisst, es sind eher die zweitbesten Lösungen aus unserer Sicht. Wann immer möglich möchten wir Bäume pflanzen. Wir möchten uns diesen Weg aber nicht verbauen künftig an Orten, wo es Sinn machen kann, wo vielleicht auch nicht viel Erde unter diesem Platz vorhanden ist und deshalb möchten wir diese Option offenlassen und bitten Sie, das als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007616, 12.11.25 17:28:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Motion in einen Anzug umzuwandeln und den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion als Anzug überwiesen mit 68 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

28. Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte, Stellungnahme des RR

[12.11.25 17:28:10, 25.5192.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Esther Keller verzichtet. Alex Ebi hat sich gemeldet.

Alex Ebi (LDP): Fast alles, was den Umgang der Bürger mit der Verwaltung vereinfacht, ist sehr begrüssenswert. Diese Motion zielt genau auf solch einen Punkt. Kleine Quartiermärkte, allenfalls erst kurzfristig unter den Nachbarn besprochen, ohne grossen Firlefanz und ohne Grund, einfach weil gerade schönes Wetter ist, sollen künftig ganz spontan und einfach möglich sein. Das ist gut so, aber ganz ohne Regeln und Einstufung der Märkte und Messen in Kategorien kann es meines Erachtens nicht gehen. Die Besucher erwarten einwandfreie Lebensmittel und Getränke. Es scheint wirklich nicht wünschenswert, wenn anschliessend beispielsweise das halbe Matthäusquartier Bauchweh oder Schlimmeres hat.

Damit ein Restaurant öffnen, den Boulevard benützen, Alkohol ausschenken und Essen verkaufen darf, setzt der Gesetzgeber unzählige Papiere wie Wirtepatent, Betriebsbewilligung, Betreibungsauskunft, Strafregister, Allmendbewilligung, etc. voraus. Kurzum, eine zuständige Person ist zwingend. Ein unkontrollierter Wildwuchs an Pseudomärkten und Ständen, erst noch ohne zuständige Person, täglich quer durch die ganze Stadt, womöglich noch begleitet von Kundgebungen und Demonstrationen aller Couleur, ist wohl auch nicht im Sinn der meisten Motionäre. Die bisherigen Preise für einzelne Märkte und Stände sind moderat. Ich kann aber verstehen, dass für die spontanen Strassen-, Feierabend-Usestuehlete, die kaum Umsatz, aber viel Wärme und gemütliche Nachbarschaft bringen, die Kosten trotzdem als hoch oder gar überflüssig empfunden werden. Ich gehe jedoch stark davon aus, dass auch den meisten Motionären klar ist, dass nicht auch beispielsweise die Standbetreiber am Weihnachtsmarkt oder der Herbstmesse und dergleichen von den Kosten befreit werden sollen.

Die Motion wird ja gemäss «Chrüzlistich» klar überwiesen, was auch gut ist. Ich freue mich jedoch, wenn die Verwaltung die von mir beschriebenen Punkte bei der Ausarbeitung der neuen Artikel und Paragrafen zumindest gedanklich miteinbezieht und eine schlaue Regelung präsentiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Jetzt bin ich von Alex Ebi ein bisschen enttäuscht, er ist sonst immer für den Liberalismus und für weniger Bürokratie und jetzt hat Brigitte Kühne, die sonst weniger für Liberalismus und weniger Bürokratie ist, einen guten Vorstoss eingereicht und jetzt sprechen Sie gegen Brigitte Kühne und gegen diese Motion. Ich bitte Sie sehr im Namen meiner Fraktion, diese Motion zu überweisen.

Es ist ein Missverständnis, das irgendwie da umhergeistert, dass jetzt irgendwie nachher ein Wildwuchs herrscht, den man nicht kontrollieren könnte. Es gibt in jedem Bereich, wenn Sie in der Gastronomie irgendwo etwas anbieten wollen, sei es auf einem Markt, etc., sämtliche geltenden Bestimmungen. Das Lebensmittelrecht gilt, die Hygieneverordnungen gelten und das wird auch kontrolliert. Nur wenn Sie keine bürokratische Hürde über eine Bewilligung beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat, das wir ja alle wissen, nicht immer die, sage ich jetzt mal, am besten organisierteste Behörde in diesem Kanton ist, nur wenn Sie diese Bewilligung nicht mehr bezahlen und beantragen müssen, sind Sie nicht davor befreit, sämtliche anderen gängigen Gesetzgebungen einzuhalten und Sie werden auch genauso kontrolliert. Der Lebensmittelinspektor kommt vorbei, wenn so ein Markt existiert und dort Waren angeboten werden. Er prüft, ob Sie die Hygienevorschriften einhalten. Natürlich brauchen Sie im Vergleich zu einem Restaurant dann nicht auch noch die Kücheneinrichtung, wie es sonst üblich ist, das ist ja eine andere Bewilligung, die dann auch vergeben wird, aber natürlich bestehen sämtliche Vorschriften genauso weiterhin und deshalb verstehe ich auch nicht so ganz, weshalb sich der Wirteverband hier so dagegen wehrt, nun eine sinnvolle Liberalisierung vorzunehmen. Ein Gastbetrieb verliert durch diese Lockerung der Vorschriften oder diese Ergänzung im Gastgewerbegesetz nichts, im Gegenteil, es wird etwas getan in den Quartieren, es wird etwas getan für das Quartierleben. Es ist so, dass solche Märkte zunehmend attraktiv sind, es diese auch an verschiedenen Stellen gibt und dort, glaube ich, ist es sinnvoll, wenn man wirklich möglichst unbürokratisch vorgehen kann.

Noch einmal, wenn es darum gehen würde, dass alles andere an Vorschriften nicht mehr eingehalten werden müsste, wäre ich genauso dagegen wie Alex Ebi und vielleicht andere, die heute nicht für diese Motion stimmen, aber der Regierungsrat hat in seiner Antwort auf diese Motion Kühne ja sehr deutlich auch ausgeführt, weshalb auch er das sinnvoll erachtet und ich sehe hier wirklich nicht, weshalb man nun dagegen sein soll, dass es in diesem Bereich eine bürokratische Lockerung gibt. Gerade diejenigen Kräfte in diesem hohen Hause, die sonst immer dafür sind, dass es weniger Bürokratie gibt, dass wir weniger Behördengänge haben müssen, dass es einfacher wird, sollten deshalb heute für diesen Vorstoss von Frau Kühne stimmen und ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, diese Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich darf Besuch auf der Zuschauenden-Tribüne begrüssen. Ich freue mich über sehr hohen Besuch aus unserem Nachbarkanton Basel-Landschaft. Unter der Leitung von Landratspräsident Reto Tschudin begrüsse ich die Delegation des Landrates, der Geschäftsleitung und der Staatskanzlei. Im Anschluss an unsere Sitzung hier drin haben wir auch eine Sitzung und werden danach noch ein kulturelles Programm absolvieren. Ich freue mich auf unseren Austausch und heisse Sie herzlich willkommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin auf der Liste ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Wir haben tatsächlich in der SP-Fraktion diese erneute Überweisung auch länger diskutiert, und zwar ging es uns vor allem darum, dieses freiwillige Engagement, das in den Quartieren in den letzten Jahren vermehrt entstanden ist, auch wirklich zu unterstützen und nicht bremsen zu wollen. Da hatten wir einen grossen Konsens, dass das eine wertvolle Arbeit ist, die zumeist ehrenamtlich geleistet wird und wo wir dafür sorgen wollen, dass da nicht aus irgendwelchen Gründen Barrieren bestehen bleiben, die eigentlich nicht nötig wären. Für uns ist es aber auch klar, dass wenn es eine Lockerung auch für alle Märkte, auch für kommerzielle Angebote irgendwie geben soll, dass dann auch gleich lange Spiesse geschaffen werden müssen für andere Gastroangebote und wir haben uns dafür entschieden, ein zweites Mal als Motion zu überweisen. Wir möchten einfach hier schon festhalten, dass wir dann gespannt sind auf die Umsetzung und das dann dort auch noch einmal eingehend diskutieren wollen, wo machen wir die Grenzen von diesen Lockerungen, beschränkt sich das alleine auf dieses ehrenamtliche Freiwillige, auf diese Gefässe oder soll das flächendeckend auf sehr viele Gastroangebote gelangen. Das ist die Frage, die wir uns dann genau ansehen bei der Umsetzung und ich bedanke mich in diesem Sinne für die Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Ganz kurz, wir Grünliberalen und alle Mitstreiter und Mitstreiterinnen, die mit mir zusammen diese für unsere Frisch- und Feierabendmärkte so wichtige Motion auf die Beine gestellt haben, freuen uns ausserordentlich über die so grosse Unterstützung der Parteien gemäss «Chrüzlistich». Und auch explizit über die Antwort des Regierungsrates, die klar aufzeigt, dass, Zitat: die kleinen Märkte sich wachsender Beliebtheit und Bedeutung in den Quartieren erfreuen. Dass sie einen Bedarf der Bevölkerung für informelle, lebendige Treffpunkte darstellen und dass sie mit ihrem abwechslungsreichen Angebot zu einem zeitgemässen urbanen Quartier- und Stadtleben beitragen. Im Weiteren hält der Regierungsrat fest, Zitat: Auch weil die Quartier- und Feierabendmärkte oft durch gemeinnützige Vereine und Privatpersonen veranstaltet werden, braucht es hier eine neue, auf die Entwicklung der Märkte angepasste Lösung.

Und noch etwas zu den kritischen Stimmen Auch wir möchten, dass die Lockerung für Quartiermärkte nicht missbraucht wird, daher ist die Motion ja auch so präzise formuliert, nämlich explizit für Frisch- und Feierabendmärkte, Quartiermärkte sowie Quartierflohmärkte. Ausserdem: Standbetreiber, Standbetreiberinnen, Quartiervereine und Organisationen, welche über eine Standbewilligung des Präsidialdepartementes verfügen.

Somit bedanke ich mich herzlich für die Zweitüberweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Debatte, vielen Dank auch für die kritischen Voten oder die Gedanken, die Sie uns jetzt auch mitgeben, wenn es um die Umsetzung geht. Insgesamt scheint es dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen. Es ist tatsächlich so, dass mit diesen Märkten etwas entstanden ist, das viel zu nachbarschaftlichem Zusammenhalt, um sich zu begegnen in der Stadt beiträgt und wie so häufig gibt es manchmal neue Phänomene und Trends und Entwicklungen, die noch nicht ganz so in den Gesetzen abgebildet sind. Wir möchten das gerne tun, wir möchten da etwas mehr zulassen, hören aber auch die Bedenken, sage ich jetzt mal, wegen der potenziellen Konkurrenzierung auch von bestehenden Restaurants und Cafés, die natürlich dann hohe Hürden zu erfüllen haben für ihren Betrieb. Wir nehmen das mit und werden Ihnen gerne etwas Sorgfältiges präsentieren. Ich glaube, es geht ja auch um die Zuständigkeitsklärung, auch hier mit dem Präsidialdepartement, also ich glaube, wir können hier zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Das werden wir gerne tun und Ihnen einen Vorschlag bringen, wenn Sie die Motion ein zweites Mal überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Alex Ebi beantragt Nichtüberweisung der Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 15 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007618, 12.11.25 17:41:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion dem Regierungsrat als Motion überwiesen mit 68 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

29. Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität, Bericht des RR

[12.11.25 17:41:30, 19.5144.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Frau Keller verzichtet auf ein Votum. Sasha Mazzotti hat sich gemeldet.

Sasha Mazzotti (SP): Wir sind doch tatsächlich mal im Zeitplan ein bisschen früher, geschätzter Herr Flury, ich bin ein bisschen überrascht, aber wunderbar, wir erledigen das heute. Auf dem «Chrüzlistich» lese ich Abschreiben oder Stehenlassen oder auch als erledigt einstufen die Motion Erhalt und Erhöhung der Biodiversität in Basel. Die Frage ist doch, tut die Regierung tatsächlich alles, was die Motion so fordert. Die Antwort ist; nicht vollständig. Der Regierungsrat zeigt, dass viele Massnahmen umgesetzt oder im Gange sind. Biologische Bewirtschaftung von Parkanlagen, Freizeitgärten und schrittweise auch von Sportrasenflächen, sie sind bis 2028 vollständig geplant, eine massive Reduktion des Herbizideinsatzes und Überwachung und Prävention gegen invasive Arten.

Auch gibt es seit 2023, die Motion ist von 2019, eine Biodiversitätsstrategie mit verbindlichen Grundlagen für künftige Massnahmen. Ich danke der Regierung dafür, aber hier geht es noch um mehr. Die Biodiversität, also die Vielfalt des Lebens auf unserem Planeten, nimmt weltweit rapide ab. Was das bedeutet, wenn Bestäuber wie Bienen verschwinden, leidet die Landwirtschaft, wenn Wälder abgeholzt werden, steigt das Risiko von Überschwemmungen, usw. Diese Entwicklungen betreffen auch Unternehmen, Banken, Versicherungen und Investoren. Was geht uns das in Basel an? Wenig, denken Sie, viel sage ich, auch wenn wir nur knappe 37 km2 gross sind.

Zurück zur Motion. Der Regierungsrat verweist mehrfach auf bundesrechtliche Grenzen, also Kantone dürfen keine eigenen Pestizidverbote erlassen. Das kann ich nachvollziehen und das habe ich damals bei der Zweitüberweisung explizit erwähnt, dass man seinen politischen Handlungsspielraum auf Bundesebene einfach ausüben soll. Ich verstehe, dass man nicht einfach Gesetze machen kann. Die Motion fordert, dass sich Basel überregional für ein Pestizidverbot einsetzt. Der Bericht erwähnt in keinster Weise irgendein Engagement in diese Richtung. Es gibt keine Hinweise auf Initiativen, Allianzen mit anderen Städten oder unserem Nachbarkanton oder Vorstösse auf Bundesebene. Bei der Neophytenbekämpfung werden weiterhin synthetische Mittel verwendet, es fehlen sogar Hinweise im Bericht auf Alternativen.

Ja, der Kanton macht Fortschritte, erfüllt aber nicht die Ambition der Motion, insbesondere nicht beim Ziel Verbot synthetischer Pestizide und proaktiver Ausbau aller geeigneter Lebensräume. Und mehrere Punkte bleiben offen. Ich habe es schon gesagt, bundesrechtliche Grenzen, das soll nicht heissen, dass man politisch untätig bleibt. Es geht darum, Verbindlichkeiten zu sichern. Solange wesentliche Teile der Umsetzung der Motion, also zum Beispiel vollständige biologische Bewirtschaftung, Biozertifizierung aller Pachtbetriebe, nur geplant und angestrebt sind, sollte die Motion stehen bleiben, um Verbindlichkeit und parlamentarische Kontrolle sicherzustellen. Die Strategie, habe ich erwähnt, gibt es erst seit 2023. Es braucht Zeit, um Wirksamkeit und Zielerreichung zu prüfen und diese weiterzuentwickeln. Die Motion kann also als ein politisches Mandat dienen, um deren Umsetzung konkret zu begleiten und gegebenenfalls eben auch nachzuschärfen. Zu guter Letzt, gings auch um wissenschaftliche Begleitung und Transparenz. Die Motion erfordert Evaluation und Anpassung der Methoden. Der Bericht erwähnt keine konkreten Forschungspartnerschaften oder öffentliche Resultate.

Sie sehen, die Motion ist mitnichten erledigt. All das spricht doch eigentlich ganz klar für Stehenlassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb möchte ich hier für das Stehenlassen der Motion von Sasha Mazzotti plädieren. Es geht uns dabei weniger darum, zu tadeln, dass die Forderungen der Motion nicht vollständig umgesetzt wurden, sondern wir möchten hier der Regierung auch ein Lob für die Anstrengungen aussprechen, die die Regierung zum Schutz der Biodiversität und zur Reduktion des Pestizideinsatzes in ihrem Handlungsspielraum bisher gemacht hat.

Ganz im Gegenteil, durch das Stehenlassen möchten wir die Regierung ermutigen, weitere Schritte in Richtung Reduktion des Pestizideinsatzes zu unternehmen. Denn leider müssen wir im aktuellsten Umweltbericht beider Basel von August 2024 lesen, dass auf dem Gebiet von Basel-Stadt in der Landwirtschaft, aber auch in privaten Gärten nach wie vor Pflanzenschutzmittel in einem Ausmass ausgebracht werden, dass es in kleineren Bächen immer wieder zu Überschreitungen kommt, die für Kleinlebewesen toxisch sind. Selbst im Grundwasser gibt es lokal Überschreitungen des Anforderungswertes von 0,1 Mikrogramm pro Liter. Auch wenn wir gewisse Zusammenhänge nachvollziehen können, dass ein totales Pestizidverbot nicht immer zielführend ist, so darf sich der Kanton dennoch nicht hinter bundesrechtlichen Vorgaben verschanzen und diese als Argument ins Feld führen, nicht das Möglichste für eine Eliminierung des Pestizideinsatzes zu tun, solange sich Pestizidrückstände immer noch im Grundwasser befinden und damit die Gefahr besteht, dass diese auch in unsere Nahrungskette gelangen.

Der Kanton kann weiterhin darauf hinwirken, dass die Pachtbetriebe, aber auch die Familiengärten, die sich auf Kantonsland befinden, vermehrt auf eine biologische Bewirtschaftung hinarbeiten und allfällige Vorgaben auch durchsetzen. Solange dies nur geplant und angestrebt ist, ist es noch zu früh, die Motion schon abzuschreiben. Die Motion fordert in Punkt 5 auch eine intensivere Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Biodiversitätsförderung durch Pestizidreduktion und Pestizidsubstitution durch ökologisch verträgliche Bekämpfungsmethoden. Auch hier fällt der Leistungsausweis der Regierung eher mager aus.

Wie schon erwähnt, die Bestrebungen stimmen hoffnungsvoll, aber die Wirkungen sind noch nicht klar zu sehen, betrachten wir den letzten Zustandsbericht. Sobald wir auch hier Klarheit haben, erst dann können die Forderungen der Motion als erfüllt betrachtet werden. Daher plädieren wir für Stehenlassen der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Mit der Motion wurde das Anliegen eingebracht, den Einsatz synthetischer Pestizide auf Kantonsgebiet zu verbieten und damit ein deutliches Zeichen für Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz zu setzen. Die Motion verfolgt das Ziel, Basel-Stadt als Vorbild für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt zu positionieren. Ja, der Regierungsrat hat das Anliegen mehrmals sorgfältig geprüft. Dabei wurde deutlich, dass ein kantonales Verbot synthetischer Pestizide aufgrund der geltenden Bundesgesetzgebung, wurde auch schon genannt, nicht möglich ist. Der Einsatz solcher Mittel ist auf Bundesebene umfassend geregelt und die Kantone verfügen hier über keinen eigenen Handelsspielraum für ein generelles Verbot.

Trotz dieser rechtlichen Grenzen teilt der Kanton Basel-Stadt, wie vom Regierungsrat aufgezeigt, die Zielrichtung der Motion ausdrücklich. Basel-Stadt setzt sich mit Nachdruck dafür ein, den Einsatz synthetischer Pflanzenschutzmittel auf das absolut notwendige zu reduzieren. Auf öffentlichen Flächen wird bereits weitgehend auf Pestizide verzichtet und auch in der Landwirtschaft und im Gartenbau werden naturnahe Bewirtschaftungsformen gefördert. Zudem unterstützt der Kanton Projekte, die biodiversitätsfördernde Methoden anwenden und auf ökologisch verträgliche Alternativen setzen. Damit verfolgt Basel-Stadt den gleichen Grundgedanken, den die Motion aufgenommen hat, nämlich den Schutz von Klima, Boden, Wasser und Biodiversität vor unnötiger Belastung durch synthetische Pestizide.

Da die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene ein kantonales Verbot ausschliessen, werden die Ziele der Motion aber auf anderem Weg aktiv verfolgt. Grundlage hierfür ist die behördenverbindliche Biodiversitätsstrategie des Kantons Basel-Stadt, die im Jahr 2023 vom Regierungsrat erlassen wurde. Die Biodiversität im Kanton Basel-Stadt wird weiterhin auf verschiedenen Ebenen ausgebaut und deren Entwicklung beobachtet, es wird also nicht nichts gemacht. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Regierung zu folgen und die Motion als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte gleich am Schluss kurz anknüpfen. Es ist schon so, wir haben natürlich einen sehr bedingten Einfluss auf die Bundesgesetzgebung, die hier jetzt gerade im Fall von Pestiziden massgebend ist. Und da wir jetzt nicht gerade ein Landwirtschaftskanton sind, glaube ich, ist unser Einfluss dort in Bern natürlich auch begrenzt.

Wann immer möglich nehmen wir beispielsweise über Vernehmlassungen des Bundes Stellung, aber wie gesagt, unsere Einflussmöglichkeit ist dort natürlich eingeschränkt.

Wir tun aber ganz stark, was in unserer Macht steht, und da hat sich seit Einreichen der Motion 2019 doch einiges geändert. Die Biodiversitätsstrategie wurde jetzt schon mehrmals genannt, das war wirklich ein Meilenstein, einer der ersten Kantone auch, der so umfassend eine Biodiversitätsstrategie erarbeitet hat und das ist eben auch in einem Stadtkanton sehr wichtig. Das wird häufig unterschätzt, aber Biodiversität ist natürlich auch in einem Stadtkanton sehr präsent, denken Sie an die Uferböschungen, usw. Also da hat sich die Regierung den Auftrag gegeben mit konkreten Massnahmen und dann darf ich auch daran erinnern, dass wir letztes Jahr von Grünstadt Schweiz mit dem Gold-Label ausgezeichnet wurden als eine der ersten Städte. Das ist wirklich ein aufwendiger Zertifizierungsprozess, der überprüft, ob ganz konkrete Massnahmen auch zugunsten der Biodiversität getätigt wurden, beispielsweise gerade auch beim Sportamt, usw. Dort haben wir, wie gesagt, den Goldstandard erreicht, das gibt uns schon mal eine gewisse Auszeichnung, dass wir gut unterwegs sind, wir haben auch Hausaufgaben mitgenommen für die Rezertifizierung und auch da hat die Regierung bereits das Geld gesprochen, um da weiterzuarbeiten.

Sie sehen, wir sind intensiv an dem Thema dran und ich glaube, wenn eine Motion auch so etwas Spezifisches fordert wie hier, das eben nicht ganz im Kompetenzbereich der Regierung liegt, dann ist es vielleicht auch mal Zeit, eine Motion abzuschreiben. Sie können sicher sein, dass wir am Thema Biodiversität intensiv dran sind und auch dranbleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007620, 12.11.25 17:54:44]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 48 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

30. Anzug Nicole Kuster und Konsorten betreffend Aufwertung der Uferböschung des Grossbasler Rheinufers durch den Bau von Baumterrassen, Schreiben des RR

[12.11.25 17:54:50, 23.5414.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

31. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächiger Entsiegelung von Parkplätzen, Schreiben des RR

[12.11.25 17:55:17, 23.5425.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Schluss der 36. Sitzung

17:55 Uhr

Protokoll

der 37. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 19. November 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Nicole Amacher (SP), Ismail Mahmoud (SP), Fina Girard (Grüne/jgb), Lukas Faesch (LDP), Georg Mattmüller (SP), Anouk Feurer (Grüne/jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

64. Resolution betreffend JA zur Realisierung des Nachtzuges Basel-Hamburg-Kopenhagen-Malmö! 3
32. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel, Schreiben des RR 8
33. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof, Schreiben des RR 10
34. Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NörV, Schreiben des RR 12
35. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen", Schreiben des RR 12
36. Interpellation Nr. 83 Stefan Wittlin betreffend Erhalt der historischen Gebäude auf dem Klybeck-Areal, Schreiben des RR 15
37. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking, Schreiben des RR 16
38. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen, Schreiben des RR 17
39. 39. 24.5022 Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli, Schreiben des RR 17
40. Interpellation Nr. 111 Nicola Goepfert betreffend undemokratisches Comeback des Autobahn-Rheintunnels, Schreiben des RR 18
41. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells, Stellungnahme des RR 19
42. Interpellation Nr. 91 Thomas Widmer-Huber betreffend Menschenhandel auch ab 2026 als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Basel-Stadt, Schreiben des RR 27
43. Interpellation Nr. 92 Lisa Mathys betreffend wieso führt eine emissionsintensive Töff-Parade mitten durch Wohnquartiere, Schreiben des RR 27
44. Interpellation Nr. 96 Joël Thüring betreffend Umsetzung des Verhüllungsverbots in Basel-Stadt, Schreiben des RR 28
45. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit, Stellungnahme des RR 29
46. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels – mehr Lernende im Bereich der Informations-und Kommunikationstechnik in der Verwaltung, Schreiben des RR 31
47. Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR 31

Beginn der 37. Sitzung

Mittwoch, 19. November 2025, 09:00 Uhr

64. Resolution betreffend JA zur Realisierung des Nachtzuges Basel-Hamburg-Kopenhagen-Malmö!

[19.11.25 09:00:05, 25.5491.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Morgensitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Vertretung in Kommissionen

Die Fraktion SP hat mitgeteilt, dass ab sofort für sechs Monate Jessica Brandenburger Zaira Esposito in der BKK und Seyit Erdogan Zaira Esposito in der Regiokommission vertreten wird. Zusätzlich wird ab 1. Februar 2026 bis 30. Juni 2026 Melanie Eberhard in der GSK durch Seyit Erdogan und in der Regiokommission durch Lisa Mathys vertreten.

Urteilsbegründung TC Old Boys

Wie bereits kommuniziert hat das Appellationsgericht den Rekurs von Daniel Berlin und weiteren Rekurrierenden gegen den Beschluss des Grossen Rates vom 11. Dezember 2024 betreffend Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse (Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West) abgewiesen. Nun liegt auch die schriftliche Urteilsbegründung dafür vor. Bei Interesse kann man diese beim Parlamentsdienst einsehen.

Jass-Turnier

Ich kann Ihnen mitteilen, dass der Sieg am letztwöchigen Jass-Turnier in Basel-Stadt geblieben ist. Ich gratuliere Felix Wehrli herzlich zum Sieg. [Applaus]

Balz Herter, Grossratspräsident: Dies waren meine Mitteilungen.

Wir kommen zur Traktandenliste und starten dort mit der Resolution von Tim Cuénod betreffend JA zur Realisierung des Nachtzuges Basel-Hamburg-Kopenhagen-Malmö. Die Fraktion SP hat einen Entwurf für eine Resolution aufgelegt, der Resolutionstext liegt Ihnen vor. Sie haben die Behandlung der Resolution auf die Tagesordnung gesetzt. Gemäss § 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden.

Wir starten mit den Sprechenden. Als erstes hat sich Erich Bucher als Fraktionssprecher für die FDP gemeldet.

Erich Bucher (FDP): Die FDP-Fraktion wird Nein zu dieser Resolution sagen. Es geht uns nicht primär um die Zuglinien nach Malmö, denn das ist ein unternehmerischer Entscheid, den die SBB selber in einem liberalisierten Zugsmarkt trifft, und wenn wir die Verträge mit Europa, die Bilateralen III annehmen, werden die Subventionen dann sowieso hinfällig werden. Nein, uns geht es eigentlich um das Image, das wir als Basel in Bern haben und jetzt sogar noch verstärken wollen. Wer immer für den Ausbau des Bahnknotens hier in Basel ist, darf die Motion heute nicht unterstützen. Wir überladen das Fuder in Bern, wir fordern, wir fordern, wir fordern. Heute ist die Möglichkeit da, jetzt zurückhaltend zu werden und realistisch zu bleiben, sonst heisst es dann in Bern wirklich, die Basler wollen das Weggli, wollen die Butter auf dem Weggli und gleichzeitig sogar noch das Verkaufspersonal. Wenn Sie also das Herzstück unterstützen und sicherstellen wollen, dass das irgendwann einmal gebaut wird, dann halten Sie sich jetzt mit der Finanzierung hier zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Vorneweg haben wir ja dieses Jahr gelernt, wie wichtig es ist, dass man gute Verbindungen hat nach Malmö, man kriegt dann zum Beispiel so einen mega schönen Mantel, habe ich mir gedacht, aber Spass beiseite. Wir von den Grünen unterstützen natürlich die Resolution. Obwohl wir sehen, dass die Wirkung in Bern vielleicht nicht extrem gross sein wird, sind wir absolut der Überzeugung, dass man dieser Streichung des Nachtzugs, dieser schädlichen Streichung etwas entgegensetzen muss. Wir als Kanton, der sich hohe Klimaziele gesteckt hat, aber auch wir als Schweiz, die sich diese Klimaziele steckt, kann nicht einen solchen Kompromiss, wo man wirklich als Kompromiss noch die 10 Millionen hat, dann wie auch noch aus dem Päckchen rauswerfen. Ich glaube, es braucht hier auch eine klare Haltung dafür, dass es Kantone gibt, dass es auch Bevölkerungen gibt, die das Angebot möchten, dass man hier ein klares Zeichen dafür setzt. Unser Kanton ist ein solcher Kanton, unsere Bevölkerung nutzt die Nachtzüge, das kann ich bestätigen. Das heisst nämlich auch nicht, dass man nicht mehr weiterhin fliegen darf, sondern dass wir dem Zug auch den nötigen Schub geben. Das ist eine wunderbare Möglichkeit, wie wir hier als Kanton ein Zeichen setzen können in diese Richtung, dass man dem Zug den Schub gibt, dass man die Sachen attraktiver machen kann und ich habe auch nicht das Gefühl, dass das unserem Image schadet, und unsere Fraktion auch nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Brigitta Gerber für die BastA.

Brigitta Gerber (BastA): Wir von BastA unterstützen die vorliegende Resolution aus verschiedenen Gründen, die ich gleich aufzählen werde, vorab danke aber dem Hauptantragsteller für seine Aufmerksamkeit. Ich selbst bin ein grosser Fan von Nachtzügen, sie sind bequem und luxuriös. Allerdings wollte ich vor zwei Jahren mit meinem Sohn eine Reise nach Amsterdam machen und dieses Erlebnis auch ihm näherbringen und der Schlafwagen war tatsächlich noch aus den 70er-Jahren, wie die Klebebilder an den Wänden dokumentierten. Leider hat es auf der Toilette auch so gestunken, als wäre seither nicht viel putztechnisch oder renovierungstechnisch gemacht worden.

Investitionen, nicht nur in den Zug, sondern vor allem in den Nachtzug, sind dringlich. Eine Streichung unverständlich, wie ja auch die Beliebtheit der Routen Berlin-Wien zeigen. Vor allem für uns in Basel ist so ein Zugnetz wichtig. Internationale Verkehrsnetze sind für eine Grenzstadt fast ebenso wichtig wie die gute regionale Anbindung, die als Argument genannt wird, um den Nachtzug wegzunehmen. Bequem, ökologisch und momentan weniger den zunehmenden Drohnenbedrohungen zum Beispiel, kann man auch nennen, ausgesetzt, die vor allem Flugzeuge und Flughäfen bedrohen. Dass der Bund seine Ambitionen hier aufgeben will, ist uns wirklich nicht verständlich.

Zudem ist seit letzter Woche zu hören, dass eine solche Subvention aus dem gleichen Topf gesprochen wird wie die Triebmittelunterstützung für den Flugverkehr. Eine Streichung der Subvention für die Nachtzüge würde gleichzeitig bedeuten, dass die Flugwirtschaft zusätzlich subventioniert wird. Dass die ständerätliche Finanzkommission dann vor ein paar Tagen kommunizierte, dass sie die im CO_2-Gesetz vorgesehene Förderung von Nachtzuglinien stoppen und das Geld stattdessen den Fluggesellschaften schenken will, ist ebenfalls vollkommen unverständlich. Sie verhindert damit nicht nur den Nachtzug nach Kopenhagen und Malmö, sondern zerstört auch jede Planungssicherheit für die SBB und torpediert den Ausbau des internationalen Zugverkehrs grundsätzlich.

Mit der vorliegenden Resolution hoffen wir, dass die Mitglieder der Eidgenössischen Räte ein Einsehen haben und die Unterstützung für den Malmö-Nachtzug sprechen und das Netz wie geplant ausbauen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt die Resolution auch ab aus ähnlichen Gründen wie die FDP-Fraktion. Nur ein paar Zahlen. Der Zug soll etwa 16 Stunden unterwegs sein von Basel bis Malmö. Mit dem Flugzeug fliegen Sie nach Kopenhagen heute schon in einer Stunde 50 und danach fahren Sie mit dem Zug vom Flughafen Kopenhagen nach Malmö in 40 Minuten. Das heisst, es wird nur Reisende, die den Weg als Erlebnis anschauen, anziehen können. Und ja, das gibt es und auch ich habe das schon toll gefunden, einen Nachtzug zu nehmen, wenn ich in die Ferien reise, das mag gemütlich sein, das mag Spass machen. All jene, die unter Zeitdruck sind, alle Geschäftsleute zum Beispiel, oder all jene, die ein langes Wochenende machen wollen in Malmö, und Malmö gibt wahrscheinlich nicht genug her für eine Woche oder zwei Wochen Urlaub, all jene also werden weiterhin mit dem Flugzeug gehen.

Schlussendlich kann uns das hier aber vollständig egal sein, wer den Zug nehmen will und wer das Flugzeug nehmen will. Jeder soll das machen, was er will, wofür er sein Geld aufwenden will, das ist nicht unsere Aufgabe. Aber was unsere Aufgabe auch nicht ist, das ist den Bundesparlamentariern zu sagen, wo sie mit 100 bis 200 Franken pro Passagier ein Angebot, das nur für eine Nische gedacht ist, unterstützen sollen. Aus diesen Gründen werden wir die Resolution nicht unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die LDP unterstützt diese Resolution, und zwar aus folgenden Gründen. Mit der Resolution, die heute hier auf dem Tisch liegt, haben wir eine Situation geschaffen, die sehr heikel ist. Lehnt das Parlament diese Resolution ab, werden wir den Entscheid in Bundesbern eigentlich schon vorwegnehmen. Wieso sollte das eidgenössische Parlament gegen den Willen von Basel-Stadt sagen, nein, diesen Zug wollen wir trotzdem, wenn wir uns nicht mal einig sind, und das finde ich sehr bedenklich. Wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit, sonst ist die Diskussion sowieso schon vom Tisch.

Grundsätzlich kann man Einwände haben gegen Nachtzüge, man kann Einwände haben gegen die Finanzierung dieser Nachtzüge, ich meine, es ist tatsächlich so, dass der Zug in Basel beginnt und die längste Reisestrecke nicht in unserem Land verkehrt, und dennoch wird er subventioniert von der Schweiz, von der Eidgenossenschaft. Aber es ist auch eine Ausmehrung, dass genau dieses Projekt am Ende obsiegt hat gegen alle anderen Verbindungen, die ebenfalls zum Beispiel von Genf nach Lyon geplant gewesen waren oder von Zürich gegen Osten hin. Die einzige Verbindung, die jetzt noch vorgesehen ist, ist genau die von Basel nach Malmö, die übrigens nicht einfach Basel-Malmö ist. Da gibt es einige auch sehr spannende und wichtige Stationen dazwischen wie Kopenhagen, die sehr interessant sind, gerade über den Nachtzug, wo die Reisedauer nicht eine wesentliche Rolle spielt, zu erreichen sind. Und die Preise sind wegen der hohen Subvention sehr kompetitiv, das heisst, man kann auch davon ausgehen, dass dieses Angebot genutzt wird und durch das dieses bescheidene Verlagerungsziel oder diesen Effekt auch umgesetzt werden kann.

Zu den Punkten von Erich Bucher möchte ich nur sagen, wir wollen ja hier nicht die Butter auf dem Brot und noch die Kirche auf der Torte, sondern die Realität sieht ja anders aus. Wir fordern und fordern und fordern nicht einfach ohne Grund. Unsere Bahnausbauten sind seit Jahrzehnten, und das sagt auch Professor Weidmann in seinem Bericht, eher unterproportional ausgebaut worden. Und das muss man dann schon auch auseinandertrennen, der Ausbau Bahnknoten Basel hat mit dieser Verbindung jetzt relativ wenig zu tun. Diese könnte nämlich auch direkt nächstes Jahr beginnen mit dem Betrieb, was bei den anderen Bauprojekten ja überhaupt nicht wahrscheinlich ist. Und darum, nehmen wir doch diesen Brotkrümel, den wir hier haben können, doch auf. Es ist auch für den Standort Basel interessant, wenn auf der anderen Seite nämlich in Kopenhagen Basel SBB steht. Das ist nicht nur touristisch interessant, sondern es ist auch so, dass man durch das die Sichtbarkeit unserer Stadt erhöhen kann.

Nachtzüge haben dennoch gewisse Vorteile, der Strom in der Nacht ist günstiger, man kann die Trassen benutzen, die am Tag verstopft sind, und es ist auch ein Ziel, das wir haben über unsere Bundesverfassung, dass wir diese Klimaziele erreichen möchten und das ist vielleicht ein bescheidener Beitrag dazu, darum würde ich dringend empfehlen, dass wir diese Resolution hier heute unterstützen, um nicht einen fait accompli zu schaffen in Richtung Bundesbern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Es scheint mir wichtig, wenn es um die Vertretung unserer Interessen in Bern geht, dass wir zum einen natürlich regelmässig präsent sind. Ich bin der Meinung, wir sollten Interessen durchaus mit einem gewissen Selbstbewusstsein vertreten, und wenn man gleichzeitig einfach, man hat jetzt bei den Nachtzügen eine Miniversion momentan, es war ursprünglich ein viel grosszügigerer Ausbau vorgesehen, und wenn man jetzt diese Verbindung, die für uns wichtig ist, ich denke, für eine Stadt wie Basel sind internationale Verbindungen wirklich ein Faktor, dann sollten wir auch unsere Basler Interessen ein bisschen selbstbewusst vertreten und sagen, es geht doch nicht, dass man gerade bei den internationalen Verbindungen so spart. Übrigens ist auch die Notwendigkeit, hier zu sparen, gesunken, die Steuereinnahmen beim Bund sprudeln erfreulicherweise offenbar deutlich mehr als erwartet.

Es ist auch im Basler Interesse, Michael Hug hat es genannt, wegen der Ausstrahlung dieser internationalen Verbindung und durchaus auch wegen des Tourismus. Gerade in Skandinavien gibt es viele Menschen, die, sagen wir, der Kurzzeitfliegerei eher abgeneigt sind und wo Nachhaltigkeit ein Faktor ist und wo quasi die direkte Erreichbarkeit durchaus sich positiv auswirken kann mit dem Zug auf Übernachtungszahlen in Basel und darüber hinaus.

Ein Grund für diese Resolution ist auch, mit was für absurden Argumenten in Bern gegen diese Verbindung argumentiert wurde. Sie konnten vorher sehen, dieser Zug hält auch in Hamburg, an verschiedenen dänischen Destinationen, bei Kopenhagen und in Malmö schlussendlich. Philipp Matthias Bregy, der Parteipräsident der Mitte, ich hoffe, es sind nicht alle Parteikollegen von ihm gleicher Meinung, hat gesagt nach dieser Entscheidung des Ständerates, ja, es gäbe ja überhaupt keinen Flug von Basel oder von Zürich nach Malmö und da gäbe es überhaupt keine Bedürfnisse. Man muss sehen, Malmö hat selbst nur einen Miniflughafen im Osten von Malmö, da fliegen irgendwie sechs, sieben Flieger pro Tag, aber der eigentliche Flughafen von Malmö ist Kopenhagen und von Basel aus fliegt fast jeden Tag ein Flug nach Kopenhagen, von

Zürich aus sind es sieben Flüge pro Tag, die nach Kopenhagen fliegen, und Sie erreichen vom Flughafen, der ist dort, wo Kastrup steht, dieser Flughafen, da erreichen Sie Malmö im Zug in 24 bis 26 Minuten, die Stadt Kopenhagen selbst in 12 Minuten. Also ist das natürlich ein Angebot für den Flugersatz, nicht für Business-Reisende, die sehr im Stress sind, aber für viele andere und Malmö ist ja eben durchaus auch ein Tor für Skandinavien. Ich kenne durchaus Leute, die auf dieser Strecke häufiger unterwegs sind und da wäre das nun wirklich ein attraktives Angebot.

Das ist ein Zeitungsbeitrag. Sie sehen hier die CO_2-Emissionen pro Person und Strecke. Erstens, was fällt auf? Da geht es von Bern aus, die CO_2-Emissionen von Nachtzügen sind noch einmal geringer als am Tag. Man bremst weniger, man fährt weniger an, es gibt verschiedene andere Gründe. Man reist auch nicht zu Zeiten, wo der Stromverbrauch sowieso schon wahnsinnig hoch ist, man entlastet damit auch die Nutzung tagsüber. Ich sehe diese Verbindung als kleinen Schweizer Beitrag zum internationalen Klimaschutz. Die ÖBB, die österreichischen Bundesbahnen, haben zum Beispiel ein sehr viel grosszügigeres Nachtnetz und dass wir es jetzt mal mit dieser einen Verbindung versuchen würden, hätte, denke ich, durchaus einen positiven Einfluss und wäre ein Beitrag auf der Nord-Süd-Verbindung, dass man wirklich auf die Fliegerei verzichten kann, wenn man nicht besonders im Stress ist, in besonders starkem Ausmass.

Ich denke, aus all diesen Gründen wäre es sinnvoll, dass wir gegenüber den eidgenössischen Räten ein klares Signal geben und das klare Signal ist, dass für uns in Basel diese internationalen Verbindungen wichtig sind, und das zweite klare Signal ist, dass es nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz ist, wo man effektiv gewisse Fliegerei reduzieren könnte, und dieser im europäischen Rahmen eine Rolle spielt, sondern auch für Basel, für uns jetzt eine gewisse regionale Bedeutung hat. Andere stehen auch selbstbewusst ein für ihre Regionalzüge, die zum Teil hochdefizitär sind. Für uns in Basel sind neben dem Ausbau des Agglomerationsverkehrs und neben der Realisierung des Herzstücks nun einmal die internationalen Verbindungen besonders wichtig und da ist der Nachtzug ein Teil davon und ich denke, dafür sollten wir wirklich offen einstehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Frei nach dem Motto, traue keiner Grafik, die du nicht selbst gefälscht hast, ist hier beim Flugzeug der Privatjet genommen, weil ich habe es nachgeschaut, EasyJet fliegt mit weniger als einem Viertel CO_2-Ausstoss als gemäss Ihrer Grafik.

Tim Cuénod (SP): Ganz so genau habe ich nicht nachgeschaut, es würde mich aber überraschen, wenn der Flugverkehr auf dieser Strecke einen deutlich geringeren CO_2-Ausstoss mit sich bringt als der Autoverkehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Tim Cuénod, Sie setzen sich sehr stark für diesen Zug ein. Ich wollte Sie fragen, kennen Sie jemanden in Malmö oder warum sind Sie so für diese Strecke? Ich kann Ihre Resolution unterstützen, ich wollte nicht sprechen, aber als Zugfahrer möchte ich mich hier auch noch äussern. Basel hat eine grosse Tradition als Eisenbahnknotenpunkt in der Mitte von Europa. Herr Amiet, ich nehme die Bahn, die Grünen auch und ich bin für diese Resolution. Es ist schon so, die Eisenbahn ist teurer als das Flugzeug. Ich zahle aber gerne mehr, weil ich nicht gerne fliege. Persönlich, Tim Cuénod, wenn man ein bisschen zurückschaut, ich bin ein bisschen älter als Sie, vermisse ich, und dieser Wunsch ist leider nicht in Erfüllung gegangen, ich war damals zu klein, heute würde ich es machen, ich vermisse den direkten Kurswagen Basel-Moskau. Der wurde ja vor 15, 20 Jahren abgeschafft und ich vermisse den Kurswagen Basel-Moskau, weil ich jetzt ein Halbjahres-Visum für Russland habe und man wegen diesen Sanktionen da schlecht hinreisen kann.

Ich bin ja für die Resolution, aber wir müssen dann zu Ihren Statistiken schon noch die Wahrheit sagen und als Gymnasiallehrer werden Sie mir zustimmen, dass ich eine Ergänzung anbringen darf. Sicherlich haben Sie vom Aspekt der Umwelt alles richtig gebracht und ich glaube Ihrer Statistik. Jemand hat gesagt, glaube keiner gefälschten Statistik, ausser du hast sie selbst gefälscht, aber die Statistik ist gut. Aber Sie haben etwas vergessen und das möchte ich Ihnen präsentieren und ich möchte Sie bitten, mir dann beim Schlusswort eine Antwort darauf zu geben. Ihre Sache ist gut, finde ich okay, aber Tim Cuénod, bitte seien Sie mir nicht böse, die Nachtzüge sind aus vergangener Zeit. Das ist vorbei, früher ist man mit dem Schiff in die USA gereist, heute machen das alle mit dem Flugzeug und ich muss sagen, wenn wir jetzt das haben, Basel-Malmö oder Basel-Skandinavien, nach Statistik nehmen nur 0,1% den Nachtzug und 99,9% aller Passagiere fliegen. Das sind Tatsachen, 99,9% sind halt keine Grünen und die nehmen ein Flugzeug und ich bin bei diesen 0,1% und nehme den

Nachtzug. Ich war jetzt diesen Sommer in Bulgarien und bin drei Tage mit dem EuroRail-Ticket durch Osteuropa gereist bis ans Schwarze Meer und wieder drei Tage zurück.

Und dann noch eine letzte Ergänzung. Sie haben gesagt, Sie sind gegen die Kurzflüge, aber wenn Sie jetzt auf die Landkarte schauen, Skandinavien-Schweiz ist kein Kurzflug. Ein Kurzflug ist Paris, Hamburg-Basel, Berlin-Basel, München-Basel, das sind Kurzflüge. Aber Skandinavien-Schweiz würde ich jetzt nicht als Kurzflug bezeichnen. Sie müssten ehrlich sein, das ist ein Mittelstreckenflug, es ist kein Langflug wie Basel-New York, Istanbul, Moskau, aber Skandinavien-Schweiz ist keine Kurzstrecke, das ist ein Mittelstreckenflug und da bitte ich Sie auch um Ergänzung. Und ich möchte einfach die Frage von Ihnen beantwortet haben, ob das stimmt, dass nur 0,1% Basel-Malmö mit dem Zug machen und 99,9% mit dem Flugzeug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich hätte auch Grün drücken können, aber ich rede keine zehn Minuten, also bleibe ich beim Einzelvotum. Generell bin ich skeptisch gegenüber dieser Resolution. Ich denke, eine Resolution sollte beschränkt sein auf Eingaben mit wirklich persönlicher Betroffenheit unseres Rates. Aber abgesehen davon finde ich, die Reiserei ist generell zu billig. Ob jetzt Züge oder Flugzeuge, wir sollten Reisen eher limitieren, weil ob jetzt der nördliche Wendepunkt, ob die Everglades, ob Interlaken oder andere Touristenorte, sie leiden, sie sind überschwemmt, auch die Bergsteigerei, Nepal, usw.

Das ist das eine, das andere ist, wir sollten die Fliegerei verteuern aus genau diesem Grund und nicht die Zugfahrten verbilligen. Es ist nicht in Ordnung, dass nach wie vor keine Emissionsabgaben bezahlt werden müssen von den Flugzeugen. Wir haben die in allen anderen fossilen Verkehrsbetrieben, aber nicht in der Fliegerei und dort müssen die Anstrengungen ansetzen und nicht in einem Nachtzug nach Malmö. Das finde ich vollkommen den falschen Ansatz und deswegen haben wir auch entschieden, hier ein Nein einzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tim Cuénod hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Andrea Strahm, von Kostenwahrheit im öffentlichen Verkehr sind wir derart weit entfernt und derart viele Linien sind direkt oder indirekt subventioniert, wir reden schon gar nicht von der Externalisierung der Kosten, dass man manches nicht gegeneinander zwingend so aufrechnen sollte. Es geht hier um eine attraktive Alternative zum Flugverkehr. Die Kerosinsteuerfreiheit ist momentan in internationalen Verträgen abgesichert. Ein Fraktionskollege von Ihnen sprach sogar von völkerrechtlichen Verträgen. Die abzuändern wird von der Schweiz aus, die wir ja nicht Mitglied der Europäischen Union sind, ganz schwierig. Hingegen einen kleinen Beitrag zu leisten, dass es attraktive internationale Verbindungen gibt, und wir profitieren ja auch davon, wenn die Österreichischen Bahnen zum Beispiel Nachtzüge anbieten, das liegt in unserer Hand, das kann man machen mit Subventionen, die nun nicht exorbitant sind.

Zum grösseren Kontext beantworte ich auch gerne noch die andere Fragen, ist es so, dass wir ein gewisses vorsichtiges Revival haben der Nachtzugverbindungen in Europa, dass das durchaus mehr werden könnte, gerade auch wegen der Überlastung vieler Strecken tagsüber, gerade in sehr dicht besiedelten Gebieten, wo sich das durchaus lohnen könnte, und wir als Schweiz einen kleinen Beitrag leisten könnten. Wie gesagt, ich finde es gerechtfertigt, dass wir hier unsere Basler Interessen vertreten.

Und um vielleicht doch noch etwas zu sagen, mich stört, wenn hier manche in Bern, und ich habe den Parteipräsidenten der Mitte Bregy genannt, mit Argumenten nun wirklich hier ins Feld ziehen, das ausspielen gegen kleine Regionalverkehrslinien in der Schweiz, das finde ich hoch problematisch auch für den Zusammenhalt des Landes. Es wird einen zweiten Bregy geben im Nationalrat, das ist kein Zweifel, aber ich hoffe, es sind vielleicht nicht 101, ich hoffe, es ist nicht eine Mehrheit und ich denke, wir brauchen von Basel ein starkes Signal, dass wir hier für unsere Interessen eintreten, dass aber auch dieser ökologische Umbau sinnvoll ist und dass man diesen kleinen Schritt des Einstiegs in den Nachtzug mit dieser einen Verbindung wagen soll. Ich würde mich freuen, wenn hier trotz mancher Voten heute ein klares Votum erfolgt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft, wir kommen damit zur Abstimmung. Für die Verabschiedung der Resolution braucht es ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst Nichtverabschiedung .

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007651, 19.11.25 09:32:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution zu Verabschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Zweidrittelmehr wurde erreicht, die Resolution wird verabschiedet.

32. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel, Schreiben des RR

[19.11.25 09:32:39, 23.5422.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Gemeldet hat sich Raffaela Hanauer als Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Die Fraktion Grüne/jgb beantragt Ihnen, den Anzug stehen zu lassen. Für die Biodiversitätsförderung im städtischen Raum ist bekanntlich jede Fläche relevant. In der Beantwortung der Regierung sind demnach auch die 15 prioritären Vernetzungsachsen erwähnt, es ist das Biotopverbundkonzept erwähnt und auch die Biodiversitätsstrategie. Die Ziele sind also eigentlich klar. Auch für das Regenwassermanagement ist jede Entsiegelung von Relevanz und auch für Vorbeugungsmassnahmen zur Erhitzung der Stadt ist jede Entsiegelung und Begrünung relevant. Es wird von Seiten der Regierung das Stadtklimakonzept erwähnt, auch dort sind die Ziele also eigentlich klar, die wir verfolgen.

Dieser Anzug geht genau in diese Ziele hinein und möchte, dass diese Ziele auch bei den Verkehrsinseln erfolgt werden. Umso ernüchternder ist es für die Fraktion Grüne/jgb daher auch, dass die Antwort des Regierungsrats sich vor allem auf die Probleme bei der Umsetzung der Forderungen fokussiert und nicht auf das, was tatsächlich möglich wäre. Vieles scheint in der Beantwortung aufgrund der Normen nicht möglich, jedoch wenn man sich mal auf das Mögliche fokussiert, dann steht eigentlich sehr viel in dieser Beantwortung. Rasengittersteine beispielsweise können auf Ausnahmetransportrouten eingesetzt werden. Natürlich gibt es da gewisse Lärmaspekte zu beachten, aber die Routen heissen ja eben auch genau Ausnahmetransportrouten, das sind also seltene Fälle. Es wird der Kunstmuseumskreisel genannt, der nicht entsiegelt werden kann. Dieser Kreisel ist ein sehr spezieller Kreisel, es ist sehr eng dort, es ist auch sehr verständlich in meinen Augen, dass dieser aufgrund der Ausnahmetransportrouten und des hohen Nutzungsdrucks dort nicht so einfach entsiegelt werden kann. Rasengittersteine wären jedoch vielleicht auch dort möglich gewesen. Und wenn man sich auf das Mögliche fokussiert, dann verweise ich gerne auf den Bundesplatz, dort gibt es einen Kreisel, der deutlich viel Entsiegelungspotenzial hätte, ganz ohne, dass die Ausnahmetransporte und ihre Fahrkurven davon betroffen wären.

Ich bin daher stark der Meinung, da geht noch mehr, man sollte sich auf das Mögliche fokussieren, auf das Positive und diese Ziele aus Stadtklimakonzept, Biodiversitätsstrategie, Biotopverbundkonzept vollumfänglich auch bei den Verkehrsinseln verfolgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Christine Keller das Wort.

Christine Keller (SP): Ich darf mich nun weitgehend der Vorrednerin Frau Hanauer anschliessen, die schon sehr vieles auch unserer Überlegungen gesagt hat. Vorab vielleicht, das gilt dann auch für meinen Anzug, unseren Anzug, der später kommt, ein, zwei Traktanden später. Biodiversität ist kein Nice-to-have, wir stehen vor einem Massenaussterben verschiedener Arten, ich glaube, es ist das Siebte der planetaren Geschichte und es ist einfach wirklich nötig, dass wir überall nach dem Maximum, so wie es Brigitte Kühne in ihrem Anzug schreibt, Sicherstellung des Maximums an Möglichen, dass das

umgesetzt wird. Es reicht nicht, auf Konzepte zu verweisen, die gut sind, die da sind, ohne jetzt wirklich die griffigen Massnahmen zu machen. Frau Kühne hat nach Normen gefragt, die anzupassen sind. Offensichtlich ist nicht beabsichtigt, der Biodiversität mit entsprechenden Normen Gewicht zu verschaffen, gesetzliche Normen, nicht nur Konzepte und Richtlinien, und ebenfalls lesen wir nichts Entsprechendes in dieser Antwort.

Hinsichtlich dieser Rasengittersteine bei Verkehrsinseln wird ohne nähere Spezifizierung auf höheren Lärm verwiesen. Raffaela Hanauer hat schon eindrücklich gesagt, es geht ja, wie der Name sagt, um Ausnahmesituationen bei Ausnahmefällen, weshalb logischerweise auch nicht mit einem Dauerlärm gerechnet werden muss und man deshalb nicht sagen kann, deswegen können nun keine solche Verkehrsinseln ökologisch umgestaltet werden. Es ist auch so, dass Biodiversität und Lärmschutz mindestens gleichwertig zu betrachten sind, man kann nicht einfach sagen, immer hat das eine den Vorrang, man muss das im konkreten Fall anschauen. Wie gesagt, die Biodiversität erfordert dringend verbindliche Massnahmen und das Schöne bei diesen Verkehrsinseln, etc. ist ja, dass hier kein Nutzungsdruck vorliegt. Also niemand hat ja das Bedürfnis, dort zu picknicken oder Fussball zu spielen.

Also ich sehe wirklich, dass dieser Anzug unbedingt stehen lassen werden sollte, zumal offenbar auch eine interne Arbeitsgruppe ja an der Arbeit ist. Und wenn das erfüllt ist, dann diese Anliegen von Frau Kühne des Anzuges, dann können wir ihn abschreiben, aber im Moment ohne etwas Griffiges in der Hand, sicher nicht. Meine Fraktion bittet Sie daher, diesen Anzug von Frau Kühne stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Wir haben es jetzt wirklich durch mehrere Voten schon gehört, es gibt schon alles. Wir haben das Stadtklimakonzept, jede aufgerissene Strasse wird durch eine riesengrosse grüne Brille angeschaut, es gibt x Fachstellen in der Stadtgärtnerei, im Tiefbauamt, im Städtebau, also mehr als erfüllt gibt es nun einmal wirklich nicht. Darum bittet Sie die LDP-Fraktion, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Ich darf hier auch für die BastA reden. Warum soll dieser Vorstoss, der notabene stillschweigend überwiesen wurde und der nicht erfüllt ist, abgeschrieben werden? Ja, er wurde ein paar Wochen vor der Abstimmung zu den Stadtklima-Initiativen Ende November 2023 überwiesen. Warum wurde er von allen Parteien ohne Gegenstimme und auch sogar vom Gewerbeverband unterstützt? Ich sage es Ihnen, begrünte Kreisel und Verkehrsinseln nehmen niemandem Platz weg, sie haben keine zusätzlichen Nutzungen wie unsere Plätze und Strassen, die bezüglich den unterschiedlichen Nutzungen von allen Seiten umworben werden.

Ich verstehe es nicht, warum sperrt sich unsere Verwaltung und insbesondere das Tiefbauamt so fest dagegen, gegen diese einfach zu erstellende Biodiversität, für die Entsiegelung und für den Menschen so wichtige kleinen Grünflächen? Oder der mit Schotter und Folie abgedeckte Kreisel wie derjenige beim Zoo Bachletten oder beim Kreisel Luzernerring-Flughafenstrasse, warum sollen sie geändert werden? Wenn ein Lastwagen, ein Auto, ein Schwertransporter mal aus Versehen darüberfährt, macht doch nichts. Aber seien wir ehrlich, wie häufig haben Sie dies schon erlebt, wie häufig gab es in der Verwaltung schon Reklamationen betreffend Lärm von überfahrenen Verkehrsinseln und wie häufig Reklamationen wegen unordentlichen, nicht gepflegten Verkehrsrestflächen? Wie viele Unfälle gab es beim Pflegen der langen Verkehrsinsel bei der Haltestelle Universität oder bei denjenigen bei der Oberwilerstrasse/Benkenstrasse? Ich würde diese Fragen als rhetorisch bezeichnen. Einfach die Pflastersteine weglassen oder entfernen, Humus rein, Schotter rein, eine biodiversitätsfördernde regionale Wildblumensaatmischung und gut ist es. Es gibt übrigens tatsächlich auch Saatmischungen, die vom VSS gemäss Norm des Schweizerischen Verbands des Strassen- und Verkehrsfachleute abgesegnet sind.

Und bitte kommen Sie mir nicht mit dem Argument, das sei ein pflegerischer Mehraufwand. Ein extensiveres Pflegeregime der Baumrabatten zum Beispiel nur einmal pro Jahr reicht vollkommen. Somit bleibt mehr Zeit, um einmal im Jahr die Kreisel oder die Verkehrsinseln zu schneiden. Ansonsten könnte man ja auch Freiwillige die Verkehrsrestflächen pflegen lassen, ich wäre auf jeden Fall dabei. Vielleicht braucht es auch einfach ein Pilotprojekt, das fordert, dass Verkehrsrestflächen nicht gepflegt werden und dann die Bevölkerung mittels Fragebogen wählen kann, ob sie einen Unterschied gemerkt hat. Sie sehen, meine Damen und Herren, ich werde wieder ein wenig ironisch. Und wissen Sie was, gerade über der Kantonsgrenze in Allschwil und Binningen lassen sich teils schon jahrelang blühende Verkehrsinseln und auch ganz neu erstellte begrünte Mikroverkehrsinseln finden. Da scheint es ganz selbstverständlich zu sein, begrünte Verkehrsinseln.

Lassen wir den Anzug stehen und geben damit zum Ausdruck, dass die Verkehrsrestflächen, denen keinerlei andere Nutzung zugeschrieben sind, als den Verkehr in die richtigen Bahnen zu lenken, dass diese grün werden. Grünes Basel, Basel blüht auf, zusammen sind wir Grünstadt, gemeinsam aufbrechen, gemeinsam aufblühen, um nur ein paar Stichworte respektive Initiativen in Basel zu nennen. Und jetzt, ich muss sagen, wieder ein bisschen ironisch, oder braucht es etwa eine Motion für das Gesetz betreffend Verkehrsrestflächen, diese kantonal zu ändern? Zum Schluss, keine Insel zu klein, um eine ökologische Aufwertung zu sein. Besten Dank für das Stehenlassen des Anzuges.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann Ihnen einfach kurz versichern, das Abschreiben ist weniger inhaltlich gemeint, also nicht, dass wir das inhaltliche Anliegen nicht teilen würden. Ich glaube, wir haben auch in der Antwort beschrieben, was eben schon läuft. Neben dem, dass wir die Grundsatzpapiere bereits haben, haben wir auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eben jetzt konkrete Verkehrskreisel auch prüft. Generell ist die Sensibilität bei künftigen Planungen gestiegen, aber wir sind der Meinung, dass die Inhalte des Anzugs insofern erfüllt sind, als dass die Fragen beantwortet sind. Wir haben eben diese Arbeitsgruppe eingesetzt, wir prüfen Kreisel, insbesondere diese, die in Biotopverbundachsen liegen. Wir brauchen keine alternativen Finanzierungstöpfe dafür, wir können das aus den laufenden Finanzierungen, auch aus dem Mehrwertabgabefonds finanzieren und eben diese Aufwertung erfolgt laufend. Und deshalb möchten wir den Anzug abschreiben lassen, nicht um diese Arbeiten zu beenden, im Gegenteil, sondern um daran weiterzuarbeiten.

Ich glaube, ich habe das auch schon erwähnt und ich werde das wahrscheinlich auch wieder beim Anzug von Christine Keller tun, es gibt ja andere Mittel, über diese Wege wir Ihnen auch wieder berichten über diese Entwicklungen. Ich denke da an Grünstadt Schweiz, wo wir uns für die Rezertifizierung. angemeldet haben, aber auch sonstige Reports beispielsweise im Zuge des Fernwärmeausbaus. Also wir sind da dran, wir bleiben dran, aber wir sind der Meinung, dass die Antworten im Anzug beantwortet sind und Sie über andere Arten und Wege erfahren, wie viele Flächen entsiegelt wurden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung. Raffaela Hanauer, Christine Keller und Weitere beantragen, den Anzug stehen zu lassen.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 49 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007653, 19.11.25 09:47:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 49 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

33. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof, Schreiben des RR

[19.11.25 09:47:35, 23.5329.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Frau Keller verzichtet auf ein Votum. Somit hat Béla Bartha als Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb das Wort.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Die Grünen und Junggrünen von Basel würden vorschlagen, diesen Anzug stehen zu lassen. Das Fazit in der Antwort der Regierung bringt es eigentlich auf den Punkt. Um darüberhinausgehende Verbesserungen aller S-Bahn-Verbindungen in beiden Richtungen von Deutschland und nach Deutschland zu erreichen, braucht es umfangreiche Infrastrukturanpassungen, wie zum Beispiel Tiefbahnhöfe, die aktuell auch in Planung sind. Der Regierungsrat setzt sich deshalb zusammen mit den in- und ausländischen Partnern mit grossem Engagement für einen schnellen und wirksamen Ausbau der Infrastrukturen im Bahnknoten Basel ein.

Wir alle wissen nun, dass Bern im Moment sehr darum bemüht ist, sämtliche Bestrebungen, die in eine solche Richtung weisen könnten, zu torpedieren. Statt klare Zeichen in Richtung Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene zu setzen, wird der Rheintunnel wieder aus der Mottenkiste gezaubert, die Subventionen für den Schienentransport derart gekürzt, dass sich die Lastwagen wieder von der Schiene auf die bereits verstopften Strassen ergiessen, die Nachtzüge abgeschafft und der Tiefbahnhof mit dem Herzstück, über das man durchaus noch diskutieren könnte, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Wie soll sich die Schweiz und vor allem auch unsere Regierung mit diesen Vorgaben aus dem Bundesamt von Herrn Rösti glaubhaft und im trinationalen Umfeld dafür einsetzen, dass man mit den Anschlüssen an den Alpentransit beispielsweise vorwärts machen soll? Wie soll man sich gegenüber Deutschland glaubhaft für einen CO_2-neutralen Transport einsetzen, wenn Bern mit der Brechstange versucht, die Elektromobilität abzuwürgen, indem man noch bevor ein erstes Elektromobil die Strasse berührt, gleich mit der Besteuerung derselben droht?

All das lässt uns in allfälligen Verhandlungen mit unseren europäischen Partnern, wenn es um die Erreichung allfälliger Klimaziele und CO_2-neutraler Verkehrspolitik geht, sehr schlecht aussehen und wird schliesslich nicht dazu führen, dass Daniel Hettich und auch ich aus Riehen in absehbarer Zeit mit der S-Bahn in einer vernünftigen Zeit vom Bahnhof Riehen an den Bahnhof SBB fahren können. Ein Glück, dass Basel-Stadt klare Klimaziele für 2037 gesetzt hat, an denen wir uns ausrichten können. Hier gilt es nun auch in Zukunft klare Kante zu zeigen gegenüber dem wankelmütigen Bundesbern, denn nichts ist für die Wirtschaft schädlicher, wenn die Spielregeln und die Rahmenbedingungen ständig nach Lust und Laune wieder geändert werden. Für uns ist das Anliegen dieses Anzuges symptomatischer Natur, es steht für eine Verkehrspolitik, die wir für die Zukunft benötigen und deren Durchsetzung wir unbedingt fördern und unterstützen wollen. Und deshalb sind wir für das Stehenlassen dieses Anzugs, der auch die Position von Basel und unserer Regierung gegenüber Bundesbern stärken soll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Es geht jetzt nicht um den Nachtzug nach Moskau, der ja leider abgeschafft worden ist, der auch über den Badischen Bahnhof gefahren ist. Ich bin auch für das Stehenlassen dieses Anzugs, weil man zum Beispiel mit dem Deutschlandticket gratis fahren kann in Basel. Also ich fahre mit dem Deutschlandticket Badischer Bahnhof-Lörrach, gehe dort einkaufen, komme wieder zurück und dann, obwohl ich nicht in Riehen wohne wie meine Vorredner oder ähnliche Leute, fahre ich gerne nach Riehen oder nach Lörrach und man kann etwa mit dieser S6 mit dem Deutschlandticket gratis fahren. Das muss man wissen und das ist billiger als das U-Abo. Wenn jetzt einer vom Grossen Rat pendelt, Basel-Riehen, nimmt er lieber das Deutschlandticket, dann kommt er billiger als mit dem U-Abo. Und darum bin ich auch für Stehenlassen dieses Anzugs. Man kann mit dem Deutschlandticket auch in Basel mit dem Bus 55 fahren oder mit dem Bus nach Grenzach-Wyhlen und es wäre schön, wenn man mit dem Deutschlandticket auch noch Tram fahren könnte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich lese, dass diejenigen, die jetzt auch für Stehenlassen plädieren, ich höre, dass das auch als Unterstützung gedacht ist für unseren Einsatz im Moment in Bern zugunsten des Bahnausbaus hier in Basel, ich danke sehr dafür, ich glaube, jetzt hier über diesen Anzug ein Zeichen zu setzen, wäre etwas indirekt, um es so zu formulieren. Ich denke, Sie können diesen Anzug hier mit gutem Gewissen abschreiben, weil wir da eben berichtet haben, wie wir die Aufenthaltszeit jetzt auch schon etwas reduzieren konnten und dranbleiben werden. Ich glaube, der Anzug ist insofern nicht so ein gutes Mittel, als dass es ja eben alle zwei Jahre prüfen und berichten. Ich denke aber, wir werden noch sehr froh sein um Unterstützung aus dem Parlament für den Bahnausbau hier in Basel und lassen Sie uns gerne über Optionen sprechen, wie wir das aufgleisen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Béla Bartha beantragt Stehenlassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 8 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007655, 19.11.25 09:54:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 83 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen.

34. Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NörV, Schreiben des RR

[19.11.25 09:55:04, 21.5839.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

35. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen", Schreiben des RR

[19.11.25 09:55:28, 23.5492.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Brigitte Kühne von der GLP hat sich als Fraktionssprecherin gemeldet.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen möchten diesen Anzug stehen lassen. Wie in der Beantwortung des Vorstosses geschrieben, es ist korrekt, dass nicht nur Rasen umgewandelt in Blumenwiesen auf magerem Substrat die Artenvielfalt erhöht, ja, auch Staudenrabatten, Hecken und Gehölzgruppen fördern durch möglichst vielfältige Lebensräume die Biodiversität. Blumenwiesen tönen für so einen Vorstoss ganz schön, wirklich gemeint ist aber eben die so dringend notwendige ökologische Aufwertung von Grünflächen und Lebensraumtypen. Die Bemühungen der Stadtgärtnerei seit 2020 stellen wir Grünliberalen nicht in Abrede. Wir sind dankbar dafür, dass der Kanton die Biodiversität proaktiv fördert. Meine Damen und Herren, jeder Quadratmeter Grün zählt, quasi jede Blüte, jedes Habitat fördert die Biodiversität.

Das Stehenlassen dieses Anzuges soll ganz einfach ein klares Zeichen setzen, wir wollen mehr davon, wir brauchen mehr davon, denn wir haben eine Biodiversitätskrise und wir brauchen ganz klar mehr biodiverse Stadtökologie. Und wie bitte? Gemeinsam mit Immobilien Basel-Stadt wurde in einem Pilotprojekt Rasenfläche in Blumenrasen und Magerwiesen

umgewandelt. Da braucht es doch kein Pilotprojekt. Okay, ich rede jetzt vielleicht als Landschaftsarchitektin, aber wir brauchen keine Pilotprojekte, es ist alles da, alles seit Jahren erprobt und erforscht. Die Akzeptanz der Bevölkerung stellt sich ein, wenn kommuniziert wird. Kommt hinzu, neben der Erhöhung der Biodiversität ergibt sich erst noch ein viel kleinerer Pflegeaufwand. Diese eingesparten Stunden können für die mechanische Bekämpfung der Neophyten verwendet werden.

Aus Sicht der Grünliberalen können wir den Anzug abschreiben, wenn es ganz selbstverständlich ist, dass Projekte auf Grundstücken der städtischen Immobilien im Finanzvermögen biodivers umgesetzt werden. Wenn diese aktuell geplanten Massnahmen für eine Fläche von 20’000 m2, wie der Regierungsrat schreibt, erfüllt sind. Sowie, wenn auf das Grünstadtaudit 2027 hin der Zustand und die Fortschritte bezüglich Biodiversität auf Grünflächen im Verwaltungsvermögen mittels eines gesamtstädtischen Controlling-Systems erfasst und gesteuert wird. Noch etwas Persönliches, ich freue mich insbesondere auf die 2’000 m2 neue biodiverse Grünflächen im Bachletten-Quartier und bin gespannt, wie diese aussehen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GRÜNE/jgb hat Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb will diesen Anzug stehen lassen. Lassen Sie mich kurz begründen, weshalb. In der Beantwortung des Regierungsrats werden sehr viele Massnahmen aufgeführt und diese nehmen wir wirklich wohlwollend zur Kenntnis. Ich bin sehr erfreut, dass hier einiges gegangen ist und ich bin auch der Meinung, dass das jetzt wirklich anerkannt wird, was der wertvolle Wert ist der Biodiversität. Die Grünen haben ja auch letztlich eine Initiative eingereicht, also Sie sehen, für uns ist es ein riesiges Thema. Von dem her sind wir sehr erfreut, dass es da in die richtige Richtung geht.

Trotzdem haben wir zwei Punkte in dieser Beantwortung, die uns dazu bewogen haben, trotzdem auf Stehenlassen zu votieren. Erstens wird erwähnt, dass der Pflegebedarf wegen der Bekämpfung der Neophyten zu Mehraufwand führt. Das denke ich auch, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, ich mache auch freiwillig Einsätze zur Bekämpfung der Neophyten, die sich da überall ausbreiten, und ich denke, es ist auch eine Chance dann für den Regierungsrat und die Verwaltung, hier bei der nächsten Beantwortung dieses Anzugs zu sagen, welche Strategien sie da anwenden, was hat Erfolg gehabt und wo könnten wir oder müssen wir noch weitere Massnahmen treffen. Das ist der eine Punkt, ich denke, das ist ein gutes und wichtiges Thema hier für den Kanton.

Das zweite ist, das hat jetzt Brigitte Kühne auch schon erwähnt, das sind die Pilotprojekte. Da haben sich mir auch die Nackenhaare ein bisschen gesträubt. Ich denke, das muss man nicht testen, das ist anerkannt, das machen schon andere schon seit längerer Zeit, da kann man sich das Know-how holen bei Landschaftsgärtnerinnen und Landschaftsgärtnern, die fortschrittliche Pflegemassnahmen umsetzen. Ich erwarte da eben auch, dass es dann zum Standard wird, da ist mir die Antwort wirklich zu vage. Da steht, ja, wir werden da weitere Pilotprojekte oder weitere Flächen ausprobieren. Ich erwarte da wirklich, dass der Regierungsrat und die Verwaltung sagen, nein, das ist jetzt Standard und wir werden das, was weiss ich was, in den nächsten fünf Jahren überall umsetzen, wo der Kanton Eigner ist, da haben wir ein grosses Potenzial im Finanzvermögen bei der IBS. Und das würde mich dann wirklich freuen, wenn in der nächsten Beantwortung in zwei Jahren, wenn es stehen gelassen wird, dann wirklich drinsteht, ja, wir haben da Richtlinien für alle vom Kanton bewirtschafteten Immobilien, das wird jetzt ab sofort so gemacht.

In unserem Sinne sollten wir wirklich dranbleiben bei diesem wichtigen Thema, die Biodiversität ist wirklich unter Druck, weltweit, aber auch hier im Kanton, und als Zeichen, dass der Kanton und die Verwaltung da dranbleiben, möchten wir wirklich diesen Anzug stehen lassen und wir bedanken uns für Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Christine Keller das Wort.

Christine Keller (SP): Ich beantrage Ihnen natürlich auch namens der SP das Stehenlassen dieses Anzuges. Auch hier wurde seitens meines Vorredners und meiner Vorrednerin schon vieles wichtiges gesagt, ich wiederhole mich auch selbst nochmals. Die Biodiversitätskrise ist wirklich ein Ernstfall, es geht nicht um Nice-to-have, wir müssen handeln, es handelt sich um eine Bedrohung wie die Klimakrise. Bei diesem Anzug geht es mir, Regierungsrätin Esther Keller hat ja schon angedeutet, dass sie das auch jetzt anschliessend bei meinem Anzug sagen wird, es geht nicht einfach um Berichterstattung, natürlich schätzen wir auch diese, aber es geht darum, dass wirklich verbindliche, messbare Ziele genannt werden mit einem Controlling, wie es Brigitte Kühne gesagt hat. Um das geht es. Und wie Harald Friedl gesagt hat, ist das Ganze trotz guten Absichten, die in keiner Art und Weise bestritten werden sollen, einfach noch zu vage und zu unverbindlich.

Wir müssen unterscheiden bei diesem Anzug, anders als bei dem von Brigitte Kühne vorher, dass es hier Nutzungskonflikte geben kann. Es gibt zum einen Teil die biodiverse Gestaltung der Grünflächen, die aufgrund ihrer Grösse, ein kleines Wieslein zum Beispiel beim Kreisel Wettsteinallee hinten, nicht für Sport oder sonstige Aktivitäten gedacht sind und solchen, die das sind, wo Menschen und Hunde spielen und wo Picknicks veranstaltet werden, wo Fussball gespielt wird. Bei denen, die für das nicht in Frage kommen, fallen mir einfach Unterschiede auf. Beispielsweise bei mir in der Wettsteinallee werden einige Grünflächen jetzt deutlich weniger als früher gemäht und eine vielfältige Bewachsung zugelassen. Man lässt auch Brennnesseln, Löwenzahn zu, bei den bunten Wiesen geht es nicht nur um schöne Blumen für das Auge, sondern Brennnesseln und Löwenzahn haben eine grosse Bedeutung für die Biodiversität. Also hier im Wettsteinquartier mit Ausnahmen ein guter Eindruck. Jeden Freitag fahre ich aber durch die Gellertstrasse, dort ist in der Mitte eine Grünanlage, aufgrund von ihrer Kleinheit in erster Linie für Hundeversäuberung verwendet, was ich so sehe, aber erstaunlicherweise deutlich vermeintlich gepflegter mit optisch schönem, aber eben biodiversitätsmässig äusserst nicht wertvollem Rasen. Der berühmte englische Rasen, vielleicht nicht gerade so, dass er im Gartenjournal abgebildet werden könnte. Im ganzen Kanton sind kaum anzutreffen die wirklichen bunten Wiesen mit Modellcharakter, wo man auch vielleicht mit den Kindern hingehen kann und das studieren kann, das gibt es noch nicht. In Riehen werden in einem Rahmen eines Projekts «Blumenwiesen für die Schweiz», da hat die Gemeinde im März 2023 angekündigt, dass sie gezielt öffentliche Rasenflächen in Blumenwiesen umwandeln will durch das schon mehrfach gesagte niederschwellig mögliche Aussäen von gebietsheimischen Wildblumenmischungen. Und das wäre ja auch in der Stadt Basel möglich, neben oder im Rahmen von Grünstadt Basel.

Wie gesagt, es werden gute Absichten geäussert, aber kein einziges konkretes Projekt. Es wird, Harald Friedl hat es schon gesagt, auf den erhöhten Aufwand bei der Pflege zufolge der manuellen Beseitigung von Neophyten verwiesen. Ja, das ist sicher Knochenarbeit, ich hatte auch einen Götterbaum im Nachbargarten, wir durften dessen unzählige Schösslinge auch immer rausreissen, hat aber von mir aus gesehen sehr wenig damit zu tun mit der biodiversen Umgestaltung. Diese Arbeit fällt an und ein allfälliger erhöhter Pflegeaufwand muss angesichts der Krise einfach in Kauf genommen werden, da kann man nicht sagen, ja, aber dann haben wir mehr zu tun. Aber in aller Regel dürfte es so sein, wie meine Vorredner*innen beide gesagt haben, dass ja Wiesen zufolge seltener Mahd und andere weniger pflegeintensiv sind als Rasen.

Dann haben wir im zweiten Punkt des Anzuges noch nach Massnahmen gefragt, nach der Prüfung und Verwendung von trittfesten und klimafreundlicheren Alternativen für jene Grünflächen, die durchaus als Sport- und Spielfläche gedacht sind und wo eine Wiese ausscheidet. Auch hier leider wenig konkrete Antworten. Zunächst wird dem Klee oder Mikroklee grundsätzlich die Eignung abgesprochen, später wird dann ausgeführt, dass aber für abgegrenzte Sportflächen durchaus als Alternative ein Kleegras-Rasen geeignet ist. In der Regel sind Sportplätze ja schon eher abgetrennt. Dennoch wird keine konkrete Zusicherung zur Förderung gemacht. Es wird nicht einmal eine Absicht geäussert in diesem Punkt.

Somit zusammenfassend, gute Absichten, keine messbaren verbindlichen Ziele. Wir wären bereit, das dann mit Freude abzuschreiben, wenn dies vorliegt, wenn Ziele formuliert und erreicht worden sind und ein Controlling vorliegt. Deshalb möchte ich Ihnen gerne im Einklang mit den Vorsprechenden beantragen, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat Felix Wehrli das Wort.

Felix Wehrli (SVP): Danke, Christine Keller, dass Sie Riehen erwähnen, wir machen das, das habe ich verfügt. Sie können in Riehen auch Neophyten eintauschen und bekommen einheimische Pflanzen gratis. Ich kann aber nicht verstehen, dass ein Anzug immer wieder stehen gelassen wird, wenn die Regierung klar aufzeigt, dass sie daran ist, diesen zu erfüllen und natürlich kann man das nicht von heute auf morgen, das sollte auch denen klar sein, die den Anzug stehen lassen wollen und die Verwaltung weiter beschäftigen mit etwas, was nicht notwendig ist.

Der Anzug «Bunte Wiesen statt Rasen», der sich für mehr Biodiversität auf öffentlichen Grünflächen einsetzt, ist auch mir und meiner Fraktion ein wichtiges und sympathisches Anliegen, denn wer freut sich nicht über blühende Wiesen, summende Insekten und mehr Vielfalt in unseren Siedlungen. Der Regierungsrat beantragt jedoch, den Anzug abzuschreiben und dieser Antrag ist gut begründet. Warum, weil das Anliegen bereits aufgenommen und nicht nur in Riehen, sondern auch in der Stadt umgesetzt wird. In den letzten Jahren hat sich auf diesem Gebiet viel getan. Nebst den öffentlichen Betrieben haben auch private Eigentümerinnen und Eigentümer erkannt, dass artenreiche Grünflächen ökologisch wertvoll und langfristig auch pflegeleichter sind. Der Kanton hat auch entsprechende Richtlinien und Empfehlungen ausgearbeitet, Schulungen werden angeboten und Pilotprojekte unterstützt. Diese Massnahmen zeigen bereits heute Wirkung. So finden wir vielerorts statt monotoner Rasenflächen wieder bunte, blühende Wiesen, die Lebensraum bieten für Bienen, Schmetterlinge und viele andere Arten.

Der Regierungsrat hat aus meiner Sicht überzeugend dargelegt, dass keine weiteren Schritte notwendig sein werden. Das Ziel mehr Biodiversität statt Grünflächen wird bereits umgesetzt, und zwar effizient, pragmatisch und mit breiter Unterstützung. Das Anliegen lebt weiter, nicht nur im Anzugstext, sondern in der täglichen Praxis von Basel, Riehen und auch Bettingen, den dortigen Fachstellen und engagierten Bürgerinnen und Bürger. Darum ist es richtig, den Anzug im Sinne

des Regierungsrates nun abzuschreiben. Wenn es Ihnen zu wenig schnell geht oder wenn Sie erkennen, dass vielleicht nichts mehr gemacht wird, das wird nicht der Fall sein, dann können Sie gerne wieder einen Anzug einreichen, die Verwaltung beschäftigen und den Regierungsrat auch. Haben Sie Vertrauen ein bisschen mehr in Verwaltung und Regierung, in die Exekutive, dann geht das auch alles viel besser.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier wieder vielen Dank, ich höre auch viel Unterstützung in den Voten jetzt zum Thema Biodiversität, dass man den eingeschlagenen Weg sieht und uns auch unterstützen möchte, diesen weiterzugehen. Vielleicht zum Controlling, die Rezertifizierung Grünstadt, das ist ein relativ umfassendes Controlling im eigentlichen Sinne, weil diese Auditoren sehr detailliert schauen, ob wir in verschiedenen Bereichen die Bedingungen erfüllen oder nicht und da haben wir ja den Goldstandard erreicht letztes Jahr und möchten den verteidigen und wir möchten auch besser werden. Also schon heute ist ein Controlling in dem Sinne in Kraft über diese Rezertifizierung.

Und noch ganz kurz zu den Pilotprojekten, die Sie aufgeschreckt haben, ich verstehe, dass Sie über diesen Begriff gestolpert sind. Ich denke, man muss ihn auch so lesen, dass wir hier natürlich jetzt nicht rein in der Stadtgärtnerei oder innerhalb des BVD unterwegs sind, sondern über verschiedene Departemente hinweg Lösungen suchen müssen, möchten, namentlich eben auch mit den Grünflächen im Finanzvermögen, und da sind, glaube ich, schon gemeinsame erste Projekte nötig, um zu zeigen, dass es eben auch im Unterhalt und auch in den Rückmeldungen der Menschen, die sie dann nutzen, diese Wiesen, dass das gut ausfällt. Also ich denke, Pilotprojekt nicht im Sinne davon, dass man beweisen muss, dass es funktioniert, sondern dass man das eben auch hier so macht, departementsübergreifend.

Die Regierung ist der Meinung, dass wir eben mit der Rezertifizierung von Grünstadt auch wieder dieses Controlling haben und in diese Richtung bereits arbeiten und bittet Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Brigitte Kühne und Weitere beantragen, den Anzug stehen zu lassen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007658, 19.11.25 10:14:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 53 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

36. Interpellation Nr. 83 Stefan Wittlin betreffend Erhalt der historischen Gebäude auf dem Klybeck-Areal, Schreiben des RR

[19.11.25 10:14:22, 25.5340.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Stefan Wittlin (SP): Ich möchte mich beim Regierungsrat und bei Ihnen, Esther Keller, bedanken für die Beantwortung dieser Interpellation. Ich habe diese Anfang Sommerferien eingereicht, nachdem der Regierungsrat mitgeteilt hatte, dass drei historische Gebäude auf dem Klybeckareal aus dem Inventar der schützenswerten Gebäude entlassen werden. Ich wurde da aufgeschreckt, weil diese historischen Gebäude ein zentraler Bestandteil auch der Überlegungen, wie sich dieses Gebiet in Zukunft entwickeln soll, sind und ich habe mich erkundigt, was denn die Umstände sind.

Ich möchte zwei Fragen und Antworten hier herausgreifen. Erstens, die Frage, welche konkreten Schadstoffe denn gefunden wurden bzw. welche Gebäudeschadstoffe es verunmöglichen, diese Gebäude trotz Sanierung weiter zu nutzen. Und da bin ich vorerst enttäuscht von der Antwort, weil die Antwort, die ist noch nicht da, die wurde in Aussicht gestellt. Der Regierungsrat schreibt, dass der Kanton beabsichtige, die in diesem Zusammenhang erstellten Bundesgutachten noch zugänglich zu machen. Das ist wichtig, dass das erfolgen wird, bis das erfolgt ist, können wir aber nichts dazu sagen. Ich kann mir schlicht nicht vorstellen, welche Schadstoffe das sind. Es ist offensichtlich etwas ganz anderes als das, was wir unter gängigen Gebäudeschadstoffen wie beispielsweise Asbest kennen, wo eine Sanierung nötig ist bzw. solange diese Stoffe gebunden sind, ist nicht mal eine Sanierung nötig, wenn es eine Veränderung gibt, dann ist diese Sanierung nötig und dann können aber die Gebäude in aller Regel weiter genutzt werden. Das scheint hier anders zu sein, ich bin sehr gespannt, um welche Schadstoffe es hier geht. Ich bin selber kein Experte, aber sobald diese Informationen vorhanden sind, werde ich das sicher genauer anschauen.

Dann die zweite Frage, die ich herausgreifen möchte, ist die Frage, mit welchen rechtlichen Mitteln ein Erhalt von Gebäuden überhaupt erzwungen werden kann, abgesehen von einer Unterschutzstellung. Da fiel die Antwort sehr kurz aus, aber grundsätzlich positiv, nämlich dass das möglich sei, sowohl in Bebauungsplänen wie auch in städtebaulichen Verträgen. Das hat mich sehr überrascht, weil wir gerade kürzlich in der Beratung des Bebauungsplans Roche Südareal uns sehr intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt haben, welche rechtlichen Mittel denn bestehen, um ein Gebäude zu zwingend zu erhalten, wenn eben kein Vertrag zustande kommt, und diese rechtlichen Grundlagen, die sind wahrscheinlich doch nicht so vorhanden. Ich habe mir erlaubt, im Nachgang an die Beantwortung der Interpellation mich per E-Mail auch noch bei Regierungsrätin Esther Keller zu erkundigen, wie das denn genau aussieht. Besten Dank auch für die Beantwortung dieser Frage. Nun, es ist nicht ganz einfach. Die Schlussfolgerung ist, dass ein Erhalt eines Gebäudes immer im Einvernehmen mit der Grundeigentümerschaft erfolgen sollte. Wenn dieses Verständnis und dieses Einverständnis bei der Grundeigentümerschaft da ist, dann ist es ja gut, aber wenn es mal nicht so ist, was sind denn die Mittel, die wir auch hoheitlich haben. Diese Frage bleibt ein Stück weit unbeantwortet. Wir werden sicher an diesem Thema dranbleiben. Ich denke, im Klybeckareal wird das ein entscheidendes Thema sein, wie diese restlichen historischen Gebäude geschützt werden können.

Nun, eines dieser drei jetzt entlassenen Gebäude, der Bau 90, da ist es nicht ausgeschlossen, dass er weiter genutzt werden kann. Vielleicht kennen Sie dieses Gebäude, das wurde eigentlich zur Ikone erst durch die Erdbebensanierung mit einem grossen Stahlfachwerk an der Fassade. Ich möchte den Regierungsrat bitten, sich hier intensiv dafür einzusetzen, dass dieses wichtige Gebäude, das direkt am neuen Klybeckplatz stehen wird, erhalten werden kann und ich bedanke mich für diese Arbeit. In diesem Sinne erkläre ich mich als teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

37. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking, Schreiben des RR

[19.11.25 10:19:46, 23.5114.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in einer ersten Runde, Luca Urgese hat für die FDP das Wort.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte mit einem Dank beginnen, einem Dank an das BVD, das diesen Anzug sehr sorgfältig geprüft hat, das sieht man, wenn man die Antwort liest, und auch versucht hat, Out of the box zu denken, kann man so

sagen, versucht, da überlappende Bebauungspläne zu prüfen, ob es irgendwie so möglich ist, hier eine Lösung zu finden. Dass es nun offensichtlich nicht möglich ist, dieses Roche-Parking zu erhalten, obwohl eigentlich der politische Wille dazu mutmasslich durchaus vorhanden gewesen wäre, ist sehr bedauerlich, aber das muss man dann halt am Schluss akzeptieren, wenn es wirklich nicht anders geht.

Nun, das Parkplatzproblem bleibt natürlich ungelöst, der Mangel an Parkplätzen bleibt weiterhin bestehen, der Suchverkehr ist da mit allen negativen Auswirkungen auf die Nachbarschaft, auf die Umwelt, etc. Und das anerkennt ja auch der Regierungsrat, er hat uns ja einen Ratschlag vorgelegt betreffend Quartierparkings, wie er da vorgehen möchte. Hier kann man natürlich sagen, er macht das sehr langsam. Der Vorstoss, der diesen Ratschlag angestossen hat, der ist doch immerhin schon sechs Jahre alt und es hat sechs Jahre gedauert, bis dann der Regierungsrat zum Schluss gekommen ist, dass man einerseits ein Parkplatzkataster braucht, um überhaupt das vorantreiben zu können, und dass man vielleicht auch mit Arealbesitzenden sprechen sollte und mit ihnen das Gespräch suchen sollte, ob es möglich ist, auf diesen Arealen Quartierparkings zu schaffen. Ich weiss nicht, ob das wirklich sechs Jahre gebraucht hätte, aber immerhin ein kleiner Schritt vorwärts.

Was wir aber brauchen sind möglichst rasch konkrete Projekte, die vorangetrieben werden können und deshalb kann ich bereits jetzt ankündigen, dass ich mit einem neuen Vorstoss kommen werde. Dieser Anzug, der kann abgeschrieben werden, dagegen wehre ich mich nicht, aber ich werde mit einem neuen Vorstoss kommen mit konkreten Vorschlägen, wo man insbesondere zum Kleinbasel mögliche Quartierparkings platzieren könnte. Ich versuche da ebenfalls ein bisschen Out of the box zu denken, vielleicht wenn dann irgendwann die Haltestelle Solitude kommt, dass man da unterirdisch, wenn man sowieso schon gräbt, dass man noch etwas tiefer gräbt und da noch ein Quartierparking hin tut, oder vielleicht wenn man sowieso das Gebiet im Rankhof weiterentwickeln will, dass man dort etwas tun könnte, aber das werden Sie dann zu gegebener Zeit von mir lesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

38. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen, Schreiben des RR

[19.11.25 10:22:52, 23.5423.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

39. 39. 24.5022 Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli, Schreiben des RR

[19.11.25 10:23:12, 24.5022.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

40. Interpellation Nr. 111 Nicola Goepfert betreffend undemokratisches Comeback des Autobahn-Rheintunnels, Schreiben des RR

[19.11.25 10:23:40, 25.5452.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Nicola Goepfert (BastA): Wir kennen die Geschichte, es wurde jahrzehntelang geplant an verschiedenen Autobahnprojekten, auch am Rheintunnel. Es kam vor nicht einmal einem Jahr zur Abstimmung, das war ein grosser Erfolg, sowohl schweizweit wie auch in Basel. Die fossilen Projekte wurden abgelehnt und nicht mal ein Jahr darauf kommt der Rheintunnel und auch die anderen Projekte wieder aufs Parkett. Ich habe nachgefragt, wie der Regierungsrat zu diesem bedenklichen Vorgehen auch auf nationaler Ebene steht und die Antwort der Regierung ist äusserst bedenklich. Wenn das Herzstück, das Lieblingsprojekt der Regierung, runterfällt, dann finden Sie das nicht nachvollziehbar und Sie werden super aktiv. Wenn aber der Volkswille missachtet wird, dann sehen Sie kein Problem, wen interessiert schon, was die Bevölkerung will. Passend dazu war auch der gemeinsame Auftritt mit der Handelskammer. Schon spannend, dass Sie sich lieber mit den Verlierern der Abstimmung zusammentun und nicht mit uns und der Mehrheit der Basler Stimmbevölkerung. Es wirkt so, als wäre die Strategie insgeheim, das Herzstück zu bekommen, indem man den Rheintunnel schluckt.

Der Regierungsrat schreibt, dass mit Blick auf die Zielsetzung aus Sicht von ihm der Einbezug der Projekte aus dem abgelehnten Nationalstrassenpaket in die Gesamtstudie nachvollziehbar sei. Was findet der Regierungsrat genau nachvollziehbar? Dass man eine Studie gemacht hat oder das Resultat davon? Rösti hat Weidmann vorgegeben, dass 9 Milliarden in die Autobahn verlocht werden müssen, weil man nicht frei war, eine gute Gesamtlösung zu suchen, sondern innerhalb der Kategorie Autobahn priorisieren musste. Findet es der Regierungsrat nachvollziehbar, dass Projekte wieder aufgenommen werden, die von der Bevölkerung abgelehnt wurden? Ist das das Demokratieverständnis unserer Regierung? Der Regierungsrat würde bei einer allfälligen Positionierung sowohl die Ereignisse der Volksentscheidung vom letzten November und weiteres berücksichtigen. Ja, es ist Zeit, sich zu positionieren und wenn Sie das wirklich ernst meinen, ist die Positionierung auch klar, und zwar gegen den Autobahnausbau.

Kritisch ist auch, dass das Netto-Null-Ziel bei der Beurteilung der Positionierung nicht mal genannt wird. Die Mittel zur Finanzierung der Nationalstrassenprojekte und diejenigen für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs entstammen unterschiedlichen Finanzierungsquellen und können nicht für andere Zwecke als vorgesehen eingesetzt werden, schreibt der Regierungsrat. Erstens, er könnte sich ja für eine Gesetzesänderung auf nationaler Ebene aussprechen, das würde sowieso seinem Auftrag mit dem Netto-Null-Ziel bis 2037 entsprechen. Und zweitens wäre es tatsächlich schon heute möglich, Gelder von den Autobahnen zum Agglomerationsprogramm, sei es zum Beispiel zu Tramlinien, zu verschieben.

Der Regierungsrat würde sich auch in direkten Gesprächen über die zuständigen Gremien dafür aussprechen, dass für den Ausbau der Bahn mehr Mittel als vorgesehen gesprochen werden. Warum engagiert sich dann der Regierungsrat so stark bei dem Ausbau des Herzstückes, warum nicht gegen den Rheintunnel? Er scheint es ja zu können, sich für die Anliegen des Kantons einzusetzen. Im Gegensatz zum Autobahnausbau gab es beim Herzstück nie eine Abstimmung darüber, das Mandat bei den Autobahnen wäre also einiges grösser. Sowohl die Massnahmen zum Ausbau, ich zitiere nochmals aus der Antwort des Bahnknotens, als auch der Nationalstrassen handelt es sich um Projekte des Bundes. Der kantonale Verfassungsauftrag Netto-Null bis 2037 ist deshalb nicht in die Priorisierung der ETH eingeflossen. Ja, das stimmt, aber auch das Klimaziel des Bundes ist nicht eingeflossen und mindestens das müsste die Regierung scharf kritisieren, statt es einfach schulterzuckend zur Kenntnis zu nehmen.

Auf die Frage, ob der Regierungsrat eigene Analysen und Studien in Auftrag geben möchte, sagt er Nein, beim Rheintunnel handelt es sich um ein Projekt des Bundes. Und somit hat es nichts mit uns zu tun, der Mehrverkehr, die grossteilige Zerstörung der Dreirosenmatte, die riesige Baustelle oder die Klimakrise. Der Regierungsrat zeigt ja gerade beim Herzstück super auf, wie er sich für kantonale Anliegen einsetzen kann, das soll er jetzt endlich auch gegen Rheintunnel machen, wie es der Wille der Basler Bevölkerung ist. Das Nein zum Rheintunnel bleibt ein Nein zum Rheintunnel, Punkt.

Ich bin nicht zufrieden mit dieser Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

41. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells, Stellungnahme des RR

[19.11.25 10:29:15, 25.5232.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Lassen Sie mich mit den Gemeinsamkeiten beginnen. Wir alle wollen das Gleiche, Sicherheit im Stadion, Freude am Fussball, Emotionen, aber keine Gewalt. Wir wollen Spiele, die verbinden, nicht solche, die Angst machen. Dass Fussball auch anders geht, haben wir vor kurzem erlebt während der Frauen EM. Dieses Turnier war ein Höhepunkt für die Schweiz, für unsere Nationalmannschaft und für Basel als Host City. Es war ein Fest des Sports, friedlich, fröhlich und inspirierend. Es hat gezeigt, dass Leidenschaft und Respekt sich nicht ausschliessen und dass Fussball Grosses bewirken kann, wenn alle am gleichen Strang ziehen. Doch schon die ersten Wochen und Monate nach der Women's Euro haben wir leider gemerkt, dass diese Idealvorstellung im Männerfussball, dass wir von der noch weit entfernt sind. In Genf kam es bereits zum Saisonauftakt zu Schlägereien zwischen rivalisierenden Fangruppen. Beim Cupspiel zwischen YB und Aarau wurden Menschen durch Pyrotechnik verletzt und die Polizei musste eingreifen, um Schlimmeres zu verhindern. In Zürich müssen Journalistinnen und Journalisten anonym berichten, weil sie nach Artikeln über die sogenannte Fankultur bedroht wurden. Und hier in Basel hat die UEFA den FCB wegen Vorfällen im Joggeli sanktioniert, mit einer Busse und einer Sektorensperrung auf Bewährung nach dem Spiel gegen den VFB Stuttgart.

Meine Fragen an Sie, finden Sie all dies normal? Gehen Sie davon aus, dass Ihre Sicherheitsbehörden solche Zustände einfach hinnehmen? Haben Sie die besorgten und verängstigten Stimmen der Personen gehört, die im Familiensektor von gewaltsamen Aufeinandertreffen betroffen waren am Spiel gegen Stuttgart? Sie erwarten zu Recht, dass wir bei der Verkehrssicherheit, bei der häuslichen Gewalt oder bei Gewaltdelikten im öffentlichen Raum Massnahmen ergreifen, um die Sicherheit zu gewährleisten. Dort geben Sie sich auch nicht damit zufrieden, dass die Strafverfolgung nach Vorfällen einfach die Ermittlungen aufnimmt. Sie verlangen mehr. Das ist gut und korrekt so. Im Umfeld von Fussballspielen verlangen Sie aber per Motion, dass die Bewilligungsbehörden kategorisch auf Massnahmen wie Sektor- und Stadionsperren verzichten sollen, ohne Ausnahmen. Ist Ihnen bewusst, welches Signal Sie damit aussenden? Diese Ereignisse sind leider keine Einzelfälle, sie zeigen, dass Gewalt im Fussballumfeld leider noch immer Realität ist und genau in dieser Situation fordert die Motion Pascal Messerli, dass die Behörden auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells verzichten sollen, auf Sektorensperren, auf Bewilligungsauflagen, auf das, was Sicherheit gewährleisten kann. Mit anderen Worten, sie will den Handlungsspielraum der Polizei einschränken, pauschal, kategorisch und ohne Ausnahmen.

Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme vom 27. August bereits dargelegt, dass diese Forderung rechtlich unzulässig ist, da der Grosse Rat der Exekutive nicht verbieten kann, kantonales Recht anzuwenden oder im Einzelfall von ihrem Ermessensspielraum Gebrauch zu machen. Genau das würde diese Motion aber tun. Die Kantonspolizei handelt auf Grundlage des Polizeigesetzes. Sie ist verpflichtet, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen und sie darf Grossveranstaltungen nur bewilligen oder mit Auflagen bewilligen, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Und genau hier liegt der entscheidende Punkt, den der Regierungsrat in seiner Stellungnahme betont. Massnahmen wie Sektorensperrungen oder Bewilligungsauflagen stützen sich nicht auf das Kaskadenmodell, sondern ausschliesslich auf das Polizeigesetz. Das Kaskadenmodell ist kein Gesetz, keine Rechtsnorm, kein Instrument mit eigener Wirkung, es ist lediglich eine verwaltungsinterne Orientierungshilfe, ein Koordinationsinstrument zwischen allen kantonalen Bewilligungsbehörden, damit ähnliche Situationen schweizweit auch ähnlich behandelt werden. Selbst wenn das Kaskadenmodell morgen verschwände, bliebe die Rechtslage unverändert. Die Kantonspolizei könnte auch dann gestützt auf das Polizeigesetz Auflagen verfügen oder Sektorensperrungen anordnen, wenn dies zur Gewährleistung der Sicherheit notwendig und verhältnismässig ist. Das Kaskadenmodell schafft also keine neuen Kompetenzen, es ordnet und harmonisiert die bestehende Praxis.

Aber der wichtigste Punkt ist einer, der nicht allen klar zu sein scheint, die Bewilligungsbehörden haben sich zwar auf das Kaskadenmodell geeinigt, aber am Ende entscheidet immer noch jede Bewilligungsbehörde selbstständig. In Basel-Stadt ist das die Kantonspolizei Basel-Stadt, die auf Basis des geltenden Polizeigesetzes bestehende Bestimmungen bewilligt. Sie kann mit oder ohne Kaskadenmodell Auflagen erteilen, so will es das Gesetz. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Sektorensperre für das Spiel des FCB gegen YB im April 2023, nachdem es zu massiver Gewalt gegen Sicherheitskräfte im Stadion gekommen war. Nochmals, das war 2023, damals gab es noch kein Kaskadenmodell, Massnahmen sind also auch ohne dieses Modell möglich. Ja, das Kaskadenmodell ist nicht perfekt, das streitet die Regierung auch nicht ab, es braucht

Verbesserungen, es braucht Justierungen. Aber diese Selbstkritik meinen wir auch ernst, das ist der Grund, dass wir das Modell weiterentwickeln, aber es nicht jetzt einfach abschaffen.

Der Regierungsrat betont, dass der Dialog zwischen Behörden, Clubs und auch Fans bereits heute ein zentraler Bestandteil der Sicherheitsstrategie ist. Basel-Stadt pflegt diesen Dialog über die Fanarbeit, über die Cluballianz und die direkten Gespräche mit dem FC Basel. Das ist gelebte Zusammenarbeit. Aber, und auch das steht deutlich im Bericht, der Dialog kann staatliches Handeln nicht ersetzen, wenn konkrete Gefahr droht und Gewalt. Wer fordert, dass auf alle Massnahmen verzichtet wird, entzieht genau jenen Behörden die Instrumente, die sie brauchen, um im Notfall zu handeln. Das ist das Gegenteil von Verantwortung. Diese Motion ist daher zum Teil rechtlich unzulässig, inhaltlich falsch und sicherheitspolitisch gefährlich. Sie würde ein falsches Signal senden, nämlich dass der Staat im Stadionraum wegschaut, wo er handeln müsste und damit einen rechtsfreien Raum toleriert. Dazu kann ich als Sicherheitsdirektorin nicht meine Zustimmung erteilen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen des Regierungsrats, den Vorstoss nicht als Motion, sondern als Anzug zu überweisen. So können wir den Dialog stärken und gleichzeitig sicherstellen, dass unsere Behörden handlungsfähig bleiben. Denn klar ist, Sicherheit ist keine Einschränkung von Fankultur, sie ist die Voraussetzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Vorstoss auch bei der Zweitüberweisung als Motion zu überweisen. Seitdem der Vorstoss im Mai dringlich traktandiert und deutlich überwiesen wurde, ist einige Zeit vergangen. Der Regierungsrat hätte genügend Zeit gehabt, hier einen Gang zurückzuschalten, damit in Zukunft keine friedlichen Fans mehr bestraft werden, wenn sie sich eben nicht strafbar gemacht haben. Anlass dafür gab es eigentlich genug. Diese Motion wurde eindeutig überwiesen, es gab einen Entscheid des Statthalters in Zürich, welcher Sektorensperren als unverhältnismässig erachtet, wenn keine unmittelbare Gefahrenlage besteht, in Basel und in anderen Städten sind mehrere Verfahren gegen Sektorensperren basierend auf diesem Kaskadenmodell hängig.

Inhaltlich hat sich unsere Argumentation nicht verändert, wir wollen keine Kollektivstrafen. Wenn jemand eine Straftat während einem Fussballspiel begeht, dann sollen die Strafverfolgungsbehörden wirken. Das funktioniert auch, es gibt zahlreiche Hooligan-Prozesse, die medienwirksam sind, aber es kann nicht sein, dass ganze Sektoren oder ganze Stadien regelmässig aufgrund Straftaten von wenigen gesperrt werden und man den friedlichen Fans das Fussballspiel verbietet. Hier wird auch immer suggeriert, dass alle Fussballfans eine gewisse Mitschuld an Gewalttaten haben. Dies möchte ich in aller Form auch als Fussballfan einmal zurückweisen. Das ist ein völlig falsches Narrativ, welches insbesondere auch die Mitglieder der KKJPD in ihrer Kommunikation schüren. Diese Auffassung ist, Entschuldigung gesagt, ein fertiger Blödsinn. Selbstverständlich distanziere auch ich mich von sämtlichen Gewalttaten, auch im Rahmen von Fussballspielen, aber es ist nicht die Schuld von unbeteiligten Fans, wenn Straftaten während einem Fussballspiel geschehen. Genauso wenig ist man schuldig, wenn man an einem Freitagabend in eine Beiz geht, dort etwas trinken geht und sich draussen mehrere Leute vor der Tür prügeln. Dort sagt ja auch keiner, jetzt soll man den Stammtisch nächste Woche schliessen. Und mit diesem Kaskadenmodell bestrafen Sie eben nicht diese Hooligans, Regierungsrätin Stephanie Eymann, wie Sie jetzt in ihrem Anfangsvotum erläutert haben bei diesen Fällen, sondern sie bestrafen eben alle Fans, wenn Sektoren und ganze Stadien gesperrt werden.

Nun möchte man diese Motion für rechtlich ungültig erklären, damit man an diesen Kollektivstrafen festhalten kann, und da kann ich Ihnen sagen, macht auch die SVP-Fraktion nicht mit. Dass wir mit unserer Motion in die polizeiliche Arbeit eingreifen und Ihnen die Möglichkeit nehmen, Auflagen zu erteilen, das wird bestritten. Selbstverständlich kann die Polizei das nach wie vor tun, sie konnte es vor der Einführung des Kaskadenmodells tun und wir fordern ja auch nicht die Abschaffung des Polizeigesetzes. Die Auflagen der Polizei zur unmittelbaren Gefahrenabwehr sollen aber nicht automatisch Massnahmen des Kaskadenmodells beinhalten, so wie es die KKJPD ja gerade vorschreibt. Sie, Regierungsrätin Stephanie Eymann, wollen einen Auflagenautomatismus. Man hat ein Ereignis A, einen Raufhandel, 10 gegen 10, irgendwo ausserhalb des Stadions zwei Stunden nach einem Spiel und die Folge dann ist automatisch Stufe 3 oder 4 des Kaskadenmodells, welches zur Sperrung von Sektoren oder ganzen Stadien führt und dies, obwohl es im Einzelfall häufig gar keine unmittelbare Gefahrenlage am nächsten Spiel gibt. Und genau deshalb wurde auch die Sektorensperre in Zürich beim Spiel FCZ-Lausanne, Entscheid vom Statthalter, als unverhältnismässig und nicht rechtens gewertet. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

Man spricht hier Kollektivstrafen aus, möchte es aber nicht Kollektivstrafen nennen. Man spricht von angeblicher Prävention und Gefahrenabwehr, betreibt aber Repression und dafür haben Sie in Basel nicht einmal eine genügend gesetzliche Grundlage, weil Basel-Stadt eben nicht dem verschärften Hooligan-Konkordat beigetreten ist. Man kann also davon ausgehen, dass auch die Sektorensperre FCB-Yverdon eines Tages von einem Gericht als unzulässig gewertet wird. Und wissen Sie, Regierungsrätin Stephanie Eymann, ich sage Ihnen gerne einmal eines, wenn Sie hier hinstehen würden und sagen würden, Sie sind für Kollektivstrafen, Sie sind für mehr Repression gegen alle Fussballfans und Sie wollen das sauber

in einem Gesetz regeln, dann wäre ich ebenfalls nicht mit Ihnen einverstanden, aber man könnte es im Rahmen der Demokratie diskutieren. Was ich nicht akzeptieren kann, was auch ein grosser Teil der SVP-Fraktion nicht akzeptieren kann, ist diese unzulässige Mogelpackung namens Kaskadenmodell, in welchem alle Fussballfans in einen Topf geworfen werden. Und natürlich ist es eine Kollektivstrafe, die Sperre gegen Yverdon am Ostermontag und die Einstellung des Ticketverkaufs war wohl kaum ein Ostergeschenk der KKJPD für Familien, welche an diesem Tag gerne das Stadion besucht hätten.

Und dann möchte ich noch den Punkt dieser AG Bewilligungsbehörde aufgreifen. Das ist ja nun wirklich völlig absurd und das kann man doch juristisch effektiv nicht mehr begründen und dahinterstehen. Es existiert eine AG Bewilligungsbehörde, es ist aber nirgends geregelt, was deren Aufgabe ist und wie diese personell zusammengesetzt ist. Nur dank der Interpellation von Ratskollege Beda Baumgartner wissen wir, dass unter anderem Vertreter der SBB und der Staatsanwaltschaft Einsitz in dieser AG-Bewilligungsbehörde haben. Diese Bewilligungsbehörde stellt dann angeblich Anträge an die Polizei im Sinne des Kaskadenmodells der KKJPD. Es ist aber nicht nur so, dass diese Sektorensperre FCB-Yverdon ohne genügend gesetzliche Grundlagen verfügt wurde und diese ziemlich sicher auch eines Tages in einem Gericht als unverhältnismässig gewertet wird, der Antrag dafür stellte auch noch eine AG Bewilligungsbehörde, deren Existenz nirgendwo in einem Gesetz geregelt ist. Bei allem nötigen Respekt, aber das ist nun wirklich ein juristisches Lehrbuchbeispiel für verwaltungsrechtliche Pfuscharbeit. Diese Motion ist nicht unzulässig. Unzulässig ist dieses intransparente und willkürliche Handeln der Behörden. Das wollen wir verhindern mit unserer Motion, wir wollen nicht die normale Polizeiarbeit verhindern, wie sie vorher auch jahrelang relativ gut funktioniert hat.

Und nun noch zum Dialog. Bei der Erstüberweisung haben Sie gesagt, Sie machen das dann auch gar nicht mehr, nun attestiere ich Ihnen zumindest, Regierungsrätin Stephanie Eymann, dass Sie den Dialog führen möchten. Das ist ja schön und gut, nur Fakt ist, die Liga hat sich von Ihnen distanziert, die Clubs distanzieren sich von Ihnen, die Fans distanzieren sich zunehmend von Ihnen, die KKJPD hat rechtlich und juristisch die ganze Sache eskalieren lassen, es sind mehrere Gerichtsentscheide noch hängig und hier kann man nicht von einem fairen Miteinander sprechen. Es ist gegenteilig der Fall. Wir haben aktuell eine Elfenbeinturmpolitik, wenn der FC Basel als Club aus den Medien von wirtschaftseinschneidenden Sektorensperren und Ticketverkaufsverboten erfahren muss.

Und jetzt können Sie mir sehr gerne die rotblaue Brille wieder aufsetzen. Ich nehme das in dieser Stadt gar nicht mal unbedingt als Beleidigung, sondern eher als Kompliment an. Aber ich muss Ihnen schon sagen, der FC Basel ist eine grosse Institution, Woche für Woche kommen über 20’000 oder sogar über 30’000 Menschen ins Stadion. Gäbe es diesen Club nicht, wäre hier niemand auf die Idee gekommen, in dieser Stadt ein Stadion zu bauen. Gäbe es dieses Stadion nicht, hätten wir die EM 2008 nicht gehabt, wir hätten die EM 2025 nicht gehabt, wir hätten ja wahrscheinlich nicht einmal den Eurovision Song Contest hier in dieser Stadt gehabt, zumindest nicht in dieser Zusammensetzung mit dieser Arena Plus. Und da erwarte ich einfach auch von den Behörden, dass man dieser Institution FC Basel auf Augenhöhe begegnet, dass wirtschaftseinschneidende Massnahmen nur dann verfügt werden, wenn es sicherheitspolitisch wirklich nicht anders geht, und dass man nicht alle Fans einfach verurteilt und in einen Topf wirft. Fussballfans sind nicht per se Verbrecher und der Clubfussball ist per se auch kein Verbrechen, dieses Narrativ muss endlich aufhören.

In diesem Sinn vertritt die SVP-Fraktion die Auffassung, dass man diese Motion weiterhin als Motion behandeln sollte und ich bedanke mich bei allen Fraktionen auch für die gute Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Lisa Mathys das Wort.

Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion betont weiterhin, wir finden Kollektivstrafen falsch und bringen dies hiermit erneut zum Ausdruck. Wir wollen deshalb ebenfalls bei der Motion bleiben. Dies im Sinne, dass die rechtlich zulässigen Teile ernstgenommen werden sollen und insbesondere um mit Nachdruck an gültige Entscheide dieses Parlamentes zu erinnern. Der Grosse Rat von Basel-Stadt hat sich gegen das Hooligan-Konkordat entschieden und es ist aus unserer Sicht entsprechend stossend, wenn Regierungsrätin Stephanie Eymann dies ignoriert und auf ein Kaskadenmodell setzt, das rein formell möglicherweise nicht direkt mit dem Hooligan-Konkordat verknüpft ist, aber nicht ohne diesen Kontext verstanden und angewendet werden kann.

Gerne sage ich noch einmal ein paar Worte, um unsere Haltung zu Kollektivstrafen zu erläutern. Bei der ersten Überweisung hatte ich Ihnen von meinem Besuch des Auswärtsspiels in Zürich erzählt. Eine Schlägerei im Nachgang dieses Spiels führte ja bekanntlich zur Kollektivstrafe einer Teilsperrung der Muttenzerkurve in Basel. Mit diesem Vorfall führte es auch zur Motion an sich und in der Stellungnahme zur Motion von Kollege Messerli steht nun Folgendes: Die Massnahmen dienen dabei der Gefahrenabwehr, nicht der Sanktionierung im strafrechtlichen Sinn. Und dies zeigt uns eben, dass die Hauptbotschaft nicht verstanden wurde. Jetzt einfach noch einmal. Die Schlägerei, die dumme, unnötige, zu verurteilende Schlägerei nach dem Auswärtsspiel gegen den FCZ fand ausserhalb des Stadions in Zürich statt. Danach erfolgte eine Sektorsperrung im Stadion in Basel gegen einen zufälligen anderen Gegner. Wie genau soll man das als Gefahrenabwehr oder sinnvolle Prävention deuten? Das wäre von der Logik her zu vergleichen mit der Situation, dass man an einem Konzert in Basel ein

Lautsprecherverbot verhängt, weil es nach einem Konzert der gleichen Band im Wankdorf zu einer Ruhestörung in einem Quartier rund um das Wankdorf kam. Und dies ist dann Prävention.

Darum geht es, es geht nicht darum, die Gewalt gutzuheissen, wir sind einfach klipp und klar der Meinung, dass das Kaskadenmodell mit seinen Automatismen und die Kollektivstrafen keine wirksame Prävention sind, sondern eben Kollektivstrafen. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, bei der Motion zu bleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP hat Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte diesmal etwas anders beginnen als bei der letzten Debatte, die ja durchaus von gewissen Emotionen geprägt war. Ich habe grossen Respekt vor der Arbeit unserer Sicherheitsdirektorin. Sie hat wohl einen der schwierigsten Jobs bei uns im Kanton und ist stets von allen Seiten unter enormem Druck. Auch wenn wir nicht immer mit allen Entscheiden einverstanden sind, verdient das unsere Anerkennung, das möchte ich vorausschicken.

Wenn wir nun heute wieder über dieses Kaskadenmodell diskutieren, dann steht vor allem eine Frage im Vordergrund. Ist das Kaskadenmodell Prävention oder Sanktion. Anhand der Antwort auf diese Frage lassen sich meines Erachtens alle vorliegenden Diskussionspunkte abarbeiten. Nun sind wir ja gewissermassen in einem Schwebezustand, solange die gerichtliche Prüfung der Kurvensperrung im Spiel gegen Yverdon Sport noch ausstehend ist. Ich denke, nicht nur der Regierungsrat, sondern auch der Grosse Rat begrüsst, wenn diese Frage durch unsere Gerichte geklärt wird.

Kommen wir nun also zu dieser Frage, Prävention oder Sanktion. Was bedeutet Prävention? Prävention ist das Vorbeugen oder Verhüten, man will also unerwünschte Ereignisse verhindern. Was bedeutet demgegenüber Sanktion? Eine Sanktion ist eine Reaktion auf ein bestimmtes Verhalten, um dieses Verhalten zu bestrafen. Der Regierungsrat bleibt in seiner Stellungnahme dabei, dass er die Kurvensperrung als Teil des Kaskadenmodells eine präventive Massnahme nennt. Das ist und bleibt aus unserer Sicht klar falsch. Eine Massnahme, die ergriffen wird, nachdem etwas passiert ist, als Reaktion darauf, was passiert ist, ist per Definition nicht präventiv. Es ist ein Vorgehen nach dem Muster wenn, dann. Schauen Sie sich das Kaskadenmodell an, es ist genau nach diesem Konzept aufgebaut. Wenn etwas passiert, dann ist Folgendes die Konsequenz. Das hat auch der Kantonsrat des Kantons Luzern erkannt und deshalb eine Volksinitiative teilweise für ungültig erklärt, die genau ein solches Konzept vorsah.

Präventiv vorzugehen würde bedeuten, dass man beim bevorstehenden Spiel aufgrund einer Lageanalyse zum Schluss kommt, dass im konkreten Spiel eine Gefahr droht und dass deshalb eine zusätzliche Auflage erforderlich ist, um diese Gefahr abzuwenden. Ginge es nun bei diesem Spiel gegen Yverdon, welches der Auslöser dieser Motion war, um Gefahrenabwehr? Drohte in diesem konkreten Spiel eine Gefahr? Warum besteht in Basel bei einem Spiel gegen Yverdon eine Gefahr, wenn es zuvor bei einem Spiel in Zürich gegen den FC Zürich nach dem Spiel ausserhalb des Stadions einen Angriff gab? Gab es irgendwelche Anhaltspunkte, dass es in diesem Spiel zu Racheaktionen aus Zürich kommt? Wenn ja, wären diese Anhaltspunkte ein gut gehütetes Geheimnis. Deshalb müssen wir davon ausgehen, und das entspricht ja auch der Kommunikation durch die Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden, dass es eine Reaktion auf die Ereignisse in Zürich war und damit eine Sanktion. Und weil man diese individuell nicht zuordnen konnte, eine Kollektivsanktion, eine Kollektivstrafe für die ganze Kurve.

Damit können wir nun zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit kommen. Der Regierungsrat argumentiert, die Legislative könne der Exekutive nicht verbieten, kantonales Recht anzuwenden. Das stimmt, nur, das ist nicht, was hier gefordert wird. Das Kaskadenmodell ist kein kantonales Recht. Das Kaskadenmodell, so schreibt es der Regierungsrat selbst und so hat es die Regierungsrätin vorhin wiederholt, ist eine gemeinsame Orientierungshilfe der kantonalen Bewilligungsbehörden. Es ist völlig unbestritten, dass der Regierungsrat bzw. die Kantonspolizei gemäss § 66 des Polizeigesetzes eine Bewilligung mit Auflagen versehen kann, nur müssen auch Auflagen rechtlichen Anforderungen genügen. Sie dient dazu, ein öffentliches Interesse durchzusetzen, in diesem konkreten Fall die Wahrung der öffentlichen Sicherheit. Nur, und da sind wir wieder beim entscheidenden Punkt, die Auflage der Kurvensperrung diente nicht dazu, die öffentliche Sicherheit beim betroffenen Fussballspiel zu wahren, sie war eine Reaktion auf ein bereits erfolgtes Ereignis und ging damit über das kantonale Recht hinaus. Es war also eine Sanktion verpackt in eine Auflage und Sanktionen brauchen eine gesetzliche Grundlage und für die gesetzliche Grundlage zuständig ist der Grosse Rat.

Was will nun diese Motion vom Regierungsrat? Auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells soll verzichtet werden, dass der Regierungsrat also Auflagen unterlässt, die faktisch Sanktionen sind, die keine entsprechende Rechtsgrundlage haben. Und was will diese Motion nicht? Dass der Regierungsrat auf Massnahmen, die aufgrund konkreter Anhaltspunkte im Einzelfall präventiv zu ergreifen sind, verzichten muss. Kann der Regierungsrat bzw. kann die Kantonspolizei auch nach Annahme dieser Motion Auflagen aussprechen? Ja natürlich, wenn es keine Sanktionen sind, sondern echte präventive Massnahmen. Weil etwas ist auch uns klar, es gibt ein Gewaltproblem. Ich habe in der Vorbereitung die Debatte im Mai nochmals nachgelesen. Niemand hat bestritten, dass es im Fussball oder präziser im Männerfussball ein Gewaltproblem gibt. Es gibt auch keinen Unterschied in der Wertung, ob Gewalt an einer Demonstration passiert oder häusliche Gewalt

ausgeübt wird oder Gewalt an einem Fussballspiel, in jedem Fall ist diese gleichermassen strafrechtlich zu verfolgen und nach individueller Verantwortung zu sanktionieren. Aber es gibt einen klaren Unterschied. Ob im Joggeli etwas passiert, wo der organisierende Verein die Kontrolle und die Verantwortung hat und anschliessend gibt es eine Kurvenschliessung, allenfalls auch auf Bewährung, oder ob etwas in einer anderen Stadt, nicht einmal im Stadion, sondern irgendwo ausserhalb passiert, wo der Verein weder die Kontrolle noch die Verantwortung hat. Genau darum geht es.

Und natürlich, diese Angriffe, wie sie am 12. April 2025 geschehen sind, sind weder zufällig noch spontan. Da ist dem Regierungsrat nicht zu widersprechen, aber das anzuerkennen bedeutet nicht automatisch, dass man mit allem einverstanden sein muss, was der Regierungsrat daraus schlussfolgert. Es fällt mir nicht schwer einzuräumen, dass es keine einfachen Lösungen gibt. Die Sicherheitsbehörden, insbesondere die Polizei, haben eine sehr schwierige Aufgabe. Das entbindet sie aber nicht davon, Straftäter auf individueller Ebene zu verfolgen und zu bestrafen.

Und ja, wir wollen auch hier mehr. Deshalb gibt es in dieser Motion ja auch einen zweiten Teil. Wir skizzieren also den Weg, den wir uns vorstellen. Es ist eine Kombination aus dem, was wir wollen und aus dem, was wir eben nicht wollen und das ist für uns der richtige Weg. Deshalb bitten wir Sie, diese Motion weiterhin als Motion zu behandeln und entsprechend zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Nicola Goepfert das Wort.

Nicola Goepfert (BastA): Ich werde in eine ähnliche Richtung gehen wie die bisherigen Sprecher*innen. Auch wir von BastA bleiben bei unserer Haltung, Kollektivstrafen sind kein geeignetes Mittel, um Gewalt zu bekämpfen, weder im Umfeld von Fussballspielen noch bei Demonstrationen oder anderswo. Sie treffen in erster Linie Unschuldige, sie sind unverhältnismässig und sie widersprechen dem Grundprinzip unseres Rechtsstaats, nämlich dass bestraft wird, wer auch tatsächlich etwas verbrochen hat.

Die Regierung argumentiert, die Polizei dürfe aufgrund von § 2 des Polizeigesetzes Massnahmen treffen, um Gefährdungen zu verhindern oder abzuwehren. Ja, das ist richtig, aber es setzt eben voraus, dass eine unmittelbare Gefährdung oder Störung vorliegt. Wenn aber nach einem Vorfall automatisch Massnahmen für ein späteres Spiel ergriffen werden, womöglich nicht einmal in derselben Stadt, im selben Stadion oder bei denselben Clubs, etwa Sektorsperrungen oder verschärfte Auflagen, dann handelt es sich dabei nicht um unmittelbare Gefahrenabwehr, sondern um eine pauschale Sanktion. Für die Gefahrenabwehr ist es dann zu spät, die Gewalt, so unnötig und blöd sie ist, ist bereits ausgeübt worden. Und wie Luca Urgese bereits sagte, das ist keine Prävention, sondern eine Sanktion, nicht gegen die Täter selbst, sondern gegen einen ganzen Sektor bzw. Club. Es ist eine Kollektivstrafe.

Fragwürdig ist zudem, dass der Regierungsrat das sogenannte Kaskadenmodell lediglich als verwaltungsinterne Koordinationspraxis bezeichnet. In der Realität dient es aber dazu, Automatismen zu schaffen, mit denen Bewilligungen oder Auflagen an Bedingungen geknüpft werden, die nichts mehr mit einer konkreten Gefahrenlage zu tun haben. Das ist rechtsstaatlich fragwürdig. Wenn die Regierung den Clubs mit dem Entzug von Bewilligungen droht, um sie zu bestimmten Massnahmen zu bewegen, dann ist das keine partnerschaftliche Zusammenarbeit, sondern Druckausübung ohne klare gesetzliche Grundlage. Wir als Parlament müssen dort eingreifen, wo der Regierungsrat seine Kompetenzen überschreitet oder sein Gewaltmonopol missbräuchlich anwendet. Genau gleich, wie wir eingreifen müssen, wenn gegen eine Demonstration unverhältnismässig gehandelt wird. Die Verhältnismässigkeit hat im Kaskadenmodell leider keinen Platz.

Wir anerkennen, dass Sicherheit an Grossanlässen wichtig ist und hierbei sollen die Kompetenzen der Regierung ja auch nicht grundsätzlich eingeschränkt werden, aber sie darf nicht auf Kosten von Rechtsstaat und Fairness gehen. Massnahmen dürfen nicht als Sanktion dienen, sondern müssen sich immer konkret auf den bevorstehenden Anlass beziehen. Wir von BastA fordern, dass staatliche Massnahmen immer verhältnismässig, rechtsstaatlich und individuell begründet sind, bei Fussballspielen, bei Demonstrationen, ja überall. Darum unterstützen wir von BastA die Motion auch bei der Zweitüberweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ja, was wünschen wir uns eigentlich, wir wünschen uns erfolgreiche spannende Spiele, die wir im Nachgang natürlich auch gerne feiern. Wir wollen mit interessanten Menschen mit gleichen Interessen unsere Freizeit friedlich verbringen. Was wir uns nicht wünschen und was man leider halt eben doch ab und zu sieht, sind Zuschauer, die, sagen wir mal, nicht wissen, wie man sich verhält.

Von der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden unter Koordination des KKJPD wurde als Möglichkeit dieses Kaskadenmodell entwickelt. Es handelt sich um eine gemeinsame Orientierungshilfe der kantonalen Bewilligungsbehörden ohne unmittelbare Rechtswirkung. Ziel ist ein schweizweit abgestimmtes nachvollziehbares Vorgehen bei gewalttätigen Vorkommnissen im Umfeld von Fussballspielen. Das Ziel des Kaskadenmodells ist es, risikobehaftete Spiele unter fairen und sicheren Bedingungen für möglichst viele Zuschauerinnen und Zuschauer unter zugänglichen Bedingungen durchführen zu können.

Ja, es ist leider eine Kollektivstrafe, was auch störend ist und sich nicht in allen Teilen bewährt hat, aber es ist doch eine der wenigen Möglichkeiten, etwas im Interesse von fairen Spielen zu tun. Wichtig dabei ist, dass ein Dialog zwischen Fans, Club und Sicherheitsbehörden stattfindet. Somit lässt sich in Zusammenarbeit zwischen dem FCB und den Sicherheitsbehörden in regelmässigen Gesprächen als Basis für die Situation etwas verbessern, wie auch in der Anwendung des Modells. Somit können sich alle einbringen und etwas für friedliche Spiele bewirken.

Richtig wäre jetzt, am Modell weiterzuarbeiten und es zu verbessern und nicht, wie es die Motion verlangt, einfach abzuwürgen und wieder bei null anzufangen. Darum ist die LDP gegen die Überweisung der Motion, könnte aber mit einem Anzug leben, damit der Regierungsrat weiter berichten und daran arbeiten kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Es hat sich nicht so viel getan, wenn man die Stellungnahme des Regierungsrates ansieht. Ich habe auch das Protokoll der letzten Sitzung nochmals angeschaut und zumindest inhaltlich bin ich jetzt nicht viel schlauer geworden. Sie haben gesehen, unsere Fraktion ist offen. Das hat sich auch nicht geändert, wir hatten schon damals eine Minderheit, die nicht überzeugt war, dass es eine bessere Alternative gibt als ein Kaskadenmodell, mit dem zwar niemand zufrieden ist, aber das wenigstens irgendetwas bietet und sicher besser ist als einen massenhaften Einsatz von Videoüberwachung, personalisierten Tickets oder ähnlichem, dass es somit das kleinere Übel ist. Die Mehrheit dagegen war ganz klar dafür, dass das, wie wir das bereits gehört haben, nicht korrekt ist, so wie das jetzt angewandt wird, nämlich staatspolitisch, das haben wir schon von Pascal Messerli gehört, dass es überhaupt keinen Zweck und Ziel in dieser Strafe gibt, die die individuell betroffenen Personen irgendwie nachvollziehen können, und dass auch die Verdrängungseffekte, die ein solches Modell hat, einfach auch nicht wirklich berücksichtigt sind.

Wenn wir uns jetzt nun die Beantwortung anschauen, dann sticht zunächst die erste Forderung heraus zum Verzicht von sämtlichen Massnahmen. Dort sind wir auch wirklich gespalten, weil man tatsächlich sagen muss, dass ein Verzicht auf sämtliche Massnahmen, wie sie im Kaskadenmodell stehen, natürlich nicht gewünscht sein kann. Also die Polizei, die Bewilligungsbehörden müssen Massnahmen ergreifen können und wenn das die Meinung war, dass auf sämtliche Massnahmen verzichtet werden soll, dann ist das nicht korrekt. Wenn es aber darum geht, auf diese Kaskade, auf dieses Modell der Abhängigkeiten, dieses möchte die Mehrheit unserer Fraktion nicht mehr, weil das ist, wie wir das bereits mehrfach gehört haben, einfach nicht korrekt. Einerseits gegenüber den Menschen, die hier präventiv bestraft werden, und andererseits auch gegenüber denen, die eigentlich sogar bestraft werden sollten. Auf der einen Seite haben wir die unbeteiligten Fans, die einfach ein Spiel sehen möchten, die bestraft werden, wir haben den Club, der ja auch kein Interesse an Gewalt hat, und dann haben wir diejenigen, die gewaltbereit sind, die Gewalt ausüben oder ausüben könnten und da muss ich Ihnen sagen, dort gibt es keinen Lerneffekt bei diesen Menschen, einfach null. Ich war jetzt schon in einigen Stadien und Spielen, auch mit Fans, die ich jetzt eher speziell finde und ich glaube nicht, dass diese Menschen in diesem Bereich lernfähig sein werden, wenn Sie irgendwo ein halbes Jahr später eine Fankurve sperren. Das passiert einfach nicht und für die Unbeteiligten ist es schlicht nicht nachvollziehbar, weil ja keine Gefahr für sie sichtbar ist, die abgewehrt werden muss. Die Fans, die gewaltbereit sind, die treffen sich ja, wie wir das bei verschiedenen Beispielen schon gehört haben, sei es in Genf oder in Zürich, treffen sich ja nicht mal vor dem Stadion, sondern irgendwo anders und die Hooligans, die sowieso nicht zum Spiel gehen, die treffen sich sowieso irgendwo anders.

Deswegen können wir nicht Motion oder Anzug vorschlagen. Ich denke, es wird wieder sein, dass eine Mehrheit eher für die Überweisung als Motion sein wird und eine Minderheit eher einen Anzug sieht. Und sollte es wieder erwarten ein Anzug sein und die Regierung tatsächlich auch eine Überprüfung des Kaskadenmodells anstrebt, die Regierungsrätin hat ja bereits die Euro 2025 genannt, an allen Spielen, an denen ich war, hatte ich denselben Eindruck und offensichtlich, wenn man eine Massnahme entwickeln müsste, dann müsste es eigentlich in die Stärkung des Geschlechtermixes gehen. Weil ich denke, das war wirklich der entscheidende Unterschied und wir müssen es leider als Männer beim Namen nennen, es ist eine männliche Gewalt in den Stadien, sie ist meistens sehr jung, nicht ganz immer, aber es ist eine männliche Gewalt und wenn man etwas tun möchte, muss man diesen Geschlechtermix verbessern, zumindest um die Stimmung und die Atmosphäre im Stadion, wenn sie gewaltbereit wäre, zu verbessern.

Kurzum, ein Teil wird aus staatspolitischen Überlegungen als Anzug überweisen, der Rest möchte, um den Druck auf die Regierungsrätin aufrechtzuerhalten, dass auch wirklich etwas passiert, eine Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurz fassen, kürzer als meine Vorredner. Zu diesem ganzen Thema lese ich auch jeden Tag sehr viel und als Fussballfan möchte ich einfach zwei Punkte sagen, die die Vorredner nicht gesagt haben. Ich will, dass der FC Basel sich an diesen Polizeikosten beteiligt. Das sage ich seit vielen Jahren als Grossrat in mehreren Vorstössen. Es ist einfach unfair, der FC Basel verdient Millionen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat mit dem Thema nichts zu tun. Hier geht es um das Kaskadenmodell.

Eric Weber (Fraktionslos): Das verstehe ich eben nicht genau. Ich möchte einfach sagen, ich habe zum Thema FC Basel, und ich glaube, wir reden ja zum FC Basel, schriftliche Anfragen gemacht, bezahlt der FCB überhaupt Steuern. Wir reden doch über die Sicherheit, ich glaube, das ist richtig. Warum sind bei jedem Fussballmatch des FC Basel 450’000 Franken, die unser Steuerzahler an Sicherheit zahlt? Eine wichtige Frage ist, vielleicht könnte man das ja ganz abkürzen, ich habe gelesen, der FC Basel bezahlt keine Stadionmiete.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, auch das hat nichts mit dem Kaskadenmodell zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe das falsch verstanden, ich entschuldige mich, aber ich will einfach sagen, es ist nicht okay, wenn man keine Miete zahlt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ein ausserordentliches, schwieriges Thema. Es wimmelt nur so von Partikularinteresslern, angereichert mit Emotionen, Endorphinen wie bei Verliebten, Unzufriedene, am und im Leben gescheiterte Existenzen, zigtausend FCB-Sympathisanten, die auch Wähler sind. Zudem ist der FCB Heimatstube, Wochen-Highlight, grosse Frustabbauplattform, auch für normale Bürger, heilige Kuh des Basels, aber eben auch rechtsfreie Zone und Ort der Chaotenschläger und Gewalttätigkeiten, die auf und rund um einen Spielplatz nichts, aber auch wirklich gar nichts zu suchen haben. Vom katastrophalen Vorbild für unsere Jugend ganz zu schweigen.

Selbstverständlich bin ich grundsätzlich gegen Kollektivstrafen, andererseits bin ich für gewalt- und aggressionsfreie Sportstätten und Anlässe. In den vergangenen Jahrzehnten hat jedoch der Kuschelkurs und Gespräche auf Augenhöhe mit den sogenannten Fans, die öffentlich gar eine lebensgrosse Präsident Burgerner-Puppe verbrennen, leider nicht gefruchtet. Nun fehlt mir der Glaube, dass diese Taktik weiterhin zu verfolgen, zum Ziel führen wird. Wir müssen die Vereinsführungen dazu bringen, sich öffentlich, glaubhaft, konsequent und laut gegen die gewaltbereiten Chaoten mit Worten und Taten zu stellen. Da reicht nicht wie ein Vorgänger des jetzigen Präsidenten mit halbherziger Stimme im Stadion medienwirksam zu sagen, wir wollen das nicht.

Weil ich mir keine Gedanken machen will, ob wir wieder gesund nach Hause kommen, wenn ich mit meinen Enkeln an einen Sportanlass gehe, bin ich letztlich schweren Herzens dafür, das Kaskadenmodell mal machen zu lassen, mit aller Konsequenz. Ich empfehle Ihnen, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist ein Ärgernis, was sich da abspielt und die Leute haben es in der Tat satt. Niemand versteht, warum man in oder ums Stadion machen kann, was man will, die Sau ablassen kann, wie man will, Verzeihung für dieses Wort, und nichts geschieht. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn die Sicherheitsdirektorinnen und Sicherheitsdirektoren in der Schweiz Lösungen suchen. Es muss sich etwas ändern. Meine Fraktion sieht das auch so und möchte der Sicherheitsdirektorin deshalb die Hände nicht binden und plädiert für Anzug.

Aus juristischen Gründen bin ich selber aber dafür, dass die Motion bestehen bleibt. Es ist doch nicht so, dass jeder Fan, der in das Stadion geht, Mitschuld ist, wenn dort etwas passiert, und es kann doch nicht sein, dass wir erwarten, dass die Fans selber für Ruhe und Ordnung sorgen. Wo machen wir das sonst, dass wir denken, die Leute müssen selber dafür sorgen,

dass andere sich richtig verhalten? Wir stecken alle Fans in eine Kiste. Die Idee dahinter, dass quasi die Fans selber korrigieren müssen, die Fans selber die Täter rauspicken müssen und die Fans selber diese irgendwie beruhigen müssen, die gibt es sonst nirgendwo. Wo sagen wir sonst, die Leute sollen jemanden, der zu schnell fährt, aus dem Auto zehren und dem das Auto wegnehmen, um dem verbieten, etwas zu fahren? Das Beispiel mit dem Verkehr hat die Sicherheitsdirektorin selber gebracht. Weil ein paar Idioten zu schnell fahren in irgendeiner Quartierstrasse, sperren wir dann diese zwei Tage später auch nicht für eine Woche, nur damit man die Leute erzieht. Es ist doch nicht die Aufgabe von uns allen, dafür zu sorgen, dass sich der andere, der Nachbar, der Dritte richtig verhält.

Das ist die Aufgabe der Polizei und es ist eine reine Frage der richtigen und der konsequenten Polizeiarbeit, dass hier für Ordnung gesorgt wird und hier muss für Ordnung gesorgt werden. Die Polizeidirektorin hat gefragt, soll ich im Stadion wegschauen. Nein, Stephanie Eymann, das Gegenteil ist der Fall, man muss im Stadium noch viel genauer hinschauen, man muss die Täter bestrafen, Sanktionenrecht ist immer auf die Täter bezogen. Auch wenn wir noch so gerne hätten, dass dieses Kaskadenmodell hier etwas hilft, es ist rechtsstaatlich ausserordentlich bedenklich, dass wir quasi das Kollektiv mit in die Pflicht nehmen und nicht sagen, es ist Strafrecht oder Bestrafungen müssen täterbezogen sein.

Ich glaube, der Ansatz von Pascal Messerli und Luca Urgese, beide haben hervorragend gesprochen und eigentlich alles Juristische gesagt, ist richtig, wir müssen hier neu denken, wir müssen aber auch am Ball bleiben. Das Problem muss gelöst werden und die Sicherheitsdirektorin hat unsere Unterstützung nötig und verdient, weil sie eine hervorragende Arbeit macht, aber hier mit dem Kaskadenmodell sind wir nicht auf dem richtigen Weg.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Stephanie Eymann verzichtet. Pascal Messerli und Weitere beantragen die Überweisung als Motion. Es gibt deshalb eine Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

27 Ja, 60 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007665, 19.11.25 11:17:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Motion entschieden mit 60 Nein-Stimmen gegen 27 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Daniel Hettich beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 19 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007666, 19.11.25 11:18:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Motion entschieden mit 67 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

42. Interpellation Nr. 91 Thomas Widmer-Huber betreffend Menschenhandel auch ab 2026 als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[19.11.25 11:18:38, 25.5372.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Menschenhandel ist leider ein aktuelles Thema, auch in Basel. Der Regierung danke ich für die Beantwortung meiner Fragen. Es ist erfreulich zum Beispiel zu lesen, dass in Verbindung mit der Taskforce Menschenhandel und der Fachgruppe der Polizei die Anzahl der Anzeigen erhöht werden konnte. Auch wenn es unterschiedliche Formen von Arbeitsausbeutung gibt, fokussiere ich mich heute auf die Zwangsprostitution.

Vor einem Monat titelte die Basler Zeitung: Baslerin beutete mindestens 90 chinesische Zwangsprostituierte aus. Die Frauen wurden unter anderem durch die Beschuldigte über chinesische Online-Chats angeworben und nach der Einreise hauptsächlich in den Kantonen Basel-Stadt und Bern einquartiert. Der Mechanismus ist bekannt, oftmals werden Frauen mit falschen Jobangeboten geködert, in Basel angekommen, werden ihnen die Pässe abgenommen und sie werden in die Prostitution gezwungen. Sie werden mit fiktiven Schulden wie Reisekosten, Kosten Logis unter Druck gesetzt. Auch männliche Sexarbeiter werden ausgebeutet. Die Kantonspolizei Bern nahm kürzlich einen Mann fest, der über Jahre Männer ausgebeutet haben soll. 40 Opfer wurden ermittelt, darunter befinden sich Männer aus Spanien, Brasilien, Kolumbien, Venezuela und Tschechien. Nach bisherigen Erkenntnissen handelt es sich dabei überwiegend um homosexuelle oder bisexuelle Männer, die ausschliesslich männliche Kunden bedienten.

Beim Menschenhandel und der Zwangsprostitution schreit das Unrecht zum Himmel. Ich habe deshalb etwas mitgebracht. Auch in Basel werden Menschen sexuell ausgebeutet. Dabei geht es häufig um ein klares Machtgefälle. Die Frauen, vorwiegend Migrantinnen, sind am kürzeren Hebel. Sie sind auf das Geld angewiesen und haben keine andere Wahl. Es geht oft um eine Form von Sklaverei. Viele Frauen halten die sexuelle Gewalt, die sie täglich erleben, nur mit Hilfe von Medikamenten, Alkohol und Drogen aus. Das Unrecht schreit zum Himmel. Auch bei meinen eingangs erwähnten Fällen wird deutlich, dass es bei den Ermittlungen einen langen Atem braucht, dass man über eine stetige Kontrolltätigkeit und interdisziplinäre Zusammenarbeit solche Systeme aufspüren und verfolgen kann. Von daher bedaure ich, dass die Regierung die Schwerpunktsetzung bei der Kriminalitätsbekämpfung nur um ein Jahr verlängert. Ich hatte mir vier weitere Jahre erhofft.

In der Antwort der Regierung wird der Runde Tisch Menschenhandel erwähnt. Dieser wurde vor 15 Jahren ins Leben gerufen und findet zweimal jährlich statt. Es geht um eine Plattform unter der Leitung des Justiz- und Sicherheitsdepartements für den fachlichen Austausch zwischen den verschiedenen zentralen Akteuren, die in diesem Bereich tätig sind. Dem Vernehmen nach wurde die Anzahl der Runden Tische reduziert. Warum? Aus Ressourcengründen? Braucht die Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe vielleicht eine personelle Aufstockung? Es bleibt wichtig, dass auch solche interdisziplinären Gefässe bestehen bleiben. Da es sich um ein Querschnittsthema handelt, sind Vernetzung, Koordination und eine gemeinsame Strategie der verschiedenen Akteure weiterhin wichtig. Von daher bedaure ich, dass die Regierung die Schwerpunktsetzung bei der Kriminalitätsbekämpfung nur um ein Jahr verlängert. Ich hatte mir mehr erhofft, ich bin nur teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

43. Interpellation Nr. 92 Lisa Mathys betreffend wieso führt eine emissionsintensive Töff-Parade mitten durch Wohnquartiere, Schreiben des RR

[19.11.25 11:23:32, 25.5373.02]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, im Nachhinein war ich froh, dass meine Fragen zu Sinn oder eben eher Unsinn der Töff-Parade schriftlich beantwortet wurden. Nachdem ich die Antworten gelesen hatte, musste ich eine Pause einlegen, inzwischen habe ich mich wieder gefasst und Sie ahnen es, ich bin sehr unzufrieden mit der Antwort. Meine Damen und Herren, im Ernst, der Regierungsrat von Basel-Stadt findet a), dass eine Töff-Parade eine integrative Wirkung hat, b), dass es einer Balance entspreche, Anwohnende im Joggeli drei Tage lang den aufheulenden Motoren auszusetzen, c), dass es Aufgabe von Basel sei, mithilfe eines Motorradkorsos mitten durch die Wohnquartiere den Teilnehmenden zu zeigen, wie schön Basel sei, und d), dass der Korso aufgrund seines gesellschaftlichen und touristischen Werts toll sei, obwohl er den Klimazielen und der Nachhaltigkeitsstrategie des Kantons widerspreche. Sie merken es auch, was soll man da noch halten von Legislaturzielen und Strategiepapieren der Regierung.

Noch kurz zu einzelnen Antworten. Bei Frage 2 wurde die Frage zur Einhaltung der Verkehrsregeln nicht beantwortet. Im Strassenverkehrsgesetz steht im Artikel 42 Abs. 1, der Fahrzeugführer hat jede vermeidbare Belästigung von Strassenbenützern und Anwohnern (sollte man auch mal gendern) namentlich durch Lärm, Staub, Rauch und Geruch zu unterlassen. Auskuppeln und den Motor aufheulen lassen, Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Gesetzesverstoss. Aus dem Kreis von Anwohner*innen habe ich unaufgefordert folgende Aufnahme zugeschickt erhalten, ich lasse Sie daran teilhaben, nur ganz kurz. So tönt diese Biker-Parade und wie gesagt, ich habe das nicht angefordert. Richtig schlimm ist ein solcher Pegel natürlich für die Anwohnenden im Joggeli, wie ich das schon erwähnt habe, wo dieser Spass dann drei ganze Tage lang praktiziert wird. Dies integrativ zu nennen, finde ich unpassend. Und auch zum Einhalten des Tempolimits ist zu sagen, es ist einfach nicht nur unlustig, sondern auch gefährlich, wenn diese schweren Maschinen zu schnell an Kindern, die im Brunnen baden, vorbeifahren und ebenso, wenn sie beschleunigen, wenn jemand versucht, eine Quartierstrasse zu überqueren. Kein Wort davon in der Beantwortung der Interpellation.

Aufgrund der Redezeitbeschränkung picke ich nur ein weiteres Beispiel heraus, in der Antwort zu Frage 5 steht, dass es sich nicht vermeiden lasse, dass der Korso durch Wohnquartiere fahre, insbesondere wenn alternative Zufahrtsstrassen aufgrund von Baustellen nicht befahrbar sind. Ich muss sagen, ich bin einfach nicht bereit, eine solche Aussage zu akzeptieren. Die Realität ist nämlich diese. Letztes Jahr, 2024, wurde die Baustelle in der St. Alban-Vorstadt und der ganze Bauplatz dazu am Mühlenberg belegt. Der war immer belegt und für Anwohnende nicht zugänglich. Das Ganze wurde aufgeräumt und wegeräumt, damit der Töff-Korso durchfahren konnte. Von wegen, leider sind alternative Routen wegen Baustellen nicht befahrbar. Das finde ich dann einfach eine schwierige Ausrede. Ich will dieses Festival nicht verbieten, ich will den Töff-Fahrer*innen ihr Hobby nicht verbieten, ich will einzig, dass dies an einem dafür geeigneten Ort stattfindet und dass die Regierung sich eingesteht, dass es rational wirklich nicht erklärbar ist, dass diese Routenwahl für 1’000 Töffs mitten durch Wohnquartiere unserer dichtbesiedelten Stadt irgendeinen Sinn machen soll.

Ich bitte die Regierung wirklich, hier noch einmal in sich zu gehen und wie schon bei der Begründung gefordert, mit der Gemeinde Münchenstein zusammen über die Bücher zu gehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

44. Interpellation Nr. 96 Joël Thüring betreffend Umsetzung des Verhüllungsverbots in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[19.11.25 11:28:08, 25.5377.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Es ist bekannt, das Bundesgesetz über das Verhüllungsverbot ist seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft. Es wurde vom Schweizer Volk angenommen, sehr deutlich, bewusst, mit einem klaren Signal, in der Schweiz zeigt man Gesicht, wer hier lebt, steht zu unserer offenen freien Gesellschaft und versteckt sich nicht hinter Tüchern, Masken oder Schals. Doch wenn man die Antwort des Regierungsrats liest, muss man sich ernsthaft fragen, gilt das Gesetz auch in Basel-

Stadt oder nur in den anderen Kantonen, denn offenbar schaut man hier lieber weg. Seit fast einem Jahr gilt es, aber in Basel-Stadt wurde nicht eine einzige Busse ausgesprochen, nichts, null. Gleichzeitig schreibt der Regierungsrat, dass bei sieben Demonstrationen Personen beobachtet wurden, die ihr Gesicht verhüllt haben, teilweise mit Masken, teilweise mit Schlauchschals, also klare Verstösse gegen das Gesetz. Und was passiert? Man, Zitat, beobachtet, man beurteilt lageabhängig, man verzichtet auf Individualkontrollen. Mit anderen Worten, die Polizei sieht und lässt es durchgehen.

Ich frage mich schon, wenn jemand am falschen Ort parkiert, dann ist die Polizei sofort da, zack, Busse unter dem Scheibenwischer, wenn jemand das Parkticket fünf Minuten überzieht, kommt die Sanktion auf den Franken genau. Wenn man aber gegen ein Bundesgesetz verstösst, das vom Volk beschlossen wurde, dann heisst es plötzlich Verhältnismässigkeit, Deeskalation, Beobachtung. Das ist aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, absurd. Hier wird mit zweierlei Mass gemessen und man muss sich fragen, ob dies politisch motiviert ist. Man verfolgt Falschparkierer, aber lässt Vermummte gewähren, man jagt Velofahrer ohne Licht, aber toleriert Maskierte an Demos. Das zeigt, wo der politische Wille fehlt, wird auch kein Recht durchgesetzt. Dabei war der Sinn des Verhüllungsverbots klar, es ging um Sicherheit, keine anonymen gewaltbereiten Chaoten mehr an Demonstrationen. Es ging um unsere Werte, um Offenheit, Gleichberechtigung, Respekt vor unserer Kultur und unserem Rechtsstaat. Das war die Botschaft des Volksentscheids.

Und nun erleben wir, dass ausgerechnet Basel-Stadt wieder einmal alles verwässert, alles in bürokratischen Floskeln erstickt. Anstatt konsequent zu handeln, versteckt sich der Regierungsrat hinter Schulungen. Man schult Polizisten in Verhältnismässigkeit und Deeskalation, aber offensichtlich nicht im Durchsetzen von Recht und Ordnung. Das Volk hat entschieden, der Regierungsrat soll nun deshalb umsetzen, er muss nicht interpretieren, er muss ja auch nicht relativieren und schon gar nicht ignorieren. Wenn Behördengesetze nur dann ernst genommen werden, wenn sie ideologisch passen, dann wurde die Aufgabe verfehlt und dann verliert der Staat seine Glaubwürdigkeit und der Bürger verliert das Vertrauen. Basel-Stadt muss endlich aufhören, Sonderwege zu beschreiten, wer das Gesicht verhüllt, begeht eine Ordnungswidrigkeit, Punkt, und das muss geahndet werden, so wie jeder andere Verstoss auch. Ich erwarte, dass der Regierungsrat und die Kantonspolizei das Verhüllungsverbot künftig konsequent anwenden, und zwar ohne politische Scheuklappen. Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

45. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit, Stellungnahme des RR

[19.11.25 11:31:54, 25.5010.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren. Tanja Soland kommt später, deshalb hat Barbara Heer als Fraktionssprecherin der SP das Wort.

Barbara Heer (SP): Ich beantrage im Namen der SP-Fraktion, der GLP und den Grünen, diese Motion zum zweiten Mal als Motion zu überweisen und somit nicht dem Antrag der Regierung zu folgen und es in einen Anzug umzuwandeln. Bis 2024 war es noch normal, dass die Mitarbeitenden der Rettung und der Kantonspolizei sich in ihrer Freizeit umzogen. Wir haben dann hier drinnen anfangs von diesem Jahr die Gelder bewilligt, dass neu eine Geldpauschale von 80 Franken ausbezahlt werden kann für Mitarbeitende der Verwaltung, die auf Anordnung ihre Uniform erst am Arbeitsplatz anziehen können.

Die JSSK hat dem Grossen Rat vorgeschlagen und der Grosse Rat hat es so beschlossen, diese Gelder für drei Jahre zu befristen, weil wir grundsätzlich zum Schluss gekommen sind, dass nicht eine Geldpauschale der richtige Weg ist, sondern ein Wechsel auf Zeitgutschriften respektive ein Auftrag zur Integration in die regulären Einsatzpläne. Wir haben dann das an die Erwartung geknüpft, dass die Regierung jetzt diesen Wechsel prüft und dann umsetzt per 2028. Einen Teil der JSSK-Mitglieder, zwar nicht als Kommissionsmotion, aber viele Mitglieder und viele weitere haben dann diese Motion eingereicht, um damit wirklich einen verbindlichen Auftrag zur Umsetzung zu machen, also zu sagen, die Regierung soll nicht nur prüfen, sondern bis 2028 wirklich die organisatorischen und rechtlichen Bedingungen vorbereiten, damit dann ein Wechsel auf Zeitpauschale oder Integration in Arbeitszeit wirklich umgesetzt wird.

Ich entnehme der Antwort der Regierung zwei Gegenargumente. Das eine ist, dass doch wieder deutlich auch angedeutet wird, dass der Personalmangel ein sachlicher Grund sei, die Geldpauschale beizubehalten. Wegen dieser Skepsis der Regierung ist es ganz wichtig, dass wir dies weiterhin als Motion behandeln, um da auch wirklich verbindlich zu sagen, nein, wir möchten diesen Wechsel hier vollziehen, denn gerade auch ist es ja ein Instrument, um dem Personalmangel entgegenzuhalten. Die Belastung für die Einsatzkräfte auch mit den belastenden Wochenendeinsätzen ist sehr hoch und hier mit der Integration in Arbeitszeit oder Zeitpauschalen bewirken wir doch eine kleine, aber feine Reduktion der zeitlichen Belastung des Personals. Andere Spitäler, Polizeikorps und Feuerwehren haben das auch gemacht, Basel kann das in dem Fall auch machen.

Der zweite Punkt der Regierung ist ein zeitliches Argument. Sie argumentieren, dass es ein sehr dicht gedrängter Plan ist und man doch sehr sorgfältig an das Thema herangehen muss, weil man zum Teil Dienstpläne doch etwas umfangreicher umstellen muss. Ich habe jetzt nochmals kurz Rücksprache auch mit anderen hier genommen. Wir hätten jetzt zwar problemlos die Mehrheit, also problemlos, ich hoffe, wir hätten die Mehrheit, weiterhin auf diesen zwei Jahren Umsetzungsfrist zu beharren, möchten hier jetzt aber auch Hand reichen, damit die Regierung genügend Zeit hat, das mit der notwendigen Sorgfalt umzusetzen.

Das heisst, ich beantrage hier jetzt, dass die Umsetzungsfrist verlängert wird, also innerhalb von drei Jahren, also konkret wäre dann die Idee, dass die Regierung dann halt für das Jahr 2028 nochmals beim Grossen Rat die Geldpauschale bewilligt, aber per 2029 dann mit einem Ratschlag ans Parlament tritt, um dann eben diesen Wechsel hin zu Zeitpauschale oder Integration in Arbeitszeit dann per 2029 zuhanden des Parlamentes, dass wir das dann bewilligen können und es dann auch umgesetzt wird. So komme ich quasi dem Bedürfnis der Verwaltung, dies sorgfältig aufzugleisen, mit dieser Fristverlängerung entgegen.

In dem Sinne beantrage ich weiterhin Überweisung als Motion und Umsetzung innerhalb von drei Jahren, sodass das dann ab 2029 umgesetzt werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Tanja Soland hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie wollen zwei Dinge. Das eine ist, Sie wollen eine Verordnungsanpassung. Das heisst wir haben bisher in der Verordnung zur Umkleidezeit vorgesehen, dass es einen Grundsatz gibt, und der Grundsatz ist die Zeit, also Umkleiden in der Arbeitszeit. Das ist der Grundsatz, der wird auch so gehandhabt. Und dann haben wir eine Ausnahmebestimmung, dass falls das nicht möglich ist, dass es auch in Geld ausgeglichen werden kann. Das erscheint mir rein von der generellen Norm, die wir haben, wirklich sinnvoll. Das machen wir sehr häufig, wir haben einen Grundsatz und irgendwo eine Ausnahme, die es ermöglicht, je nachdem. Jetzt betrifft es die Kapo, das könnte aber auch mal einen kleinen Kreis betreffen, es gibt Gründe, warum das zum Teil schwierig ist. Also Sie wollen auch das ändern, Sie wollen, dass wir die Verordnung ändern und keine Ausnahme für niemanden mehr haben. Gut, das ist das eine.

Das andere, was noch viel schwieriger ist, Sie wollen, dass die Kantonspolizei dies in recht kurzer Zeit ändert. Die Diskussion hat stattgefunden in der Kommission und Sie haben ja auch gehört, dass man das Thema anschaut, aber wie Sie alle hier wissen, gibt es bei der Kantonspolizei im Moment sehr viele Projekte, es ist eine angespannte Personalsituation, die Organisation ist neu, usw. Das ist nicht Klick, sondern man muss die ganzen Arbeitszeitmodelle anpassen und ändern und das ist schwierig, wenn Sie zu wenig Personal haben. Sie müssen ja auch die Mitarbeitenden abholen, wir wollen ja nicht, dass die Unzufriedenheit wächst, wir müssen jetzt immer sehr vorsichtig vorgehen. Da muss man schauen, aha, ein neues Modell, brauchen wir mehr Personal, ja aber woher, wenn die Situation schon angespannt ist. Sie erhöhen hier also den Druck und wir aus der Regierung finden, unnötig. Sie haben ja bereits die finanziellen Mittel eingeschränkt. Sie haben gesagt, wir müssen sowieso wiederkommen, Sie geben nur Geld bis 2027. Das heisst, die Diskussion findet wieder statt. Und klar sind wir dankbar, wenn Sie jetzt um ein Jahr verlängern, aber Sie müssen sich bewusst sein, da muss man ein Jahr vorher bereit sein, wenn man das Modell ändern will, das heisst, das JSD muss jetzt mit Hochdruck arbeiten und sagen, so jetzt neues Projekt, das muss jetzt auch noch durch.

Ich verstehe Ihren Unwillen und ich verstehe, dass Sie sagen, man soll es über die Arbeitszeit machen, aber ich sehe das Problem nicht, warum Sie jetzt genau in diesem Bereich, wo ich sonst bei Ihnen sehr viel Verständnis spüre, nicht sagen, lassen wir ihnen diese Zeit, die Sie brauchen. Sie können jedes Mal beim Geld neu darüber diskutieren, warum lassen Sie ihnen nicht diese Zeit, das verstehe ich nicht. Daher haben wir gesagt, machen wir einen Anzug, es wird geprüft, es wird berichtet, spätestens wenn wir neues Geld brauchen, wird die Diskussion nochmal losgehen in der JSSK, kann man sich informieren, wo steht das Projekt, usw. Ich glaube, das ist der Hauptdiskussionspunkt.

Und Sie sehen ja, wie wichtig es mir ist, weil meine Kollegin sitzt da drüben, ich muss mich für zwei Departemente einsetzen, weil die Verordnung bei uns ist. Das wäre eine kleine Sache, es ist nur eine Anpassung, aber ich glaube, die grosse Sache ist, dieses Projekt jetzt zu stemmen. Lassen Sie ihnen doch die Zeit, die sie brauchen. Sie haben ihnen das Geld erhöht, die Pauschale ist höher, ich glaube, das ist recht fair, ich glaube, das ist so sinnvoll, dass man das so gemacht hat, aber jetzt

lassen Sie ihnen doch die Zeit und überweisen Sie den Vorstoss als Anzug. Sie haben vorhin schon an der Motion festgehalten, jetzt dürften Sie einmal für die Regierung… okay. Sie sehen, ich versuche es auf alle möglichen Arten. Aber wir haben Sie verstanden, wir haben Sie gehört, wir wären aber sehr dankbar für mehr Zeit, aber wir wären noch dankbarer, wenn Sie jetzt sich einen kleinen Ruck geben und für den Anzug stimmen würden, dass wir die Kapo jetzt nicht zusätzlich unter Druck setzen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Barbara Heer und Weitere beantragen die Überweisung als Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 61 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007671, 19.11.25 11:43:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 3 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion weiterhin als Motion behandeln mit 61 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Das Geschäft ist erledigt.

46. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels – mehr Lernende im Bereich der Informations-und Kommunikationstechnik in der Verwaltung, Schreiben des RR

[19.11.25 11:43:28, 22.5573.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

47. Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR

[19.11.25 11:43:56, 25.5089.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Tanja Soland kommt später, dann hat Daniel Gmür als Sprecher der SP das Wort.

Daniel Gmür (SP): Der Handel mit endlichem Boden, ich möchte das Problem noch nicht einmal erst bei der Spekulation sehen, treibt den Bodenpreis in die Höhe. Soweit, nehme ich an, alle einverstanden. Was folgt nun daraus? Die Verschuldung der Eigenheimbewohner*innen steigt, die Mietzinse steigen, die Kaufkraft unserer Bevölkerung sinkt und immer weniger können sich ein Eigenheim leisten. Wir haben es in der Oktober-Session gehört, als es um die Hypotheken als Hauptschulden unserer Bevölkerung ging. Wir haben es auch gehört, als es um die Handänderungssteuerhalbierung ging. Wir werden es heute mehrfach hören und wir werden es in diesem Rat immer wieder hören, die Bodenpreise sind hoch und das belastet unsere Bevölkerung, egal in welcher Position sie zu diesem Boden stehen.

Die aktive Bodenpolitik, die haben wir bereits entschieden. Auch wenn das vielleicht gewisse nochmals über den Haufen schmeissen wollen, es geht heute nicht darum, heute geht es nur darum, wie und welche Mittel wir dafür explizit zur Verfügung stellen können. Ja, Sie können jetzt behaupten versuchen, dass diese Motion oder diese Rahmenausgabenbewilligung den Bodenpreis in die Höhe steigen lässt. Es ist aber so, dass der Kanton bereits auf dem Bodenmarkt auftritt und es ist so, dass es hier um eine Rahmenausgabenbewilligung handelt. Das heisst, der Regierungsrat kriegt Mittel zur Verfügung, mit denen er Boden kaufen kann. Die Betonung liegt auf kann. Kein einziges Grundstück muss der Regierungsrat kaufen, bei keinem einzigen Grundstück muss der Regierungsrat mitbieten und jetzt kommt das wichtigste, bei keinem einzigen Grundstück muss der Regierungsrat einen Dritten, eine Spekulantin oder ein Spekulant, überbieten, sie können auf dieses Grundstück bieten. Der Kanton tritt hier also nicht in der Rolle eines Preistreibers auf, das machen die renditeorientierten Immobilienhändler*innen selbst ganz vorbildlich.

Eine Lösung, die Eigenheime und Kostenmietvorhaben zum Beispiel tragbarer zu machen, sind Baurechte. Der Kanton als wichtige Baurechtsgeberin bietet hier die Chancen, dass Personen, die sich jetzt den Boden nicht leisten können, trotzdem ein Immobilienprojekt umsetzen können. Sie zahlen dann nur, für die, die nur zuhören und nicht zuschauen, das waren grosse Anführungszeichen, die Baurechtszinsen. Der Kanton verwaltet ja heute schon über 700 Baurechtsverträge mit privaten Eigentümerinnen und Eigentümern. Wenn wir schon beim Bodenpreis sind, dann ist doch genau jetzt der perfekte Zeitpunkt, dass der Kanton so aktiv wie möglich ist, jetzt, wo nach langer Zeit und mit Seltenheitswert die Bodenpreise doch mal stagnieren.

Was wir hier machen, ist nicht der Bau von Sozialwohnungen zulasten des Staatshaushaltes, was wir hier fordern, ist reines Impact Investing. Ich zeichne Ihnen mal kurz die Absurdität des heutigen Zusammenspiels dieses Bodenmarktes mit dem Staatshaushalt zusammen. Und auch hier nochmal, ich habe den Markt in Anführungs- und Schlusszeichen gesetzt, Sie können sich vorstellen, warum bei diesen Marktmechanismen. Heute kauft, wir gehen mal von einer klassischen renditeorientierten Immobilieninvestorin aus, ein Grundstück. Sie vermietet diesen Boden in Wohnungen zu möglichst hohen Preisen, wir gehen ja von einer renditeorientierten Investorin aus, und ihr ist es grundsätzlich egal, wenn der Bodenpreis steigt, im Gegenteil, das ist für sie sogar gut, je höher der Bodenpreis, desto kleiner der Verwaltungsaufwand für die Rendite pro investierten Schweizer Franken.

Jetzt kann sich eine Person diese Miete nicht leisten, dann kann sie zum Beispiel Mietzinsbeiträge vom Kanton erhalten. Vielleicht kann sie sich den Mietzins nur leisten, weil sie Prämienverbilligung hat oder weil sie eine andere staatliche Förderung bekommt. Der Staat also zahlt diese Rendite auf diesen Mieten, indem sie die Personen unterstützt, die diese Mieten zahlen können. Damit sich der Staat diese Unterstützung leisten kann, besteuert er einen Teil der Gewinne dieser renditeorientierten Investorin und bekommt dann von ihr ein bisschen Geld, vom Mieter ein bisschen Geld, der ja auch Steuern zahlt, vom Nachbar von diesem Mieter ein bisschen Geld und von allen anderen Personen in diesem Kanton auch noch ein bisschen Geld. Das sammelt er dann zusammen, durch notwendiges Versickern fällt da ein bisschen Geld weg und einen Teil davon gibt er dann indirekt dieser Renditeinvestorin wieder zurück. So funktioniert das heute, wenn wir das Zusammenspiel zwischen den Bodenpreisen und dem Staatshaushalt anschauen.

Nun, die viel bessere Version. Der Kanton kauft das Land, er gibt es an Projekte ab, in denen zum Beispiel die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnungen auf diesem Boden sich selbst organisieren. Wir denken an Genossenschaften. Er gibt es vielleicht auch an eine Eigenheimbesitzerin ab, also eine Einzelperson, die ein Einfamilienhaus auf diesem Boden baut, usw. Nun, was passiert, der Kanton macht Gewinn mit diesem Boden, anstatt dass er zu Lasten der Staatskasse Teile der Miete zahlen muss. Die Personen, die drin wohnen, die zahlen weniger fürs Wohnen und haben mehr Geld übrig, sagen wir mal für zum Beispiel ein Gipfeli beim lokalen Bäcker oder für andere Ausgaben, die für unsere Wirtschaft doch bedeutend hilfreicher sind als für Bodenrenten von renditeorientierten Investoren. Der Kanton könnte sogar diese Wohnung selbst vermieten und hätte dann noch weniger Umwege und auch in diesem Fall könnte er den Mietzins um 10% sinken und immer noch Gewinn machen, anstatt dass er Ausgaben für Mietzinsbeiträge zahlt. Und im Endeffekt, wenn jetzt eine Person auf einer Baurechtsparzelle des Kantons ihr Haus verkaufen will, sinken die Transaktionskosten und die Probleme, die wir in den letzten paar Sessionen angesprochen haben, zum Beispiel bei der Handänderungssteuer, die würden sich ja auch in Luft auflösen, was auch noch dazu führen würde, dass der Bodenpreis nicht in die Höhe getrieben wird, weil er ja nie die Hand wechselt. Was ich in dieser Motion sehe, ist eine Win-Win-Win-Lösung auf liberalste Art durch Impact Investing.

Nun ein paar rechtliche Bemerkungen zu Finanz- und Verwaltungsvermögen. Ja, der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme ein bisschen recht, eine Rahmenausgabenbewilligung bildet einen zweckgebundenen Topf und ist daher

Verwaltungsvermögen. Wie der Regierungsrat aber unter Ziffer 4.1 ebenfalls korrekt festhält, kann aus Mitteln des Verwaltungsvermögens der Erwerb von Grundstücken im Finanzvermögen gefördert werden, um diese dann im Baurecht abzugeben. Und genau für das verlangt die Motion eine Rahmenausgabenbewilligung. Es wird Verwaltungsvermögen gebildet, aus dem Grundstücke im Finanzvermögen erworben werden, um diese im Baurecht abzugeben. Ich zitiere mehr oder weniger das WRFG, das der Regierungsrat ebenfalls zitiert hat. Ich habe also nicht verstanden, wieso hier irgendeine Verwirrung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen entstanden ist. Ja, ich sehe, streng genommen ist es keine Ausgabe, das ist ja auch, was ich vorhin begründet habe, es ist eine Investition. Nun aber, da die Kompetenz von Entwicklung aus dem Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen gemäss § 51 des Finanzhaushaltsgesetzes den gleichen Kompetenzen folgt wie die Ausgaben, ist wohl trotzdem rechtlich gesehen die Rahmenausgabenbewilligung genau der Ort, wo der Grosse Rat dem Regierungsrat Mittel zur Verfügung stellen kann, um Grundstücke im Finanzvermögen zu erwerben. Von dem her würde ich meinen, ist diese Motion juristisch ziemlich gut gelöst und ich verstehe die Verwirrung überhaupt nicht.

Nun aber verlangt die Motion vom Regierungsrat eine Vorlage, welche diese 260 Mio. Franken ermöglichen. Es steht dem Regierungsrat respektive der Verwaltung, wenn das delegiert wird, frei, damit zu erwerben, was sie möchten. Wir lösen lediglich die Fesseln, die eine allfällige finanzielle Hürde beim Erwerb von Grundstücken darstellen kann, wenn dafür das Geld bereits im Finanzvermögen noch nicht vorhanden ist. Wir geben also die Lösung vor, wir stellen Mittel zur Verfügung und lassen dem Regierungsrat so viel Freiheit dafür wie möglich. Meiner Meinung nach ist das genau die Art Motion, die der Regierungsrat sich doch wünschen müsste. Nach dem Gesagten beantrage ich Ihnen die Zweitüberweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Adrian Iselin. Diese wird entgegengenommen.

Adrian Iselin (LDP): Vielen Dank, Daniel Gmür, für die Annahme meiner Frage. Sie haben gesagt, es wäre in Zukunft Win-Win-Win. Jetzt haben Sie von der Familie gesprochen, die das Einfamilienhaus im Baurecht auf dem Land des Kantons bauen würde. Das wäre aber für diese Familie nicht Win-Win-Win, weil diese dann einen Baurechtszins und eine Hypothek bezahlt. Ist das nicht etwas falsch?

Daniel Gmür (SP): Sie zahlt die Hypothek in diesem Umfang nicht, wo sie den Boden nicht miterwerben musste.

Balz Herter, Grossratspräsident: Letzter Sprecher vor dem Mittag ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Wir alle wissen, Boden ist im Kanton Basel-Stadt eine knappe Ressource. Entsprechend gross ist der politische Druck, diesen klug zu nutzen für Wohnraum, öffentliche Nutzungen und eine nachhaltige Stadtentwicklung. Die vorliegende Motion klingt auf den ersten Blick attraktiv. Mehr Mittel für Bodenpolitik, mehr Handlungsspielraum, mehr Einfluss des Kantons auf die langfristige Entwicklung. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass dieses Instrument aus liberaler, finanzpolitischer und auch wohnpolitischer Sicht problematisch ist.

Die GLP anerkennt das Ziel einer vorausschauenden Bodenpolitik ausdrücklich, lehnt diese Motion jedoch ab, da sie das falsche Werkzeug für ein eigentlich richtiges Anliegen ist. Die Motion verlangt, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Vorlage für eine Rahmenausgabenbewilligung im Umfang von mindestens 260 Mio. Franken zweckgebunden für den öffentlichen Landerwerb vorlegt. Damit würde der Grosse Rat einen sehr hohen Betrag, rund 5% eines Jahresbudgets, langfristig für einen einzigen Zweck blockieren. In seiner Stellungnahme zeigt der Regierungsrat auf, dass die rechtlichen Grundlagen für eine aktive Bodenpolitik längst bestehen. Es fehlen also weder Instrumente noch Kompetenz und der politische Wille ist meiner Meinung nach auch vorhanden. Was die Motion einführt, ist keine neue Fähigkeit des Kantons, sondern ein sehr starres Finanzkorsett.

Aus GLP-Sicht sind drei Punkte besonders heikel. Erstens, die finanzielle Dimension. Eine Rahmenausgabe von 260 Mio. Franken ist kein kleiner Baustein, sondern ein Brocken. Der Regierungsrat hält fest, dass eine solche Bewilligung unweigerlich zu zusätzlicher Verschuldung führen würde und somit den finanziellen Handlungsspielraum für andere Aufgaben einschränkt. Jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden, sei es für Schulen, Gesundheit, Klimaanpassung oder eben Bodenpolitik. Eine derart hohe zweckgebundene Summe engt die Prioritätensetzung hier unnötig ein.

Zweitens, die Marktwirkung. Die Motion wirkt wie ein öffentliches Preissignal. Der Kanton kündigt de facto an, mit 260 Mio. Franken als Käufer aufzutreten. Der Regierungsrat weist zu Recht darauf hin, dass eine so klar kommunizierte Kaufabsicht den Markt verzerren kann. Verkäufer*innen wissen dann, dass der Kanton mit grosser politischer beschlossener Kasse

unterwegs ist, und werden sich beim Preis entsprechend verhalten. Anstatt Boden günstiger und zielgerichtet zu erwerben, könnte der Kanton so selbst zum Preistreiber werden. Dies läuft dem Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, direkt zuwider.

Drittens, die Flexibilität der Bodenpolitik. Eine aktive Bodenpolitik muss Chancen nutzen und je nach Marktlage unterschiedliche Instrumente einsetzen können. Direkte Käufe, Baurechte, Kooperationen mit Genossenschaften, Darlehen und Bürgschaften. Der Regierungsrat argumentiert, dass die bestehenden Instrumente inklusive einer bereits beschlossenen Rahmenausgabenbewilligung für die Wohnraumförderung ausreichen und sich bewährt haben. Eine neue grosse Rahmenausgabe nur für Landerwerb würde Mittel binden, die dann bei konkreten Projekten fehlen könnten.

Darum bitten wir Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Motion nicht zu überweisen. Unterstützen wir stattdessen den Weg einer aktiven, aber flexiblen Bodenpolitik, die den Kanton handlungsfähig hält, den Markt nicht verzerrt und die Finanzen nicht stark belastet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Balmer.

Bülent Pekerman (GLP): Bilateral.

Balz Herter, Grossratspräsident: Diese wird nicht entgegengenommen. Hiermit schliesse ich die Vormittagssitzung.

Schluss der 37. Sitzung

11:59 Uhr

Protokoll

der 38. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 19. November 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Tobias Christ (GLP); Lukas Faesch (LDP), Brigitte Gysin (GLP), Beda Baumgartner (SP), Georg Mattmüller (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

47. Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR 2
48. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR 9
49. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelten und biodiversitätsfördernden Kindergarten, Schul- und Universitätsarealen, Schreiben des RR 14
50. Interpellation Nr. 109 Oliver Bolliger betreffend schadensmindernden Massnahmen rund um das kHaus, Schreiben des RR 14
51. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Voraussetzungen für den Bezug von kantonale Beihilfen, Schreiben des RR 15
52. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige, Schreiben des RR 15
53. Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Quote für erneuerbare Energie im Erdgasnetz, Schreiben des RR 17
54. Interpellation Nr. 105 Heidi Mück betreffend Chemiemüll beim Spielplatz Ackermätteli, Schreiben des RR 18
55. Interpellation Nr. 110 Brigitta Gerber betreffend Bern bricht Abfall-Farbsack-Pilotprojekt ab - was gedenkt Basel zu tun, Schreiben des RR 18
56. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Ausbreitung der Tigermücke, Schreiben des RR 19
57. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Hebammengeleitete Geburtshilfe in den Spitälern, Schreiben des RR 19
58. Interpellation Nr. 101 Eric Weber betreffend neue AKWs an der Grenze zu Basel - was sagt der Regierungsrat, Schreiben des RR 20
59. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Beitrag der Kulturbetriebe von Basel-Stadt zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens, Schreiben des RR 20
60. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Problemlösungen für die Konflikte auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB, Schreiben des RR 20
61. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels, Schreiben des RR 20
62. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte, Schreiben des RR 23
63. Interpellation Nr. 103 Claudio Miozzari betreffend Unterstützung für die Basler Afrika Bibliographien, Schreiben des RR 23

Beginn der 38. Sitzung

Mittwoch, 19. November 2025, 15:01 Uhr

47. Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR

[19.11.25 15:01:20, 25.5089.02]

Johannes Barth (FDP): Die FDP lehnt die Motion Balmer klar ab, nicht weil wir gegen eine aktive Bodenpolitik sind, sondern weil diese Motion genau das Gegenteil bewirkt von dem, was sie vorgibt zu bewirken. Das Problem liegt auf der Hand. 260 Mio. Franken, das sind 5% des gesamten Kantonsbudgets – das ist keine Bodenpolitik mehr, das ist Planwirtschaft, und zwar eine besonders teure und ineffiziente. Der Regierungsrat führt klar aus, alle rechtlichen Grundlagen für eine aktive Bodenpolitik existieren bereits. § 50a des Finanzhaushaltgesetzes gibt dem Regierungsrat die Kompetenz für strategischen Landerwerb. Das Wohnraumförderungsgesetz schafft die Instrumente für Baurechtsabgaben. Eine Rahmenausgabenbewilligung von 20 Millionen steht bereits zur Verfügung. Der Kanton Basel-Stadt gehört mit rund 700 Baurechtsverträgen zu den grössten Baurechtsausgebern der Schweiz. Das System funktioniert, warum sollen wir es mit dieser Motion torpedieren?

Stellen Sie sich vor, der Kanton kommuniziert öffentlich, dass er 260 Mio. Franken für Landerwerb ausgeben will. Was passiert wohl? Jeder Verkäufer kennt die Kaufabsicht, die Verhandlungsposition des Kantons wird massiv geschwächt, die Preise werden künstlich nach oben getrieben. Dies nennt man Marktwirtschaft. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie erreichen wollen. Sie wollen doch günstigen Wohnraum schaffen, nicht die Grundstückpreise in die Höhe treiben und damit Wohnraum noch teurer machen.

Nun komme ich zum Verlust der Handlungsflexibilität. Eine Rahmenausgabenbewilligung bedeutet, die Mittel sind zweckgebunden im Verwaltungsvermögen, das heisst, sie stehen für andere wichtige Arealentwicklungen nicht mehr zur Verfügung. Der Regierungsrat verliert genau die Flexibilität, die er für intelligentes Handeln am Markt braucht. Aktuell kann der Regierungsrat schnell und gezielt zugreifen, wenn sich eine Gelegenheit bietet. Mit dieser Motion wird er zum schwerfälligen Tanker, den jeder Verkäufer kommen sieht.

Diese Motion ist auch finanzpolitisch unverantwortlich. 260 Millionen, das ist keine Kleinigkeit. Es bedeutet zusätzliche Verschuldung in dieser Höhe, es bindet langfristig Mittel, die für andere Staatsaufgaben fehlen, es schränkt den finanziellen Handlungsspielraum massiv ein. Wir reden hier von Investitionen in eine endliche Ressource, Boden, das ist richtig, aber wir reden auch von Opportunitätskosten. Dieses Geld fehlt dann in der Bildung, Verkehr, Gesundheit und Sicherheit. Ist es verantwortlich? Nein. Die bisherige Praxis funktioniert hervorragend, schauen wir uns die Fakten an. Areal Westfeld, 525 neue Wohnungen im Baurecht, Walkeweg, 150 Genossenschaftswohnungen geplant, VoltaNord, 150 preisgünstige Wohnungen geplant. Das Ziel des Regierungsrats ist klar. Von 13,5% preisgünstigem und gemeinnützigem Wohnraum auf 17% bis 2035 und 25% bis 2050. Und es funktioniert, ohne diese Motion. Der Kanton erwirbt gezielt Liegenschaften, wo es Sinn macht, er gibt sie im Baurecht ab. Das ist aktive intelligente Bodenpolitik, nicht dieser 260 Millionen Giesskannenschuss.

Es gibt bessere Alternativen. Die Motion Albietz, die im März zur Erfüllung überwiesen wurde, zeigt den richtigen Weg, 40 Millionen statt 260, gezielt für Restfinanzierungsdarlehen an gemeinnützige Trägerschaften, nachrangige Darlehen, die keinen generellen Preisdruck erzeugen, systemkonform und zielgerecht. Das ist der Unterschied zwischen einer chirurgischen Intervention und einer Abrissbirne.

Sie zitieren in Ihrer Begründung Hans Bernoulli und seine pionierhaften Überlegungen, schön und gut, aber Hans Bernoulli hat nie gefordert, dass der Staat mit der Giesskanne Hunderte Millionen auf den Immobilienmarkt wirft und damit die Preise selbst nach oben treibt. Bodenpolitik braucht Fingerspitzengefühl, Timing und Marktkenntnisse, nicht Planwirtschaft und Symbolpolitik. Sie verweisen auf Singapur als Vorbild. Singapur ist ein autoritärer Stadtstaat mit komplett anderen Rahmenbedingungen. Dies als Argument für Basel zu nehmen, ist absurd. Was wir wirklich brauchen ist, mehr Bauzonen, nicht mehr Geld für bestehende Zonen, schnellere Baubewilligungsverfahren, nicht längere Wartezeiten, weniger Auflagen, nicht mehr Bürokratie, Arealentwicklungen vorantreiben wie Klybeck, Hafen, Bahnareale. Der Engpass ist nicht Geld, der Engpass sind die Flächen und die Geschwindigkeit.

Unser Fazit: Diese Motion ist unnötig, die Rechtsgrundlagen existieren. Sie ist kontraproduktiv – sie treibt Preise hoch statt runter, sie ist teuer – 5% des Kantonsbudgets als Verschuldung, sie ist unflexibel – sie bindet Mittel starr im Verwaltungsvermögen, sie ist ideologisch – Planwirtschaft statt intelligente Bodenpolitik. Der Regierungsrat macht bereits eine erfolgreiche aktive Bodenpolitik. Mit 700 Baurechtsverträgen gehört Basel zu den erfolgreichsten Kantonen der Schweiz in diesem Bereich. Lassen wir den Regierungsrat seine Arbeit machen, lehnen wir diese Motion ab, setzen wir auf die Motion Daniel Albietz als zielgerichtete, wirksame Alternative.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Ich bin ein bisschen verwirrt. Haben Sie die Motion Albietz nicht geschlossen abgelehnt?

Johannes Barth (FDP): Was demokratisch angenommen wurde, muss man entsprechend umsetzen und somit nehme ich diese als Gegenargument für diese Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jetzt darf Daniel Albietz sprechen.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Sie konnten schon der Kreuztabelle entnehmen, dass unsere Fraktion in der Frage gegenüber dieser Motion ambivalent ist, sie ist offen oder auch heterogen, das heisst, wir haben einzelne Mitglieder, die dezidiert jeden aktiven Part des Staates beim Landerwerb ablehnen, wir haben aber auch Mitglieder der Fraktion, die die Motion unterzeichnet haben, und wir haben eine intensive Diskussion geführt, wie wir mit der Zweitüberweisung umgehen. Und da muss ich sagen einerseits an die Adresse von der Regierungsrätin, dass wir anerkennen, dass tatsächlich schon ein Instrumentarium besteht, dass der Staat , hier der Kanton aktiv sein kann. Es ist ja nicht der Kanton, es ist die Einwohnergemeinde Basel, die jeweils Liegenschaften kauft bei uns und nicht der Kanton, aber hier kann der Kanton schon aktiv sein. Und da ist natürlich auch ein Teil der Kritik und deshalb wurde die Motion auch teilweise unterzeichnet, nämlich warum nimmt der Kanton diese Möglichkeit zu wenig wahr, zumindest nach der Auffassung der Befürworter.

Das Zweite, was wir anerkennen, wurde schon in der Erstüberweisung als Argument gegen die Motion angeführt, und ist, dass das Instrument, das hier vorgeschlagen wird, rein haushaltsrechtlich falsch ist. Es geht um eine Rahmenausgabenbewilligung und die ist tatsächlich dafür gedacht, dass Dinge im Aufwand entstehen, sprich erfolgswirksam und dass es nicht um Finanzvermögen geht. Uns stört die Verbindung, die jetzt vorgeschlagen wird mit dem Verwaltungsvermögen, wir wollen diese Sachen nicht über das Verwaltungsvermögen abgewickelt haben, sondern jeder Landkauf, den der Kanton tätigt ins Finanzvermögen, ist ein Aktivtausch, das ist schlicht weniger Geld auf dem Konto, dafür mehr Liegenschaften. Das heisst, es braucht dieses Instrument nicht, es ist auch falsch. Das ist aber auch wieder eine Kritik an der Regierung, warum schlägt sie dann für die Zweitüberweisung oder für die Frage der Zweitüberweisung in ihrem Bericht nicht ein Instrument vor, das eben geeignet wäre, zum Beispiel ein Fonds oder ein anderes Mittel, um Geld für spezifisch diesen Zweck vorzuschlagen?

Also wir erkennen, dass hier ein Fehler im System ist oder im Vorschlag, der nicht durch diese Zweitüberweisung geheilt werden kann. Und darum schlägt Ihnen heute unsere Fraktion vor, und ich beantrage das auch, dass diese Motion als Anzug überwiesen wird, damit die Regierung eine Motivation hat, sich aktiv um den Landerwerb zu kümmern.

Ich danke auch für die lobenden Worte zur Restfinanzierung, die ich heute gehört habe und auch die Bestätigung, dass der Strategie der Regierung, nämlich bis 2050 25% Wohnungsbau im gemeinnützigen Bereich zu ermöglichen, anerkannt oder zugestimmt wird. Das freut uns und ich danke, wenn Sie dem Antrag folgen, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Ist es eine neue Regierungsaufgabe, untaugliche Motionen zu verbessern, obwohl dies gesetzlich nicht möglich ist?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Nein, und genau darum schlagen wir vor, dass es nicht als Motion weitergeht, sondern als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Michael Hug spricht für die LDP.

Michael Hug (LDP): Wie bereits mehrfach ausgeführt, führt die Überweisung dieses Vorstosses dazu, dass tatsächlich 260 Mio. Franken. im ordentlichen Haushalt vorgesehen werden müssten, das bedeutet beispielsweise, dass rund 50 Millionen pro Jahr in den kommenden fünf Jahren mehr ausgegeben werden müssten. Dieses Geld fehlt dann an anderen Stellen und dies in einer Zeit, in der wir uns auf sinkende Überschüsse einstellen müssen. Wollen wir denn das wirklich? Es ist gefährlich, solche Summen ohne klare strategische Leitplanken festzulegen, und es ist überraschend, dass dies so breit unterstützt wird. Das Geld wird auch für soziale Aufgaben fehlen.

Aus liberalen Überlegungen muss man gegen diesen Vorstoss sein, wenn der Staat in diesem Ausmass zum aktiven Marktteilnehmer wird. Ein Kanton, der mit einem 260-Millionen-Kredit auf Einkaufstour geht, setzt starke Marktimpulse und verzerrt den Preismechanismus, das wurde auch schon mehrfach genannt bei den Käufen, beispielsweise des Claraareals und anderen Arealen. Sie wissen es noch, vielleicht auch beim Horburgpark. Diese Eingriffe treiben potenziell sogar die Bodenpreise weiter an. Gleichzeitig steigt das Risiko für die öffentliche Hand. Das Beispiel Clara-Areal zeigt es deutlich, wir wissen bis heute nicht genau, wie es um die Gebäudesubstanz steht. Die nötigen Sanierungen werden dereinst über Steuergelder bezahlt, Risiken, die vor dem Kauf nicht transparent sind. Solche Beispiele dürfen nicht Schule machen.

Der Regierungsrat führt zu Recht aus, dass die aktive Bodenpolitik heute bereits funktioniert. Die Instrumente stehen bereit und sie werden genutzt, Areale am Walkeweg, im Hafen, im Rosental und weitere Transformationsflächen sind in der Entwicklung. Parallel dazu werden weiter punktuell Liegenschaften erworben, beispielsweise an der Gartenstrasse. Dafür braucht es kein zusätzliches, starres Budget von 260 Mio. Franken. Es ist also, und das suggeriert dieser Vorstoss, keine Geldfrage, die über den Kaufentscheid bestimmt. Es geht darum, ob etwas sinnhaft ist zu erwerben oder nicht und wenn es das ist, ist es heute schon möglich, dieses zu erwerben.

Aus raumplanerischer Sicht hat Hans Bernoulli und seine Mitstreiter wie Ivo Balmer dennoch einen wichtigen Punkt. Wir erachten es durchaus als sinnvoll, wenn der Kanton strategische Flächen an guten, räumlich zusammenhängenden Lagen erwirbt und hält, damit wir künftig Schulen, Spitalerweiterungen, Forschungsbauten oder Schwimmhallen realisieren können. Aber genau deshalb braucht es eine klare Strategie dazu, bevor wir Hunderte Millionen bereitstellen. Wir müssen wissen, welche Flächen strategisch bedeutsam sind, zu welchen Preisen wir sie erwerben wollen und mit welcher Priorität wir vorgehen. Dazu gehört auch ein Grundsatz, den wir als LDP seit Jahren vertreten. Wenn der Kanton Boden kauft, dann soll die Bebauung möglichst über Baurecht erfolgen, nicht durch eigene Gebäudeübernahmen. Das steht auch in der Motion, aber nicht gänzlich absolut.

Aus diesem Grund kann sich ein Teil unserer Fraktion vorstellen, den Vorstoss als Anzug zu überweisen, aber nur, wenn dadurch genau diese strategische Grundlagenarbeit verbessert wird und wenn die Motion selbst abgelehnt wird. Der Anzug wäre ein Zeichen, dass wir eine klare Priorisierung und einen nachvollziehbaren Plan wünschen, nicht aber einen Freipass für 260 Mio. Franken ohne definierte Ziele. Das wurde heute Morgen schon ausgeführt von Ratskollege Daniel Gmür, der auch meinte, dass man irgendwelche Liegenschaften erwerben kann. Und das wollen wir gerade nicht. Es braucht eine klare Planung dahinter, und es braucht das Kriterium der zusammenhängenden Flächen, die erworben werden können.

Zum Schluss noch ein Punkt, der mir nach wie vor unklar bleibt. Wie verhält sich diese Rahmenausgabenbewilligung zu Käufen im Finanzvermögen? Kann die Regierung zusätzlich zu den 260 Mio. Franken weiterhin frei Käufe tätigen? Wenn Ja, denke ich, ist die Vorlage überflüssig. Der Kanton kauft ja bereits jetzt und macht von dieser Option auch Gebrauch. Wenn Nein, wäre dies in den Kreisen, die kritisch gegenüber solchen Vorgehen sind, immerhin ein Korrektiv. Ich denke, ein Kauf des Clara-Areal wäre nämlich nicht möglich gewesen, wenn das gesamte Volumen nur diese 260 Millionen wären. Im Finanzvermögen ist es nämlich viel besser möglich, grosse finanzielle Verpflichtungen einzugehen, weil man über das Gesamtportfolio rechnen kann, weil man sich finanzieren kann und gute Konditionen erzielt und die Gesamtperformance auch über das Portfolio anders gerechnet werden kann. Das wäre in diesem Fall, wenn man diese Rahmenausgabenbewilligung hat, die limitierend wirkt, nicht mehr möglich und ich frage mich, ob das hier Absicht war oder ob ich dazu vielleicht noch eine Antwort erhalten könnte. Ich denke aber nicht, dass es im Sinne der Motionäre wäre, wenn das so eine Limitierung ist.

Darum mein Fazit: Lehnen wir die Motion ab und wenn ein Signal gewünscht wird, dann über einen Anzug mit klarer strategischer Erwartung an die Regierung und ohne finanzpolitische Risiken, die wir heute nicht verantworten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Diese wird entgegengenommen.

Ivo Balmer (SP): Was ist mit der Zielgrösse 25% preisgünstiger Wohnraum bis 2050? Ist das eine Strategie oder nicht?

Michael Hug (LDP): Das ist eine Strategie, die sich ja über die Gebäude auch von Privaten umsetzen lässt. Aber meine Frage würde ich dennoch gerne beantwortet wissen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Patrizia Bernasconi hat das Wort für die BastA.

Patrizia Bernasconi (BastA): Die Argumente, die ich bis jetzt gehört habe, sind die gleichen Argumente, die der Regierungsrat vorbringt. Sie lauten zum Beispiel, eine Rahmenausgabenbewilligung schränke den Handlungsspielraum des Kantons ein oder der Kanton könnte die Bodenpreise nach oben treiben. Ich habe auch von Machtwirkung und Marktverzerrung gehört. Es wird Sie sicher nicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass ich das genau umgekehrt sehe. Eine solche Rahmenausgabe schafft Flexibilität, weil sie dem Kanton ermöglicht, schnell auf Chancen am Markt zu reagieren. Gerade in einem Markt, in dem Boden knapp ist, bedeutet Handlungsfähigkeit schnell entscheiden zu können, statt abwarten zu müssen. Und die Motion fordert nur die Mittel, nicht den Zwang. Man muss nicht einfach alles sofort kaufen. Somit werden die Preise nicht nach oben getrieben, es besteht also keine Gefahr einer Marktverzerrung, keine Planwirtschaft, das Geld wird nicht einfach so auf den Markt geworfen.

Die bestehenden Instrumente, Baurechtsmodelle, Förderprogramme bleiben unverändert wirksam, die Rahmenausgabe ergänzt sie nur und stärkt die aktive Bodenpolitik des Regierungsrates. Mit der Rahmenausgabe kann er opportunistisch und strategisch handeln und wir wissen, welches die Strategie ist: Das ist mehr bezahlbarer und mehr gemeinnütziger Wohnungsbau.

Kurz zusammengefasst: Die Rahmenausgabe ist kein Zwang, sondern ein Werkzeug, das den Handlungsspielraum erweitert, nicht einschränkt. Diesen Handlungsspielraum brauchen wir dringend, denn, wir haben es schon gehört, die Bodenpreise stagnieren, aber die Mietzinsen sind sehr hoch. Es ist also der richtige Zeitpunkt. Vielen Dank für die Überweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Daniel Gmür hat zu Beginn bereits die boden- und finanzpolitischen Mechanismen sehr anschaulich erklärt. Für die Fraktion GRÜNE/jgb möchte ich mich deshalb auf ein paar übergeordnete Punkte konzentrieren.

Die Sicherung von Boden ist eine Politik mit weitreichendem Zeithorizont. Dass sich der Kanton durch eine aktive Bodenpolitik möglichst grosse Handlungsspielräume in der Gestaltung der Stadt sichern kann, ist besonders in Zeiten grosser Umbrüche wichtig. Die klimatischen Entwicklungen und die damit einhergehenden Ressourcenverknappungen, steigenden Temperaturen und noch unvorhersehbare demografische Entwicklungen als Folge der Klimakrise werden uns vor städtebauliche Herausforderungen stellen. Fragen der inneren Verdichtung, der Stadtklimaanpassungen, der Verfügbarkeit und ökologischen Vertretbarkeit von Baumaterialien und der sozioökonomisch gerechten Verteilung von Wohnraum stellen sich bereits heute und werden in den kommenden Jahren massiv an Bedeutung gewinnen.

Für uns als Fraktion GRÜNE/jgb ist es daher zentral, dass wir die Beantwortung genau dieser Fragestellungen nicht dem Markt überlassen, sondern dass wir diese mit einer aktiven und vor allem weitsichtigen Bodenpolitik des Kantons in demokratischen Händen absichern. Wir haben zahlreiche gute Beispiele im Kanton, die zeigen, welches Potenzial hier liegt und weiter ausgeschöpft werden könnte. Mit dieser Motion können wir die aktive Bodenpolitik des Kantons über die gemeinsame Zielsetzung hinaus konkret vorantreiben, um einerseits Wohnraum der Spekulation zu entziehen und andererseits eine Stadtentwicklung im Sinne der ökologischen Ziele des Kantons zu ermöglichen. Diese Motion bietet, wie Patrizia Bernasconi schon gesagt hat, den finanziellen Handlungsspielraum, um dieses Ziel auch zu erreichen.

Dann möchte ich noch kurz auf den breit diskutierten Punkt der Preisverzerrung eingehen. Hier möchte ich daran erinnern, wir haben es in der Erstüberweisung schon davon gehabt, dass wir in keineswegs unbekannte Gewässer vorstossen. Aus der Stadt Zürich wissen wir, dass diese Befürchtung nicht eintrifft. Seien wir ehrlich, der heutige Markt ist längst verzerrt und überhitzt. Auch bei den investierenden Pensionskassen ist allseits bekannt, dass sie unter Investitionsdruck stehen und im Immobilienmarkt kann schon längst keine Rede von gleich langen Spiessen für alle Marktteilnehmenden sein. Der Bodenankauf durch den Kanton ist also der Schlüssel, nicht der Störfaktor für einen funktionierenden «Wohnungsmarkt».

Wir wissen es alle, unsere Stadt entwickelt sich auf begrenztem Raum, die Möglichkeiten, wo wir noch entwickeln können, werden weniger. Wiederholen wir nicht die Fehler der Vergangenheit und nutzen wir die Möglichkeit, die wir als finanzstarker Kanton haben, um die aktive Bodenpolitik voranzutreiben, damit wir unsere ökologischen Ziele mit vorbildlichen Projekten vorantreiben können, damit wir Flächen für zukünftige Schulen und Gesundheitseinrichtungen sichern können und im Baurecht Projekte von höchster Qualität für die Bewohnenden ermöglichen können.

Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie daher darum, die vorliegende Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen, die Kollegen Michael Hug, Johannes Barth und auch Daniel Albietz haben eigentlich schon relativ viel gesagt. Die SVP-Fraktion kann sich dem grundsätzlich anschliessen.

Für uns ist es eigentlich eine relativ simple Frage: Ist es eine Staatsaufgabe, hier noch einen aktiveren Landerwerb zu betreiben oder ist es keine Staatsaufgabe? Und für die SVP-Fraktion ist es klar, es ist in diesem Ausmass keine Staatsaufgabe, hier noch weiter aktiv zu sein. Die SVP hat schon damals die Bodeninitiative abgelehnt und diese Initiative würde ja noch viel weiter gehen als die bisherigen Mittel, die wir in diesem Bereich auch haben.

Was man den Motionären attestieren muss, um auch fair zu bleiben: Wenn man natürlich der Meinung ist, dass es eine Staatsaufgabe ist, hier mehr Landerwerb zu betreiben, dann macht diese Motion natürlich mehr Sinn, als wenn wir es im Einzelfall tun, wie es bei den Schorenhochhäusern oder wie es beim Horburg-Areal war. Denn dort würde dann der Preis viel mehr in die Höhe getrieben werden, wenn wir als Parlament die Regierung zwingen, etwas zu kaufen. Aber trotzdem, auch bei der Überweisung dieser Motion hätten wir diesen Effekt, wenn dann Verkäufer oder Eigentümer sehen, dass hier der Kanton viel aktiver werden muss, wie es bisher der Fall ist, und hier würde dann auch der Kanton einen Verlust machen.

Und ich denke auch, dieser Effekt wäre höher, wenn wir jetzt einfach ein Vorkaufsrecht beispielsweise verankern würden, denn dann hätte der Kanton natürlich das Recht, aber er müsste nicht kaufen. Dementsprechend sind wir der Meinung, dass wir diesen Effekt schon als gefährlich erachten und deshalb auch diese Motion ablehnen.

Und es gibt ja auch noch folgenden Punkt: Wenn wir jetzt eine Situation hätten im Kanton Basel-Stadt, wo wir keine Instrumente hätten für die Schaffung von günstigem Wohnraum, dann könnte man ja noch diskutieren auf diese Art und Weise, aber wir haben das Wohnraumfördergesetz, wir haben den Gegenvorschlag zur Initiative Basel baut Zukunft, dort haben wir jetzt mehrere Instrumente, mit denen in Zukunft auch günstiger Wohnraum entsteht oder zumindest auch geschützt wird. Diesen Punkt benötigt es aus unserer Sicht nicht zur Schaffung von günstigem Wohnraum.

Dementsprechend lehnen wir auch diese Motion ab. Wenn jetzt der Antrag gestellt wurde, dass die Motion in einen Anzug abgeschwächt wird, dann unterstützen wir selbstverständlich die Weiterbehandlung als Anzug, würden dann aber in einem zweiten Schritt die Überweisung ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny.

David Jenny (FDP): Habe ich mich verhört, oder haben Sie Sympathie für ein staatliches Vorkaufsrecht ausgesprochen, was einen sehr grossen Eingriff in die Privatautonomie darstellt?

Pascal Messerli (SVP): Nein, ich habe nicht von Sympathie gesprochen, ich habe gesagt, dass selbst ein Vorkaufsrecht weniger schlimm wäre aus bürgerlicher Sicht als diese Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Nur ganz kurz zwei Punkte zum Thema Boden im Kanton Basel-Stadt. Die Vorredner haben gesagt, der Boden ist knapp. Das stimmt. Darf ich bitten, die erste Folie einzublenden. Es ist kein Witz, was ich hier erzähle, aber ich bin sehr stolz, dass ich seit 62 Jahren im geografischen Mittelpunkt des Kantons Basel-Stadt bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat nichts mit der Bodenpolitik zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber trotzdem, man muss sagen, Bodenpolitik, der Mittelpunkt vom Kanton Basel-Stadt ist dort, wo ich wohne. Ich bin der einzige Grossrat, der im Mittelpunkt lebt seit 62 Jahren. Das ist für mich wie eine göttliche Fügung. Ich bin auch der Mittelpunkt in diesem Parlament.

Ich möchte noch kurz zu meinem Vorredner kommen, Johannes Barth, einer meiner neuen Lieblings-Grossräte. Johannes Barth hat richtig gesagt und Hans Bernoulli zitiert. Und da darf ich sagen, ich wohne in einem Bernoulli-Haus und ich bin dankbar, dass Johannes Barth das zitiert hat. Fina Girard hat gesagt, wir haben zu wenig Platz, zu wenig Boden, und das wollte ich einfach sagen, und ich frage mich dann einfach als Grossrat, ist es ein Zufall oder ist es kein Zufall, dass ich genau im geografischen Mittelpunkt bin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Nur ein paar Worte zu den Folterinstrumenten des sozialistischen Bodenrechtes. Pascal Messerli hat gesagt, das Vorkaufsrecht sei weniger schlimm. Ich glaube, diese Abwägung ist wirklich relativ kompliziert, denn ich glaube, bei einem unlimitierten Vorkaufsrecht enteignen Sie den privaten Verkaufswilligen in dieser Hinsicht, dass er nicht mehr frei ist, wem er etwas verkaufen will, weil ja immer der Staat das letzte Wort hat. Und vielleicht ist das jemand, der lieber dem Teufel als dem Staat verkaiuft.

Und dann, die preistreiberische Wirkung ist ja noch sehr viel höher. Die Gefahr halb simulierter Transaktionen mit einem Gegenfantasiepreis ist ja wirklich da und ich glaube, es ist wirklich erstaunlich, dass hier ein Bürgerlicher dieses Vorkaufsrecht verharmlost. Ich meine, bei dieser Rahmenausgabenbewilligung hat immerhin der Private die Freiheit zu sagen, lieber Staat, auch wenn du mehr bietest als eine böse Renditeorganisationen wie eine Pensionskasse, ich verkaufe es dir trotzdem nicht. Diese Freiheit hat ein Privater noch, das hat er dann beim Vorkaufsrecht nicht. Also ich bitte Sie, ein bisschen vorher zu überlegen, bevor Sie solche Folterinstrumente loben. Das kann vielleicht dann der Sonderbund einführen, den die Herren Maurer und Brunner gründen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ivo Balmer ist nächster Einzelsprecher.

Ivo Balmer (SP): Heute geht es um den Landerwerb und nicht um das Vorkaufsrecht. Ich glaube, das ist wichtig hier anzufügen. Es geht um Grundsätzliches und ich glaube, das hat diese lebhafte Debatte auch gezeigt, und ich möchte wirklich nochmals erwähnen, Boden ist elementar und genau hier bahnen sich schon die ersten Missverständnisse an. Er ist eben nicht knapp, nein, er ist endlich und auf der Nachfrageseite, das ging heute sehr stark vergessen, herrscht Zwang. Das heisst, jede physische Aktivität braucht Boden, selbst wenn ich hier vor euch stehe an diesem Rednerpult. Und genau diese Ausgangslage ist entscheidend, dass Boden zum Investitionsobjekt Nummer 1 wird.

Und die Attraktivität, das ist klar, das variiert mit anderen Opportunitäten von anderen Anlageklassen, sei es Aktien oder sonstige Dinge. Aber in einem eng begrenzten Stadtkanton, wie wir das sind, bleibt und war Boden immer der eigentliche Favorit. Und genau das ist das Wissen der Kapital- und Immobiliengesellschaften und deshalb kaufen sie ja auch diesen Basler Boden. Weil alle etwas von diesem Boden haben möchten, steigen die Preise.

Und jetzt, was zeigt diese Debatte? Die hohen Ausgaben werden als Argument eingeführt. Da muss man schon nochmals wiederholen, was Daniel Gmür zu Beginn gesagt hat. Diese Rahmenausgabenbewilligung ist keine klassische Ausgabe oder eine Verschuldung, denn Landkauf ist immer ein Aktivtausch. Man gibt Geld aus, aber man erhält einen Gegenwert. Und es ist sogar noch besser, ich kann Sie da beruhigen, denn diese Vermögenswerte steigen ja über die Zeit, das zeigt die historische Bodenpreisentwicklung in unserem Kanton mehr als deutlich, und das führt dann dazu, dass diese Wertsteigerungen, wenn mehr öffentliches Bodeneigentum zugekauft wird, bei der Allgemeinheit verbleiben.

Wir wären ja eigentlich wirklich verrückt, wenn wir dieses Feld diesen anlagesuchenden Immobiliengesellschaften überlassen würden. Und genau hier geht es, und da komme ich so ein bisschen zur Frage, die mir Michael Hug gestellt hat, es geht hier um eine aktivere Bodenpolitik. Es ist richtig, das können wir alle nachlesen, die Grundsätze gibt es in unserem Finanzhaushaltsgesetz, sie gibt es für die Rahmenbewilligung, das hat Kollege Daniel Gmür auch zitiert, im Wohnraumförderungsgesetz. Es gibt die Möglichkeit, über solche Rahmenkredite gerade auch den Landerwerb für bestimmte Eigentümer:innenschaften zu tätigen.

Und das ist nicht strategisch unklar, sondern es geht um das preisgünstige Wohnen, es geht aber auch um das selbstgenutzte Wohnen, weil Menschen, die hier leben, sollen genau von diesen eigentlich stabilen Wohnkosten profitieren. Ich glaube, dort liegt diese Win-Win-Win-Situation. Wir investieren ja, wenn wir über Ausgaben sprechen, ganz viel in unsere Standortattraktivität, wie wir das meistens nennen. Wir investieren also Steuergelder, damit unser Kanton attraktiv ist und das ist auch gut so. Genau deshalb steigen ja die Bodenpreise und deshalb ist es mehr als richtig, hier aktiver mit einem zusätzlichen Instrument, um die Frage deutlich zu beantworten, weiter nach vorne zu bringen und dafür werden jetzt diese 260 Millionen eingestellt, damit man mehr machen kann.

Und dass jetzt hier die Mitte/EVP auf einen Anzug umschwenken will, verstehe ich nicht, weil ich glaube, der Regierungsrat, da teile ich die Meinung von Daniel Albietz, hat leider versäumt in der Beantwortung, konkret Modelle zu überprüfen, was man und wie man diese Rahmenausgabenbewilligung für ein nachhaltiges Instrument, beispielsweise einen Bodenfonds, gebrauchen könnte. Deshalb bitte ich Sie, bleiben wir bei dieser Motion, machen wir einen deutlichen Schritt vorwärts, damit Basel noch mehr Boden kauft und somit alle davon profitieren können. Ich danke für die zweite Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft Regierungsrätin Tanja Soland hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es ist eine Zweitüberweisung, das heisst, es ist eine Stellungnahme der Regierung in für uns relativ kurzer Zeit. Daher haben wir hier auch nicht andere Modelle geprüft und ausgebreitet, das als kleine Entschuldigung. Ich verstehe daher auch den Antrag von Daniel Albietz, der sagt, es sollte eigentlich ein Anzug sein, weil es sind viele Fragen noch offen. Sie haben ja gesehen, wir haben auch auf die Motion von Daniel Albietz verwiesen, an deren Umsetzung wir sind, und wir sind daran, genauer zu klären, was wir machen können.

Ich habe jetzt versucht, in Ihrer langen und breiten Diskussion zu verstehen, um was es geht. Ich möchte jetzt das mit dem Geld etwas ausblenden, weil ich glaube, dass wir da nicht weiter kommen. Ich habe ein Zitat heute aufgeschrieben, da wurde gesagt, die Regierung muss dann ja nicht kaufen, sie darf. Und man möchte uns von den Fesseln des Finanzvermögens erlösen. Das ist nicht nötig, ich habe im Finanzvermögen ziemlich weit nach oben die Möglichkeit, Geld auszugeben, muss ich Ihnen sagen. Daher glaube ich ja nicht, dass es ums Geld geht oder wie schnell wir Geld haben oder wie schnell wir kaufen können, denn das besteht heute, die Möglichkeit besteht und Michael Hug hat ja dann auch noch gesagt, wie furchtbar es mit diesem Clara-Areal war. Er war nicht begeistert. Aber ja, das war möglich, das ging schnell, es ging natürlich auch nur, weil die Verkäufer es uns verkaufen wollten.

Also gehe ich davon aus, es geht eher darum, wie wir die Bodenpolitik umsetzen. Es geht um die strategische Frage, wann wir kaufen, was wir kaufen und warum. Ich glaube, das scheint der Punkt zu sein. Da wird die Motion nichts lösen. Die Regierung hatte bisher den Eindruck, dass wir das sehr gut machen. Wir sind sorgfältig, das ist so, wenn der Preis total überrissen ist, dann kaufen wir nicht, da machen wir nicht mit, das stimmt, wir kaufen auch nicht Einfamilienhäuser, nein, die stossen wir ab, weil wenn der Staat verantwortlich ist für eine einzelne Familie und zu entscheiden hat, wer da hinein darf, das ist sehr schwierig.

Wir waren sehr sorgfältig, finde ich, und wir kaufen das, was wir konnten, was Sinn macht. Ich höre jetzt von einer, vielleicht ist es eine Mehrheit, ich weiss es nicht, die möchte, dass wir die Strategie ändern. Darüber kann man diskutieren. Man kann sich die Frage stellen, ob wir dort aktiver sein sollten, ob es geht, ist eine andere Frage. Ich meine damit nicht diesen kleinen Betrag, den wir überzahlen können. Wir haben ja bereits jetzt die Möglichkeit, etwas höher zu gehen. Aber es geht auch nicht immer, es gibt auch viele, die wollen uns nicht verkaufen, wir können auch nicht ein Wohnhaus kaufen und die Mieter hinauswerfen und eine Schule bauen. In gewissen Bereichen sind uns auch die Hände gebunden.

Ich habe es nur so aufgenommen heute, dass es vor allem darum geht, was wir kaufen und ob wir nicht mehr kaufen sollen, und wenn Sie das als Anzug überweisen möchten heute, nehme ich diese Fragen mit und werde auch versuchen, diese zu beantworten und mit Ihnen zu diskutieren. Denn das scheint das grösste Thema zu sein, weil Geld im Finanzvermögen ist vorhanden, das ist nicht die Schwierigkeit. Wenn Sie es umwandeln, muss ich es einstellen ins Budget, das ist für uns nicht wirklich ideal. Sie brauchen uns auch nicht von den Fesseln zu lösen, aber wenn Sie dort mehr wollen, dann müssen wir, glaube ich, über diese Strategien reden. Bei der Motion Albietz werden wir das auch machen. Braucht es noch mehr Land, insbesondere für die Genossenschaften? Denn dort zählt schon etwas anderes. Wenn wir ein normales Stück Land abgeben im Baurecht, dann kommt das eigentlich nicht günstiger. Bei den Genossenschaften haben wir einen Auftrag mit einem speziellen Baurechtsvertrag, aber sonst kommt es für die Person, die das Baurecht hat, eigentlich nicht günstiger.

Ich nehme mit, Sie wollen vor allem über das diskutieren. Ich bitte Sie, die Motion nicht als Motion zu überweisen, da wir hier nur finanziell den Rahmen enger machen. Daher bitte ich Sie, sie nicht als Motion zu überweisen, ich habe aber alle Ihre anderen Fragen und Anliegen gehört und ich glaube, darüber müssen wir sicher bald einmal diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu den Abstimmungen. Daniel Albietz beantragt eine Überweisung als Anzug, Daniel Gmür beantragt eine Überweisung als Motion. Wir machen daher eine Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Anzug, NEIN heisst Motion.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007677, 19.11.25 15:44:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für einen Anzug entschieden mit 50 gegen 47 Stimmen. Bülent Pekerman beantragt die Nichtüberweisung. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007679, 19.11.25 15:44:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 56 gegen 41 Stimmen.

48. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR

[19.11.25 15:45:05, 25.5202.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres. Das Wort hätte Regierungsrätin Tanja Soland, sie spricht der zweiten Runde. Hanna Bay spricht für die SP.

Hanna Bay (SP): Im Namen der SP bitte ich Sie, die vorliegende Motion ein zweites Mal als Motion und somit dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen. Ich mag mich daran erinnern, die Diskussion bei der Erstüberweisung war intensiv. Es ging um Mutterschaft als gesamtgesellschaftliche oder als private Angelegenheit, es ging um die vermeintliche Besserstellung des Kantonspersonals gegenüber der Privatwirtschaft und es ging um Kaiserschnitte, welche nicht nach medizinischer Indikation geplant werden, sondern nach der Frage, wann ein Arbeitsverhältnis ändert oder vielleicht kann man auch sagen, wann er gerade so gut in die Agenda passt.

Nun, ich glaube, es ist an dieser Stelle angezeigt, nochmals kurz in Erinnerung zu rufen, um was es bei dieser Motion wirklich geht. Es geht um die Frage, ob wir werdende Mütter besser gegen die finanziellen Risiken einer Mutterschaft absichern möchten oder ob wir das nicht möchten. Es geht um die Frage, ob wir mehr werdende Mütter in befristeten Arbeitsverhältnissen in diesem existenziellen und einschneidenden Lebensmoment jenen Müttern gleichstellen, welche in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis stehen, oder ob wir das nicht möchten. Und es geht, nun etwas juristischer

gesprochen, um die Frage, ob wir eine indirekte Geschlechterdiskriminierung beseitigen möchten oder ob wir das nicht möchten. Denn es geht eben nicht darum, die negativen Konsequenzen eines befristeten Arbeitsverhältnisses in globo auszubügeln, es geht nicht darum, die Arbeitsattraktivität beim Kanton als solche zu steigern. Denn diese negativen Konsequenzen bestehen in vielen Angelegenheiten, die bestehen bei Krankheit, die bestehen bei Unfall, etc. Aber sie betreffen dort alle Geschlechter und deswegen haben wir es dort nicht mit einer Diskriminierung zu tun.

Bei der Schwangerschaft sieht es aber eben anders aus, Schwangere finden meist keine nahtlose Weiterbeschäftigung. Wir haben sogar noch ein Arbeitsverbot in den ersten acht Wochen, oder aber dann haben wir ein frisch geschlüpftes Baby zu Hause. Es ist einerseits faktisch – finden Sie mal eine Kita, welche ein zwei Monate altes Baby aufnimmt –, und andererseits auch emotional schlicht nicht möglich, so schnell wieder arbeiten zu gehen. Mutterschaft ist eine Zäsur, nicht nur, aber auch im Erwerbsleben. Und es betrifft eben nur jenes Geschlecht, welches gebären kann. Und folglich haben wir hier schlicht und einfach eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, wir haben eine Diskriminierung der Frauen.

Und deswegen geht es hier eben auch nicht um die Frage nach der Konkurrenz zwischen Privatwirtschaft und Staatspersonal, wie dies von den Bürgerlichen bei der Erstüberweisung in den Ring geworfen wurde, sondern es geht um die Frage, ob wir die kantonalen Anstellungsbedingungen, die meistens besser sind als die privaten, allen Müttern zugestehen möchten oder nicht. Und ich bin für ersteres. Beim Kantonspersonal lassen sich die konkreten Fälle wohl auch an einer Hand in einem Jahr abzählen, und dass es auch bei Assistenzärztinnen ohne weiteres umsetzbar ist, das zeigen einerseits die Spitäler in Zürich und andererseits auch das UKBB und das USB, welche das Problem anerkannt und die Praxis bereits angepasst haben.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht darum, das Rad neu zu erfinden, sondern um die Schliessung einer kleinen Lücke, welche einfach und rasch geschlossen werden kann und deren Schliessung für die betroffene Person aber dennoch eine enorme Erleichterung mit sich bringt. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass dies ein No-brainer ist, wir brauchen hier nicht eine vertiefte Prüfung im Rahmen einer Arbeitsgruppe, sondern wir können direkt und rasch umsetzen, und deswegen bitte ich Sie um die Zweitüberweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Franziska Stier das Wort.

Franziska Stier (BastA): Eltern zu werden, gehört zu den prägendsten Erlebnissen im Leben, das wissen viele von Ihnen besser als ich, und es hat einen hohen Preis, vor allem für Mütter. Sie tragen bis heute viele berufliche Nachteile, wie auch eine Umfrage der Gewerkschaft VPOD zeigt, und genau einen dieser Nachteile möchte die vorliegende Motion beheben. Die Schweiz steht im internationalen Vergleich schlecht da, was Mutterschaftsleistungen betrifft. Die gesetzlichen 14 Wochen sind schlicht zu wenig. Viele Mütter kompensieren dies mit Ferien, Überstunden und unbezahltem Urlaub, ein Zustand, der grundsätzlich weder fair noch nachhaltig ist. Die 16 Wochen des Kantons sind ein Fortschritt, aber sie gelten eben nicht für Mütter mit befristeten Arbeitsverträgen im Kanton. Genau in dieser Phase, in der sie besonderen Schutz brauchen, verlieren sie ihre Stelle und zusätzliche Leistungen.

Die Motion schlägt deshalb vor, das befristete Arbeitsverhältnis bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs zu verlängern. Warum ist das nötig? Erstens, weil eine reale Schutzlücke besteht. Heute endet der verbesserte kantonale Mutterschutz mit Ablauf der Befristung, auch wenn jemand im Kreissaal sitzt oder im Wochenbett liegt. Das ist unhaltbar. Zweitens, die kantonalen Mutterschutzleistungen dürfen nicht vom Goodwill der Arbeitgeber abhängen. Es braucht eine klare und verbindliche Regelung. Drittens, weil unser Kanton Vorbild sein will. Wir bezeichnen uns als fortschrittlichen, familienfreundlichen Kanton, dann müssen wir auch dort handeln, wo Fürsorge beim wirklich miserablen gesetzlichen Minimum bleibt. Zürich, das wurde bereits gesagt, ist hier schon weiter.

Der Regierungsrat formulierte einige Einwände gegen die Motion und ja, einerseits, viele Mitarbeitende sind tatsächlich mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zufrieden, aber eben nicht jener mit befristeten Arbeitsverträgen. Und dass gewisse Spitäler die Regelung bereits freiwillig anwenden, zeigt, es geht. Wieso kann das Unispital diese Regelung anwenden und die UPK, der es finanziell sogar deutlich besser geht, nicht? Es braucht darum nicht nur eine vertiefte Prüfung, sondern eine verbindliche Umsetzung.

Mit dieser Motion setzen wir ein Zeichen für Fairness, Gleichstellung und soziale Verantwortung. Wir sorgen dafür, dass Frauen sich auf den Kanton als Arbeitgeber verlassen können, gerade in einer der verletzlichsten Phasen ihres Lebens. Wir von BastA bitten Sie daher, überweisen Sie diese Motion, schicken Sie ein klares Signal, dass Basel-Stadt den Schutz und die Anerkennung aller werdenden Mütter ernst nimmt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich nehme an, die Zwischenfrage von Eric Weber nehmen Sie nicht entgegen. Nächste Sprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Die SVP beantragt die Nichtüberweisung dieser Motion. Die Antwort oder die Stellungnahme der Regierung hat für uns nichts verändert, inhaltlich sind wir hier immer noch exakt der gleichen Meinung, wie die Argumente bei der Erstüberweisung waren. Es ist eine Besserstellung der Kantonsangestellten gegenüber jenen der Privatwirtschaft, das hat Hanna Bay ja sogar zugegeben, dass hier 100% Leistung gegeben wird, dass wir schon einen Schwangerschaftsurlaub haben und so weiter und so fort, das haben wir alles bei der Erstüberweisung schon gehabt. Es ist einfach eine Besserstellung gegenüber denen, die in der Privatwirtschaft angestellt sind und 80% bekommen gemäss EOG. Und es ist eine Verlängerung, es ist ja nicht mal das Argument, dass man hier Arbeitnehmer an sich bindet oder besonders treue Mitarbeiter noch belohnt, sondern es ist ein befristeter Vertrag, der übrigens von diesen Arbeitnehmerinnen auch freiwillig eingegangen wird, Sie wissen auch, dass dieses Arbeitsverhältnis endet, und es ist nicht so, dass man dann im luftleeren Raum endet, sondern dann erhält man die Leistungen wie alle anderen auch gemäss EOG, also man bekommt nicht einfach nichts, sondern man bekommt die ganz normalen Leistungen, die Mutterschaftsentschädigung gemäss Erwerbsersatzordnung.

Und Hanna Bay, es ist eben keine Gleichstellung gegenüber den anderen, sondern es ist eben eine Besserstellung der Kantonsangestellten gegenüber den Privaten, die eben nur diese 80% über die EOG bekommen und bei denen das Arbeitsverhältnis, wenn es befristet ist, endet. Aber das ist ja für die EOG-Leistungen nicht so relevant.

Und auch an Franziska Stier gerichtet, es ist nicht so, dass wir schlecht dastehen im internationalen Vergleich, denn Sie dürfen nicht nur die Länge anschauen, wie lange man Urlaub erhält, Sie müssen auch die Leistungen anschauen, was, wieviel man erhält, und die Leistungen sind in anderen Ländern wesentlich tiefer, bei uns erhält man 80%, das ist sehr viel, entsprechend ist die Leistung vielleicht nicht ganz so lange.

Also Sie sehen, es geht hier also nicht um die grundsätzliche Thematik, was werdenden Müttern gegeben wird oder nicht gegeben wird, sondern es geht hier einzig und allein um die Thematik, ob wir Kantonsangestellte hier einmal mehr wieder besserstellen, ihnen wieder eine längere Leistung geben, wieder mehr Gelder ausgeben, ohne dass hier auch ein Mehrwert gegeben wäre, beispielsweise eben diese Belohnung langjähriger Mitarbeiter oder diese Mitarbeiterbindung, weil das Arbeitsverhältnis ja lediglich ein My verlängert wird, aber nachher dann dennoch endet.

Also ich bitte Sie wirklich, sehen Sie, was genau hier gemeint ist, nämlich nur die Besserstellung der Kantonsangestellten und überweisen Sie diese Motion nicht noch einmal.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Hanna Bay, sie wird entgegengenommen.

Hanna Bay (SP): Gehen Sie mit mir einig, dass wir es mit einer indirekten Diskriminierung zu tun haben, und wieso möchten Sie diese nicht beheben?

Laetitia Block (SVP): Nein, da gehe ich überhaupt nicht mit Ihnen einig. Wir haben hier keine indirekte Diskriminierung, wir sprechen hier von einer Besserstellung für die Kantonsangestellten gegenüber denen der Privatwirtschaft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Fleur Weibel hat das Wort für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Der Regierungsrat möchte, dass ihm die vorliegende Motion als Anzug überwiesen wird, damit er die Forderungen im Rahmen seines Projekts Arbeitgeberattraktivität steigern vertieft prüfen kann. Es ist von mir aus schön und gut, dass der Kanton Basel-Stadt seine Attraktivität als Arbeitgeber steigern möchte, die Forderungen der Motion haben damit aber gar nichts zu tun, denn es geht hier nicht um attraktivere Arbeitsbedingungen beim Kanton und es geht auch nicht um die Unterschiede zwischen kantonalen und privaten Arbeitsverhältnissen, und es wird auch nicht wahrer, dass es um diesen Unterschied geht, wenn Sie das, Laetitia Block, immer wieder wiederholen. Es geht nicht darum, jetzt Arbeitnehmende des Kantons besser zu stellen gegenüber Arbeitnehmenden in der Privatwirtschaft. Das ist ja bereits der Fall, diese 100% werden beim Kanton schon bezahlt, es geht nur darum, innerhalb des Kantons das auszugleichen, damit es für alle innerhalb des Kantons der Fall ist. Hier geht es also darum, dass Frauen, die in befristeten Stellen sind, die gleichen Leistungen im Falle einer Mutterschaft erhalten wie die Frauen in unbefristeten Anstellungen beim Kanton. Es ist eine interkantonale Auseinandersetzung.

Die Motion fordert also eben, wie gesagt, keine Arbeitgeberattraktivität, sondern, man kann es ganz einfach sagen, die Umsetzung des eidgenössischen Gleichstellungsgesetzes. Dieses verbietet nämlich nach Art. 3 Abs. 1 sowohl die direkte

wie auch die indirekte Benachteiligung, namentlich auch aufgrund einer Schwangerschaft. Meine Vorrednerin Hanna Bay hat diesen Sachverhalt vorhin bereits sehr schön ausgeführt.

Gerne erläutere ich jetzt nochmal die zentralen Forderungen der Motion im Detail, damit sie auch wirklich verstanden werden, und bitte die 61 Grossrätinnen und Grossräte, die die Motion das erste Mal überwiesen haben, dies jetzt auch noch ein zweites Mal zu tun. Denn ein Anzug ist hier nicht zielführend, es geht nicht darum, vertieft zu prüfen, sondern Gleichstellung zu verwirklichen.

Zur ersten Forderung: Diese betrifft die automatische Verlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen beim Arbeitgeber Basel-Stadt bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs. Frauen, die beim Kanton Basel-Stadt unbefristet angestellt sind (und das gilt jetzt schon), erhalten während des gesamten Mutterschaftsurlaubs 100% Lohnfortzahlung sowie grosszügige Unterhaltszulagen ab der Geburt ihres ersten Kindes. Anders ist dies bei Frauen, deren befristetes Arbeitsverhältnis im Mutterschaftsurlaub endet. Ihr Anspruch erlischt, sie erhalten nur noch die 80% Lohnfortzahlung nach EOG. und keine Unterhaltszulagen.

Diese ungleiche Behandlung von Frauen im Mutterschaftsurlaub aufgrund eines befristeten oder nicht befristeten Arbeitsvertrags beim Kanton Basel-Stadt gilt es durch die Anpassung der gesetzlichen Grundlage zu beheben. Als Beispiel dient die Stadt Zürich, wo befristete Arbeitsverhältnisse automatisch bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs verlängert werden, wenn der Arbeitsvertrag während des Mutterschaftsurlaubs endet. Eine solche gesetzliche Anpassung kann, wie von der Motion gefordert, einfach innerhalb eines Jahres vorgenommen werden.

Die zweite und vielleicht fast noch zentralere Forderung, weil sie sehr viel mehr Personen betrifft, betrifft die öffentlich-rechtlichen Spitäler. Diese Forderung will, dass verbindlich geregelt wird, dass sich befristete Arbeitsverhältnisse von schwangeren Assistenzärztinnen bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs verlängern. Beim Kanton Basel-Stadt stellen befristete Arbeitsverhältnisse eine Ausnahme dar, anders ist das in den Spitälern, wo befristete Verträge für Assistenzärztinnen und -ärzte die Norm sind. Sie gehören also ganz einfach zur beruflichen Laufbahn dazu und können nicht etwa freiwillig so gewählt werden, sondern sind strukturell so vorgegeben und dies in einer Lebensphase, in der sich auch Familienfragen stellen können. Entsprechend ist der Handlungsbedarf bei den öffentlich-rechtlichen Spitälern besonders gross.

Wie Bruno Lötscher im Rahmen der Erstüberweisung der Motion sehr schön sagte, es ist von gesellschaftlichem Interesse, dass wir Elternschaft, Mutterschaft unterstützen, pflegen und fördern. Ich bin ganz seiner Meinung und deshalb lautet die zweite Forderung der Motion, dass der Regierungsrat darauf hinwirken soll, dass in den öffentlich-rechtlichen Spitälern die befristeten Arbeitsverhältnisse von schwangeren Assistenzärztinnen bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs verlängert werden. Als Beispiel für eine gelungene Umsetzung einer solchen Bestimmung dient das Assistenzärztinnen- und ärztereglement der Stadt Zürich. Dabei ist wichtig zu sagen und auch sehr zu begrüssen, dass diese Handhabung in der Praxis von USB und UKBB bereits gelebt wird. Damit ist sie aber noch lange nicht verbindlich für alle öffentlich-rechtlichen Spitäler geregelt, im Gegenteil, wie aus der Stellungnahme des Regierungsrates hervorgeht, stehen die UPK und das Felix Platter dem Anliegen kritisch gegenüber. In anderen Worten sind sie also wohl kaum gewillt, diese Praxis umzusetzen. Es ist also keinesfalls so, wie die Regierung schreibt, dass das Anliegen der Motion in den öffentlich-rechtlichen Spitälern bereits mehrheitlich erfüllt sei. Vielmehr zeigt die Stellungnahme des Regierungsrates auf, dass es bei mindestens zwei Spitälern noch Überzeugungsarbeit braucht.

In diesem Zusammenhang verweise ich sehr gerne auf unser neues kantonales Gleichstellungsgesetz. Gemäss Artikel 3 allgemeiner Gleichstellungsauftrag sind nicht nur der Kanton und die Gemeinden, sondern auch die Trägerinnen und Träger von öffentlichen Aufgaben dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Menschen weder direkt noch indirekt diskriminiert werden. Daraus ergibt sich, dass der Regierungsrat darauf hinzuwirken hat, dass seine öffentlich-rechtlichen Spitäler als Trägerinnen von öffentlichen Aufgaben dafür sorgen, dass der allgemeine Gleichstellungsauftrag erfüllt wird und dass also schwangere Assistenzärztinnen nicht aufgrund eines befristeten Arbeitsverhältnisses, das bei ihnen der Regelfall darstellt, benachteiligt werden.

Ich beantrage deshalb im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb die Überweisung der Motion als Motion. Eine Überweisung als Anzug ist in diesem Fall nicht zielführend, weil es eben nicht um eine vertiefte Prüfung im Rahmen der Arbeitgeberattraktivität geht, sondern darum, eine bestehende indirekte Diskriminierung innerhalb des Kantons Basel-Stadt zu beheben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, wir können das umsetzen im Kanton, Sie haben einfach eine enge Frist gesetzt, das ist immer etwas schwierig. Auf den GAV können wir nicht wirklich einwirken, da besteht Verhandlungsfreiheit. Das einzige, was ich Ihnen noch sagen möchte, ist, dass man eine Motion machen kann, aber die Zahlen, die wir bekommen haben aus

den Spitälern, zeigen, dass wir ganz wenig Fälle gemeldet bekommen haben. Wenn Sie sagen, es sei üblich in den Spitälern. Wir haben ganz wenige Fälle überhaupt gemeldet bekommen, wo das vorliegt oder ein Problem ist, es sind wirklich ganz wenige Einzelfälle.

Aber gut, kann man machen, wir empfehlen Ihnen einen Anzug, damit wir das auch in Ruhe prüfen können zusammen mit den Spitälern, vielleicht auch prüfen können, wo die Schwierigkeiten liegen, warum einzelne Spitäler das anders sehen. Das kann man ja diskutieren. Das kann man ja anschauen. Daher empfehlen wir Ihnen trotzdem, einen Anzug zu machen, damit wir die Situation dieser Fälle klären können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Hanna Bay beantragt die Überweisung als Motion, wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Anzug, NEIN heisst Motion.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007682, 19.11.25 16:06:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 54 gegen 43 Stimmen. Laetitia Block hat einen Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 34 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007687, 19.11.25 16:07:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Frist 4 Jahre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Überweisung als Motion entschieden mit 58 gegen 34 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

49. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelten und biodiversitätsfördernden Kindergarten, Schul- und Universitätsarealen, Schreiben des RR

[19.11.25 16:08:02, 23.5424.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben,

50. Interpellation Nr. 109 Oliver Bolliger betreffend schadensmindernden Massnahmen rund um das kHaus, Schreiben des RR

[19.11.25 16:08:26, 25.5450.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Zuallererst ist es mir wichtig festzuhalten, dass die Mitarbeitenden des kHaus mit dem kleinen finanziellen Spielraum, der ihnen zur Verfügung steht, vieles und Gutes unternommen haben, um die Situation in den Räumlichkeiten der Plaza zu verbessern und für alle Menschen, die sich dort aufhalten, mit Engagement und einer inklusiven Haltung nach guten Lösungen zu suchen. Im Text meiner Interpellation kam dies leider nicht zum Ausdruck und auch die Behauptung, dass das kHaus verwaist sei, muss ich revidieren. Bei mehreren Besuchen in den letzten Wochen konnte ich mich vom Gegenteil überzeugen. Ich habe mich wohl etwas zu stark vom negativen Narrativ beeinflussen lassen.

Mein Impuls für die Interpellation war aber sowieso nicht die Situation im kHaus, sondern die Tatsache, dass gegen obdachlose und suchterkrankte Menschen ein richterliches Verbot für den öffentlichen Raum um das kHaus ausgesprochen wurde, dies alleine zum Zweck, dass die Polizei verpflichtender handeln kann. Es ist bekannt, dass es diesen Sommer aus diversen Gründen zu mehr Belastung im öffentlichen Raum gekommen ist. Umso wichtiger ist es, repressive und schadensmindernde Strategien zusammenzudenken, auch dies sollte unterdessen bekannt sein.

Die Beantwortung der Regierung auf meine Interpellation ist aus meiner Sicht schon ein wenig dünn ausgefallen, diese hätte meines Erachtens in diesem Umfang locker letzten Monat mündlich beantwortet werden können. Die Antworten der Regierung auf meine Fragen sind aber zufriedenstellend, bis auf die Tatsache, dass ein richterliches Verbot ohne zeitliche Beschränkung für einen in der Wahrnehmung öffentlichen Raum ausgesprochen wurde. Bei jedem spezifischen Verbot, das ausgesprochen wird, muss auch dessen Aufhebung mitgedacht werden, zumindest eine Zeitangabe, wann dieses Verbot überprüft wird, müsste meines Erachtens bestehen. Leider steht davon nichts in der Beantwortung, zudem werden auch keine zusätzlichen schadensmindernden Interventionen geplant. Ob also die bestehenden Massnahmen dann ausreichen werden, wird der Winter zeigen.

Menschen von Plätzen wegzuweisen, ohne mit anschliessenden Massnahmen Verbesserungen ihrer Lebensrealität zu erreichen, ist halt überhaupt nicht nachhaltig, auch diesen Winter wird es wieder Menschen geben, die auf der Strasse leben und sich in öffentlichen Räumen aufwärmen und bei Regen unter einem Torbogen oder unter einer Brücke schlafen werden. Wir sollten mit Aufsuchen und niederschwelligen Angeboten versuchen, auch diese Menschen zu erreichen und ihnen Schutz vor Nässe und Kälte anbieten und so kleine Verbesserungen im Alltag erzielen. Wir können hier sicher noch mehr tun. Die Frage, ob wir uns das leisten können, stellt sich in Anbetracht des Reichtums dieser Stadt ja nun nicht wirklich.

Was mich aber freut, ist, dass der Platz vor dem Hauptbau – das stand aber nicht in der Beantwortung der Interpellation, sondern in der Zeitung – ab nächstem Jahr in Zukunft für das Skateboardfahren und den Rollsport aufgewertet wird. Das ist ja schon mal etwas. Und überhaupt muss der Platz vor der Kaserne, das kHaus mit der Plaza und der Fläche zum Rheinufer als Ganzes gedacht werden und die Verbindung übergreifend weiter gestärkt werden. Dies benötigt neben baulichen Massnahmen auch entsprechende personelle Ressourcen. Es wäre wünschenswert, hier nicht zu knausern, es müsste hier halt wahrscheinlich doch noch ein wenig investiert werden, um genau diese Effekte, die wir uns alle wünschen, zu

verstärken. Es würde sich lohnen. Eventuell wäre es ja dann auch gar nicht mehr notwendig, ein richterliches Verbot ohne Zeitangabe aufrechtzuerhalten.

Aufgrund meines Unverständnisses gegenüber einem allgemeinen und unbefristeten richterlichen Verbot durch den Kanton bin ich mit der Beantwortung der Interpellation teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

51. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Voraussetzungen für den Bezug von kantonale Beihilfen, Schreiben des RR

[19.11.25 16:12:42, 23.5243.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug abzuschreiben.

52. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige, Schreiben des RR

[19.11.25 16:13:05, 23.5342.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat teilt die Ansicht der Anzugstellenden, dass Menschen mit Behinderung ihre Rechte kennen und selbstbestimmt wahrnehmen können sollen. Eine gute Beratung und Unterstützung sind dafür zentral. Sie sind eine Voraussetzung für Teilhabe und Gleichstellung.

In Basel-Stadt besteht bereits heute ein breites und gut verankertes Netz an Angeboten. Verschiedene Institutionen wie die Stiftung Rheinleben, die Stiftung Mosaik, Arbeit und mehr, Planpunkt Inklusion oder das Behindertenforum beraten Menschen mit Behinderung zu Fragen des Alltags, der Arbeit, der Bildung, des Wohnens und der Sozialversicherungen. Ergänzend bieten Pro Infirmis und die Stiftung Rheinleben im Rahmen der Gesundheitsprävention Beratungsangebote an, die vom Kanton mitfinanziert werden. Darüber hinaus stellen Dachorganisationen wie Pro Cap, Pro Mente Sana oder Inklusion Handicap teilweise mit Unterstützung des Bundes juristische Beratung zur Verfügung. Und nicht zuletzt gibt es allgemeine kantonale Rechtsberatungsangebote, etwa jene des Sozialversicherungsgerichts, des Gewerkschaftsbundes, der Advokatenkammer oder der Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten, die allen Bevölkerungsgruppen offenstehen.

Aus Sicht des Regierungsrates ist gerade Ausdruck des Normalisierungsprinzips, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigten Zugang zu den bestehenden allgemeinen Strukturen haben und nicht in separaten Systemen beraten oder begleitet werden. Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderung die gleichen Wege zur Information, Beratung und Unterstützung nützen können. Die bestehenden Strukturen werden genutzt, laufend weiterentwickelt und qualitativ überprüft. Es bestehen keine Hinweise auf eine relevante Angebotslücke. In vielen Fällen kann zudem eine fachliche Sozial- oder Leistungsberatung bereits die nötige Orientierung bieten, bevor juristische Schritte überhaupt notwendig werden. Ob zusätzliche juristische Spezialangebote tatsächlich zu weniger Gerichtsverfahren führen würden, lässt sich überdies nicht nachweisen.

Der Regierungsrat anerkennt die Bedeutung von Beratung und Unterstützung ausdrücklich, er hält jedoch fest, dass in Basel-Stadt bereits ein sehr breites und vielfältiges Angebot besteht, sowohl durch zahlreiche spezialisierte Sozialinstitutionen als

auch durch allgemeine, allen Personen offen stehende Beratungs- und Unterstützungsangebote. Der Regierungsrat beantragt daher, den Anzug als erledigt, abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP das Wort hat Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Die Antwort des Regierungsrates zum vorliegenden Anzug enthält verschiedene Informationen zur Entwicklung der Invalidenversicherung, zur Kompetenzverteilung und auch zu den Angeboten, und die wurden ja auch gerade vorhin nochmal ausgeführt, vielen herzlichen Dank schon mal dafür. Gleichzeitig werden mit dem Bericht aber auch einige der zentralen Anliegen des Anzugs nur am Rande oder gar nicht vertieft behandelt. Konkrete Lösungsvorschläge für die geschilderten Herausforderungen fehlen zudem komplett. Aus diesem Grund beantrage ich, den Anzug stehen zu lassen mit dem Ziel, den Dialog weiterzuführen und die offenen Fragen vertieft zu klären.

Der Anzug fragt beispielsweise unter anderem danach, ob der Regierungsrat den bestehenden Nachfrageüberhang und die Finanzierungslücke bei unentgeltlicher und vorgerichtlicher Rechtsberatung für Menschen mit Behinderung anerkennt. Hier hätte ich mir eine etwas detailliertere Auseinandersetzung mit der Situation vor Ort gewünscht. Organisationen, die auch genannt wurden, wie das Behindertenforum, sind heute bereits sehr stark ausgelastet, sie beraten nicht nur eigene Klient:innen, sondern unterstützen auch andere Stellen, wie die ebenfalls genannten Pro Infirmis oder die Stiftung Rheinleben bei komplexen Fragestellungen. Trotzdem bleibt ein relevanter Teil des Bedarfs ungedeckt, der zu einem strukturellen Defizit der Organisation von jährlich 50 bis 75% führt.

Auch die Frage, ob durch qualifizierte vorgerichtliche Beratungen unnötige Gerichtsverfahren verhindert und so auch Kosten für den Kanton reduziert werden könnten, wird nicht beantwortet. So verweist die Antwort auf die unentgeltliche Rechtspflege, was formal natürlich korrekt ist, in der Praxis bedeutet das aber, dass erst bei einem Gerichtsverfahren eine kostenfreie Rechtsvertretung greift. Eine frühzeitige einvernehmliche Lösung durch spezialisierte Beratungen kann solche Verfahren jedoch häufig vermeiden und dadurch auch gerade eben Kosten sparen.

Schliesslich fragt der Anzug auch danach, ob der Regierungsrat den generellen Bedarf an unentgeltliche vorgerichtliche Rechtsberatung anerkennt und ob er bereit ist, entsprechende Angebote finanziell zu unterstützen. Die Antwort legt nahe, dass aus Sicht des Regierungsrats derzeit kein Handlungsbedarf besteht. Aus unserer Sicht wäre es jedoch wichtig, die bereits heute bestehenden Angebote nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie auch gezielt zu stärken, wo deren Finanzierung nachweislich nicht ausreicht um die hohe Nachfrage zu decken.

Schlussendlich möchte ich festhalten, dass der Zugang zum Recht ein zentrales Element des Sozialstaates ist, das nicht davon abhängen darf, ob sich die Menschen eine rechtliche Vertretung leisten können oder nicht. Menschen mit Behinderungen haben zwangsläufig und unfreiwillig juristischen Beratungs- und Unterstützungsbedarf, sei dies aufgrund eines möglichen sozialversicherungsrechtlichen Anspruchs oder aber aufgrund des Lebensbedarfs wie Bildung, Arbeit und Wohnen. Um diesen Beratungs- und Unterstützungsbedarf gewährleisten zu können, brauchen bestehende Angebote, die unterfinanziert sind, entsprechende Abgeltungen.

Mit dem vorliegenden Anzug möchten wir sicherstellen, dass diese Angebote auch dauerhaft tragfähig finanziert werden können, nicht um neue Strukturen zu schaffen, sondern um bestehende zu schützen und ihren wichtigen Beitrag zu erhalten. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen, damit die offenen Fragen in einem nächsten Schritt vertieft und faktenbasiert geklärt werden können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Franziska Stier das Wort.

Franziska Stier (BastA): Menschen mit Behinderung, insbesondere mit psychischen und kognitiven Beeinträchtigungen, stehen im Alltag oft nicht nur vor komplexen Krankheitsbildern, sondern ebenso vor komplexen juristischen Herausforderungen. Der Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Sozialleistungen ist nicht nur eine Frage der Lebensgestaltung, sondern oft auch eine Frage des Rechts. Ohne gezielte juristische Unterstützung bleiben viele Ansprüche unerkannt oder gehen sogar verloren.

Die Antwort des Regierungsrats anerkennt zwar den Bedarf, sieht aber keinen Handlungsbedarf. Das ist aus unserer Sicht widersprüchlich. Die Ausführungen, dass eine separate Rechtsberatung für Menschen mit Behinderung nicht zeitgemäss sei, ist mit Blick auf die UNO-Behindertenrechtskonvention grundsätzlich richtig, sofern die Beratungsangebote inklusiv sind, aber auch der ÖV sollte inklusiv sein, unsere Schulen sollten inklusiv sein, unsere ganze Gesellschaft sollte inklusiv sein, aber sie ist es nicht. Manche Barrieren sind sichtbar, andere nicht.

Die Berufung auf allgemeine Beratungsangebote greift hier also auf mehreren Ebenen zu kurz. Wer von struktureller Benachteiligung betroffen ist, braucht mehr als Standardberatung, er braucht spezifisches Wissen, Kontinuität und Zugang. Es braucht Erfahrung, Sensibilität im Umgang mit verschiedenen kognitiven, aber auch körperlichen Behinderungen, Zugänglichkeit und natürlich auch Wohnortnähe. Unentgeltliche, niederschwellige Rechtsberatung wirkt, das haben wir vorhin auch gehört, präventiv, deeskalierend und spart am Ende Kosten, auch für den Kanton. Der Bedarf, auch das haben wir gehört, ist ganz real und das spiegeln auch uns Betroffene wieder.

Die Fraktion BastA bittet Sie daher, diesen Anzug nicht als erledigt abzuschreiben, sondern ihn ernst zu nehmen im Sinne echter Inklusion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb spricht Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Als ich die Stellungnahme des Regierungsrats gelesen habe, habe ich so gedacht, six seven. Sie wissen jetzt nicht, was das heisst. Das habe ich auch gedacht, als ich diese Stellungnahme gelesen habe und im Sinne meiner beiden Vorrednerinnen bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Kaspar Sutter verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007692, 19.11.25 16:23:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden.

53. Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Quote für erneuerbare Energie im Erdgasnetz, Schreiben des RR

[19.11.25 16:23:38, 18.5317.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug abzuschreiben.

54. Interpellation Nr. 105 Heidi Mück betreffend Chemiemüll beim Spielplatz Ackermätteli, Schreiben des RR

[19.11.25 16:23:57, 25.5444.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Heidi Mück (BastA): Bevor ich anfange, möchte ich eine kleine Vorbemerkung machen. Im PDF-Dokument, wo die Antwort auf meine Interpellation ersichtlich ist, sehe ich in den Informationen namentlich, welcher Mitarbeiter diese so verfasst hat. Ich gehe nicht davon aus, dass das so beabsichtigt ist. Vielleicht sollten Sie das mal überprüfen.

Auf alle Fälle bedanke ich mich für die Arbeit, bei wem auch immer. Auf den ersten Blick klingt alles plausibel, auf den zweiten Blick und nach Rücksprache mit Altlastenexperten und mit dem Augenzeugen, den ich in der Interpellation zitiere, muss ich sagen, dass da einiges nicht stimmig ist. Ich fange mal an. Es wird zwar zugegeben, dass die Schilderung des ehemaligen Mitarbeiters, den ich in der Interpellation genannt und zitiert habe, dem AUE bekannt sind, es sei jedoch keine Dokumentation vorhanden, die die Verschmutzung des Aushubmaterials belegen oder näher umschreiben würde. Damit wird suggeriert, der Mitarbeiter habe sich im Nachhinein irgendetwas ausgedacht, was nicht belegt werden kann, weil er die Ablagerungen als nicht so gravierend beurteilt hat, um eine weitere Untersuchung der Umgebung zu empfehlen. Dabei wird völlig negiert, welche Rahmenbedingungen es 1980 gab, als Herr Schoch diese Beobachtungen machte.

Vor 45 Jahren gab es noch keine Altlastenverordnung, es gab kaum eine Abfallgesetzgebung, es gab auch keine Behörde, die sich mit Bodenverunreinigungen befasste, es gab kein Labor, das auf chemische Bodenverunreinigungen spezialisiert war und es gab auch keine gesetzliche Grundlage für weitere Abklärungen. Es fehlten damals also schlicht die Infrastruktur im Labor und die gesetzlichen Grundlagen, um weitergehende Massnahmen anzuordnen. Das war der Grund, dass nicht weiter untersucht und nicht dokumentiert wurde und nicht, weil die Verunreinigungen als harmlos beurteilt wurden.

Dann wird auch behauptet, dass der ehemalige Mitarbeiter des AUE in die Erstellung des Altlastenkatasters involviert war. Dies wird von ihm bestritten. Im Rahmen seiner Tätigkeit als Leiter des Ressorts Abwasser und Abfälle hat er sich damals lediglich mit der fachgerechten Entsorgung von verschmutztem Erdmaterial befasst und wurde nie zum Thema Altrheinweg kontaktiert. Auch wenn es lange her ist, finde ich es aus meiner Warte nicht fair, dass nun solche Informationen über den ehemaligen Mitarbeiter verbreitet werden und eigentlich erwarte ich eine Korrektur.

Ein weiteres Ärgernis ist der Versuch, mit dem Begriff Chemieschlamm Verwirrung zu stiften. Dabei geht es um drei Bereiche, die im Bericht der CSD als klebrige, schlammartige, schwarze Grundmasse mit Schlacke, Schlamm und Bauschutt durchsetzt beschrieben werden. In der Interpellationsantwort heisst es dazu, der Ausdruck Chemieschlamm ist hierbei von den Autoren gewählt worden und kann nicht als Indiz für eine Deponie gewertet werden. Nein, also wirklich, die CSD umschreibt den Chemieschlamm ziemlich unmissverständlich so, chemisch verschmutzte Auffüllungen oder Depots aller Art, zum Beispiel verschmutzte Schlacken, chemisch-metallische Abfälle, Filterrückstände von Farbstoffen und schwarze, schlammartige, mit Farbstoffen durchsetzte Auffüllungen. In einer anderen Passage des Berichts ist auch von Produktionsrückständen die Rede.

Da stellt sich mir schon die Frage, wie man den Ausdruck Chemieschlamm denn sonst noch interpretieren könnte. Ganz klar sind damit Rückstände aus der chemischen Industrie gemeint und ob es Depots, Auffüllungen oder Deponien sind, mir ist das ehrlich gesagt egal. Ich möchte einfach, dass meine Besorgnis in Bezug auf den Chemiemüll in meinem Quartier, insbesondere auf einem Spielplatz, ernst genommen wird, dass die notwendigen Untersuchungen durchgeführt werden und wenn nötig Sanierungsarbeiten in die Wege geleitet werden.

Im Weiteren verweise ich aus Zeitgründen auf die Medienmitteilung der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz und erkläre mich als nicht befriedigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

55. Interpellation Nr. 110 Brigitta Gerber betreffend Bern bricht Abfall-Farbsack-Pilotprojekt ab - was gedenkt Basel zu tun, Schreiben des RR

[19.11.25 16:29:24, 25.5451.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber: Riehen, Bettingen und viele Städte haben bereits eine niederschwellige Abfuhr von Bioabfällen. Im Abfallbereich sind verschiedene Akteure am Rundtüfteln, Testen und Umsetzen. Bern hat nun bei seiner Farbsackabfuhr die Reissleine gezogen, aus diversen Gründen, die in der Interpellation dargelegt sind. Basel hat ein doch sehr ähnliches Projekt geplant, ist aber seit Langem in einer Erprobungsphase und hat noch keine Auswertung vorgenommen. Die Regierung schreibt, das Pilotprojekt dauert noch ein Jahr, dann muss ausgewertet werden, dann muss ein definitiver Beschluss über die Auswertung gefasst werden, dann der Bau von Unterflurcontainern in der ganzen Stadt organisiert werden. Da würde noch einige Zeit verstreichen, über die ganze Stadt geplant werden, derzeit laufen vertiefte Abklärungen zur Vergärung. Falls der Pilotversuch nicht erfolgreich ist, würden dann Alternativen geprüft, falls der Pilotversuch erfolgreich wäre, ist die Zwischenlösungen evaluiert, die bis zur flächendeckenden Umsetzung von Unterflurcontainern umgesetzt werden könnten.

Sonst halten wir die Berner für etwas langsam, aber die Antwort des Kantons lässt da also Schlimmeres befürchten. In Basel dauert dies alles ja noch viel, viel länger. Wir fragen uns natürlich schon, wer eine stadtweite Verwertungsmöglichkeit für Bioabfälle braucht, wenn man Leute hat, die das freiwillig und gratis machen. Es ist vielleicht der falsche Weg, nochmals 20 Jahre auf eine schlaue Bioabfuhr zu warten. Ein erster Vorstoss wurde ja bereits im Jahre 2006 lanciert, Christine Locher Hoch forderte damals einen Aktionsplan Biomasse. Dann war auch vor 13 Jahren Emmanuel Ullmann mit der Einführung einer Bioabfallabfuhr und Energiegewinnung durch Vergärung schon tätig. Es wäre wirklich an der Zeit, dass Basel innert nützlicher Frist eine Antwort hat und mit einer praktikablen Lösung kommt, um eine stadtweite Bioabfallsammlung einzuführen.

Die vorliegende Antwort ist daher für uns nicht überzeugend und wir sind nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. die Interpellation ist erledigt.

56. Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Ausbreitung der Tigermücke, Schreiben des RR

[19.11.25 16:32:29, 23.5453.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben,

57. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Hebammengeleitete Geburtshilfe in den Spitälern, Schreiben des RR

[19.11.25 16:32:51, 23.5373.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

58. Interpellation Nr. 101 Eric Weber betreffend neue AKWs an der Grenze zu Basel - was sagt der Regierungsrat, Schreiben des RR

[19.11.25 16:33:19, 25.5418.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat mir schriftlich mitgeteilt, dass er mit der Antwort zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

59. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Beitrag der Kulturbetriebe von Basel-Stadt zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens, Schreiben des RR

[19.11.25 16:33:36, 23.5293.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

60. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Problemlösungen für die Konflikte auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB, Schreiben des RR

[19.11.25 16:34:01, 23.5381.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

61. Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels, Schreiben des RR

[19.11.25 16:34:28, 23.5379.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Er verzichtet auf ein erstes Votum. Fina Girard hat das Wort für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Die Schweiz zieht sich gerne ein weisses Mäntelchen an. Das Bild der souveränen Alpennation fern von imperialistischen Gelüsten der grossen weiten Welt sitzt noch in viel zu vielen Köpfen. Die Schweizer Kolonialvergangenheit ist in der öffentlichen Wahrnehmung noch ein kaum beschriebenes Blatt. Es ist wichtig und richtig,

haben sich in den letzten Jahren immer mehr Stimmen lautstark Gehör verschafft, die eine fundierte Aufarbeitung der Rolle der Schweiz im Kolonialismus fordern. Der Anzug von Barbara Heer greift diese zentrale Forderung unserer Geschichtsbewältigung auf.

Dass die Regierung dieses wichtige Thema nun so zahnlos in das Handlungsfeld Erinnerungskulturen und gesellschaftlicher Zusammenhalt integrieren will, wird dem Umfang Schweizer Kolonialgeschichte nicht gerecht. Der Anzug fordert mehr als das. Er fordert in erster Linie die Lancierung eines eigenständigen Projekts zur historischen Aufarbeitung. Hier geht es nicht um einen Erinnerungswettbewerb, wie dies der Regierungsrat nennt, sondern darum, erst einmal wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu gewinnen. Zudem, eine ehrliche Auseinandersetzung mit Kolonialismus erfordert nicht nur eine Erinnerungskultur längst vergangener Zeiten, sondern eine aktive und kritische Auseinandersetzung vergangener und zeitgenössischer globaler Machtstrukturen.

Der Hinweis auf das Kulturleitbild ist eine überaus magere Beantwortung, die der Bedeutung dieses Anzugs nicht gerecht wird. Ein fundiertes Konzept der Erinnerungskultur ist indes Inhalt der Motion Thommen und Cuénod, ein Panaschieren von Erinnerung und Aufarbeitung ist also nicht notwendig und der parlamentarische Auftrag liegt für beide Anliegen vor. Die Fraktion GRÜNE/jgb beantragt deshalb, den Anzug Barbara Heer stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Franziska Stier für die BastA.

Franziska Stier (BastA): Wir von BastA werden den Anzug nicht abschreiben. Wir sehen das Bemühen in der Antwort des Regierungsrats, ein rundes Kulturleitbild zu schaffen, zahlreiche bestehende Projekte zu unterstützen und verschiedene Vorstösse zur Geschichtsaufarbeitung einzubeziehen. Doch die kolonialen Verstrickungen und Komplizenschaften aus Basel heraus sind mit Sicherheit eines der düstersten Kapitel, dem wir auch gebührend Aufmerksamkeit schenken sollten, denn unsere koloniale Erzählung wirkt bis heute fort. Zum Beispiel, wenn wir in der Stadt Basel über Geflüchtete sprechen, gibt es gern die Erzählung, dass es uns ja nur besser ginge, weil wir halt fleissig und innovativ seien. Das müssen andere dann halt einfach nur auch tun.

Aber ich will, dass wir in Basel unseren Schülerinnen und Schülern wirklich erzählen, woher auch unser Reichtum kommt und nicht nur die angenehme Hälfte der Geschichte vermitteln. Denn Fakt ist, Basel beziehungsweise Menschen in Basel haben aus Sklaverei und Kolonialhandel Millionen gemacht. Auch Fakt ist, wir wissen bis heute nicht, wo und wie viel von diesem Geld noch wirkt. Und drittens, wir kennen die Geschichte derer nicht, die ausgeraubt und versklavt wurden.

All das müsste Gegenstand eines umfassenden Forschungsprojekts sein. Es wäre darum nur anständig, wenn wir unseren Anteil an dieser Ausbeutung und an dieser Geschichtsschreibung sichtbar machen, alles andere wäre meiner Meinung nach peinlich. Der Regierungsrat verweist in seiner Stellungnahme auch darauf, dass er keinen Erinnerungswettbewerb starten möchte. Ich persönlich sehe die Gefahr eines Erinnerungswettbewerbs nicht, wenngleich ich doch etwas schmunzelnd erwidern möchte, dass Wettbewerb ja bekanntlich das Geschäft belebt.

Worum es unserer Fraktion aber geht, ist am Ende, dass wir eine gute Transfer- und Wissensvermittlung auch zum Kolonialismus haben. Da sind wir mit dem Regierungsrat einig und es ist nicht nur das einzige schwierige Kapitel der Vergangenheit. Aber bevor wir in die Wissensvermittlung starten, braucht es eben Aufarbeitung. Den Anzug abzuschreiben, bevor es diese Aufarbeitung und diese Forschung gibt, ist ein schlechtes Signal. Es zeigt, eure Geschichte ist uns nicht wichtig genug, um ein eigenes Projekt zu starten. Darum, lassen wir den Anzug stehen und schaffen wir den Rahmen für ein umfassendes Projekt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Barbara Heer hat das Wort für die SP.

Barbara Heer (SP): Auch im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, meinen Anzug stehen zu lassen. Um die Zukunft gestalten zu können, müssen wir zuerst unsere Vergangenheit aufarbeiten, besonders unsere koloniale Vergangenheit. Die Regierung möchte das Anliegen des Anzugs ins Handlungsfeld Erinnerungskultur des neuen Kulturleitbildes, das aktuell in Vernehmlassung ist, integrieren und dann eine breite Studie zur Erinnerungskultur in Auftrag geben. Dass es diese eher konzeptionell orientierte Studie geben soll, ist durchaus begrüssenswert, dass der Beirat entsprechend meinem Vorstoss aus wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Positionen bestehen soll ebenfalls. Aber es geht hier um etwas anderes. Der Fokus dieser Studie zur Erinnerungskultur ist so breit, es fehlt überhaupt ein thematischer Rahmen und deswegen fehlt zum Beispiel dann auch der Einbezug von Betroffenen. Wir dürfen nicht die notwendige Übersichtsstudie zur Basler Kolonialgeschichte, die dieser Anzug fordert, ersetzen durch diese andere Studie, sonst überspringen wir einen ganz zentralen Schritt. Wie schon gesagt wurde, es braucht nicht nur Erinnerung, es braucht zuerst mal Aufarbeitung. Vermittlung

ohne Aufarbeitung ist unvollständig, verzerrt oder kann auch problematisch werden. Wir müssen zuerst verstehen, bevor wir die Erinnerungskultur zelebrieren.

Die Regierung schreibt in ihrer Beantwortung des Anzugs, staatliche Institutionen hätten im kolonialen Zusammenhang Basels seine untergeordnete Rolle gespielt und vor allem Unternehmen und Missionare seien aktiv gewesen. Das ist eine sehr typische Darstellung für Schweizer Behörden, sie ist aber auch problematisch und relativierend. Erstens nämlich waren auch Basler Wissenschaftler und Sammler und weitere Persönlichkeiten in kolonialen Gebieten aktiv. Sie prägten die Entwicklung der Museen, der Wissenschaft und auch der ganzen Stadt. Zweitens, der Sklavenhandel und koloniale Gewalt war oft durch private Unternehmen betrieben, das ist kein schweizerisches Spezifikum, sondern typisch für die verschiedensten europäischen Länder. Und die Haltung, dass der Staat eben wenig damit zu tun hatte, das ist ein vertrautes Schweizer Entlastungsnarrativ. Es blendet aus, dass Staat und Gesellschaft enorm von kolonialen Profiten, kolonialen Waren und kolonialen Weltbildern geprägt wurde. Die Schweiz war ökonomisch, kulturell und philanthropisch am kolonialen Projekt beteiligt, das beeinflusste die Akademien, die Wissenschaft, die Religion, Kultur, Politik und eben auch die staatlichen Institutionen.

Bei der Aufarbeitung der Kolonialgeschichte geht es eben nicht einfach darum zu verstehen, welcher Anteil die Schweiz an Sklaverei, an Gewalt, an Ausbeutung hatte, sondern auch, wie diese Zeit, wie die Kolonialzeit uns, die Schweiz, Basel und unsere Institutionen geprägt hat. Ich möchte das kurz in einem Beispiel erläutern. Bis vor wenigen Jahren war es im Naturhistorischen Museum noch üblich, sogenannte Human Remains, also Schädel oder Skelette, als Objekte zu bezeichnen, als Dinge, nicht als Überreste von Menschen. Das Naturhistorische Museum besitzt über 1’500 solche menschliche Überreste aus kolonialen Kontexten. Viele wurden von Fritz und Paul Sarasin, den Gründern des Museums, gesammelt. In Sri Lanka zum Beispiel liessen sie Gräber ausheben unter dem Schutz der britischen Kolonialarmee. Zwangsarbeiter mussten im Auftrag der Sarasins die Gräber in der Mittagszeit ausheben, damit die Bevölkerung es eben nicht bemerkte. Die Sarasins wussten also sehr genau, dass sie gesellschaftliche Tabus verletzten, das zeigt die historische Forschung von Bernhard Schär auf. Zur gleichen Zeit wurde aber in der Schweiz die Totenruhe im Strafgesetzbuch verankert. Während also hier ethische Normen kodifiziert wurden, galten sie nicht für das Handeln von Basler:innen in den Kolonien, und genau das ist typisch für koloniale Hierarchien. Europäische Tote wurden würdevoll behandelt, nicht europäische Tote hingegen wurden vermessen, gesammelt und in den Museen aufgestellt.

Dass die Museen erst vor wenigen Jahren begannen, Human Remains als menschliche Überreste und eben nicht als Objekte zu behandeln, zeigt, wie lange und wie stark die kolonialen Logiken und die koloniale Unterteilung der Menschen immer noch wirkt. Gerade bei diesen schwierigen Themen gilt es, ohne kritische Auseinandersetzung erzählen wir schnell eurozentrische, verharmlosende und auch glorifizierende Version der Geschichte weiter. Wir müssen eben fragen, was denn die Kolonialgeschichte des Kantons, der Verwaltung, der Stadt ist. Basel macht sehr viel im Rahmen der Provenienzforschung. Das ist sehr wichtig, vorbildlich von unserem Kanton und nicht zuletzt dem heutigen Bundesrat Beat Jans zu verdanken. Es ist auch sehr begrüssenswert, dass die Regierung plant, die Rahmenausgabenbewilligung dann erneut bewilligen zu lassen, damit diese Forschung weitergehen kann. Was wir aber brauchen, ist diese Überblicksstudie, diese Analyse, damit auch diese verschiedensten einzelnen Forschungsergebnisse zu einzelnen Objekten dann auch zusammengezogen werden können, hin zu auf die Frage, was das für den Kanton bedeutet. Wie zum Beispiel haben diese kolonialen Diskussionen auch Basler Gesetzgebungsprozesse, die Diskussionen, die hier drinnen geführt worden sind, beeinflusst?

Es ist verlockend, diesen Schritt der Aufarbeitung auszulassen und gleich zu der Erinnerungskultur zu gehen. Es ist einfach, das zu tun, denn der Schritt hinzuschauen kann auch Schmerzhaftes hervorbringen. Es kann bedeuten, dass wir blinde Flecken hervorholen und es kann auch bedeuten, dass wir unsere Identität hinterfragen. Und deshalb genau braucht es eben diese Übersichtsstudie. Wir müssen aufarbeiten, benennen, was verdrängt wurde, auch Perspektiven hören, die bisher nicht gehört wurden, und wir müssen auch die Geschichten, die wir heute über uns selber erzählen, kritisch hinterfragen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich möchte zunächst der Anzugstellerin danken für ihr differenziertes Votum. Es zeigt, wie vertieft sie sich auch mit der Materie auseinandersetzt. Danke auch für die Blumen, die Sie dem Regierungsrat, meinem Amtsvorgänger und mir ausrichten für die Provenienzforschung. Die kann ich aber zurückgeben. Es ist dem Grossen Rat zu verdanken, dass dieser Kredit deutlich erhöht wurde, etwas, was jetzt den Museen ermöglicht, in den letzten drei Jahren wirklich noch einmal mit anderer Verve dieses wichtige Thema anzugehen.

Und das ist genau das, was geschieht in Basel, die Sensibilität bezüglich kolonialer Geschichte, kolonialer Verstrickungen ist gross. Sie selbst, Barbara Heer, haben das Beispiel des Museums der Kulturen genannt. Ich möchte das nochmals verstärken. Wir haben jetzt ja auch gerade die neuste Publikation vor aller Augen, die unter der Leitung der jetzt

abgetretenen Direktorin eindrücklich schildert, wie das Museum mit dieser Sammlungsgeschichte, mit den Provenienzen umgeht. Und so soll es auch weitergehen, wenn es nach meinem Willen geht, dann auch über den Vierjahreskredit, der ja Ende 2026 ausläuft. Darüber werden wir dann aber zu gegebener Zeit hier drinnen auch befinden können.

Nun ist es so, dass dem Regierungsrat mehrere Vorstösse vorliegen, die Anliegen zur Aufarbeitung, zur Vermittlung, zur Sichtbarmachung von spezifischen Aspekten der Basler Geschichte adressieren, und das ist der Grund, warum wir seitens Regierungsrats dies gerne bündeln möchten. Ich glaube im Gegensatz zur Sprecherin der BastA hier nicht ganz an den freien Markt der Ideen, wie ich mit einem gewissen Schmunzeln entgegne, sondern denke wirklich, wir sollten hier nicht in einen Themen- oder Erinnerungswettbewerb treten. Es sind verschiedene hoch wichtige Thematiken, die in diesen Vorstössen adressiert werden und ich glaube, der Regierungsrat tut gut daran, das in sinnvoller Weise versuchen zu bündeln, dies alles ja nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sondern jetzt namentlich mit dem Kulturleitbild, dass ja derzeit einer Vernehmlassung unterzogen wird.

Nun, vielleicht sind es auch unterschiedliche Auffassungen, wann der Zeitpunkt da ist, einen Anzug abzuschreiben. Ich bin wirklich überzeugt, dass der Umgang mit der Thematik in Basel sehr gut aufgegleist ist, sehr gut auch vorangetrieben wird, und deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat auch Abschreiben dieses Anzugs, die Wichtigkeit des Themas wird dadurch gewiss nicht tangiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007704, 19.11.25 16:50:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 54 gegen 33 Stimmen bei einer Enthaltung.

62. Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte, Schreiben des RR

[19.11.25 16:50:24, 23.5012.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

63. Interpellation Nr. 103 Claudio Miozzari betreffend Unterstützung für die Basler Afrika Bibliographien, Schreiben des RR

[19.11.25 16:50:42, 25.5442.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Claudio Miozzari (SP): Ich danke Ihnen, lieber anwesender Regierungspräsident, für die Antworten auf meine Interpellation, ich danke auch den Mitarbeitenden in der Verwaltung, die diese Antworten aufbereitet haben, und ich entschuldige mich zugleich bei Ihnen, dass einzelne meiner Fragen doch eher zu komplex oder zu grundsätzlich waren, um sie im Rahmen der Frist für eine Interpellation umfassend zu beantworten. Das sehe ich ein und das ist mein Fehler. Ich habe entsprechend Verständnis dafür, dass aus den Antworten leider nicht deutlich wird, dass das Archiv der BAB eben auch ein Basler Archiv ist. Es umfasst nicht nur Dokumente aus dem südlichen Afrika, sondern auch sehr baslerisches Kulturgut wie beispielsweise die Unterlagen der hiesigen Solidaritätsbewegungen, die übrigens sehr interessant sind und die mir viel mehr über Basel erzählen als über das südliche Afrika.

Weiter möchte ich festhalten, dass koloniale und postkoloniale Themen – vorher haben wir ja auch gerade darüber diskutiert – weit über die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hinaus relevant sind. Auch hier kann man die Antworten des Regierungsrats anders lesen. Und ich möchte bemerken, dass die Antworten dem Engagement der BAB für die Bildung nur bedingt gerecht werden.

Das wichtigste Thema dieser Interpellation wird aber beantwortet, hier macht der Regierungsrat deutlich, dass ein Kantonsbeitrag, wenn denn einer gewährt werden soll, über die Universität in Frage käme, wenn ich das so verkürzt formulieren darf. Ich kann das nachvollziehen, ist doch die Bibliothek der BAB sozusagen auch die Bibliothek des Zentrums für Afrikastudien. Die Institutionen an der Uni und die BAB arbeiten eng zusammen und sie sind in der Verantwortung, hier eine Lösung zu finden, wenn denn eine gefunden werden kann.

Ich bitte den Regierungsrat, seinen Einfluss zugunsten einer solchen Lösung zu nutzen, denn bisher bezahlt die Uni für die Bibliothek des Zentrums für Afrika-Studien gar nichts, das ist vollständig privat finanziert. Diese private Trägerschaft ist in Frage gestellt und es wäre viel teurer, wenn man die ganz ersetzen müsste.

Die BAB, also die Basler Afrika Bibliografien, sind eine sehr wertvolle Institution mit langer Geschichte und grossem Wert. Umso betrüblicher ist es, dass sie vor existenziellen Fragen steht und dass ihr Engagement vom Staat bisher nur mit schönen Worten gewürdigt wird und dass ein Weg zu einer anderen Lösung weit und nur vielleicht zum Ziel führt. Wahrscheinlich sollten wir dann doch auch mal noch darüber nachdenken, wie wir wichtige private Archive und Sammlungen im Kanton angemessen unterstützen können. Darum geht es hier jetzt aber nur in einem Einzelfall in dieser Interpellation. Ich bin mit der Beantwortung meiner Fragen teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden, die Interpellation ist erledigt und somit auch die Traktandenliste.

Schluss der 38. Sitzung

16:54 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9055

Abstimmungsdatum 12. November 2025 09:05:17
Geschäft Entgegennahme der neuen Geschäfte

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	25	10	3	10	2	7	0	5	0	0
Nein	25	0	1	9	0	8	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	25	11	12	10	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	6	1	0	2	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5456

Abstimmungsdatum 12. November 2025 09:07:05
Geschäft Wahl eines Mitglieds des Ratsbüros (Nachfolge Catherine Alioth, LDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	1	12	11	0	9	5	3	0	0	0
Nein	43	23	0	1	8	0	2	3	5	1	0
Ent	3	1	0	0	1	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	87	25	12	12	9	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	6	1	0	2	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.1193

Abstimmungsdatum 12. November 2025 10:04:00

Geschäft Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2026–2029; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	93	27	12	12	11	10	7	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	27	13	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.1916

Abstimmungsdatum 12. November 2025 10:53:39
Geschäft Beschaffung eines ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	27	13	0	11	7	7	2	6	0	0
Nein	20	0	0	12	0	3	0	5	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	13	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
25.0488

Abstimmungsdatum 12. November 2025 11:00:14
Geschäft Beschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	27	13	12	9	10	7	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	13	12	9	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
25.5381

Abstimmungsdatum 12. November 2025 11:37:47
Geschäft Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Aktienmehrheit und Strategie der MCH Group

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	27	0	0	10	9	0	0	0	0	0
Nein	47	0	13	12	0	1	7	7	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 10**
25.5394

Abstimmungsdatum 12. November 2025 11:38:49

Geschäft Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	27	12	12	10	10	7	7	6	1	0
Nein	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	27	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
25.5410

Abstimmungsdatum 12. November 2025 12:03:51
Geschäft Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	27	0	0	10	1	7	0	6	0	0
Nein	39	0	13	11	0	8	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	13	11	10	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	0	1	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.5411

Abstimmungsdatum 12. November 2025 16:34:56
Geschäft Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Mindestlohn für alle Lernende

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	25	1	0	10	0	0	0	5	0	0
Nein	49	0	12	12	0	10	7	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	13	12	10	10	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	5	0	0	2	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.5412

Abstimmungsdatum 12. November 2025 16:51:22

Geschäft Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend bundesgerichtskonforme, arbeitsrechtliche Einbettung des UberEats-Anbieters; Änderung der kantonalen Handhabung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	26	6	4	9	10	7	0	6	0	0
Nein	16	0	4	6	0	0	0	6	0	0	0
Ent	4	0	3	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	88	26	13	10	9	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	2	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	5	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
25.5395

Abstimmungsdatum 12. November 2025 16:56:42

Geschäft Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Unterstützung und Informationstransfer bei Grossbaustellen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	25	12	11	9	9	7	0	6	0	0
Nein	6	0	0	0	0	0	0	5	0	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	25	13	11	9	9	7	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	0	1	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	9	6	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
25.5430

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:01:34
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend wenn die Transparenz schwindet

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	4	0	0	2	0	1	0	0	0	1	0
Nein	70	19	13	7	7	8	5	5	6	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	76	19	13	10	7	9	5	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	14	6	0	1	2	1	2	1	0	0	1
Nicht anwesend	10	6	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
25.5431

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:03:19
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend sportliche Grossanlässe nach Basel holen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	63	15	11	11	5	8	5	6	2	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	64	15	11	11	5	8	5	6	2	1	0
Nicht abgestimmt	25	9	2	0	4	2	2	1	4	0	1
Nicht anwesend	11	7	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
25.5432

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:06:29
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend Basler Fahne muss im Basler Parlament stehen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	65	14	12	11	7	8	3	6	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	66	14	12	11	7	8	3	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	23	10	1	0	2	2	4	1	2	0	1
Nicht anwesend	11	7	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
25.5433

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:09:47
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend Gratis-Telefon für Grossräte während Parlaments-Sitzungen

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	68	19	12	11	6	6	3	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	69	19	12	11	6	6	3	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	20	5	1	0	3	4	4	1	1	0	1
Nicht anwesend	11	7	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 24**
25.5434

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:11:55
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend dass Bauen in Basel nicht mehr so lange dauert

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Nein	57	17	10	7	6	4	4	6	3	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	59	17	10	8	6	4	4	6	3	1	0
Nicht abgestimmt	30	7	3	3	3	6	3	1	3	0	1
Nicht anwesend	11	7	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 25**
25.5435

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:12:49
Geschäft Anzug Eric Weber betreffend Notfall-Broschüre nach schwedischem Vorbild ist überfällig

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	76	23	11	11	9	8	4	6	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	77	23	11	11	9	8	4	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	12	1	2	0	0	2	3	1	2	0	1
Nicht anwesend	11	7	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
23.5030

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:21:10

Geschäft Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	23	13	0	2	0	0	7	1	0	0
Nein	38	0	0	12	7	8	7	0	4	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	85	23	13	12	9	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	2	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	10	7	0	0	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 27**
25.5196

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:27:41
Geschäft Motion Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	68	23	11	0	7	8	7	6	6	0	0
Nein	13	0	0	12	0	0	0	1	0	0	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	83	23	13	12	7	8	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	0	2	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	12	8	0	0	3	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
25.5192

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:41:00

Geschäft Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	23	0	10	9	7	6	7	6	0	0
Nein	15	0	13	2	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	85	23	13	12	9	8	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	12	8	0	0	3	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
19.5144

Abstimmungsdatum 12. November 2025 17:54:22

Geschäft Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	13	11	0	10	7	6	1	0	0
Nein	36	22	0	0	9	0	0	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	85	22	13	11	9	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	12	8	0	1	3	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 64**
25.5491

Abstimmungsdatum 19. November 2025 09:32:08
Geschäft Resolution betreffend JA zur Realisierung des Nachtzuges Basel-Hamburg-Kopenhagen-Malmö!

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	28	13	0	10	4	7	0	6	0	0
Nein	25	0	0	11	0	6	0	7	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	13	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 32**
23.5422

Abstimmungsdatum 19. November 2025 09:47:06

Geschäft Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	39	0	11	12	0	8	0	7	1	0	0
Nein	49	26	0	0	10	1	7	0	5	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	26	11	12	10	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
23.5329

Abstimmungsdatum 19. November 2025 09:54:37

Geschäft Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	83	27	13	12	3	8	7	7	5	1	0
Nein	8	0	0	0	8	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	13	12	11	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	2	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
23.5492

Abstimmungsdatum 19. November 2025 10:13:54

Geschäft Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen", Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	0	13	11	0	10	0	7	0	0	0
Nein	53	28	0	1	11	0	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	28	13	12	11	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 41**
25.5232

Abstimmungsdatum 19. November 2025 11:17:27

Geschäft Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	27	0	13	3	2	7	2	0	0	0	0
Nein	60	25	0	8	8	2	5	6	6	0	0
Ent	4	0	0	1	2	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	25	13	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 41**
25.5232

Abstimmungsdatum 19. November 2025 11:18:07

Geschäft Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	67	25	0	8	11	6	5	6	6	0	0
Nein	19	0	13	1	0	2	2	0	0	1	0
Ent	4	0	0	3	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	13	12	12	8	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	0	0	2	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 45**
25.5010

Abstimmungsdatum 19. November 2025 11:42:51

Geschäft Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	31	0	12	5	0	7	1	6	0	0	0
Nein	61	28	0	7	12	2	6	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	12	12	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
25.5089

Abstimmungsdatum 19. November 2025 15:43:45

Geschäft Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	13	12	0	10	7	7	0	1	0
Nein	47	29	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
25.5089

Abstimmungsdatum 19. November 2025 15:44:27

Geschäft Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	56	29	3	0	12	6	0	0	6	0	0
Nein	41	0	10	12	0	4	7	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
25.5202

Abstimmungsdatum 19. November 2025 16:06:30

Geschäft Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	0	13	12	0	8	2	7	0	1	0
Nein	54	29	0	0	12	2	5	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	29	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
25.5202

Abstimmungsdatum 19. November 2025 16:07:11

Geschäft Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	98	29	13	12	12	10	7	7	6	1	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
25.5202

Abstimmungsdatum 19. November 2025 16:07:26

Geschäft Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	58	29	0	0	12	6	5	0	6	0	0
Nein	34	0	11	12	0	3	0	7	0	1	0
Ent	4	0	1	0	0	1	2	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	12	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 52**
23.5342

Abstimmungsdatum 19. November 2025 16:23:01

Geschäft Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend juristische Beratung und Unterstützung für behinderte Menschen und ihre Angehörige, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	35	0	13	11	0	4	0	6	0	1	0
Nein	55	28	0	0	11	4	7	0	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	13	11	11	8	7	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	1	0	2	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	1	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 61**
23.5379

Abstimmungsdatum 19. November 2025 16:49:46

Geschäft Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	33	0	13	9	0	5	0	6	0	0	0
Nein	54	28	0	0	9	4	7	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	28	13	9	9	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	2	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	2	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Beschaffung eines ABC-Lastkraftwagens für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK	JSSK	JSD	24.1916.02
2.	Beschaffung von drei Kleinalarmfahrzeugen für die Feuerwehr Basel-Stadt, Bericht der JSSK	JSSK	JSD	25.0488.02
3.	Anzug Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte, Schreiben des RR		PD	23.5012.03
4.	Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels, Schreiben des RR		PD	23.5379.02
5.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Problemlösungen für die Konflikte auf dem Vorplatz des Bahnhofs SBB, Schreiben des RR		PD	23.5381.02
6.	Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli, Schreiben des RR		BVD	24.5022.02
7.	Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen, Schreiben des RR		BVD	23.5423.02
8.	Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking		BVD	23.5114.03
9.	Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Stellungnahme des RR		FD	25.5202.02
10.	Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung, Schreiben des RR		ED	23.5030.03
	Überweisung an Kommissionen			
11.	Erneuerung des Staatsbeitrags an das Felix Platter-Spital für das Projekt "Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)" für die Jahre 2026 bis 2028, Ratschlag des RR	GSK	GD	25.1426.01
12.	Dreispitz Nord; Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung der Lärmempfindlichkeitsstufen, Änderung des Wohnanteils, Änderung von Bau- und Strassenlinien sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Münchensteinerstrasse, Dornacherstrasse und Reinacherstrasse (Areal Dreispitz Nord), Ratschlag des RR	BRK	BVD	25.1417.01
13.	Teilrevision des Staatsbeitragsgesetzes vom 11. Dezember 2013 (StBG) sowie Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Anpassung von § 12 des Staatsbeitragsgesetzes, Ratschlag des RR	FKom	FD	25.1222.01 22.5564.03
14.	Ausgabenbewilligung für die aktive Projektentwicklung Quartierparkings sowie Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend konkrete Planung von Quartierparkings, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	25.0393.01 19.5087.04
15.	Ausgabenbewilligung zur Zwischennutzung «Am Birsigbogen» 2026 bis 2030, Ausgabenbericht des RR	UVEK	PD	24.0971.01
16.	Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige und zu einer Änderung des Wahlgesetzes und des Schulgesetzes sowie Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige, Ratschlag des RR	JSSK	PD	25.1507.01 25.1508.01 19.5161.04

17.	Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels für Sexarbeitende (Ausstiegsprogramm) für die Jahre 2026-2030 und Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, Ausgabenbericht des RR	JSSK	JSD	25.1574.01 22.5514.02
18.	Petition P502 "Für unsere Kinder: Rauchfreie Haltestellen, Schulen und Spielplätze in Basel"	PetKo		25.5478.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

19.	Kantonale Volksinitiative "JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung - NEIN zum Chaotentum (Anti-Chaoten-Initiative)" – Fristverlängerung, Bericht der JSSK	JSSK		24.1437.03
20.	Petition P476 "Nein zum Rheintunnel", Bericht der PetKo	PetKo		24.5222.03
21.	Petition P491 "Für eine öffentliche Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck", Bericht der PetKo	PetKo		24.5491.02
22.	Petition P492 "Keine Gebührenwillkür in Basel! Nein zu überhöhten Parkkartenpreisen", Bericht der PetKo	PetKo		24.5493.02
23.	Petition P493 "Für eine smartphonefreie Schulkultur", Bericht der PetKo	PetKo		24.5546.02
24.	Musik-Akademie Basel (MAB): Anwendung der Kostenmiete auf die beim Kanton Basel-Stadt gemietete Infrastruktur, Bericht der BKK	BKK	ED	25.0920.02
25.	Anzug Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung, Schreiben des RR		FD	23.5515.02
26.	Anzug Johannes Sieber und Béla Bartha betreffend Stärkung der Rahmenbedingungen für die Film- und Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit «Lex Netflix», Schreiben des RR		WSU	23.5392.02
27.	Anzug Joël Thüring betreffend Aufwertung des Vorplatzes / Eingangsbereich und der Wartezone für Busreisende am Bahnhof SBB, Schreiben des RR		BVD	23.5388.02
28.	Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wasser fassen und lassen am Fernbusbahnhof der Kulturhauptstadt der Schweiz			25.5459.01
29.	Anzüge:			
	1. Eric Weber betreffend Kopien für Grossräte			25.5458.01
	2. Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Zugang zu Laptops für armutsbetroffene Jugendliche auf Sek II-Stufe und Hochschulen im Kanton Basel-Stadt			25.5460.01
	3. Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Sicherstellung des Service Public der Postfilialen in Basel-Stadt			25.5461.01
	4. Stefan Wittlin und Konsorten betreffend neue zweckdienliche Trinkbrunnen zum Auffüllen von Flaschen			25.5462.01
	5. Gesundheits- und Sozialkommission betreffend eine bessere Vernetzung der Gesundheitsakteure			25.5463.01
	6. Daniel Gmür und Konsorten betreffend Nachvollziehbarkeit gerichtlicher Entscheide durch öffentliche Urteilsberatung, Abstimmungsergebnisse oder Dissenting Opinions			25.5464.01
	7. Zaira Esposito und Claudia Baumgartner betreffend Wasserspiel auf dem Tellplatz – eine sprudelnde Piazza fürs Gundeli			25.5469.01
	8. Daniel Albietz betreffend Bereitstellung und Publikation mündlicher Interpellationsantworten			25.5470.01
	9. Daniel Albietz betreffend Präsenzfeststellung an Grossratssitzungen			25.5471.01
	10. Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Leerstand der Messe Basel und die Suche nach Zwischenlösungen für die prekäre Sporthallen-Situation im Kanton Basel			25.5472.01

11.	Amina Trevisan und Konsorten betreffend Basler Kampagne gegen den Schlaganfall		25.5473.01
12.	Joël Thüring und Konsorten betreffend faire Abstimmungsvideos des Kantons statt einseitiger Information		25.5474.01

Kenntnisnahme

30.	Rücktritt von Catherine Alioth als Mitglied des Ratsbüros per 11. November 2025		25.5456.01
31.	Rücktritt von Andrea Elisabeth Knellwolf als Mitglied des Grossen Rates per 31. Januar 2026		25.5476.01
32.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Sonderzahlung des Kantons an das St. Jakob Stadion, Schreiben des RR	ED	25.5338.02
33.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Erstellung eines Eruvs im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	PD	25.5347.02
34.	Schriftliche Anfrage Oliver Thommen betreffend Sonnencrème am und im Rhein, Schreiben des RR	WSU	25.5356.02
35.	Anzug David Jenny und Konsorten betreffend systematische Überprüfung der Vergütungen von Mitgliedern in Gremien des Kantons Basel-Stadt (stehen lassen), Schreiben des RR	FD	18.5225.05
36.	Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend behindertengerechte und kleinkinderfreundliche Gestaltung des Rheinuferwegs (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	21.5013.03
37.	Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus (stehen lassen), Schreiben des RR	PD	21.5495.03
38.	Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Einführung einer Gesamtstrategie in der Korruptionssensibilisierung und -bekämpfung und Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Regelungen für die Übernahme von Mandaten durch ehemalige Regierungsrät*innen und weitere Amtsträger*innen (stehen lassen), Schreiben des RR	FD	19.5131.04 22.5466.03